

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIE GESCHICHTE DER DIPLOMATIE

Es ist bekannt, dass in der antiken Welt, deren Wirtschaft auf der Sklaverei beruhte, die Diplomatie zu einem wichtigen Faktor für die Außenpolitik der Staaten wurde. Das System der Sklaverei hat die Entwicklung nicht aufgehalten. Es durchlief mehrere Prozesse Schritt für Schritt. Die ersten Sklavenhaltergesellschaften, die die Stammesbeziehungen nicht vollständig abschafften, gaben einen wichtigen Anstoß zur Bildung von Staaten wie dem alten Ägypten, Assyrien, dem Hethiterreich, dem alten China und dem alten Indien. Die Außenpolitik der Staaten, die sich auf diese religiös-militärische Herrschaft stützten, war überwiegend aggressiv. Sie führten häufig Kriege, um neue Länder zu erobern, Sklaven und Vieh zu erbeuten und Reichtümer zu plündern. Solche Kriege waren die einzige Möglichkeit, internationale Probleme zu lösen. Mit der allmählichen Konsolidierung der Sklaverei entstand der Bedarf an diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten. Die großen Herrscher des Alten Ostens begannen, der Lösung bestimmter gegenseitiger Probleme durch Diplomatie besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Heiratsdiplomatie hat ihren Platz in den internationalen Beziehungen eingenommen. Die Eroberungskriege blieben jedoch das wichtigste Instrument bei der Suche nach Lösungen für internationale Probleme in der antiken östlichen Welt.



Mirzadjanov Bakhtiyor Tulkunovich. Dokortitel in Hisotie. Geboren 1979. Autor von mehr als 30 wissenschaftlichen Arbeiten. Teilnehmer einer Reihe von internationalen und republikanischen Konferenzen.



- VERLAG -
Unser Wissen

Bakhtiyor Mirzadjanov



- VERLAG -
Unser Wissen



Bakhtiyor Mirzadjanov

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIE GESCHICHTE DER DIPLOMATIE

Studienführer

Bahtiyor Mirzadjanov

**INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIE GESCHICHTE DER
DIPLOMATIE**

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

Bahtiyor Mirzadjanov

**INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN UND DIE
GESCHICHTE DER
DIPLOMATIE**

Studienführer

FOR AUTHOR USE ONLY

ScieniaScripts

Imprint

Any brand names and product names mentioned in this book are subject to trademark, brand or patent protection and are trademarks or registered trademarks of their respective holders. The use of brand names, product names, common names, trade names, product descriptions etc. even without a particular marking in this work is in no way to be construed to mean that such names may be regarded as unrestricted in respect of trademark and brand protection legislation and could thus be used by anyone.

Cover image: www.ingimage.com

This book is a translation from the original published under ISBN 978-613-8-97449-9.

Publisher:

Scientia Scripta

is a trademark of

Dodo Books Indian Ocean Ltd. and OmniScriptum S.R.L publishing group

120 High Road, East Finchley, London, N2 9ED, United Kingdom

Str. Armeneasca 28/1, office 1, Chisinau MD-2012, Republic of Moldova, Europe

Printed at: see last page

ISBN: 978-620-5-55154-7

Copyright © Bahtiyor Mirzadjanov

Copyright © 2022 Dodo Books Indian Ocean Ltd. and OmniScriptum S.R.L publishing group

FOR AUTHOR USE ONLY

**DIE REPUBLIK USBEKISTAN
MINISTERIUM FÜR HÖHERE UND SEKUNDÄRE
SONDERPÄDAGOGIK
STAATLICHE UNIVERSITÄT NAMANGAN**

**INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND DIE GESCHICHTE DER DIPLOMATIE
(Studienführer)**

2022

Internationale Beziehungen und die Geschichte der Diplomatie.
Studienführer. Mirzadjanov Bahtiyor Tulkunovich - Doktor der Philosophie
in Geschichte (PhD)

Das Lehrbuch wurde auf der Grundlage des Gesetzes der Republik
Usbekistan "Über die Bildung", des "Nationalen Ausbildungsprogramms",
des Beschlusses des Ministerkabinetts der Republik Usbekistan vom 16.
August 2001 und 10. Januar 2015 "Über die Genehmigung des staatlichen
Standards der Hochschulbildung", der Beschlüsse des Präsidenten der
Republik Usbekistan Nr. UP-2909 vom 20. April 2017 "Über Maßnahmen zur
Entwicklung des Hochschulsystems", "Über zusätzliche Maßnahmen zur
Verbesserung der Qualität der Bildung an den Hochschulen und zur
Gewährleistung ihrer aktiven Beteiligung an der laufenden umfassenden
Reform im Land" Nr. UP-3775 vom 5. Juni 2018 und andere Vorschriften.

Die Materialien dieses Lehrbuchs können im Kurs "Geschichte der
internationalen Beziehungen und Diplomatie" für Studenten im
Grundstudium 5120300 - Geschichte (nach Ländern und Regionen)
verwendet werden.

Dieses Lehrbuch befasst sich mit der Geschichte der politischen und
diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern, die in regelmäßigen
Abständen von den Anfängen der Weltgeschichte bis zur Gegenwart geführt
werden.

**Verantwortliche Redakteure: Mirzadjanov Abdugaffor
Tulkunovich,**

Sonderschule №6

Mirzadjanova Saodat Tulkunovna,

Sonderschule №1

Vorwort

Das Fach "Geschichte der internationalen Beziehungen und der Diplomatie" befasst sich mit der Geschichte der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Ländern, die in einer periodischen Grenze existieren, von der Antike bis zur Gegenwart der Weltgeschichte. Das Hauptziel des Kurses ist es, die Geschichte der diplomatischen Beziehungen und Botschaftsbeziehungen zwischen Staaten, die zu verschiedenen Zeiten existierten, zu behandeln.

Es ist bekannt, dass in der antiken Welt, deren Wirtschaft auf der Sklaverei beruhte, die Diplomatie zu einem wichtigen Faktor für die Außenpolitik der Staaten wurde. Das System der Sklaverei hat die Entwicklung nicht aufgehalten. Es durchlief mehrere Prozesse Schritt für Schritt. Die ersten Sklavenhaltergesellschaften, die die Stammesbeziehungen nicht vollständig abschafften, gaben einen wichtigen Anstoß zur Bildung von Staaten wie dem alten Ägypten, Assyrien, dem Hethiterreich, dem alten China und dem alten Indien. Die Außenpolitik der Staaten, die sich auf diese religiös-militärische Herrschaft stützten, war überwiegend aggressiv. Sie führten häufig Kriege, um neue Länder zu erobern, Sklaven und Vieh zu erbeuten und Reichtümer zu plündern. Solche Kriege waren die einzige Möglichkeit, internationale Probleme zu lösen. Mit der allmählichen Konsolidierung der Sklaverei entstand der Bedarf an diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten. Die großen Herrscher des Alten Ostens begannen, der Lösung bestimmter gegenseitiger Probleme durch Diplomatie besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Heiratsdiplomatie hat ihren Platz in den internationalen Beziehungen eingenommen. Die Eroberungskriege blieben jedoch das wichtigste Instrument bei der Suche nach Lösungen für internationale Probleme in der antiken östlichen Welt.

Im antiken Griechenland und Rom traten die auf Waren-Geld-Beziehungen basierenden Sklavengesellschaften, die internationalen Beziehungen und die Diplomatie in eine neue Phase ein. Diese Länder, die eine Außenpolitik verfolgten, um ihre Ländereien zu erweitern, Sklaven zu

erobern und ihre eigenen Märkte zu erschließen, schlossen Bündnisse und spielten verschiedene politische und diplomatische Spiele, um ihre Ziele zu erreichen. Solche diplomatischen Prozesse sind besonders in den griechisch-iranischen und römisch-karthagischen Beziehungen zu beobachten.

In der griechisch-römischen Gesellschaft entstanden die ersten Keime der modernen Botschaft, es wurden eigene staatliche Organisationen zur Regelung der diplomatischen Beziehungen geschaffen, Berufsdiplomaten ausgebildet und das diplomatische Wissen verbessert. Es wurde ein vorläufiges Gesetz entwickelt, das die Unverletzlichkeit von Botschaftern sicherstellte und ihre Rechte und Pflichten festlegte. Während der griechisch-iranischen, peloponnesischen und punischen Kriege wurde deutlich, dass nicht nur die militärische Macht, sondern auch die Diplomatie eine wichtige Rolle bei der Entscheidung von Kriegen spielte. Insbesondere die moderne Diplomatie wurde im späten Mittelalter auf der Grundlage der Kenntnisse und Erfahrungen der römischen Diplomatie entwickelt. Es wurden neue Normen, Grundsätze und Gesetze zur Regelung der internationalen Beziehungen entwickelt. Das römische Prinzip "teile und herrsche" wurde zum Grundprinzip der Großmächte, die in den folgenden Epochen den Anspruch erhoben, die Welt zu beherrschen.

In einer neuen, jüngeren Ära wurde die Diplomatie als einzige Lösung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen anerkannt. Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, während des Kalten Krieges und auch heute noch, da die Gefahr eines Atomkriegs nicht geringer geworden ist, hat die Notwendigkeit der Diplomatie ihren Höhepunkt erreicht. Heute ist es kein Geheimnis mehr, dass das Überleben und die künftige Existenz der menschlichen Gesellschaft davon abhängt, dass Probleme und Streitigkeiten in den internationalen Beziehungen nur auf diplomatischem Wege gelöst werden können.

Die Kenntnis der Geschichte der internationalen Beziehungen und der Diplomatie ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis der umfassenden und komplexen Prozesse, die in der heutigen Weltpolitik ablaufen. In diesem Zusammenhang hilft das vorliegende Lehrbuch, die historischen Prozesse der internationalen Beziehungen und der Diplomatie

von der Antike bis zur Gegenwart zu analysieren.

Autor

FOR AUTHOR USE ONLY

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ALTEN OSTEN

PLAN:

1. Diplomatie im antiken Mesopotamien.
2. Die Diplomatie des Alten Ägypten.
3. Antike hethitische Diplomatie.
4. Diplomatie im alten Assyrien.
5. Die Diplomatie des alten Indien.
6. Die chinesische Diplomatie der Antike.

Schlüsselwörter und -begriffe: Diplomatie. Lugal . Lagasch . Das Haus der Briefe des Pharaos. Heiratsdiplomatie. Kollaterale Diplomatie. Vertragliche Vereinbarung. Der Mann im Stab. Bibliothek von Ashurbanipal . Al-Amama-Archiv . Abarakku . Rabshakku . Marchipri . Mandala . Arthashastra . Duta . Yuishi .

Das antike Mesopotamien. Die Diplomatie in den internationalen Beziehungen der Antike zielte darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Staaten zu schützen, die auf Sklaverei basierten. Die Sklaverei spielte eine wichtige Rolle für die Entstehung und den Wohlstand des alten Ägypten, Akkadiens, Babylons, der assyrischen Diplomatie, der Hethiter, Indiens und Chinas. Im 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. fielen mächtige Staaten religiöser und militärischer Natur in benachbarte Länder ein, um ihre Wirtschaft zu stärken, plünderten deren Reichtum und versklavten die Bevölkerung. Internationale Probleme wurden nur durch Krieg gelöst. Im zweiten Jahrtausend v. Chr. nahm die Rolle der Diplomatie in den internationalen Beziehungen zwischen den Ländern des Alten Ostens zu.

Im dritten und zweiten Jahrtausend v. Chr. gab es in Mesopotamien etwa zwanzig En, d. h. Stadtstaaten, und der Anwärter auf die Vorherrschaft in Mesopotamien sollte ursprünglich den Titel "König des Winters" tragen. Der Titel "Kish lugali, der König, wurde zum traditionellen Titel des Hegemons.

Die internationalen Beziehungen Mesopotamiens waren hauptsächlich nach Osten ausgerichtet. Im 4. Jahrtausend v. Chr. unterhielt Mesopotamien intensive Handelsbeziehungen mit den flachen Gebirgsregionen des Iran.

Im dritten Jahrtausend v. Chr. wurden die meisten Produkte, die nach Mesopotamien gebracht wurden, von Handelskarawanen geliefert. Dies erforderte die Schaffung gegenseitiger Garantien, um den ungehinderten Verkehr der Handelskarawanen zu gewährleisten.

Der älteste bekannte militärische Konflikt, an dem der Winterherrscher Menbaragesi (2600 v. Chr.) beteiligt war, betraf Elam. Elam wurde in den folgenden Jahrhunderten zum gefährlichsten Gegner, und es war die Zeit, in der die mesopotamischen Staaten in eine Periode ständiger militärischer Konflikte eintraten. Neben den Herrschern von Kisch begannen auch die Herrscher von Ur, Uruk und Lagasch, sich als "König von Kisch" zu bezeichnen. Später nahmen auch die Könige der akkadischen Dynastie diesen Titel in ihre Titelliste auf.

Der akkadische König Sargon I. (2316-2261 v. Chr.) gründete in

Sumer und Mesopotamien einen Staat, der sich über ganz Mesopotamien erstreckte. Er hieß Akkad und ähnelte sowohl einer Konföderation als auch einem Zentralstaat. Für den akkadischen Staat, der zum Hauptkonkurrenten Ägyptens und Elams im Nahen Osten wurde, sind militärische Feldzüge zur Tradition geworden. Der erste internationale Vertrag zwischen Naramsin (2237-2200 v. Chr.), der sich selbst zum "König der vier Klimazonen" ausrief, und dem Herrscher der Elamiter (XXIII. Jahrhundert v. Chr.) ist bis heute erhalten geblieben. Neben der Zahlung eines hohen Lösegelds musste der König von Elam, der nach dem Vertrag als Besiegter galt, Akkad aufrichtig und freundlich behandeln, militärische Unterstützung bei Aktionen gegen seine Feinde leisten, feindliche Flüchtlinge gefangen nehmen und sie beherbergen. Diejenigen, die den Naramsin feindlich gesinnt waren, verpflichteten sich unter anderem, auf ihre Rechte zu verzichten.

Der Aufstieg Babylons, des führenden Staates in Mesopotamien in der ersten Hälfte des zweiten Jahrtausends v. Chr., war trotz politischer Instabilität das Ergebnis einer hochprofessionellen Diplomatie und militärischer Erfolge. Es gibt auch Berichte darüber, dass die babylonischen Herrscher ausgiebig Gebrauch von dynastischen Ehen machten, um die diplomatischen Beziehungen zu den Nachbarländern zu regeln. In dieser Zeit wurden viele (gleichberechtigte oder ungleiche) Bündnisse zwischen Staaten geschlossen. Doch ihre Lebensdauer war kurz. Denn die Rechtsnormen, die diplomatische Beziehungen garantierten, waren noch nicht ausgebildet. Wenn das Bündnis nicht gleichberechtigt war, schickte der hegemoniale König seine Berater (hazianuni) in die abhängigen Königreiche, um sie unter ständiger Kontrolle zu halten. In ihren Briefen an den Anführer eines solchen Bündnisses bezeichneten die abhängigen Könige ihn als "Vater" oder "Herrscher". Ihre Aufgaben waren in den Verträgen klar definiert, und ihre Hauptaufgabe bestand darin, in Kriegszeiten militärischen Beistand zu leisten. Die geschlossenen Bündnisse wurden durch einen Eid vor den Göttern bekräftigt. Militärische Gewalt, Betrug, Bestechung und Aufstände wurden eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen. Diese Methoden wurden von den babylonischen Herrschern erfolgreich eingesetzt.

Eines der Abkommen zwischen Maria und Babylon besagt, dass die

wirtschaftliche "Hilfe" zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt wurde.

In der Mitte des zweiten Jahrtausends v. Chr. gab es im Nahen Osten mehrere "große" Staaten, die als gleichwertig angesehen wurden: Ägypten, das kassitische Babylon, der Staat Mitanni in Nordmesopotamien und das hethitische Königreich in Kleinasien, Syrien, Palästina, Phönizien, Nordmesopotamien und Kleinasien, kleine und kleinste Königreiche oder Fürstentümer wurden von den "großen" Staaten abhängig.

Die Könige der "großen" Mächte nannten sich im Briefwechsel "Brüder". Die gegenseitige Übergabe wertvoller Geschenke war ein wichtiger Bestandteil der diplomatischen Beziehungen.

Das alte Ägypten. Die wichtige Rolle der Diplomatie im politischen Leben des alten Ägyptens wird durch schriftliche Quellen über die Hyksos und die Zeit des Neuen Reiches bestätigt.

Das Al-Amama-Archiv aus dem 14. Jahrhundert v. Chr. ist eine einzigartige Sammlung von historischen Texten. Fast alle Keramiktafeln des Al-Amama-Archivs enthalten diplomatische Briefe. Diese Briefe kamen in den Palästen von Amenhotep III. und Amenhotep IV. von den Herrschern von Babylon, Mitanni, Assyrien, dem Hethiterreich, Arsaba, der Insel Zypern und den Stadtstaaten von Palästina, Syrien und Phönizien an. Diese historischen Dokumente bestätigen, dass Ägypten in dieser Zeit einer der mächtigsten Staaten im Nahen Osten war. Während der Herrschaft von Amenhotep III. (1455-1424 v. Chr.) konnten nur die Mitanni und die kassitischen Babylonier mit Ägypten konkurrieren. Während der Herrschaft von Amenhotep IV (1424-1364 v. Chr.) wurde das hethitische Königreich in Kleinasien wesentlich stärker und zu einem ernsthaften Konkurrenten der Großmächte.

Syrien, Phönizien und die palästinensischen Gebiete wurden zum Schauplatz der Konkurrenz zwischen Ägypten und den Hethitern. Während der ägyptischen Periode wurden diese Gebiete von einer besonderen Institution verwaltet, die als "Haus des Pharaos" bezeichnet wurde. Sie wurde von dem vertrauenswürdigsten Berater des Pharaos geleitet.

Die Ägypter änderten im Allgemeinen die traditionelle politische Struktur ihrer eroberten Provinzen nicht. Die Korrespondenz zwischen den von Ägypten abhängigen Herrschern Palästinas und Syriens unterlag

bestimmten Berufungsregeln. Die Könige nannten sich gegenseitig gleichberechtigt und freundschaftlich "Brüder", den älteren oder älteren Herrscher - "Vater" und sich selbst - "Söhne". In den Briefen der abhängigen Herrscher wurde der Pharao in der Regel als "Herrscher", "Sultan", "Herr", "Sklave", "Vormund" bezeichnet. Die Herrscher abhängiger Staaten mussten bei der Inthronisierung und zu Beginn der Herrschaft eines neuen Herrschers in Ägypten in besonderer Weise einen Treueeid ablegen. Geiselnahmen dienten als wichtiges Mittel, um den Gehorsam der lokalen Herrscher zu sichern und den ägyptischen Einfluss in den eroberten Ländern zu stärken.

Die meisten Briefe in den Archiven von Al-Amama wurden von Sondergesandten und Kurieren nach Ägypten gebracht. Botschafter und Kuriere können in zwei Kategorien unterteilt werden:

1. Personen, die besonderes Vertrauen genießen (über die die Pharaonen Beziehungen zu den Königen der unabhängigen Staaten unterhielten).

2. Beamte (über die Kontakte zu den Statthaltern vieler Stadtstaaten in Palästina, Syrien und Phönizien hergestellt wurden).

Jeder Botschafter des Pharaos musste mit den Sitten, der Kultur, den Gebräuchen und der Geografie des Landes, in das er entsandt wurde, vertraut sein. Er musste sowohl ein erfahrener Diplomat als auch ein starker Kämpfer sein. Die meisten Botschafter beherrschten auch die Sprache des Landes, in das sie entsandt wurden, andernfalls wurden sie von einem Dolmetscher begleitet.

Die persönliche und diplomatische Immunität von Botschaftern war nicht gesetzlich garantiert, und das Schicksal eines Botschafters, der zu diesem oder jenem König kam, lag ganz im Ermessen des Herrschers.

Antike Hethiter . Das hethitische Reich, das im 17. bis 12. Jahrhundert herrschte. Jh. v. Chr. fast ganz Kleinasien beherrschte, wurde zu einem der führenden Staaten in den internationalen Beziehungen des Alten Ostens.

Töpferwaren mit Keilschrift, die in den Archiven der hethitischen Hauptstadt Hattusa gefunden wurden, sind die wichtigsten Quellen für die Geschichte dieser königlichen Diplomatie. Auch die Chroniken der

hethitischen Könige enthalten interessante Informationen.

Die hethitischen Herrscher versuchten, ihre außenpolitischen Erfolge, die sie vor allem mit militärischer Gewalt errungen hatten, durch diplomatische Vereinbarungen zu konsolidieren.

In Verträgen wurden die Grenzen zwischen den Staaten vereinbart. Dem abhängigen König war es strengstens untersagt, separate Verträge mit anderen Staaten zu schließen und Bündnisse einzugehen. Wenn der hethitische König in den Krieg eintrat, waren die Vertragspartner verpflichtet, ihre Truppen für den Krieg zu mobilisieren. "Neutralität" oder heimlicher Kontakt mit dem hethitischen Feind wurde als feindlicher Akt betrachtet. Viele Klauseln der Verträge waren dem gemeinsamen Kampf gegen jegliche Aggression von inneren und äußeren Feinden gewidmet, wobei einige Klauseln nur für eine Seite gelten konnten. Die Kontrolle über die vollständige Erfüllung der im Vertrag festgelegten Bedingungen wurde hauptsächlich den Götterzeugen anvertraut.

Dynastische Ehen spielten eine wichtige Rolle in der Außenpolitik der Hethiter. Wenn die Töchter der hethitischen Könige in einen anderen Staat versetzt wurden, wurden ihnen Bedingungen angeboten, die den Status der Hauptfrau, der Königin des Landes, garantierten.

In hethitischen Quellen wird ein Beamter erwähnt, der als diplomatischer Botschafter fungierte, ein "Herold" (Stabsmann). Dieser Rang wurde als viel höher angesehen als der eines normalen Botschafters oder Vertreters, da der Titel "Stabsmann" häufig an Angehörige der königlichen Familie vergeben wurde.

Pisari (Sekretäre) spielten eine wichtige Rolle in den diplomatischen Beziehungen der Herrscher. Sie bereiteten die Texte von Verträgen und Briefen vor, basierend auf den Anweisungen ihres Herrschers und den von den Hethitern selbst aufgestellten Kriterien. Von den Schülern der hethitischen Gesellschaft wurde verlangt, dass sie mehrere Sprachen beherrschten. Sie wurden in speziellen Schulen für Schriftgelehrte ausgebildet.

Das alte Assyrien. Im ersten Jahrtausend v. Chr. haben sich die Landkarte des Nahen Ostens und die dortigen Machtverhältnisse radikal verändert. Es bildeten sich neue Anwärter auf die Führungsrolle in der

internationalen Arena. Unter ihnen kann Assyrien hervorgehoben werden.

Die erste Hälfte des 8. Jahrhunderts v. Chr. war für Assyrien eine Zeit der tiefen Krise und Depression. Die Krise wirkte sich auch negativ auf die internationale Stellung des Landes aus. Die außenpolitische Macht des assyrischen Staates wurde während der Herrschaft von Tiglath-Pileser III (745/727 v. Chr.) wiederhergestellt. Er konzentrierte sich auf den Westen. Im Süden hatte er ebenfalls Glück. Er besiegte die chaldäischen Stämme. Tiglathpalasar selbst wurde in Babylonien unter dem Namen Pulu gekrönt.

Synaxerib (705-681 v. Chr.) führte seine Angriffe hauptsächlich in zwei Richtungen (Westen und Süden) durch. Im Westen wurde ein Bündnis gegen Assyrien geschlossen, und der Sinai besiegte es in der Schlacht. Die Mitglieder des Bündnisses wurden einer nach dem anderen bestraft, und ihr Gebiet wurde von Assyrien abhängig. Während seiner gesamten Regierungszeit konzentrierten sich Sinais Gedanken auf Babylon. Die Babylonisch-Elamitisch-Mittelmeerische Arabische Liga bestand gegen Assyrien. Im Jahr 689 v. Chr. zerstörte Sinai Tschernobyl. Auch König Esarhaddon (681-669 v. Chr.), der Sohn Sinscheribs, betrachtete die Lösung der "babylonischen Frage" als erste Aufgabe der Außenpolitik. Eine gefährliche Situation entwickelte sich für Assyrien auch in östlicher Richtung. Assyrische Versuche, den Aufstand der Kaschitarer (Praorta) 674-673 v. Chr. niederzuschlagen, scheiterten. Infolgedessen entstand ein unabhängiges medisches Königreich, und die Meder schlossen ein Bündnis gegen Assyrien. Zu diesem Bündnis gehörten Manniten, Kimmerier, Skythen und andere. Der assyrischen Diplomatie gelang es jedoch, die Mitglieder des Bündnisses zu trennen und sie zu besiegen. Ägypten wurde 674 und 671 v. Chr. erobert, aber die assyrische Herrschaft über Ägypten war schwach und von kurzer Dauer.

Unter der Herrschaft von Esarhaddons Sohn Assurbanipal (668-626 v. Chr.) wurden die Aufständischen unbarmherzig bestraft, und dank geschickter Spionage und erfahrener diplomatischer Bemühungen konnte Assyrien seine Hegemonialstellung vorübergehend behaupten. Dies wurde auch durch ein Bündnis mit den Kimmeriern und Skythen begünstigt. In der Mitte des 7. Jahrhunderts v. Chr. verschärfte sich die politische Krise

im Lande. Es bildete sich ein neues Bündnis gegen Assyrien, und in den elamitischen, chaldäisch-aramäischen Fürstentümern und mediterranen Stämmen sowie in Syrien, Phönizien und Assyrien brachen große Aufstände aus. Assyrien nutzte die Widersprüche zwischen den Verbündeten und schaffte es auch diesmal, den Aufstand brutal niederzuschlagen.

Das verwüstete Assyrien war jedoch nicht in der Lage, der mächtigen Allianz von Babylon und Medien zu widerstehen und wurde zerschlagen.

Die Quellen zur Geschichte der assyrischen Diplomatie enthalten eine Fülle von Informationen. Die umfangreichste Quelle ist die riesige Bibliothek von Aschurbanipal, die in den Ruinen des alten Ninive gefunden wurde.

Die Verträge zwischen Assyrien und den von ihm abhängigen Staaten sollten ohne Abweichungen eingehalten werden. Der Ritus des Vertragsabschlusses wurde durch Magie und verschiedene Handlungen, Schwüre der Götter, vollzogen. Ein Verstoß gegen den Vertrag bedeutete eine Abweichung von den heiligsten Regeln und wurde streng bestraft. Aber auch die Assyrer selbst brachen oft Verträge.

Da die assyrischen Könige freundschaftliche Beziehungen zu verschiedenen Staaten sehr schätzten, legten sie besonderen Wert darauf, dynastische Ehen und verwandtschaftliche Beziehungen zu den herrschenden Dynastien aufzubauen. Während der Herrschaft des assyrischen Staates wurde die Praxis der Geiselnahme wiederholt als eines der Elemente eingesetzt, um friedliche Beziehungen, die Einhaltung unterzeichneter Verträge und die Unterwerfung unter die assyrischen Behörden sicherzustellen. Untergebene Könige wurden gezwungen, ihre Söhne und nahen Verwandten in den Palast des assyrischen Herrschers zu schicken, um ihre Loyalität zu garantieren. Flüchtlinge königlicher Herkunft aus anderen Ländern wurden vom Herrscher sehr gut aufgenommen und im Palast gehalten. Sie wurden bei politischen Spielen eingesetzt.

Gerichtsverhandlungen im assyrischen Staat wurden in zwei Sprachen geführt - Akkadisch im assyrischen Dialekt und Aramäisch. Die

Verhandlungen im Namen des Staates wurden von Königen, Prinzen, Thronfolgern und königlichen Beamten geführt. Botschafter der Oberschicht wurden "abarakku", "rabshaku" und gewöhnliche Kuriere - "mar shipri" genannt. In Assyrien wurde ein Spionagedienst eingerichtet, der vom Thronfolger ausgeübt wurde.

Das alte Indien. Die Hauptquelle für die Theorie der altindischen Außenpolitik ist das Arthashastra von Kautilya, das im 4. Jahrhundert v. Chr. geschrieben wurde. Arthashastra ist ein Sanskrit-Wort und bedeutet "Buch des materiellen Reichtums, der politischen Macht und der politischen Wirtschaft". Diese Schrift enthält wertvolle Informationen über die Struktur des Staates, die Verwaltung und das wirtschaftliche Management, Gerichtsverfahren, militärische und diplomatische Kunst, einschließlich des Konzepts des "Mandala" ("Kreis", "Staatskreis").

Mandala ist ein Bündel spezifischer außenpolitischer Aktionen und Maßnahmen, deren Hauptgedanke der "Aufbau eines großen Staates" war. Die Schaffung eines großen Staates ("Welt"-Imperium) war das Endziel der Politik.

Das Schüren von Feindseligkeit zwischen dem Feind und seinen Verbündeten, das Unterzeichnen separater (einseitiger) Abkommen mit rivalisierenden Verbündeten oder die direkte militärische Unterstützung, d. h. die Zerstörung des gegnerischen Mandalas, gilt als wichtigstes Mittel der Beute.

Dem Arthashastra zufolge sind die wichtigsten Merkmale eines Verbündeten Rentabilität und Gehorsam. Der König, der die politische Kunst besaß, musste ein Monopol anstreben und stützte sich dabei vor allem auf ein komplexes System von Verträgen. Die Unterzeichnung verschiedener Friedensverträge zur Erreichung politischer Ziele wird als wichtigstes politisches Instrument gelehrt.

Der Autor des Arthashastra beschrieb die Praxis der Geiselnahme als die bequemste Methode. "Frieden" bedeutet nicht, dass die Staaten für eine lange Zeit koexistieren. Vorübergehende Ruhe wird als beste Methode empfohlen, um einen stärkeren Feind zu besiegen. In dem Stück werden auch die "vier Wege der Politik" erwähnt:

1. Ratschläge nutzen.

2. Verteilung der Geschenke.
3. Streuen Sie die Saat des gegenseitigen Konflikts aus.
4. Anwendung von Gewalt.

Die Beschreibung der verschiedenen diplomatischen Vereinbarungen ist im Arthashastra von großer Bedeutung. Darunter sind gleiche und ungleiche, nützliche und nutzlose, mit und ohne Verträge.

Der Krieg wurde nur als letztes Mittel betrachtet, nachdem alle anderen Methoden ausgeschöpft worden waren. Dem König wurde geraten, so kompromisslos wie möglich nach Siegen zu streben, da eine friedliche Eroberung weniger Aufwand und Kosten erforderte.

In den Quellen aus dem ersten Viertel des ersten Jahrtausends v. Chr. wird "Duta" ("Botschafter") erwähnt.

Es gibt ein Kapitel über die Aufgaben eines Arthashastra-Botschafters, der in drei Typen unterteilt ist: "autonome", "mit begrenzten Befugnissen" und "Kuriere" (courier).

Der Kontakt des Botschafters mit der lokalen Bevölkerung wurde durch königlichen Erlass verboten oder eingeschränkt. In politischen Schriften wird der Botschafter dazu angehalten, zu schweigen und zuzuhören. Obwohl kein spezielles diplomatisches Korps gebildet wurde, unterstand die Botschaft der Kontrolle hochrangiger Beamter im Namen des Königs. Unter dem Vorwand, Briefe von Botschaftern zu überbringen, wurde sie auch eingesetzt, um den Feind oder seinen mächtigsten Beamten zu vernichten.

Die Botschafter sammelten auch Informationen über den Standort, die Streitkräfte und die Reserven des Feindes. Das Arthashastra enthält Regeln für verschiedene Briefe (Briefe und Korrespondenz), darunter auch diplomatische Briefe.

Das alte China. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung des diplomatischen Wissens im alten China gewidmet. Aus den gebildeten Meistern der Gesellschaft wurden Beamte ausgewählt, die über das nötige Wissen und die Erfahrung, das theoretische und praktische Verständnis der politischen Situation, die Beredsamkeit und das diplomatische Geschick verfügten. Der althinesische Philosoph Konfuzius beispielsweise stufte das Erlernen der Kunst der Diplomatie gleich nach der

Herrschaft über ein Königreich ein.

Wenn chinesische Botschafter in ein anderes Land entsandt wurden, erhielten sie nur mündliche Anweisungen. Obwohl es kein Konzept der diplomatischen Immunität gibt, gibt es in fast jedem Königreich Menschen, die einen Botschafter mit größtem Respekt behandeln.

Vor den Palästen der Herrscher der Zhang-Periode dienten Botschaftsbeamte, die als "yushi" bekannt waren. Sie waren damit beschäftigt, alle an den Herrscher gerichteten Briefe aus anderen Königreichen entgegenzunehmen und Informationen für zukünftige Verhandlungen vorzubereiten. Die Theorie und Praxis der zwischenstaatlichen Beziehungen hängen von den Aktivitäten der Szun-Schule Hen ab. Der Ursprung dieser Schule geht auf den Weisen Guy Guji (IV-III. Jahrhundert v. Chr.) zurück. Der Name der Schule leitet sich von der Bezeichnung zweier Arten zwischenstaatlicher Zusammenschlüsse ab - "szun" (vertikaler Zusammenschluss oder Nord-Süd-Zusammenschluss) und "xen" (horizontaler Zusammenschluss oder Ost-West-Zusammenschluss).

221 v. Chr. vereinigte die Qing-Dynastie zum ersten Mal ganz China. Einfälle wurden zu einem der Hauptziele der Außenpolitik von Xin Shi Huangdi. Im Jahr 202 v. Chr. wurde die Xing-Dynastie durch einen Volksaufstand gestürzt. Die Han-Dynastie übernahm die Macht im Reich. Das ökumenische, egozentrische Konzept der Ökumene, das aus der vorangegangenen Periode übernommen wurde, spielte eine wichtige Rolle in den Beziehungen des Han-Reiches zu den Nachbarvölkern. In den Werken der Philosophie des "Taoismus" findet sich ein spezielles Konzept gegen diese offizielle außenpolitische Doktrin.

Im Laufe der fast 2.000-jährigen Geschichte des alten China wurden bestimmte Grundsätze für die internationalen Beziehungen zu nahen und fernen Nachbarn entwickelt. Zwei wichtige Konzepte sind in der alten chinesischen Diplomatie von besonderer Bedeutung. Während sich das erste Konzept in erster Linie mit den Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten befasste, betrachtete das zweite Konzept alle anderen Länder als potenzielle Tributzahler an China.

Geiselnahmen waren eine gängige Praxis im Umgang des Han-

Reiches mit seinen Nachbarländern. In dieser Zeit wurde eine besondere Zeremonie für den Empfang von Botschaftern entwickelt, die den Status der Unterordnung des Herrschers, der die Botschaft zum Khan-Kaiser schickte, widerspiegeln sollte. Es wurde sehr darauf geachtet, dass die im Palast aufgestellten Regeln strikt eingehalten wurden. Botschafter kommen natürlich mit Geschenken, und auch das Khanat gibt Geschenke. Während der Empfang von Botschaftern und die Überreichung von Geschenken durch sie darauf abzielten, ausländische Vertreter zu diskriminieren und die untergeordnete Stellung der Herrscher anderer Länder widerzuspiegeln, wurde den freundschaftlichen Beziehungen des Reiches zu den Nachbarländern große Aufmerksamkeit geschenkt.

Testfragen:

1. In welchem Land des Alten Ostens war die dynastische Ehe zur Regelung der internationalen Beziehungen weit verbreitet?
2. Wer hat in der Geschichte des alten Mesopotamiens den Humor der "vier Klimazonen" für sich beansprucht?
3. Wie sprachen sich die Könige der "großen" Staaten im Briefverkehr untereinander an?
4. Welches ist die wertvollste Quelle für Informationen über die altägyptische Diplomatie?
5. Welche Rolle spielte eine besondere Institution namens "Haus der Briefe des Pharaos" in der altägyptischen Diplomatie?
6. Was ist laut Arthashastra das Hauptmerkmal eines Verbündeten?
7. Welche Aufgaben hatte Yusha in der alten chinesischen Diplomatie?
8. Was bedeutet das Wort "Mandala"?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ANTIKEN GRIECHENLAND PLAN:

1. Proxenie und Ampiktonie .
2. Verfahren in der Botschaft.
3. Internationale Beziehungen in der klassischen Periode.
4. Internationale Beziehungen in der hellenistischen Zeit.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: Proxenia . Amphictonia .
Kseniya . Jeremnemon . Keryuks . Angelos . Athen . Sparta. I Athenische
Seefahrerunion. Peloponnesische Union. Griechisch-Iranischer Krieg.
Kallium sul. Peloponnesische Kriege. II. Athenischer Seebund.

FOR AUTHOR USE ONLY

Proxenia und Amphitonia . Im antiken Griechenland blühte eines der ältesten Zentren der menschlichen Zivilisation auf, zusammen mit Wissenschaft und Technik, Kultur und Bildung, internationalen Beziehungen, diplomatischem Wissen, politischem Bewusstsein und Weltanschauung. Obwohl die diplomatischen Beziehungen und Botschaftssysteme in den Ländern des Alten Ostens - Ägypten, Akkad, Babylon, Assyrien, Hethiter, Indien und China - ihren Anfang nahmen, trat dieser Prozess im antiken Griechenland in eine neue Phase.

Im antiken Griechenland war die älteste Form der internationalen Beziehungen und des internationalen Rechts die "Proxenia", d.h. die Gastfreundschaft. Proxenia wurde zwischen Menschen, Clans, Stämmen und Staaten praktiziert. Die Botschafter, die das Land besuchten, wandten sich zunächst an ihre Stellvertreter, und diese übernahmen die Führung bei diplomatischen Verhandlungen. Die Proxenia waren die wichtigsten Vermittler zwischen der Bevölkerung und dem Staat in Rechts-, Handels-, Steuer- und Gerichtsangelegenheiten. Sie regelten auch die moralische Haltung der Bevölkerung gegenüber der Stadt. Ausländer, die in der Stadt lebten, standen unter der Schirmherrschaft der Göttin der Gastfreundschaft - Xenia.

Eine weitere antike Institution der internationalen Beziehungen sind die Amphitheken. Das Wort "amphitonia" stammt aus dem Griechischen und bedeutet "Menschen, die in der Nähe leben". Amphithenia sind religiöse Vereinigungen, die in Tempeln gegründet wurden. Sie wurden unter der Schirmherrschaft der wichtigsten und am meisten verehrten Gottheiten gegründet und regelten die Beziehungen innerhalb der Stämme, zwischen den Stämmen und zwischen den Stämmen. Am Vorabend der Feiertage verbietet die Amphiphonie kategorisch jegliche Kriege. Gegen diejenigen, die sich nicht an dieses Verbot hielten, wurde ein "heiliger Krieg" ausgerufen - jeromimia . Es ist klar, dass die Amphitheater nicht nur religiöser, sondern auch politischer Natur waren.

Die Hauptaufgabe der Amphitheater bestand darin, göttliche Feiertage angemessen zu begehen, gemeinsame Opfer zu organisieren, Schätze zu schützen, die mit Spenden der Bevölkerung und verschiedener

Gemeinschaften gesammelt wurden, sie gezielt einzusetzen und Verstöße gegen religiöse Regeln zu bestrafen. Das größte der Amphitheater war der Tempel der Thermopylen - Demeter, der 12 Stämme vereinte. Jeder Stamm hatte 2 Stimmen. Das Hauptorgan der Organisation ist die Generalversammlung, und der Vorsitzende der Versammlung wird ieremnemon genannt. Die Generalversammlung wird zweimal im Jahr einberufen: im Frühjahr und im Herbst. Jeremnemon wird durch Wahl aus den Reihen der Stammesführer gewählt. Jeder Teilnehmer des Amphitheaters legte einen Eid ab, bevor er es betrat. Der Text des Eides lautete wie folgt: "Ich werde keine Stadt zerstören, die zu Amphitonia gehört. Ich kann sein Wasser nicht willkürlich nehmen. Ich werde all jenen den Krieg erklären, die den Eid brechen, und ich werde seine Städte zerstören. Ich werde diejenigen bestrafen, die sich gegen den Willen Gottes stellen."

Die Amphiphonier hatten im 5. und 4. Jahrhundert v. Chr. einen starken Einfluss auf das politische Leben in Griechenland.

Verfahren bei Botschaften. Im antiken Griechenland spielten Botschafter mit besonderen Befugnissen auch eine wichtige Rolle bei der Regelung der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften und der Polizei. Zu Homers Zeiten wurden sie "Keryuks" und "Engel" (Boten) genannt. In der klassischen Periode wurden die Botschafter Presbyter (Älteste) genannt. Die Presbyter wurden aus einflussreichen Personen über 50 Jahren in so einflussreichen Polizeistädten wie Athen, Sparta und Korinth ausgewählt. In einigen Polizeistädten wurden die Botschaftsaufgaben von Archonten und Archon-Polemarchen (militärische Befehlshaber) wahrgenommen. Ursprünglich waren alle Botschafter gleichgestellt, später wurde das Amt des Botschafters eingeführt. Den Botschaftern wurden separate Gehälter und Reisekosten des Staates zugewiesen. Vor der Abreise in andere Länder erhielten die Botschafter ein Schild, das aus zwei Kerzenhaltern bestand. Dieses Etikett wird "Diplom" genannt. Das Wort "Diplom" bedeutet "Ich verbinde zwei". Eines der Wachstäfelchen enthielt Anweisungen für Botschafter, das andere das Beglaubigungsschreiben des Botschafters.

Die Botschafter waren direkt an den Treffen der

Volksversammlungen und Ältestenräte in den Nachbarländern beteiligt. Sie wurden mit besonderem Respekt behandelt. Bei der Eskorte der Botschafter in ihre Länder wurden sie mit wertvollen Geschenken bedacht. Wenn der Botschafter in sein Land zurückkehrte, erstattete er der Volksversammlung Bericht. Der Botschafter, der seinen Auftrag angemessen erfüllt hatte, wurde auf Kosten des Staates mit wertvollen Geschenken bedacht. Für sie war ein Kranz aus Lorbeerblättern die höchste Auszeichnung.

Die Hauptaufgaben der Botschafter waren die Bildung von Bündnissen und die Unterzeichnung wichtiger Verträge. Die Bündnisse galten als "göttliches Dokument", und sie zu brechen wurde als "Fluch Gottes" betrachtet. Die gegenseitigen Verpflichtungen aus den Vertragsartikeln wurden durch einen Eid bekräftigt. Der Eid wurde in Anwesenheit der Hohepriester geleistet. Die Verträge wurden in den Sprachen der Vertragsparteien geschlossen, und eine Kopie wurde an das Staatsarchiv oder das Kirchenarchiv geschickt. Wer gegen den Vertrag verstieß, wurde mit einer hohen Geldstrafe belegt. Manchmal wurden sie zu Ehren der Götter geopfert.

Im Allgemeinen entwickelten und verbesserten sich die diplomatischen Beziehungen im antiken Griechenland, die in vielerlei Hinsicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruhten, anders als in den Ländern des antiken Ostens. Das Aufkommen der ersten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Diplomatie hatte einen großen Einfluss auf die Entwicklung der römischen Diplomatie in der Zukunft.

Internationale Beziehungen in der klassischen Periode. Eines der wichtigsten Ereignisse in den internationalen Beziehungen ist der Griechisch-Iranische Krieg. Das Hauptziel des Irans in diesem Krieg war die Unterwerfung der reichen, bevölkerungsreichen und wirtschaftlich entwickelten Griechen.

Die griechisch-iranischen Kriege zeigten den Patriotismus und den Mut der Griechen, und die Polizei erkannte die Notwendigkeit einer Einigung. Zu diesem Zweck wurde 481 v. Chr. die "Union von Panellinus" und später, 478 v. Chr., die "Union von Athen I" (Union von Delos) gegründet. Als Ergebnis dieser Prozesse gewannen die Griechen die Konfrontation mit dem Achämenidenreich, das zum größten Staat der

antiken Welt wurde.

Im Jahr 449 v. Chr. wurde der Vertrag von Kallis (so benannt nach dem athenischen Botschafter Kalli) unterzeichnet, in dem der iranische König die Unabhängigkeit der gesamten griechischen Polizei in Kleinasien anerkannte und keine militärischen Maßnahmen gegen die Griechen ergriff. Iranischen Kriegsschiffen ist es verboten, in der Ägäis zu operieren. Die griechische Polizei verpflichtete sich, sich nicht in den östlichen Mittelmeerraum einzumischen und sich nicht in die Angelegenheiten Ägyptens einzumischen.

Die Symmaxia (Vereinigung) von Delos wurde zu einem starken Zusammenschluss griechischer Städte. Die Dominanz Athens in diesem Bündnis war offensichtlich. Er war ein großer reicher Polizist und diente auch als Grundlage für seine Überlegenheit gegenüber anderen Polizisten, da er die Hauptlast des Krieges gegen die Iraner trug. Die Verlegung des Staatsschatzes von der Insel Delos nach Athen im Jahr 454 v. Chr. war ein weiterer Ausdruck dieser Überlegenheit.

Das Streben Athens nach Hegemonie in ganz Griechenland führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Sparta. Dieser Konflikt führte zum Peloponnesischen Krieg (431-404 v. Chr.). Nachdem der Krieg mit dem Sieg Spartas endete, wurde das athenische Seebündnis aufgelöst. Ständige Scharmützel zwischen den Bullen schwächten die ohnehin angespannte Lage weiter.

Im Jahr 399 v. Chr. brach ein Krieg zwischen Iran und Sparta aus. Die Beteiligung Spartas am dynastischen Kampf der Achämeniden führte zu diesem Krieg. Im Jahr 395 v. Chr. begann jedoch ein mit Hilfe der Achämeniden gebildetes Bündnis einen Krieg gegen Sparta. Zu diesem Bündnis gehörten Athen, Korinth und Theben. Unter starkem iranischen Einfluss wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet (Vertrag von Antalcid , 387 v. Chr.). Ihm zufolge erhielt der iranische Staat die Kontrolle über die Städte Kleinasiens zurück, die iranische Flotte durfte in der Ägäis segeln, die Kontrolle über die griechische Polizei wurde Sparta übertragen.

Zwischen 378 und 377 v. Chr. wurde das Zweite Athenische Seebündnis zum Kampf gegen Sparta gegründet. In der Schlacht bei der Stadt Leuctra (371 v. Chr.) besiegten die Phönizier die spartanische Armee,

und dieses Ereignis zerstörte den Mythos der Unbesiegbarkeit Spartas. In der Schlacht von Mantinea (362 v. Chr.) endete der kurze Aufstieg Thebens mit dem Tod des phönizischen Generals Epaminondas. Dies war auf die Vorurteile der Athener gegen Theben zurückzuführen, die den Aufstieg Thebens fürchteten. Die Versuche Athens, seine Vorherrschaft im Zweiten Athenischen Seebund zu behaupten, wurden jedoch von den Alliierten abgelehnt und führten zum Alliiertenkrieg (357-355 v. Chr.), der mit dem Zusammenbruch des Bündnisses endete.

Internationale Beziehungen in der hellenistischen Zeit. In dieser Zeit wurde Makedonien zu einer neuen militärisch-politischen Kraft in Nordgriechenland. Im Jahr 346 v. Chr. eroberte Philipp II. von Makedonien die Küsten von Thessalien, Phokis, Chalkidiki und Thrakien. In Athen und anderen griechischen Städten verschärfte sich der Kampf zwischen anti-makedonischen und pro-makedonischen Parteien. Die Bemühungen von Demosthenes führten zur Bildung eines Bündnisses der griechischen Städte gegen Makedonien, aber 338 v. Chr. wurde er in der Schlacht von Chaeronea vollständig besiegt. Laut Lykurg, einem der Anführer der anti-makedonischen Partei, "wurde die Freiheit der Griechen zusammen mit den Leichen der auf dem Schlachtfeld Gefallenen begraben". Im Jahr 337 v. Chr. wurde auf dem von Philipp II. einberufenen Kongress in Korinth offiziell die Unterordnung Griechenlands unter Makedonien beschlossen.

Der Tod Philipps und die Inthronisierung seines Sohnes Alexander läuteten in Griechenland eine neue Ära ein. Griechisch-mazedonisches Heer unter der Führung von Alexander dem Großen (Alexander). Im Jahr 334 startete er einen Feldzug gegen den Iran. Die Siege in der Schlacht am Granicus (334 v. Chr.), in der Schlacht von Issus (333 v. Chr.) und in der Schlacht von Gaugamela (331 v. Chr.) waren größtenteils iranisch, was zur Besetzung führte.

Auf seinem Weg nach Osten drang Alexander in Zentralasien und dann in Westindien ein und gründete einen riesigen Staat. Nach seinem Tod (323 v. Chr.) entstanden als Ergebnis des Kampfes zwischen den Generälen die hellenischen Staaten: das Reich der Ptolemäer (Ägypten), der Staat der Seleukiden, Makedonien, Pontus, Pergamon, Kappadokien.

Der Seleukidenstaat, das Ptolemäerreich und Makedonien wurden

zu den Hauptkonkurrenten um die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeerraum und strebten eine aktive politische Position in Griechenland an.

Testfragen:

1. Welche Rolle spielten Stellvertreter in der antiken griechischen Diplomatie?
2. Was waren die Hauptaufgaben eines Botschafters im antiken Griechenland?
3. Aus wie vielen Stämmen bestand der Tempel von Thermopylae-Demeter?
4. Wie heißt der Initiator des Panellin-Kongresses?
5. Verträge über die griechische Diplomatie der Nushkhalari-Tempelgötter ?
6. Was war die Hauptaufgabe der griechischen Botschafter in der Geschichte der internationalen Beziehungen?
7. Was sind die Funktionen von Amphitionium?
8. Wie unterschied sich die Delos-Allianz von der Lakedemon-Allianz?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ANTIKEN ROM PLAN:

1. Rat der Fakultäten.
2. Botschaftsverfahren in der republikanischen und kaiserlichen Zeit.
3. Die internationalen Beziehungen Roms zu Karthago, Makedonien und den griechischen Staaten.

Schlüsselwörter und -begriffe: Fezial. Pater Patrius , Fakultätsrat.
Ernennung.
Zusammenarbeit. Innaguratio . Mission. Legaten. Punische Kriege.
Makedonische Kriege.

FOR AUTHOR USE ONLY

Fakultätsrat. Rom hat einen langen Weg zurückgelegt, um ein mächtiger Sklavenstaat zu werden. Im 6. Jahrhundert v. Chr. weitete Rom, das nur Beziehungen zu benachbarten Stämmen unterhielt, seinen Einfluss infolge des Zusammenbruchs der Stammesbeziehungen allmählich aus. Von der Antike bis zum Fall Roms spielte der Ältestenrat (Senat) eine wichtige Rolle in den Stammes- und internationalen Beziehungen.

Die Fetialen waren ein Rat von Priestern im alten Rom, der an der Aushandlung von Stammes- und internationalen Verträgen beteiligt war. Sie hatten auch das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen.

Die genaue lexikalische Bedeutung des Wortes fetial ist noch nicht geklärt. Nach Varro (einem enzyklopädischen Gelehrten und Schriftsteller, der im ersten Jahrhundert v. Chr. in Rom lebte) leitet sich der Begriff von dem lateinischen Wort "ferire oder foedus" ab und ist ein Synonym für "Redner". Nach Ansicht einiger europäischer Gelehrter ist dieser Begriff direkt mit dem Wort Jupiter feretrius" verwandt.

Das "Institut der Fakultäten" wurde nicht nur mit Rom, sondern auch mit Albanern, Ardennen und Semiten in Verbindung gebracht. Die hohe Kultur der alten Römer verlieh ihm jedoch einen rechtlichen und politischen Status.

Die Föderation bestand aus 20 Männern, die unter den Hohepriestern patrizischer Herkunft auf Lebenszeit gewählt wurden.

Der Übergang zum Feudalismus vollzog sich in 3 Phasen:

1) Nominierung - Der nominierte Kandidat legt einen Eid ab und verspricht, dem Rat der Bundesbehörden würdig zu sein.

2) Kooptatio - unter den vom jeweiligen Senat ausgewählten Kandidaten.

3) Innaguratio - ein Priester, der in ein Fetialamt gewählt wurde, legte einen besonderen Eid ab.

Der Vorsitzende des Fakultätsrats wird master fetialum (Leiter der Fakultäten) genannt. Später wurde er "Pater Patratus" (großer Vorfahre) genannt. Man glaubte, dass Pater Patratus das Recht hatte, nicht nur in Bezug auf die fetials zu handeln, sondern auch im Namen des gesamten römischen Volkes.

Facies erfüllten unterschiedliche Funktionen:

1) Der Klerus, d.h. seine religiöse Aufgabe in den Beziehungen zwischen den Stämmen, bestand darin, bei der Erklärung eines Krieges oder eines Waffenstillstandes Gebete zu verlesen und beim Abschluss von Verträgen Opfer zu bringen. In der Regel wurde ein Ferkel als Opfer geschlachtet, indem man es mit einem "heiligen Stein" schlug.

Bevor sie einem Stamm oder einer Stadt den Krieg erklärten, näherten sie sich der Grenze dieses Staates und verfluchten ihn mit Worten, die nur sie selbst kannten. Gleichzeitig überbrachten sie ihnen ihre Forderungen. Wurden die Forderungen nicht innerhalb von 33 Tagen erfüllt, fielen die Fetialen erneut über dieselbe Stammesgrenze her und warfen eine verbrannte Tonka in deren Gebiet. Dieser Brauch bedeutete, dass der Krieg erklärt worden war.

2. Auf dem Gebiet der Botschaften wurden sie mit großen Privilegien ausgestattet. Der Senat und das römische Volk erklärten nicht nur den Krieg und schlossen Frieden, sondern übermittelten auch den Willen und die Forderungen anderer Völker, indem sie die Umsetzung von Verträgen überwachten.

3. Als Richter verlangten sie, dass andere Staaten römische Verbrecher auslieferten, oder wenn sich Verbrecher aus einem anderen Staat in Rom versteckten, nahmen sie sie fest und überwachten ihre Auslieferung an den jeweiligen Staat. Sie hatten auch die Macht, diejenigen zu bestrafen, die Verträge brachen, Botschafter beleidigten oder beleidigten.

Diese Rechte und Befugnisse blieben bis zur Gründung des Römischen Reiches bestehen. Aber auch in der Kaiserzeit, obwohl die Befugnisse sehr viel eingeschränkter waren, nahmen die Fazines an der Unterzeichnung von Verträgen teil. Einige Kaiser übten selbst die Funktion der Fazines aus.

Botschaftsverfahren in der republikanischen und kaiserlichen Zeit. Im IV. bis III. Jahrhundert v. Chr., als es Rom gelang, die Beziehungen zu entfernten Stämmen zu stärken, entwickelten sich echte Botschafterbeziehungen.

Eine Botschaft wurde als "diplomatische Mission" bezeichnet und

Botschafter wurden "Gesandte" genannt. Die Botschafter wurden aus den Reihen der Senatsmitglieder gewählt. Sie handelten nach strengen Regeln. Griechischen Quellen zufolge besaßen die römischen Botschafter einen speziellen Siegelring aus Gold. Mit diesem Siegel unterzeichneten die Botschafter internationale Abkommen. Die Gesandten, die nach Rom zurückkehrten, erstatteten dem Ältestenrat (Senat) Bericht. Nur in einigen Fällen wurden ihre Berichte von der Volksversammlung (Forum) angehört.

Im III. und II. Jahrhundert v. Chr. wurde ein besonderes Verfahren für den Empfang von Botschaftern aus anderen Staaten eingeführt. Botschafter aus befreundeten oder feindlichen Ländern wurden unterschiedlich behandelt.

Die Botschafter befreundeter Länder wurden mit einer Zeremonie außerhalb von Rom begrüßt. Nach dem Bankett wurden die Botschafter in einem der königlichen Gebäude in Rom untergebracht. Abends finden in Rom verschiedene Unterhaltungsfeste statt, und die Botschafter sitzen an festlichen Tischen neben Senatoren und anderen hochrangigen Adligen, die mit wertvollen Geschenken bedacht werden. Diese Botschafter, die mit Pomp und Feierlichkeit empfangen wurden, konnten nicht ernsthaft gegen den Abschluss von Verträgen sein, die am nächsten Tag zugunsten Roms unterzeichnet werden sollten.

Den Botschaftern des feindlichen Staates wurde eher kühl begegnet. Sie wurden in gewöhnlichen Gebäuden außerhalb Roms untergebracht. Sie betreten die Stadt überhaupt nicht. Das Gebiet, auf dem sie sich befinden, wird streng bewacht. Die Senatoren empfangen die Botschafter in einer Kirche am Rande der Stadt. Wenn die Verhandlungen für Rom erfolgreich waren, wurde der letzte Verhandlungstag nach Rom verlegt und ein Bankett zu Ehren der Botschafter gegeben. Andernfalls wurde den Botschaftern eine kurze Frist gesetzt, um das römische Gebiet zu verlassen, und der verstorbene Botschafter wurde streng bestraft. Während die Botschafter des Feindes auf dem Gebiet Roms nur von Wachen bewacht wurden, wurden die Botschafter befreundeter Staaten in ihre Ländereien eskortiert.

Während der Kaiserzeit standen die diplomatischen Beziehungen in Rom unter der persönlichen Kontrolle des Kaisers und seines Konzessionärs. Während der Reformen des claudischen Reiches (41-54)

wurde der Regelung der internationalen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ihm zufolge wurde das Amt eines besonderen Sekretärs eingeführt, der dem Kaiser unterstellt war und als Hauptverantwortlicher für die internationalen Beziehungen Roms galt. Pamponius, einer der berühmtesten römischen Juristen, schrieb, dass zur Zeit des Claudius besondere Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Botschaftern getroffen wurden.

In der Kaiserzeit hatte die römische Diplomatie zwei Formen:

1) Diplomatische Außenbeziehungen - internationale Beziehungen zu Ländern außerhalb des römischen Herrschaftsgebiets.

2) Interne diplomatische Beziehungen - internationale Beziehungen zu Staaten, die unter dem Einfluss Roms stehen.

Staaten, die unter dem Einfluss der Römer standen, hatten das Recht auf Autonomie und gewisse Befugnisse in wirtschaftlicher, politischer und religiöser Hinsicht. Sie konnten Botschafter nach Rom entsenden und ihre Interessen im Senat vertreten.

In der Vespasianischen Periode wurde die Zahl der Vertreter der Botschaften in den Nachbarländern auf 3 reduziert (vorher waren es 10). Das Hauptziel bestand darin, die den Botschaften zugewiesenen Mittel zu begrenzen.

In der Zeit Domitians (81-96) wurde die Finanzierung von Botschaften nahezu eingestellt. Die Botschafter wurden nun aus den Reihen der Vertreter der Aristokratie ernannt, die das Amt des Botschafters als Ehrenamt betrachteten.

Während der Kaiserzeit wurden spezielle Schulen eingerichtet, um reife patrizische Diplomaten auszubilden. Sie wurden intensiv in Fächern wie Recht, Diplomatie, Rhetorik und Philosophie unterrichtet.

Internationale Beziehungen Roms zu Karthago, Makedonien und den griechischen Staaten. Die weitreichenden internationalen Beziehungen des römischen Staates begannen im VI Jahrhundert vor Christus. Die ersten großen Verträge wurden mit Karthago geschlossen. Die Verträge zielten hauptsächlich auf den Handel ab und ermöglichten den römischen Schiffen den Landweg vor der afrikanischen Küste. Römische Schiffe durften nur in die Häfen von Karthago einlaufen, während das

Segeln zu anderen Küsten Afrikas streng verboten war. verboten. In Fällen, in denen römische Schiffe wegen eines Sturms vor der Küste Karthagos anhalten mussten, wurde ihnen eine kurze und strenge Frist gesetzt, um nach Abklingen des Sturms nach Italien aufzubrechen. Die Mitglieder des Schiffes, die keine Zeit hatten, das Schiff zu verlassen, wurden hingerichtet.

Die Beziehungen Roms zu den hellenischen Staaten waren im 3. Jahrhundert v. Chr. voll etabliert. Vor allem die Beziehungen zum Ptolemäerreich waren sehr eng. Gleichzeitig war es für Sizilien sehr wichtig, einen starken Verbündeten zu haben, wie das Ptolemäerreich für Rom, das mit Makedonien in hartem Wettbewerb um Gebiete an der Küste Karthagos und der Adria stand. Im Gegenzug stellte der Aufstieg Karthagos in Afrika eine Bedrohung für Ägypten dar. Makedonien wiederum war ein enger Verbündeter der Seleukiden, eines weiteren Hauptfeindes Ägyptens.

Während der Punischen Kriege waren die Länder des Mittelmeerraums in zwei große Lager geteilt:

- 1) Rom, Ptolemäus, Pergamon und Rhodos;
- 2) Makedonien, die Seleukiden und Karthago.

Nachdem Hannibals karthagische Armee 216 v. Chr. die römische Armee bei Cannae besiegt hatte, sandte Hannibal Gesandte nach Rom und bot einen Friedensvertrag unter schwierigen Bedingungen an. Als der Senat das Angebot ablehnte, schickte Hannibal Gesandte nach Makedonien, die ihn aufforderten, in den Krieg gegen Rom einzutreten.

Auf Initiative der von Hannibal entsandten Botschafter unterzeichneten Karthago und Mazedonien ein gegenseitiges Abkommen, um sich in einem Bündnis gegen Rom zu vereinen, und versprachen, während des Krieges keinen separaten Waffenstillstand mit Rom zu schließen. Dem Abkommen zufolge sollten nach der Niederlage Roms die Gebiete der Balkanstaaten vollständig unter die Kontrolle Mazedoniens und die Gebiete Italiens vollständig unter die Kontrolle Karthagos fallen. Zusätzlich zu der schriftlichen Vereinbarung versprach der König von Makedonien mündlich, seine Truppen sofort auf den Apennin zu schicken. Laut Polybios überredeten römische Diplomaten die Länder des italischen Bündnisses in Griechenland, Makedonien den Krieg zu erklären und sagten

ihre volle Unterstützung zu. Wegen des in Griechenland ausgebrochenen Krieges hatte Makedonien keine Möglichkeit, Truppen in den Apennin zu entsenden. Die Möglichkeit eines groß angelegten Marsches der makedonischen Armee auf Rom, der schwerwiegende Folgen hätte haben können, wurde durch die diplomatischen Bemühungen völlig ausgeschlossen.

Während der Punischen Kriege beschränkten sich die Römer wiederholt auf kleine Seeschlachten gegen Makedonien.

Unter Ausnutzung der mazedonischen Beteiligung an den Kriegen in Griechenland vertrieben die römischen Streitkräfte Hannibals Armee zwischen 215 und 205 v. Chr. aus Italien. Infolge des Rückzugs Karthagos brach König Philipp V. von Makedonien den Vertrag und unterzeichnete 205 v. Chr. einen separaten Waffenstillstand mit Rom. Im Jahr 202 v. Chr. schlugen die Römer das karthagische Heer vernichtend und zwangen es, unter schwierigen Bedingungen Frieden zu schließen. 200 v. Chr. wurde Makedonien der Krieg erklärt, um Philipp V. zu bestrafen, der einst ein Verbündeter Karthagos gewesen war. Ohne das eigentliche Ziel zu verraten, traten die griechischen Stadtstaaten in den Krieg ein, unter dem Vorwand, die Staaten zu verteidigen. Während des Krieges wurden römische Botschafter zum Seleukidenkönig Antiochus III. (223-187 v. Chr.) gesandt, um ihn davon zu überzeugen, Makedonien nicht zu unterstützen. Zu diesem Zweck versprach Rom Antiochus III., sich der Besetzung von Syrien, Phönizien und Palästina nicht zu widersetzen. Wiederholte Bitten Philipps V., der sich in einer schwierigen Kriegssituation befand, wurden von Antiochus III. abgelehnt, und es wurde keine militärische Hilfe geleistet. So kam es, dass 197 v. Chr. Makedonien war gezwungen, unter schwierigen Bedingungen Frieden mit Rom zu schließen. Philipp V. erkannte die Unabhängigkeit der griechischen Kleinstaaten an, zahlte hohe Geldsummen an Rom und stimmte einer starken Verkleinerung seines Heeres zu (5.000 Mann). Die griechischen Staaten wurden von der makedonischen Unterdrückung befreit und von den Römern versklavt, und eine große Anzahl römischer Armeen wurde in den Gebieten dieser Staaten stationiert, um sie zu kontrollieren.

Kurz darauf entsandte der römische Senat Botschafter zum König

von Makedonien, angeführt von Tiberius Sempronius Gracchus (163-133 v. Chr.), Vater der berühmten Gracchi-Brüder. Hauptziel war es, die Neutralität Makedoniens zu Beginn des Kampfes Roms gegen Antiochia zu erreichen. Philipp V., der die Seleukiden in seinem Herzen angefeindet hatte, überredete sie, im Krieg neutral zu bleiben, um sich bestimmte Zugeständnisse zu sichern, und erlaubte der römischen Armee sogar, durch makedonisches Gebiet zu ziehen. Außerdem erklärte er sich bereit, den Römern mit Nahrungsmitteln zu helfen. 190 v. Chr. wurde das seleukidische Heer von Rom besiegt, sein Besitz in Kleinasien wurde beschlagnahmt und eine hohe Entschädigung gefordert. Nach der Niederlage der Seleukiden verzichtete Rom auf seine Versprechen gegenüber Makedonien. Der betrogene Philipp V. erfüllte die ihm auferlegten Verpflichtungen nur widerwillig.

Aus den angeführten Beispielen geht hervor, dass Rom dank der Gerissenheit und des Geschäftssinns seiner Diplomatie große Erfolge erzielte. Das *Divide Principle et impera* - "teile und herrsche" - war die Hauptwaffe Roms.

Testfragen:

1. Beschreiben Sie die Funktionen der Fäkalien im antiken Rom?
2. Wie verlief der Übergang zum Feudalismus in der antiken römischen Diplomatie?
3. Wann führte der römische Staat ein besonderes Verfahren für den Empfang von Botschaftern aus anderen Staaten ein?
4. In wie viele Lager waren die Mittelmeerländer während der Punischen Kriege aufgeteilt?
5. Erklären Sie die Bedeutung des Satzes *"Divide et impera"*?
6. Wer kontrollierte die diplomatischen Beziehungen in Rom während der Kaiserzeit?
7. Was wissen Sie über die Reformen des Claudischen Reiches?
8. Welche Fächer wurden hauptsächlich in den Sonderschulen für

Diplomaten unterrichtet, die während der Kaiserzeit eingerichtet wurden?

9. Beschreiben Sie die Phasen des Übergangs zum Feudalismus?

10. Wie sahen die internen diplomatischen Beziehungen während des Kaiserreichs aus?

FOR AUTHOR USE ONLY

**INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND
DIPLOMATIE IM MITTELALTERLICHEN EUROPA
PLAN:**

1. Byzantinische Diplomatie.
2. Päpstliche Diplomatie.
3. Diplomatie in der Zeit des feudalen Zerfalls.

Schlüsselwörter und -begriffe: Oströmisches Reich. Byzanz.
Konstantinopel. Reformen von Justinian. Apokryphen. Königreich der
Langobarden. Gregor VII. Innozenz III. Karl der Große. Straßburger
Schwur. Vertrag von Verdun. Herold.

FOR AUTHOR USE ONLY

Die byzantinische Diplomatie. Die byzantinische Diplomatie, die sich unter dem Einfluss der antiken östlichen Länder, die überwiegend religiös geprägt waren und auf einer primitiven Demokratie beruhten, und der rechtlich weiter entwickelten griechischen und römischen Diplomatie herausgebildet hatte, nahm im System der internationalen Beziehungen des frühen Mittelalters eine führende Stellung ein.

Als das Weströmische Reich von den Germanen überfallen wurde, herrschte lange Zeit das Ostreich. Das Ostreich wurde offiziell weiterhin als Römisches Reich bezeichnet. Nach und nach verschwand dieser Name und wurde durch das Byzantinische Reich ersetzt (die Hauptstadt des Reiches hieß in der Antike Byzanz, und im Jahr 330 nannte Kaiser Konstantin der Große sie Konstantinopel). Die Balkanhalbinsel, viele Inseln in der Ägäis, Kleinasien, Syrien und Palästina, Ägypten und Mesopotamien, ein Teil des Kaukasus und die Südküste der Krim waren Teil des Reiches. Nicht nur das militärische Potenzial, sondern auch die Diplomatie spielte eine besondere Rolle bei der Erhaltung und Entwicklung des Staates mit so großen Territorien.

Der Untergang Roms und das Aufkommen der ersten Elemente des Feudalismus hatten tiefgreifende Auswirkungen auf das System der internationalen Beziehungen. In einer barbarischen Gesellschaft, die auf feudalen Verhältnissen beruhte, spielte die Außenpolitik eine wichtige Rolle. Die Herrscher, die nach militärischen Trophäen und der Eroberung möglichst vieler neuer Länder strebten, führten erbarmungslose Kriege gegeneinander. Schließlich waren die Stämme gezwungen, Kompromisse zu schließen, um die Außenbeziehungen zu regeln, indem sie zu diesem Zweck verschiedene Verträge unterzeichneten. Damit legten sie den Grundstein für eine neue Ordnung der internationalen Beziehungen.

Von Zeit zu Zeit bedrohten die Barbaren auch die Territorien des Oströmischen Reiches. Byzanz, das die Traditionen des Römischen Reiches bewahrte, konnte einen starken Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der jungen Barbarenstaaten ausüben. In der byzantinischen Diplomatie spielten Luxus, List, Verschlagenheit und die Fähigkeit, Handel, kulturelle und religiöse Bindungen effektiv für die eigenen Zwecke zu nutzen, eine wichtige Rolle bei der Ausprägung der allgemeinen

Eigenschaften der frühmittelalterlichen Diplomatie.

Die byzantinische Außenpolitik unter Justinian I. (527 - 565) war die erfolgreichste Periode. Diplomatisches Geschick spielte eine wichtige Rolle bei der Rückgabe der von den Barbaren besetzten westlichen Gebiete an sie. Das Hauptziel der byzantinischen Diplomatie bestand nicht darin, die Barbaren einzuschüchtern, sondern ihnen im Interesse des Reiches zu dienen. Justinian gelang es, die barbarischen Stämme zu schwächen, indem er sie gegeneinander aufbrachte und untereinander Kriege führte. Viele Historiker vergleichen die byzantinische Politik gegenüber den Barbaren mit der Kontrolle über Schachfiguren. Der diplomatische Dienst des Oströmischen Reiches wurde nach dem Vorbild der barbarischen Königreiche gestaltet.

Darüber hinaus war die militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eines der Instrumente von Justinians Politik. Diese Politik kam in den Kriegen gegen Vandalen und Strauße deutlich zum Ausdruck.

Die Verbreitung des Christentums war auch eines der wichtigsten diplomatischen Mittel der byzantinischen Kaiser. Der Palast in Konstantinopel beschäftigte ständige Vertreter des Papstes, die so genannten apocryarii. Sie beaufsichtigten die Organisation religiöser Zeremonien und den Bau von Kirchen und Klöstern auf byzantinischem Gebiet. Gleichzeitig hatten sie die Aufgabe, die Geschehnisse im Palast heimlich zu überwachen und den Papst über die Neuigkeiten auf dem Laufenden zu halten. Das Russische Reich verbreitete das Christentum durch die byzantinische Diplomatie - ein großer Erfolg. In Ländern, die zum Christentum konvertierten, wurde der byzantinische Einfluss etabliert. Die byzantinische Schicht des Klerus, die als einzige des Lesens und Schreibens kundig war, spielte in den Barbarenstaaten eine wichtige Rolle.

Dem ersten Minister unterstanden der Außenminister und sein Büro (magister officiorum, später "droma logothete"). Dieses Büro verfügte über einen großen Mitarbeiterstab und es gab Übersetzer für alle Sprachen. Ein eigenes Gesetz legte ein komplexes Verfahren für den Empfang von Botschaftern fest, dessen strikte Einhaltung unter der persönlichen Kontrolle des Kaisers stand.

Auch im Palast von Konstantinopel wurden bestimmte Regeln für den Botschaftsdienst entwickelt. Der Botschafter galt als Vertreter des Herrschers und durfte nur im Rahmen der ihm erteilten Vollmachten verhandeln. Ein Botschafter, der gegen diese Regel verstieß, wurde streng bestraft. Nur in seltenen Fällen durften die Vertreter des Kaisers auf eigene Faust verhandeln und die volle Verantwortung übernehmen. Der Kaiser wies den Botschaftern ein eigenes Etikett zu, aus dem die Befugnisse des Botschafters klar hervorgingen.

In der Regel wurden die Botschafter aus dem Kreis hochrangiger Beamter ausgewählt, und wenn sie diesen Rang nicht besaßen, erhielten sie besondere Ränge.

Die byzantinischen Botschafter waren angewiesen, in anderen Ländern klare Verhaltensregeln zu beachten. Der Botschafter sollte in der Lage sein, alles, was er im anderen Palast sah, höflich zu loben. Er musste dies jedoch so tun, dass er sich nicht als zornig gegen die byzantinische Ordnung zeigte.

Offiziell wurde den Botschaftern befohlen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen. In der Praxis war dies jedoch nicht immer der Fall. Der von den Botschaftern geschlossene Vertrag trat erst nach seiner Ratifizierung (Genehmigung) durch den Kaiser in Kraft.

Der Grundsatz der Unverletzlichkeit von Botschaftern wurde von den Barbaren schnell übernommen. Es ist jedoch anzumerken, dass die Botschaften der barbarischen Könige auch Merkmale aufweisen, die für die byzantinischen Bräuche nicht charakteristisch sind. Unter dem barbarischen Adel gab es nur wenige gebildete Leute, die in der Lage waren, den schriftlichen Teil der Verhandlungen selbständig zu führen. Die Botschafter der barbarischen Staaten wurden hauptsächlich von Priestern ernannt, die vor den gebildeten und findigen byzantinischen Botschaftern "nicht essen konnten".

Die byzantinische Diplomatie, die rechtlich stärker als die römische Diplomatie war, spielte eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen des frühen Mittelalters, hinterließ aber auch unauslöschliche Spuren in der arabischen und persischen sowie der fortgeschrittenen mittelalterlichen Diplomatie.

päpstliche Diplomatie. Der Untergang des Weströmischen Reiches und die Errichtung einer barbarischen Herrschaft in Italien erschwerten die internationale Position des Papsttums. Aus diesem Grund wandten sich die Päpste an Byzanz, um sich vor den Barbaren zu schützen. Im Palast von Konstantinopel gab es ständige Vertreter der Päpste - die Apokryphen. Neben den rein kirchlichen Angelegenheiten hatten sie auch die Aufgabe, die politischen Stimmungen am byzantinischen Hof im Auge zu behalten. Die Aporiarii sandten regelmäßig Berichte an den Papst persönlich.

Die Päpste waren dem byzantinischen Kaiser nur nominell unterstellt, de facto waren sie jedoch nahezu unabhängig. Im Laufe der Zeit schwächte sich der Einfluss von Byzanz allmählich ab. Im siebten Jahrhundert war das durch die arabischen Invasionen geschwächte Byzanz nicht mehr in der Lage, den Päpsten Widerstand zu leisten. Die Päpste entkamen der Abhängigkeit von den byzantinischen Kaisern und wurden zu unabhängigen Herrschern.

Im 7. und 8. Jahrhundert wandten sich die Päpste an die Franken, um sich vor den Langobarden zu schützen. Die Franken, die in der Mitte des 8. Jahrhunderts in Italien einfielen, besiegten die Langobarden. 754 verpflichtete sich der Langobardenkönig in einem Abkommen zwischen den Franken und den Langobarden nicht nur, Rom in Ruhe zu lassen, sondern auch Ravenna, Urbino und andere Städte dem Papst zu übergeben. Es bedurfte jedoch einer weiteren Militärexpedition, um König Langobard zur Erfüllung seiner Pflichten zu zwingen. In der Folgezeit wurden die Beziehungen zwischen dem fränkischen König und dem Papst gestärkt. Neben der Einrichtung gegenseitiger Gesandtschaften wurde auch eine gemeinsame Botschaft an den byzantinischen Palast gesandt. Die päpstliche Macht wurde praktisch von dem fränkischen Königreich abhängig.

Das Papsttum konnte sich nicht auf internationale Beziehungen stützen und war gezwungen, sich von den fränkischen Herrschern "beraten" zu lassen. Diese Abhängigkeit verstärkte sich noch während der Herrschaft Karls des Großen (768-814). Karl spielte eine größere Rolle als der Papst

bei der Verwaltung der Kurie, dem zentralen Organ des Papsttums, und bei der Ernennung von religiösen Amtsträgern. Auch die "heiligen Stätten" in Palästina fielen unter die Obhut Karls. Bei der Krönung Karls übergab ihm der Patriarch von Jerusalem als Zeichen des Gehorsams die Schlüssel zum Grab Jesu sowie die Fahnen und Schlüssel von Jerusalem.

Nach dem Zusammenbruch des fränkischen Staates wurde die päpstliche Macht von den deutschen Kaisern abhängig. Im XI. und XII. Jahrhundert nahm die Stellung der Kirche zu. Dabei spielten auch die Kreuzzüge eine wichtige Rolle. Während der Regierungszeit von Papst Gregor VII. (1073-1085) und Innozenz III. (1198-1216) konnte die Kirche eine führende Position in den internationalen Beziehungen in Europa einnehmen.

Internationale Beziehungen in der Zeit des feudalen Zerfalls. In den letzten Jahren der Herrschaft Karls des Großen schwächte sich der Staat der Franken ab. Die Krise verschärfte sich unter Karls Sohn Ludwig dem Großen (814-840). Ludwig, der die Oberhoheit behielt, teilte das Reich unter seinen Söhnen auf. Die Kinder entfesselten einen Krieg gegen ihren Vater. Nach dessen Tod (840) breitete er sich unter den Jungen aus. Karl Leichtkopf und Ludwig unterzeichneten in Straßburg einen Vertrag und zogen gegen Lothar, den älteren Bruder, der als Ludwigs rechtmäßiger Erbe galt, in den Krieg. Der Straßburger Eid ist das erste diplomatische Dokument, das nicht in Latein oder Griechisch, sondern in Französisch und Deutsch verfasst wurde. Die Ländereien des Reiches wurden unter den drei Brüdern gemäß einem Abkommen aufgeteilt, das der besiegte Lothar 843 in Verdun unterzeichnete. Der westliche Teil des Reiches - das "Königreich der Westfranken" (später "Frankreich" genannt) - ging an Karl den Glorreichen, der östliche Teil - das "Königreich der Ostfranken" (später Deutschland genannt) - an Ludwig den Großen. Deutsch. Die Gebiete zwischen den Ländern Karls und Ludwigs und Italien blieben unter Lothar bestehen. Die Auseinandersetzungen gingen nach dem Vertrag von Verdun weiter, und es wurden zahlreiche neue Verträge geschlossen. Diese Abkommen waren praktisch wertlos. Frankreich, Deutschland, Italien, Burgund und Arelat waren die einzigen Staaten, die auf dem Gebiet des Reiches von Karl dem Großen entstanden. Im neunten und elften

Jahrhundert verstärkte sich die politische Zersplitterung in Westeuropa. Die lokalen Herrscher begannen, sich wie Staatsoberhäupter zu verhalten. Sie regierten nicht nur den Staat, sondern übten auch selbst gerichtliche Funktionen aus. Sie prägten eigenständig Münzen, führten Steuern ein und knüpften gleichzeitig Beziehungen zu anderen Grundbesitzern, den Staatsoberhäuptern. Solche Grundbesitzer unterhielten private Botschaften, durch die sie Mitglied in verschiedenen Verbänden wurden und an Kriegen teilnahmen. Der Großgrundbesitzer wurde zum Herrscher, und der Staat wurde zu einem Lehen (Ermland).

Das Recht auf Privatkrieg wurde überall eingeführt, und die private Diplomatie begann, eine führende Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen. Die beiden feudalen Senatoren verhandelten als Führer unabhängiger Staaten. Es wurden formale Methoden entwickelt, um Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen, und zwar durch besondere Boten (oder Boten, Holzfäller), die Aufgaben durch verbale oder symbolische Handlungen übermittelten. Diese Boten wurden Herolde genannt. Sie trugen die Wappen ihrer Senatoren, und ihre Person galt als unverletzlich, ähnlich wie bei Botschaftern.

Im XIV. und XV. Jahrhundert bildete sich in Europa ein bestimmtes System internationaler Beziehungen heraus, und bestimmte diplomatische Kriterien und Traditionen nahmen allmählich Gestalt an.

Allerdings waren die internationalen Beziehungen in dieser Zeit in rechtlicher Hinsicht nicht sehr stark. Es gab keine ständigen Botschaften oder diplomatischen Vertretungen, und das Völkerrecht hatte noch keine Form angenommen.

Das Entstehen unabhängiger Städte, das wirtschaftliche Wachstum der europäischen Länder durch die Entwicklung des Binnen- und Außenhandels und der Wunsch nach einer Stärkung der Zentralregierung markierten den Beginn einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen.

Testfragen:

1. Was waren die allgemeinen Merkmale der frühmittelalterlichen byzantinischen Diplomatie?
2. Erzählen Sie uns vom Straßburger Schwur!
3. Was taten die päpstlichen Nonnen?
4. Beschreiben Sie die Reihenfolge, in der der Papst im Mittelalter Botschafter empfing?
5. Geben Sie Informationen über die Befugnisse des Botschafters in der byzantinischen Diplomatie?
6. Was war die Besonderheit der europäischen Diplomatie in der Zeit des Zusammenbruchs der Feudalherrschaft?

FOR AUTHOR USE ONLY

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM MITTELALTERLICHEN EUROPA PLAN:

1. Die italienische Diplomatie des Mittelalters.
2. Die französische Diplomatie des Mittelalters.
3. Entwicklung der Kenntnisse über diplomatische Verfahren und die Diplomatie im XV Jahrhundert.

Schlüsselwörter und -begriffe: Genua. Venedig. Florenz. Bayulo . Dante. Petrarca. Bocaccio . Machiavelli. Hundertjähriger Krieg. Edward III. Ludwig XI. ist der "Vater der modernen Diplomatie". Levantinische Handelsroute. Alberico Gentelini. Balthasar Ayala . Hugo Grotius .

FOR AUTHOR USE ONLY

Die italienische Diplomatie des Mittelalters. Im 11. und 13. Jahrhundert wurden die vielfältigen Beziehungen zwischen Europa und dem Osten ausgebaut und verstärkt. Neben den Kreuzzügen spielten auch die Handelsaktivitäten der italienischen Republiken Genua, Pisa, Venedig und Florenz sowie die Vermittlerrolle von Byzanz eine wichtige Rolle bei der Stärkung dieser Beziehungen.

Vor allem die italienischen Stadtstaaten hatten einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Diplomatie und der internationalen Beziehungen. Viele moderne Forscher betrachten Italien als die Wiege der modernen Diplomatie.

Obwohl die italienischen Stadtstaaten weiter entwickelt waren als der Rest Europas, blieb das Land zersplittert. Städte wie Venedig, Genua, Mailand und Florenz wurden zwar zu echten politischen Zentren, aber keine von ihnen war stark genug, um Italien zu vereinen. Auch der Kirchenstaat in seinem Zentrum war nicht an einer Einigung des Landes interessiert.

Die italienischen Städte, die die wichtigsten Vermittler im Handel zwischen dem Nahen Osten und Europa sind, haben konsularische Dienste eingerichtet, um ihre Interessen in den Nachbarländern und im Osten zu schützen. Während der Herrschaft des Königreichs Jerusalem wurden den Kaufleuten der italienischen Städte, die die Kreuzzüge unterstützten, große Privilegien gewährt. Darüber hinaus wurden Stadtstaaten wie Venedig, Genua und Pisa Kolonien in den von den Kreuzfahrern besetzten Gebieten zugewiesen. Diese Kolonien wurden von Vignetten mit weitreichenden Befugnissen regiert. Ende des 12. Jahrhunderts wurde das Amt des "bajulo" eingeführt, um alle venezianischen Kolonien im Königreich Jerusalem zu verwalten, während die Kolonien von Genua von zwei Konsuln verwaltet wurden. Für die Kolonien von Pisa wurden drei Konsuln ernannt. Diese Beamten lebten in luxuriösen Palästen in der Hauptstadt. Die Interessen der italienischen Stadtstaaten wurden auch durch den Papst geschützt. Bevor die Kreuzfahrer vertrieben wurden, brachte die Handelsroute durch die Levante den Italienern unschätzbare Vorteile. Selbst nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken gelang es Venedig, seine Kolonien in Kleinasien zu erhalten. Der ständige Vertreter Venedigs hatte den Posten

des Beyul im Palast des türkischen Sultans inne.

Unter den italienischen Stadtstaaten stellte Florenz sogar Diplomaten für fremde Länder. Dante, Petrarca, Boccaccio, Machiavelli und Guichardin gehören zu den weltberühmten florentinischen Diplomaten. Francesco Sforza, der das Herzogtum Mailand leitete, oder Enrico Dandolo, Herzog von Venedig, waren ebenfalls brillante Diplomaten.

Venedig hingegen zeichnet sich nicht durch einzelne Diplomaten aus, sondern durch einen ganzen diplomatischen Dienst, der Venedig zu einer "Schule der Diplomatie" und einer "Werkstatt der Diplomatie" für die ganze Welt machte, die in der Lage war, auf ein höheres Niveau aufzusteigen.

Die Methoden der italienischen Diplomatie hatten einen sehr starken Einfluss auf die Diplomatie der entstehenden absoluten Monarchien in Europa.

Die französische Diplomatie. Der Hundertjährige Krieg, eines der wichtigsten Ereignisse im mittelalterlichen Europa, spielte eine wichtige Rolle für die politische Entwicklung Frankreichs.

Nach dem Ende der Capet-Dynastie im Jahr 1328 und der Thronbesteigung Philipps VI. von Valois (1328-1350) erhob auch König Eduard III. von England (1327-1377, der Enkel Philipps IV. des Schönen) Anspruch auf den französischen Thron. Aus diesem Grund begann Großbritannien mit großen militärischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen Frankreich. Im Rahmen dieses Ereignisses begannen in Europa komplexe diplomatische Spiele. Mit von der Partie waren ein Papst mit starkem diplomatischem Einfluss, der deutsche Kaiser, die Könige von Schottland, Sizilien und Kastilien sowie viele bedeutende Herzogtümer und Grafschaften.

Der Papst, der Graf von Flandern und der König der Schotten erklärten sich bereit, Frankreich ernsthaft zu unterstützen. Papst Philipp VI. war als Beschützer der Religion bekannt, und der Graf von Flandern war dem französischen König zu Dank verpflichtet. Denn die Franzosen waren bei der Niederschlagung des Aufstandes der flämischen Städte gegen den Grafen eine große Hilfe. Schottland war lange Zeit ein Verbündeter

Frankreichs. Die Franzosen hatten die Schotten seit der Zeit Philipps IV. des Schönen (1285-1314) gegen die Briten unterstützt.

Auch König Edward III. von England begann, Verbündete um sich zu scharen. Der deutsche Kaiser, der sich zunächst in finanziellen Schwierigkeiten befand, erhielt ein großes Darlehen von 300.000 Gulden. In ähnlicher Weise verbündeten sich kleinere Fürstentümer wie Gennahaus, Zeeland und Brabant mit England. Diese Fürstentümer, die unter dem Einfluss Flanderns standen, erklärten sich bereit, England zu unterstützen, um die Unterdrückung durch den Grafen loszuwerden.

Neben dem patriotischen Mut der Franzosen spielte auch die Diplomatie auf hohem Niveau eine wichtige Rolle für den Sieg über England im Hundertjährigen Krieg.

Moderne Gelehrte haben König Ludwig XI. von Frankreich (1461-1483) als den "Vater der modernen Diplomatie" anerkannt. Er war wirklich ein erfahrener Diplomat.

Ludwig XI. erkannte sein Rittertum nicht an, mochte Kriege überhaupt nicht und betrachtete die Diplomatie als seine wichtigste Waffe. Er zog Gerissenheit der Stärke vor, und im Umgang mit vielen seiner Feinde gelang es ihm stets, persönliche Kämpfe zu vermeiden. Commines, einer der Historiker dieser Zeit, schrieb, dass Ludwig XI. früher oder später neue Ideen entwickelte. Die Haupttaktik des französischen Königs bestand darin, seine Rivalen zu bekämpfen, die Rolle eines Richters zu spielen, der sie in der notwendigsten Situation versöhnt, und seine Interessen zu schützen, indem er Frieden schließt. Er studierte alle Details der Staatskunst und verbrachte die meiste Zeit damit, sich mit verschiedenen Kategorien von Adligen zu treffen, Informationen über sie zu sammeln und mit Adligen zu korrespondieren, die er als ihm nahestehend betrachtete. Commine stellt fest, dass es in ganz Frankreich niemanden gegeben hat, der so viele Menschen getroffen, so vielen zugehört und so viele Informationen gesammelt hat. In der Tat war Ludwig XI. mit allen berühmten Staatsmännern und hochrangigen Adligen Englands, Spaniens, Portugals, Italiens und Burgunds persönlich bekannt. Gleichzeitig verfügte er über viele wertvolle Informationen über sie, die es ihm ermöglichten, den Ausgang von Konflikten und Streitigkeiten in der

Oberschicht genau vorherzusagen.

Auch der Kommunikationsstil Ludwigs XI. mit seinen Diplomaten wies eine Besonderheit auf. Der König tat so, als ob er ihnen alle Privilegien in ihrer Tätigkeit einräumte und sie immer um Rat fragte, aber in Wirklichkeit beobachtete er alles heimlich. Er riet einem seiner Diplomaten: "Wenn die Dinge gut laufen, müssen Sie mich nur ständig auf dem Laufenden halten, ansonsten müssen Sie mich über alle Einzelheiten informieren, damit ich Ihnen helfen kann."

Ludwig XI. riet seinen Botschaftern, so viele Unterstützer wie möglich zu kaufen. Er sagte ihnen: "Seht ihr, sie betrügen euch, gut, aber ihr betrügt noch mehr". Solche Regeln waren die Essenz der Diplomatie Ludwigs XI. Die Namen der mehr als 70 Diplomaten, die unter seinem Kommando standen, waren in ganz Europa bekannt. Nach Angaben der Kommune konnte sich keiner ihrer Diplomaten vorstellen, dass er den König verraten würde. Denn hinter jedem Diplomaten steckte natürlich ein eigener königlicher Spion.

Die Entwicklung der diplomatischen Verfahren und Kenntnisse in diesem Bereich im XV-XVI Jahrhundert. Ab dem 15. Jahrhundert traten die internationalen Beziehungen in Europa in eine neue Phase ein. In dieser Zeit wurde die territoriale Einigung einer Reihe von Ländern vollzogen und die Voraussetzungen für absolute Monarchien wurden geschaffen.

Die großen geografischen Entdeckungen brachten Europa die neue Welt näher. Länder wie Spanien und Portugal erlangten Berühmtheit durch ihre großen Kolonien.

Mit dem Aufkommen der absoluten Monarchien traten die Konflikte zwischen den Großmächten (England, Frankreich, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden) in den Vordergrund.

Im 16. Jahrhundert wurden zentrale und lokale diplomatische Einrichtungen geschaffen, um die Außenpolitik der Staaten zu unterstützen, und es entstanden neue Verfahren für diplomatische Zeremonien. Diese Verfahren und Bräuche haben in den internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle gespielt. Das Verhalten des Botschafters bei seinem Einzug, insbesondere beim ersten Empfang, und die Reaktion seines Gastgebers

oder Ministers spiegelten die Beziehungen zwischen den Staaten und ihr Gewicht im internationalen Leben wider.

Die Entstehung der Großmächte und die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen führten zur Entstehung neuer Theorien in diesem Bereich. Das diplomatische Recht entwickelte sich allmählich. Ein echter Leitfaden für europäische Diplomaten war das Werk des niederländischen Juristen Balthazar Ayala "Über das Kriegsrecht und die militärischen Institutionen" (1582) und des italienischen Juristen Alberico Gentili "Über die Botschaften" (1585).

Das Werk von Hugo Grotius (1583-1645) spielte ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Kenntnisse über das internationale diplomatische Recht. Die historische Bedeutung des Werks dieses berühmten niederländischen Juristen besteht darin, dass er versuchte, den Schutz des Eigentums in Kriegen zwischen absoluten Monarchien theoretisch zu begründen und gleichzeitig den Krieg in den Rahmen der Rechtsnormen zu stellen. Das Werk von G. Grotius "Über das Recht von Krieg und Frieden" (1625) brachte dem Autor großen Ruhm ein. Grotius widmete in seinem Werk auch den Rechten der Gesandtschaft ein eigenes Kapitel. Interessanterweise beschreibt dieses Kapitel die Tradition des Gesandtschaftsrechts im frühen siebzehnten Jahrhundert.

Testfragen:

1. Welche Informationen über den Umgang mit Botschaften enthält das Buch von Hugo Grotius "Über das Recht auf Krieg und Frieden"?
2. Wie wirkten sich die Kreuzzüge auf die internationalen Beziehungen aus?
3. Wie wirkte sich die Einführung der absoluten Monarchie in den europäischen Ländern auf die Diplomatie aus?
4. Was wissen Sie über die Diplomatie von Ludwig XI?
5. Zu welchem Land gehört der Diplomacy Workshop?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE DER ÖSTLICHEN LÄNDER IM MITTELALTER PLAN:

1. Die abbasidische Diplomatie.
2. Das türkische Khanat im System der internationalen Beziehungen.
3. Die Rolle Chinas im System der internationalen Beziehungen des Mittelalters.
4. Osmanische Diplomatie.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: "Devon arrisolate". Horun al-Rashid. Bagdad. "Politik". Türkisches Khanat. Hephthaliten. Sassaniden. Byzanz. Große Seidenstraße. Sui-Dynastie. Tang-Dynastie. Lee Shamin. Reich der Sonne. Osman. Murad II. Balkan. Bayezid Yildirim. Amir Temur. Konstantinopel. Suleiman der Prächtige. Franz I.

Die abbasidische Diplomatie. Die von den Arabern, die in den 1930er Jahren den großen Staat gründeten, besetzten Gebiete ließen auch das Römische Reich hinter sich. Besonderes Augenmerk wird auf die internationalen Beziehungen des arabischen Staates gelegt, der riesige Gebiete von der Iberischen Halbinsel über Westindien, den Kaukasus und Zentralasien bis hin zu Jemen und Afrika erobert.

Nach dem Tod Muhammads führten die Araber groß angelegte Invasionen durch. Während der Herrschaft der Umayyaden-Dynastie im Jahr 661 nahmen die Beziehungen zu den Nachbarländern die Form militärischer Konflikte an.

Während der Abbasidenzeit (750-1258) wurde die Diplomatie in den internationalen Beziehungen betont. Das Ministerkabinett spielte mit dem Posten des Außenministers (Devon Arrisolat) eine besondere Rolle in der öffentlichen Verwaltung. Ihm unterstanden zahlreiche mit der Botschaft verbundene Beamte. Auf dem Territorium von Ländern mit verbesserten diplomatischen Beziehungen wurden ständige Botschaften eingerichtet, ebenso wie vorübergehende Botschaften für einen bestimmten Zweck.

Nach Abul Fazl Baikhaks (995-1077) bestanden die Botschafter in den Nachbarländern aus zwei Personen. Einer von ihnen wurde aus einflussreichen Aristokraten ausgewählt, der andere aus gebildeten Mullahs. Den Botschaftern wurden zwei verschiedene Briefe übergeben. Der erste Brief ist an den Herrscher eines Nachbarstaates gerichtet, und zu Beginn des Briefes wird natürlich aus dem Koran zitiert und der Herrscher gelobt. Danach wurde der ursprüngliche Zweck geändert und die Hauptziele wurden formuliert. Der Brief listet auch die Befugnisse und Pflichten der entsandten Botschafter auf. Am Ende des Briefes werden die Botschafter aufgefordert, nicht zu verweilen und sofort zurückgeschickt zu werden. Der zweite Brief wurde an den Botschafter geschickt, der sich ständig im Nachbarland aufhält. Der Brief begann mit den Worten: "Oh, unser treuer Bruder", und der Botschafter wurde aufgefordert, zu verhandeln.

In Notfällen wurde der Botschafter mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und handelte bei einigen Verhandlungen auf der Grundlage seiner eigenen Kenntnisse und Erfahrungen. Nach der Unterzeichnung des

Vertrages zwischen den Staaten schworen beide Herrscher ihren Verwandten und Freunden die Treue. Wie im alten Indien, bei den Hethitern und in Assyrien setzten sie Geiseln und Heiratsdiplomatie wirksam ein. Bei der Lösung einiger heikler Fragen musste ein verhandelnder Staat einen der Söhne des Herrschers oder einen nahen Verwandten im abbasidischen Palast wohnen lassen, bis die Frage geklärt war. Außerdem wurden zur Stärkung der Beziehungen die Prinzessinnen der Nachbarländer oder ihre Söhne mit den Königinnen der Nachbarstaaten verheiratet.

Die Botschafter, die den Abbasidenpalast besuchten, erhielten bei der ersten Begegnung Geschenke. Nach Beendigung ihrer Mission wurden wertvollere Geschenke verteilt, wenn die Angelegenheit positiv gelöst werden konnte. Im Palast des Kalifen gab es einen besonderen Posten für die Verteilung der Geschenke.

Die Siyasatnoma Nizamulmulka aus dem 11. Jahrhundert enthält ein eigenes Kapitel über die Beziehungen zu Botschaften am arabischen Hof. Darin heißt es, dass Botschaftern, die das Land betreten, egal ob sie aus dem Land des Freundes oder des Feindes kommen, ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zuteil wird. Den Botschaftern wurden eine eigene Wachmannschaft, Verpflegung, Unterkunft und Kleidung zur Verfügung gestellt. Außerdem musste der Botschafter ein erfahrener Spion sein. Während seines Besuchs sprach der Botschafter über die natürlichen Gegebenheiten des Landes, das er besuchte, über die Flüsse, Bäche, Seen, Berge und Hügel, die Anzahl der Truppen, seine militärische Disziplin, ob die Atmosphäre im Palast gesund oder ungesund war, sammelte genügend Informationen über Beziehungen, Streitigkeiten, die Qualität der Organisation von Banketten, persönliche Unzulänglichkeiten und die Eigenschaften des Herrschers, ob er gebildet oder ungebildet war.

Aus all dem geht hervor, dass die Traditionen der byzantinischen und sasanidischen iranischen Diplomatie im Osten weiter aufblühten. Dank der zahlreichen Verbindungen zwischen dem Westen und dem Kalifat von Kurdistan, der Auseinandersetzungen und Verhandlungen während der Kreuzzüge wurde der Einfluss des Ostens dem rückständigen und unzivilisierten Westen überlassen. Die Schriften der fränkischen Historiker

enthalten Informationen über Botschaftsbeziehungen, Korrespondenz und Geschenke zwischen Karl dem Großen (768-814) und dem Kalifen von Bagdad Harun ar-Rashid (786/809). In den Schriften der östlichen Historiker finden sich jedoch keine Informationen über die an Karl den Großen gerichteten Botschaften. Allerdings brachten Händler, vor allem Juden, oft seltene Waren aus dem Osten in den fränkischen Staat mit. Ein einmal mitgebrachter Elefant erregte so viel Aufsehen, dass das Jahr seines Todes in die fränkischen Chroniken aufgenommen wurde. Vielleicht bildeten diese Besuche östlicher Kaufleute die Grundlage für die Legende über die vom Kalifen gesandten Gesandtschaften.

Das Kalifat unterhielt Handelsbeziehungen mit allen Ländern des Ostens und des Westens. Arabische Händler unternahmen viele Seereisen nach Indien, Indonesien und China, wo wichtige Faktoren (Handelsrichtungen) der muslimischen Händler entstanden. Intensive Handelsbeziehungen wurden auch mit den nordischen Ländern aufgebaut. Arabische Händler brachten ihre Waren zu den Ufern der Wolga und der Ostsee.

Das türkische Khanat ist Teil des Systems der internationalen Beziehungen. V-VIII Jahrhundert - die blühendste Zeit der Großen Seidenstraße. Damals eröffnete die Entstehung des türkischen Khanats, des einzigen Staates, der die Regionen Sughd und Buchara vereinte und der eine wichtige Rolle für die Handelswege der gesamten eurasischen Steppe und die sesshafte Lebensweise spielte, eine neue Ära in der Entwicklung der Großen Seidenstraße. Die Hephthaliten und die Türken, die Ostchina eroberten, erlangten die vollständige Kontrolle über die Handelswege, die den Westen mit dem Osten verbanden. Mit Hilfe der Sogdier wurden die Türken zu den wichtigsten Handelspartnern von Byzanz zwischen China und dem Mittelmeer.

Das Haupthandelsgut war Seide, die in Byzanz den gleichen Wert hatte wie Gold und Edelsteine. Darüber hinaus sind Samt und verschiedene andere Textilien, Schmuck, Glaswaren und Leder, die aus China importiert werden, auf den byzantinischen und altasiatischen Märkten am beliebtesten. Unter den nach China eingeführten Waren waren syrische und ägyptische Stoffe, Halsketten, Perlen, Gewürze und Kosmetika für Frauen

sehr gefragt. Die Türken profitierten sehr davon, dass sie die Hauptvermittler in diesem Handel waren, der wiederum eine wichtige Rolle für die politische und wirtschaftliche Stärkung des Khanats spielte. Daher wurde der Sicherheit der Handelswege besondere Aufmerksamkeit gewidmet und die Bedingungen für die Karawanen verbessert. Zu diesem Zweck wurden "im Jahr 627/647. Neun Handelsgesandtschaften wurden an den chinesischen Kaiser gesandt.

Die Tatsache, dass der Verkauf unzähliger Mengen von in China geernteter Seide als Zahlungsmittel für die Türken, die von diesem Handel nichts wissen, ein Problem darstellt, eröffnete den Sogdiern große Möglichkeiten. Sogdische Händler brachten Seide in den Iran, verkauften sie zu einem niedrigen Preis an die Perser und profitierten von der Größe des Produkts. Der Iran bezahlte Byzanz mit Seide, die um ein Vielfaches teurer war. Um den Seidenhandel zu regulieren, schickte das Khaganat wiederholt Handelsbotschaften der Sogdier in den Iran. Diese Gesandtschaften brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Wegen der Streitigkeiten im Seidenhandel kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Khanat und dem Iran.

Im Jahr 553 wurde die Seidenproduktion in Byzanz selbst eingeführt. Laut Prokopius Caesar wurden die Seidenraupen von zwei christlichen Mönchen und Theophanes in einem hohlen Rohr nach Byzanz gebracht, wie es in der persischen Sprache heißt. Nach N. V. Pigulovskaya wurden die Seidenraupen aus den sogdischen Breitengraden gebracht. Obwohl die Bedeutung des Seidenhandels in Byzanz am Ende des 6. Jahrhunderts infolge des Rückgangs der Nachfrage nach importierter Seide zurückging, spielte er auch in den folgenden Jahrhunderten eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben des türkischen Khanats.

Der Durchzug von Handelskarawanen durch Merv, Chardjou, Buchara, Samarkand, Chach, Isfidzhob, Talas und Ostturkestan spielte eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dieser Regionen. Die Sogdier, die für ihren Handel berühmt waren, errichteten Karawansereien, prächtige Wohnhäuser und Tempel entlang der Handelswege, die Tausende von Kilometern von den Ländern entfernt waren, in denen sie lebten, und damit die Entwicklung von Städten, neuen

Städten, die einen großen Beitrag zur Entwicklung ihrer Entstehung leisteten.

Die wachsende Bedeutung der Großen Seidenstraße führte zur Entwicklung kultureller Bindungen zwischen verschiedenen Völkern, zu einer Vermischung von Bräuchen und Traditionen. Vor allem im VI-VIII Jahrhundert. Die Ausbreitung der Sogdier entlang der Handelsrouten der sesshaften landwirtschaftlichen Kultur und des Handwerks, der religiösen Traditionen und Bräuche im nördlichen Zentralasien, im südlichen Sibirien, in der Mongolei und im Norden hatte einen bedeutenden Einfluss auf ihre weite Verbreitung, die Verbreitung in China und im Westen in den Krimregionen.

Die Rolle Chinas im System der internationalen Beziehungen des Mittelalters. Nach dem Zusammenbruch des Han-Reiches wurde das Gebiet Chinas in mehrere kleinere Staaten aufgeteilt. Erst im Jahr 618 ergriff einer der Fürsten des nordwestlichen Chinas, Li Yuan oder Gaotsu (der halbtürkischer Herkunft war), die Macht und gründete die Tang-Dynastie. Das Tang-Reich regierte China fast 300 Jahre lang, von 618 bis 907. Die Einigung des Landes, die Wiederbelebung der Wirtschaft und das Wachstum der militärischen Macht trugen zur Intensivierung der internationalen Beziehungen in der Politik des Sui- und des Tang-Reiches bei.

Die Entstehung des türkischen Khanats, eines Zusammenschlusses von Nomadenstämmen in den Weiten Zentralasiens, wurde als ernsthafte Bedrohung für die chinesischen Gebiete angesehen. Das chinesische Reich, obwohl noch sehr schwach, erkannte die verschiedenen Vorteile der türkischen Könige an und erklärte sich sogar bereit, Tribut zu zahlen, um den Frieden für lange Zeit zu erhalten.

Im Nordosten jedoch nahm die Politik eine andere Wendung. Hier führten die Sui-Kaiser lange und wenig erfolgreiche Kriege gegen die Mohe-Stämme und den nordkoreanischen Staat Goguryeo. Das Hauptziel bestand darin, die Seewege nach Liaoning und zum Gelben Meer zu erobern, die damals von den Koreanern beherrscht wurden. Die Kriege gegen Korea dauerten fast ein Jahrhundert.

Mit dem Erstarken des Reiches begannen die Herrscher, die zuvor

mit den türkischen Khagans befreundet waren, Kriege gegen ihre Nachbarn zu führen.

In den 1930er und 1940er Jahren drangen chinesische Truppen in die mongolischen Steppen und entlang der Seidenstraße ein.

Die territoriale Ausdehnung des Mittelreichs führte zu ständigem Druck seitens der türkischen und tibetischen Stämme sowie zu einer Annäherung der von den arabischen Invasoren bedrohten Völker an die Chinesen. Selbst der letzte Sassanidenkönig Yazdagir III. floh vor den arabischen Invasoren, verließ den Iran und wandte sich an China um Hilfe. Sein Sohn und sein Enkel erkannten sich als Vasallen des Tang-Staates an.

Im 7. Jahrhundert wurde der erste Staat in Tibet gegründet, und sein König Sronzangbo begann mit seiner großen Armee einen Feldzug gegen China. Im Jahr 641 wurde ein Friedensvertrag zwischen Sronsangbo und dem chinesischen Kaiser Li Shamin unterzeichnet. Der tibetische Herrscher erkannte sich als Vasall Chinas an.

Auch chinesische Beamte, Kaufleute und Militärs begannen, in das neu gegründete Lhasa zu kommen. In den Beziehungen zu China und Indien spielte Lhasa eine regionale Rolle. Im Jahr 641 sandte der Herrscher von Nordindien, Harsha, eine Botschaft nach China, die mit Geschenken versehen in den Palästen von Chang'an ehrfürchtig empfangen wurde. Zwei Jahre später sandte Li Shamin eine Antwort auf die Botschaft. Ein Mitglied dieser Botschaft, ein gebildeter Buddhist, der Chef der Palastwache Wang Xuanse, blieb als Vertreter des Kaisers in Lhasa. Als er 647 wieder nach Indien aufbrach, griff die Armee von Arujina, dem Nachfolger von Harsha, die Botschafter an. Wang Xuance kehrte nach Tibet zurück, sammelte eine Armee aus Tibetern, Chinesen und Gurkhas (Nepalesen) und zog entlang des Ganges. Arujina wurde besiegt und als Kriegsgefangener nach Chang'an geschickt. Nach diesem Vorfall schickten nordostindische Adlige Pferde, Waffen und Wertgegenstände als Geschenke nach China, um die freundschaftlichen Beziehungen zum Tang-Reich zu stärken. Es wurden Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen. Wang Xuans besuchte Indien noch zweimal im Rahmen von Gesandtschaften. Im Jahr 668 bat die indische Botschaft China um militärische Unterstützung. Später wurde die Straße durch Tibet abgeschnitten, und die Beziehungen

zwischen den beiden Ländern wurden über Birma und das Meer fortgesetzt.

Nach dem Zusammenbruch des Tang-Reiches im Jahr 907 befand sich China jahrzehntelang in völligem Zerfall. Im Jahr 960 wurde China unter der Sonnen-Dynastie wiedervereinigt. Ihr Gründer war Zhao Kuan-ying.

Das Sonnenreich war nicht so stark wie das Tang-Reich. Die Türken, Mongolen und andere Nomadenstämme im Westen stellten eine wachsende Bedrohung für die Grenzen des Sonnenreichs dar. Die Sonnenkaiser waren gezwungen, Kriege gegen die Uiguren, Tanguten und Khitaner zu führen. Es gelang ihnen jedoch nicht, diese Länder China zu unterwerfen. Während der Sonnen-Dynastie wurden die Außenbeziehungen Chinas jedoch wiederhergestellt. Umfangreiche Außenhandelsbeziehungen wurden nicht nur mit Zentralasien, Indien und Indochina, sondern auch mit Korea, Japan und Indonesien geknüpft.

Im 12. Jahrhundert verschlechterte sich die Position der Sonnen-Dynastie. Seit 1127 kontrollierten die Sonnen nur noch Südchina. Nordchina war Teil eines neuen großen Jurchen-Staates namens Xin. Zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts wurde Nordchina von den Mongolen erobert. Das Reich der Sonne, das nur noch den Süden Chinas umfasste (nicht alle Provinzen), bestand bis 1279, als es von Dschingis Khans Enkel Kublai Khan erobert wurde. Kublai gründete eine neue Mongolendynastie, die auf Chinesisch Yuan genannt wurde.

XIII In den 1950er und 1960er Jahren kam es im ganzen Land zu Aufständen gegen die mongolischen Invasoren. Im Jahr 1368 wurde Zhu Yuanzhang, einer der Anführer der rebellierenden Bauernarmee, zum Kaiser ausgerufen, und die Ming-Dynastie begann zu regieren. Diese Dynastie regierte China von 1368 bis 1644.

Im letzten Viertel des vierzehnten Jahrhunderts - im fünfzehnten Jahrhundert - verfolgte die Ming-Dynastie eine aktive Außenpolitik gegenüber Korea, Tibet, Vietnam, Indonesien, Indochina und Malakka. Es wurden mehrere Militärexpeditionen in diese Länder organisiert. Insbesondere zwischen 1403 und 1433 waren die sieben von Admiral Zhen-He geführten Seeexpeditionen von großem Ausmaß. Die Ming-Regierung versuchte, durch den Austausch von Botschaften diplomatische

Beziehungen zu Ländern wie Japan, Kambodscha, Indien und dem Timuridenstaat aufzubauen.

Im 16. Jahrhundert schlug die Ming-Dynastie wiederholt die Angriffe der mongolischen Khane auf die Außenbezirke des Landes zurück. Nach einem langen Friedensvertrag im Jahr 1570 hörten die Einfälle auf. Friedensverträge zwischen Khans und Kaisern waren schon mehrmals geschlossen worden, aber sie interessierten China nie. Die mongolischen Khane wurden zu einem solchen Handel gezwungen, der China nur schadete. Die Chinesen waren gezwungen, teure Waren (Seide, Getreide, teures Kunsthandwerk) billig zu verkaufen und Vieh zu Preisen zu kaufen, die über ihrem tatsächlichen Wert lagen.

Das Ming-Reich unterhielt mit einigen Staaten friedliche Handelsbeziehungen. Die Produkte chinesischer Meister wurden weit ins Ausland verkauft. Chinesische Produkte erreichten auch den russischen Staat.

Osmanische Diplomatie. Während der Kreuzzüge wurde der türkische Staat der Seldschuken in Kleinasien bis Anfang des 13. Jahrhunderts in 10 Emirate aufgeteilt. Ende des 13. - Anfang des 14. Jahrhunderts wurde an seiner Stelle ein neuer Staat gegründet. Die führende Rolle dabei spielten die nomadischen Ogusen. Der Stammesführer Ertugrul besaß zunächst ein kleines Lehnsgut am Fluss Sakarya an der Grenze zum Byzantinischen Reich und eroberte den größten Teil seines Besitzes in Kleinasien, darunter auch die Stadt Brüssel (oder Bursa). Die Stadt Bursa wird zur Hauptstadt erklärt. Osman eroberte auch andere Emirate in Kleinasien. Die osmanischen Türken nutzten die Schwächung von Byzanz und den Zerfall anderer Staaten auf der Balkanhalbinsel, um im vierzehnten Jahrhundert ausgedehnte Invasionen zunächst in Kleinasien und dann auf der Balkanhalbinsel durchzuführen. Der osmanische Nachfolger Orhan (1324-1362) fiel 1331 in Europa ein. Im Jahr 1354 eroberte Orhan die Stadt Haliopolis an der europäischen Küste der Dardanellen. Dann drangen die Türken in Thrakien ein. Während der Herrschaft des nächsten Sultans Murad I. (1362-1389) wurde die Region vollständig erobert. Im Jahr 1361 kam die Hauptstadt von Thrakien, Adrianopel, unter türkische Herrschaft. Im Jahr 1371 versuchte eine Allianz aus Serben, Bulgaren, Vlachen und

Ungarn, sich Murad entgegenzustellen, doch die verbündete Armee wurde in der Schlacht am Fluss Mariza besiegt. Daraufhin fiel Südserbien unter die Herrschaft des Sultans. Der byzantinische Kaiser zahlte Tribut an den Sultan.

Am 15. Juni 1389 kam es auf dem Platz von Kosovo (Südserbien) zu einer entscheidenden Schlacht zwischen den Serben und ihren Verbündeten und den Türken. Trotz des Mutes der Serben und der Ermordung von Murad I. siegten die Türken. Danach wurde der größte Teil Serbiens von der Türkei annektiert.

Die Expansion des türkischen Staates wurde von Amir Temur unterbrochen. Im Jahr 1402 rückte Timur mit einer großen Armee in Kleinasien ein. Boyazid verfügte ebenfalls über eine große Streitmacht, doch aufgrund des Verrats einiger türkischer Emire in Kleinasien und seiner Parteinahme für Timur unterlag er den Türken in der Schlacht von Ankara am 28. Juni 1402. Boyazid wurde auf der Flucht gefangen genommen und starb bald darauf in Gefangenschaft.

In den 1920er Jahren erlangten die Türken ihren Status zurück. Sultan Murad II. (1421-1451) setzte die Invasionen fort. Im Jahr 1422 belagerte er Konstantinopel dreimal, konnte es aber nicht einnehmen. Im Jahr 1430 wurde die Stadt Thessaloniki eingenommen, und alle Einwohner wurden versklavt.

Im Jahr 1444 wurde ein neuer Kreuzzug gegen die Türken organisiert. An ihm nahmen Polen, Tschechen, Ungarn, Deutsche, teilweise Franzosen und andere westeuropäische Ritter teil. In der Schlacht von Varna (10. November 1444) wurden die Kreuzfahrer besiegt. Nach der Eroberung Konstantinopels am 29. Mai 1453 durch Sultan Mehmed II. (1451-1481) ging das Byzantinische Reich zu Ende.

In den 50er und 60er Jahren des 15. Jahrhunderts gelang es Mehmed II., Serbien, Bosnien, Herzegowina und Albanien entlang der Donau auf dem Balkan zu erobern. Die an die Balkanhalbinsel angrenzende Walachei erkannte ihren abhängigen Staat als Vasall an. Mitte der 1970er Jahre eroberten die Türken die Städte Krim und Tanu (Asow). Ungefähr zur gleichen Zeit wurde die Stadt Trebizond in Kleinasien erobert und fast ganz Anatolien bis zum Fluss Frot. Mehmed II. scheiterte jedoch auch zweimal.

Sein Versuch, Belgrad und die Insel Rhodos einzunehmen, scheiterte.

Unter der Herrschaft von Mehmed IIs Enkel Salim I. (1512-1520) gingen die türkischen Eroberungen weiter. Nach einem siegreichen Krieg gegen den Iran eroberte Salim Aserbajdschan, Armenien, Teile von Georgien, Dagestan und Kurdistan, dann Syrien und Ägypten und nahm den Titel des Kalifen als Führer der gesamten islamischen Welt an. Um die Ländereien auf Kreta, Zypern und im Mittelmeerraum in seiner Hand zu behalten, musste Venedig dem türkischen Sultan jedes Jahr einen hohen Tribut zahlen.

Während der Herrschaft von Sultan Suleiman I. (1520-1566) erreichte die Macht des Osmanischen Reiches ihren Höhepunkt. Zu Beginn von Suleimans Herrschaft gelang es ihm, Belgrad und Rhodos zu erobern. Anschließend besiegte er 1526 in der Schlacht von Mohács ein gemeinsames Heer von Tschechen und Ungarn. Der größte Teil Ungarns wurde zu einer türkischen Provinz, während die Walachei und Moldawien zu Vasallenfürstentümern wurden. Während der Herrschaft Salomons wurde auch Arabien von den Türken erobert.

Die Türkei spielte im internationalen Leben des 16. Jahrhunderts eine herausragende Rolle. Die Türken unterhielten enge diplomatische und Handelsbeziehungen zu vielen Ländern (Venedig, Genua, Ungarn, Iran, Österreich, Polen, Russland).

Ein langer und erbitterter Kampf gegen die Habsburger, die in Österreich und Spanien herrschten, brachte die Türkei näher an Frankreich heran. König Franz I. von Frankreich schloss ein formelles Bündnis mit Salomon gegen die Habsburger. Frankreich stand der Türkei im Kampf gegen Venedig und Genua wohlwollend zur Seite, die in der Regel vom Habsburger Reich und seinem Verbündeten, dem Papst, unterstützt wurden. Die militärischen Misserfolge Frankreichs in Norditalien waren ein wichtiger Faktor für die Stärkung der französisch-türkischen Beziehungen. Im Vertrauen auf die Unterstützung der Franzosen im Kampf gegen Österreich und seine Verbündeten gewährte Sultan Suleiman I. den französischen Kaufleuten bedeutende Privilegien.

Testfragen:

1. Beschreiben Sie die Aufgaben von Devon- arisolat ?
2. Warum wurden im Rahmen der arabischen Diplomatie zwei Botschafter in fremde Länder entsandt?
3. Was wissen Sie über die Beziehung zwischen Karl dem Großen und Harun ar- Rashid in den Botschaften?
4. In welchem Verhältnis stehen die Botschaften zwischen den Seldschuken und China?
5. Erzählen Sie uns etwas über die Rolle des Handels in der mittelalterlichen Diplomatie?
6. Was sagte Abul Fazl Bayhaqi in seinen Memoiren über das Verhältnis der Botschaften im arabischen Kalifat?
7. Erzählen Sie uns etwas über die Zeit danach und seine Aktivitäten in der "Politik" der Verfassung?
8. Welches Jahr gilt in der arabischen Diplomatie als das Jahr der Delegationen?
9. Welcher osmanische Sultan schloss ein Bündnis mit Frankreich gegen das Habsburger Reich?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM XVII-XVIII JAHRHUNDERT PLAN:

1. Eskalation der Konflikte zwischen den Großmächten zu Beginn des 17. Jahrhunderts.
2. Politische Ereignisse auf dem internationalen Parkett nach dem Dreißigjährigen Krieg.
3. Die internationalen Beziehungen in der Zeit zwischen dem Ende des Nordischen Krieges und dem Beginn der großen französischen bürgerlichen Revolution.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: Französisch. Dreißigjähriger Krieg. Evangelische Union. Bund der Katholiken. Westfälischer Friede. Frieden in den Pyrenäen. Karikaturen. Spanisches Erbe. Nordischer Krieg. Erbfolgekrieg. Peter I. Katharina II. Nikita Iwanowitsch Panin. Russisch-türkischer Krieg.

Eskalation der Konflikte zwischen den Großmächten im frühen siebzehnten Jahrhundert. Die Besonderheit des siebzehnten Jahrhunderts besteht darin, dass es sich in der Mitte der ersten neuen Epoche befand. Zwischenstaatliche Konflikte, die den Inhalt und die Grundsätze der internationalen Politik in diesem Jahrhundert prägten, stützten sich einerseits auf das Erbe des vierzehnten Jahrhunderts, andererseits bestimmten sie in gewisser Weise die Entwicklung dieser Politik im nächsten Jahrhundert. In dieser Zeit gewann die Diplomatie an Bedeutung, und der Auswärtige Dienst wurde aufgebaut und verbessert. Französisch wurde die offizielle Sprache der diplomatischen Beziehungen. Die ersten Zeitungen und Zeitschriften, die im siebzehnten Jahrhundert erschienen, wurden in den politischen und religiösen Kämpfen und folglich auch in den internationalen Beziehungen weit verbreitet. Darüber hinaus beeinflusste der religiöse Faktor weiterhin den Stand der internationalen Beziehungen. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgten die Bildung zwischenstaatlicher Bündnisse und das Entstehen militärischer Konflikte hauptsächlich auf der Grundlage religiöser Prinzipien. In vielen Fällen waren die Hauptkonkurrenten Vertreter verschiedener christlicher Konfessionen (Richtungen und Strömungen). Dies zwang die europäischen Länder zur Konfrontation miteinander.

Die mächtige Großmacht, das Osmanische Reich, war ein weiterer Faktor in den internationalen Beziehungen. Mit seiner enormen militärischen und materiellen Macht spielt Istanbul eine Schlüsselrolle im entstehenden System der internationalen Beziehungen in Europa. Die europäischen Staaten schlossen Bündnisse gegen die Osmanen, obwohl die dem Reich nahestehenden Länder dazu neigten, den Frieden zu wahren.

Die Idee der Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts der Mächte ist zu einem der bestimmenden Prinzipien im System der internationalen Beziehungen geworden. Von besonderer Bedeutung waren Konflikte zwischen Großmächten. Diese Staaten schlossen sich zu verschiedenen Verbänden zusammen und zogen kleine und mittelgroße Mächte an. So wurden viele Länder in diplomatische und militärische Konflikte verwickelt. Das Hauptziel bestand darin, die Überbevölkerung eines Staates auf Kosten eines anderen Staates zu verhindern und den Status quo

aufrechtzuerhalten.

Eine der wichtigsten Erscheinungsformen der Außenpolitik waren Kriege, die von Staaten geführt wurden. Zu den Ursachen für internationale Streitigkeiten gehören Grenzstreitigkeiten, dynastische Ansprüche, der Kampf um Handelsmonopole usw. Das Ausmaß der Feindseligkeiten, die von langer Dauer sind, hat sich ausgeweitet. Dies erforderte die Präsenz von stehenden Heeren, die hauptsächlich aus Söldnern bestanden.

Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) war das größte Ereignis im internationalen Leben des siebzehnten Jahrhunderts. Er war der erste gesamteuropäische Krieg. Viele Länder wurden in seinen Strudel hineingezogen.

Vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges brachen in Deutschland bürgerliche Unruhen aus. Zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts verstärkte sich der Ansturm der Gegenreformation.

Ein sukzessiver Statusverlust der Protestanten hatte nicht nur einen gesamtdeutschen, sondern auch einen internationalen Einfluss. Die komplexen Verflechtungen und Widersprüche zwischen den europäischen Staaten spielten eine wichtige Rolle bei der Verschärfung der religiösen und politischen Situation in Deutschland.

Zwischen 1608 und 1609 wurden hier zwei konfessionelle (religiöse) militärisch-politische Bündnisse deutscher Fürsten geschlossen: die Union der Evangelisten und die Katholische Liga. Beide Bündnisse wurden von ausländischen Staaten unterstützt. Infolgedessen konnte jeder militärische Konflikt in Deutschland angesichts der verschärften Beziehungen zwischen den Staaten zu einem internationalen Konflikt werden. Genau dies geschah zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, als Deutschland zu einem Schlachtfeld wurde.

Der Hauptkonflikt im politischen Leben Westeuropas war die Wiederaufnahme des Kampfes zwischen Spanien und der Union der österreichischen Habsburger mit Frankreich. Beide Kräfte forderten Mäßigung in diesem Teil des Kontinents. Der Krieg, der mit einem internationalen Konflikt in der Tschechischen Republik begann, griff auf Norddeutschland über und erfasste dann weite Teile Mitteleuropas. Bestimmte Völker der europäischen Länder bestimmten ihre Teilnahme an

verschiedenen Phasen des Krieges. Der Dreißigjährige Krieg gliedert sich in vier Perioden: die böhmische Periode (1618-1629), die dänische Periode (1625-1629), die schwedische Periode (1630-1635) und die französisch-schwedische Periode (1635-1648) . . In den ersten drei Perioden lag der Vorteil bei den Habsburgern. Im letzteren Fall wurden das Reich und seine Verbündeten besiegt.

Die Kämpfe waren in vollem Gange, und die Bevölkerung in Deutschland, wo die meisten Kämpfe stattfanden, war am Boden zerstört. Infolgedessen wurde es unmöglich, die Armeen zu versorgen. Darüber hinaus verschlechterte sich die soziale Lage in den kriegführenden Ländern. Es bestand die Notwendigkeit, den Krieg zu beenden.

Bereits 1638 forderten der Papst und der König von Dänemark ein Ende des Krieges. Zwei Jahre später unterstützte er die Idee der Aufnahme von Friedensverhandlungen im Deutschen Reich in Regensburg. Die diplomatischen Vorbereitungen für einen Waffenstillstand zogen sich jedoch hin. Erst 1644 wurde in Münster ein Friedenskongress eröffnet; hier fanden Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich statt. 1645 wurden im westfälischen Osnabrück die schwedisch-deutschen Beziehungen ausgehandelt.

Die am 24. Oktober 1648 in Münster und Osnabrück unterzeichneten Friedensverträge beendeten nicht nur diese dreißig Jahre, sondern auch die Zeit der Konfrontation zwischen den reformistischen Kräften und ihren Rivalen. Mit dem Westfälischen Frieden wurde den regionalen Veränderungen in Europa Rechnung getragen. Darüber hinaus spiegelte der Waffenstillstand die politische Struktur des Deutschen Reiches, die Frage der Religion in seinen Territorien sowie die völkerrechtliche Anerkennung der Unabhängigkeit der Niederlande und der Schweiz wider. Der Frieden wurde durch erzwungene Zugeständnisse geschlossen, die die Ordnung der europäischen Staaten und die Lage in Deutschland erheblich veränderten.

Geografisch gesehen hat Schweden am meisten gewonnen. Darüber hinaus führte Schweden hohe Zölle ein und stärkte seine Position auf dem internationalen Markt. Schweden erreichte sein Ziel, die Ostsee zu beherrschen, und wurde zu einer Großmacht in Europa.

Frankreich erzielte auch das gewünschte politische Ergebnis - die politische Position des Deutschen Reiches wurde geschwächt, während seine territoriale Zersplitterung erhalten blieb. Was den Landbesitz betrifft, so machte Frankreich auf Kosten des Reiches relativ wenig Land.

Der Westfälische Frieden (24. Oktober 1648) vertiefte die politische Zersplitterung Deutschlands für zweihundert Jahre. Die deutschen Fürsten erhielten das Recht, Verträge mit gegenseitigen Bündnissen und fremden Staaten zu schließen. Dies sicherte ihre Souveränität. Nach dem Westfälischen Frieden wurde das Reich selbst zu einem Staatenbund mit offiziell gewählten Monarchen und ständigen Reichstagen und wurde in der Praxis Teil der "Reichsbeamten". Neben dem Katholizismus und dem Luthertum erhielt auch der Calvinismus einen offiziellen religiösen Status im Kaiserreich. Infolge des Westfälischen Friedens beendete Spanien einen Teil seiner Kriege: Die Feindseligkeiten gegen Frankreich gingen weiter. Der Frieden zwischen den beiden Ländern wurde erst 1659 geschlossen. Der Westfälische Friede beendete die Vorherrschaft der Habsburger in Europa. Die Idee, ein geeintes christliches Reich zu errichten, sowie die Gewalt der spanischen Katholiken waren nicht erfolgreich. Das österreichische Reich selbst wurde in diesem Krieg jedoch nicht besiegt, und die deutschen Fürsten (Katholiken und Protestanten) wurden in ihrer vollen Souveränität vereint. Der Westfälische Frieden markierte die Grenze zwischen zwei wichtigen historischen Epochen und stellte ein neues Gleichgewicht der Kräfte in Europa her.

Politische Ereignisse auf der internationalen Bühne nach dem Dreißigjährigen Krieg. Seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges haben sich drei wichtige Entwicklungen in den internationalen Beziehungen vollzogen. Erstens standen sich nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution in England zwei verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen internationalen sozio-politischen Systemen, die bürgerlichen Staaten (England und die Niederlande) und die Feudalstaaten, gegenüber. Dieser Konflikt verkomplizierte die internationale Situation in Europa. Es stimmt, dass die Intervention der Koalition der Feudalmonarchien gegen England, d. h. die offene Intervention, die in den Jahren der englischen Revolution gewaltsam propagiert und vorbereitet wurde, aufgrund der

unüberwindbaren Konflikte zwischen den Großmächten, dem Kontinent und den internen sozio-politischen Schwierigkeiten der Staaten, insbesondere an der französischen Front, nicht zustande kam. Außerdem führte England, d. h. das bürgerliche England, seinen ersten Krieg nicht gegen bestimmte Adelsmonarchien, sondern gegen eine andere bürgerliche Republik, nämlich die Niederlande. Der Grund dafür war, dass beide jungen bürgerlichen Staaten danach strebten, das Meer zu beherrschen, und zwar nicht in erster Linie nach der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, sondern nach der Hegemonie auf den Märkten der fernen Völker und Länder auf den riesigen Weiten der Welthandelswege. Die Rivalität zwischen diesen beiden bürgerlichen Staaten verblasste jedoch bald, als die Niederlande schwächer wurden und gezwungen waren, als zweiter Partner Großbritanniens an der internationalen Politik teilzunehmen. Ab 1688 wurde ein Bündnis zwischen England und den Niederlanden geschlossen, da König Wilhelm III. der Niederlande Herrscher von England blieb. Im Gegenteil, der Konflikt zwischen dem bürgerlichen England, der Gruppe der niederländischen Staaten, und Frankreich, dem Oberhaupt der Feudalmonarchien auf dem Kontinent, verschärfte sich. Darin manifestiert sich die Rivalität zwischen den beiden sozioökonomischen Systemen auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Zum einen wurde das bürgerliche sozioökonomische System ständig gestärkt und gefestigt, zum anderen verteidigte das feudale System seine Vorherrschaft mit aller Macht, von Verteidigern bis hin zu militärischen Angreifern. Seitdem der mächtige osteuropäische Staat - die feudale russische Monarchie - als aktive Kraft in das System der europäischen Staaten eingetreten ist, hat sich der Begriff dieses Systems selbst erheblich erweitert. Seine Rolle wurde sehr deutlich, nachdem Russland bereits im 17. Jahrhundert den Verlauf des Dreißigjährigen Krieges in Europa beeinflusst hatte. Jahrhunderts den Verlauf des Dreißigjährigen Krieges in Europa beeinflusst hatte. Ab Mitte der 1930er Jahre konzentrierte sich die russische Regierung auf den Aufbau einer starken Verteidigungslinie gegen die Krimtataren im Süden, aber Ende der 1840er Jahre wurde Russland wieder zu einem mächtigen Faktor in den internationalen Beziehungen in Europa.

Die Außenpolitik des wachsenden russischen Staates bestand

hauptsächlich im Kampf gegen die drei Staaten, die ihn im Nordwesten und Süden bedrängten und belagerten, nämlich Schweden, Polen und die Türkei. Einer dieser drei Staaten war ein multinationaler Staat, der in der Vergangenheit einige andere Länder und Staaten überfallen hatte. Daher war der Kampf der russischen herrschenden Klasse gegen Schweden, Polen und die Türkei für die Ausdehnung ihres Territoriums ein geeigneter Kampf, da es sich um einen Krieg für die Rückgabe von Territorien handelte, die Russland gewaltsam entrissen worden waren. Der Kampf gegen Schweden und die Türkei war jedoch ein Kampf um den Zugang Russlands zur Ostsee und zum Schwarzen Meer, um die Möglichkeit, am Welthandel auf dem Seeweg und am politischen Leben Europas im Allgemeinen teilzunehmen.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird die internationale Lage in Osteuropa durch die aggressive Politik Schwedens und der Türkei sehr ernst. Schweden, das früher fast die gesamte Ostseeküste besetzt hatte, konkurriert nun mit Russland und Polen, die landwirtschaftliche Güter für den Handel über die Ostsee liefern. Schwedens aggressive Politik war eine Fortsetzung des Kampfes um die Vorherrschaft in der Ostsee, eine Kraft, die es dem Land ermöglichte, durch den Verkauf seiner Produkte enormen Reichtum anzuhäufen. Schwedische Adlige und Kaufleute arbeiteten hart daran, dieses Ziel zu erreichen, und überzeugten ihre Regierung, eine Außenpolitik der Provokation und Aggression zu betreiben. In der Zwischenzeit wurde die Invasion der Türkei in Südosteuropa fortgesetzt. Infolge mehrerer Kriege zwischen der Türkei und dem Iran wurde die türkische Aggression in Europa zu Beginn des 17. Jahrhunderts gestoppt. Mit der Abschwächung des iranisch-türkischen Antagonismus in den 1600er Jahren begann das Osmanische Reich jedoch, sein Territorium in Europa zu erweitern. Unter der Führung Chmelnyzki, der die linke Ukraine dem Moskauer Staat einverleibte, brach 1654 ein Krieg zwischen den Staaten des Commonwealth aus, und russische Truppen fielen siegreich in Polen ein. Zu dieser Zeit beeilte sich jedoch Russlands "Verbündeter" Schweden, polnische Gebiete von Norden her zu besetzen. Infolgedessen begann Russland einen Krieg gegen Schweden und konnte den Krieg gegen Polen erst wieder aufnehmen, nachdem Schweden seine Truppen an die

Ostseeküste verlegt hatte.

Nach dem Friedensvertrag von Andrusowo im Jahr 1667 wurde das linke Ufer der Ukraine offiziell von Russland annektiert. Zu dieser Zeit hatte es die Türkei jedoch sehr eilig, die Ukraine von Süden her auf dem rechten Ufer zu überfallen. Nun muss die Außenpolitik Moskaus der türkischen Bedrohung sowohl mit militärischen als auch mit diplomatischen Mitteln begegnen.

So konnten die internationalen Konflikte in Osteuropa nur tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte europäische Staatensystem und auf die gesamte Situation im Bereich der internationalen Beziehungen in Europa haben. Drittens hat sich nach 30 Jahren Krieg das Machtgleichgewicht zwischen den militärisch-feudalen Monarchien erheblich verändert. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts dominierten die österreichischen und spanischen Habsburger das internationale Leben Westeuropas, und in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ging diese Hegemonie zweifelsohne vom Bourbonenpalast auf Ludwig XIV. Die Politik der Habsburger war mit den katholischen Tendenzen des "Universalismus" verbunden, was den Interessen der Nation zuwiderlief. Im Dreißigjährigen Krieg wurden die Habsburger jedoch nicht vollständig besiegt und blieben eine internationale Macht. In den 1660er Jahren wurde die innere Position der Monarchie Ludwigs XIV. so stark, dass der Kampf von Neuem beginnen konnte. Der Inhalt des Kampfes hat sich jedoch geändert.

Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts war der Krieg mit den Habsburgern hauptsächlich ein nationaler Verteidigungskrieg. Später entwickelte sich der Krieg Ludwigs XIV. zu einem Angriffskrieg. Er träumte davon, ein europäisches Imperium zu errichten und besetzte zunächst Westdeutschland. Sobald der Pyrenäenvertrag unterzeichnet war, nutzte Mazarin diesen Waffenstillstand als Vorwand für Frankreich, um in Zukunft Anspruch auf den spanischen Thron zu erheben. Maria Teresa, Tochter und Erbin des Königs von Spanien, berührte Ludwig XIV. Er könnte den spanischen Thron besteigen. Um dies zu verhindern, verlangte Spanien, dass dem Text des Pyrenäenvertrags ein Artikel hinzugefügt wird, der besagte, dass Maria Theresia und ihre Nachkommen auf ihr Recht, den

spanischen Thron zu beanspruchen, verzichten mussten. Mazarin stimmte zu. Aber Maria Theresia sagte, dass sie im Gegenzug 500.000 Ecu in Gold zahlen müsse. Mazarin wusste, dass Spanien dieses Geld nicht zahlen konnte. Aber wenn dieses Geld nicht gezahlt wird, wird die Weigerung Maria Theresias annulliert, oder Frankreich kann im Austausch für das nicht gezahlte Geld ein bestimmtes Gebiet Spaniens beanspruchen. Mazarins diplomatischer Knoten wurde ein halbes Jahrhundert später gelöst. Der festgesetzte Betrag wurde tatsächlich nicht gezahlt.

Als der spanische König Philipp XIV. 1665 starb, forderte Frankreich die Abtretung seines Erbes in den südlichen Niederlanden, was Spanien ablehnte. Infolgedessen brach 1667 der französisch-spanische Krieg aus. Dieser Krieg wurde "Evolutionskrieg" oder "Erbschaftskrieg" genannt. Ludwig XIV. war der Ansicht, dass Brabant und Flandern aufgrund fehlender Armeen wehrlos waren und dass Spanien sie nicht mit Truppen versorgen konnte. Die französische Steuer von 1667 war hoch und störte den niederländischen Handel. Die Niederländer waren darüber empört und beschlossen aus Angst, Nachbarn des Aggressors Frankreich zu werden, dessen Einmarsch in die südlichen Niederlande zu verhindern. Sie zogen es vor, ein Bündnis mit ihren erbitterten Feinden, den spanischen Königen, einzugehen und stimmten deren Forderungen zu. Von 1665 bis 1667 führte England einen zweiten, erfolglosen Krieg gegen die Niederlande, doch 1668 zwang das englische Parlament Karl II. zu einem Kurswechsel und einem Bündnis mit den Niederlanden gegen Frankreich. Zuvor hatte der König Frankreich ein Bündnis mit England angeboten, doch Ludwig XIV. lehnte es ab, da seiner Meinung nach alle spanischen Kolonien an England gehen sollten. So schlossen sich die Niederlande, Schweden, England und Spanien, die gestern noch Verbündete im Kampf gegen die Habsburger waren, zusammen und wurden zum Feind Frankreichs. Frankreich war aus diplomatischer Sicht nicht gut auf den Krieg vorbereitet. Obwohl die Feldzüge der Niederlande und Spaniens gegen Deutschland scharf waren, sah sich Ludwig V. daher gezwungen, den Krieg bereits 1668, also ein Jahr später, zu beenden. Im Rahmen des Vertrags von Aachen konnte Frankreich einen Teil Finnlands, einschließlich der Stadt Liml, behalten.

Im Jahr 1672 drang die französische Armee unter der Führung der besten Generäle Turenne und Condé in den Süden der Niederlande und in die Niederlande ein. Es wurden niederländische Festungen eingenommen, die als uneinnehmbar galten und einst gegen die Spanier errichtet worden waren. Französische Truppen drangen in die Niederlande ein. Amsterdam von Oranien ergriff sehr drastische militärische Maßnahmen, die Deiche wurden gesprengt, ein großes Gebiet wurde überflutet und die französischen Truppen wurden zum Rückzug gezwungen. Doch Wilhelms Maßnahmen waren erfolgreicher. Seine Maßnahmen zwangen einen Teil Frankreichs, Truppen nach Deutschland zu schicken, die in Deutschland alles zerstörten. Dadurch wurde die internationale Lage für Frankreich noch unangenehmer. Im Jahr 1679 schloss Ludwig XIV. den Vertrag von Nimwegen. Spanien überließ ihm mehrere Städte im Süden der Niederlande. Dieser Vertrag war der erste in französischer Sprache verfasste Vertrag. Der Appetit von Ludwig XIV. wuchs, und er begann, Norditalien und ganz Westdeutschland für seinen Thron zu fordern. Die Lage von Kaiser Leopold I. war schwierig, er wurde durch den bilateralen Handel bedroht: Frankreich und die Türkei. Im Jahr 1686 wurde der Augsburger Bund gegründet, vor allem dank der diplomatischen Aktivitäten des niederländischen Staatsmannes Wilhelm III. von Oranien. Länder, die Frankreich ablehnend gegenüberstanden, schlossen sich unter der Schirmherrschaft von Papst Innozenz XI. zu einem Bündnis zusammen, um sich gegen die Gebietsansprüche zu wehren, die Frankreich in Zukunft erheben würde. Ludwig XIV. beabsichtigte, den Vertrag von Ryswick abzuschließen und den größten Teil des spanischen Erbes an sich zu reißen. König Karl II. von Spanien hatte keine männlichen Nachkommen. Erben: Maria Theresia und der Sohn von Ludwig XIV. Der Ehemann von Maria Theresia war Leopold I., und der jüngere Prinz von Bayern war Leopold II. Ludwig XIV. einigte sich 1698 heimlich mit den Mitgliedern des Augsburger Bundes auf eine einvernehmliche Aufteilung der spanischen Ländereien unter den drei Erben, ohne Spanien zu verwirren, indem er sich mit dem Augsburger Bund versöhnte. Im Jahr 1696 starb jedoch plötzlich der Prinz von Bayern, der den spanischen Thron besteigen sollte. Kaiser Leopold II. verkündete die Übertragung seiner Rechte auf das spanische

Erbe auf seinen Sohn, Herzog Karl.

Im Palast von König Karl II. von Spanien tobte derweil ein Kampf zwischen zwei Gruppen von Menschen: den Anhängern Österreichs und den Franzosen. Der Einfluss der französischen Unterstützer auf Karl II. war groß. Sie gewannen, indem sie die spanischen Machthaber bestachen. Karl II. vermachte seinem Erben in Frankreich, Philippe von Anjou, dem zweiten Enkel Ludwigs XIV., alle Ländereien, die unter seiner Kontrolle standen, unter der Bedingung, dass er das spanische und das französische Königreich nicht vereinigte.

Die Politik Ludwigs XIV. machte es bald unvermeidlich, dass ein neuer Krieg in Europa entfacht wurde. Nicht nur, dass Philipp von Anjou Anfang 1701 nach Spanien kam und sich unter dem Namen Philipp V. zum König von Spanien ausrufen ließ, Ludwig wollte auch die Bedingung nicht erfüllen, dass er die spanischen und französischen Länder nicht vereinen würde. Nun erklärte er, dass er "kein General" sei, und bestätigte offiziell die Nachfolge Philipps II. auf dem französischen Thron. Er begann, die spanischen Länder unter dem Namen Philipp V. zu regieren. Die Forderungen der Briten und Niederländer nach "Handelsprivilegien" in Spanien wurden von Ludwig XIV. abgelehnt. Als Wilhelm II. 1701 starb, verletzte Ludwig XIV. seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von Ryswick und erkannte seinen Sohn Jakob II. als König von England an. Auch Großbritannien und die Niederlande, die neue Königin Anne von England, räumten ein, dass sie keine andere Wahl hatten, als in den Krieg mit Frankreich zu ziehen.

Im Jahr 1701 hinderte Kaiser Leopold I. nichts daran, einen Krieg gegen Ludwig XIV. zu beginnen, um die besetzten Gebiete zurückzuerobern und neue Invasionen zu verhindern. Um zu verhindern, dass französische Truppen das Herzogtum Mailand besetzen, schickte Leopold I. 1701 Truppen nach Italien, bevor er offiziell den Krieg erklärte.

Nach England und den Niederlanden erklärte im Mai 1702 auch Leopold I. Frankreich den Krieg. Karl Ersersog traf 1702 unter dem Schutz der britischen Flotte in Portugal ein, proklamierte sich zum König Karl III. von Spanien und begann in Madrid einen Krieg gegen König Philipp V. Der Spanische Erbfolgekrieg wurde gleichzeitig auf vier

Schlachtfeldern ausgetragen: in Italien, Spanien, Westdeutschland und den Niederlanden. Die erste Phase des Krieges (1702-1704) verlief für Frankreich günstig. Französische Armeen unter dem Kommando erfahrener Soldaten lieferten sich Verteidigungsschlachten in den Niederlanden und im Rheinland.

Im Jahr 1705 wurde jedoch deutlich, wie weit Frankreich gegangen war. Er konnte seinen Feinden nicht den endgültigen Schlag versetzen, weil Frankreichs Mittel erschöpft waren.

Die zweite Phase des Spanischen Erbfolgekriegs begann 1705. In dieser Zeit musste Frankreich immer mehr militärische Rückschläge und Niederlagen hinnehmen. 1706 wurden die französischen Truppen von den Niederlanden und 1707 vom Herzogtum Mailand besiegt, woraufhin Italien vollständig von der Macht des spanischen Königs befreit wurde und in die Hände des Kaisers und der Briten überging. In Westdeutschland war alles verloren. Die Feinde drangen von Norden und Süden her in Frankreich ein. Obwohl Ludwig XIV. das Bedürfnis verspürte, sich zu ergeben, weigerte er sich, dies anzuerkennen. Ab 1710 gab es jedoch eine scharfe Wende in der britischen Politik, die den Beginn der dritten Periode in der Geschichte des Spanischen Erbfolgekriegs markierte. Einige britische Historiker meinen, dass der Grund für diese Wende darin lag, dass der wohlhabende Herzog von Marlborough in der britischen Bourgeoisie an Ansehen verlor. Nein, es gibt viele Gründe dafür. Die Hauptgründe sind insbesondere der Sieg Peters I. über Karl XII. bei Poltawa (1709) und die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Nordosteuropa. 1711 starb Kaiser Joseph I., und da er keinen Erben hatte, ging der Thron an Karl, den zweiten Sohn von Leopold I., über.

Der erste Vertrag zwischen England und Frankreich wurde im Oktober 1712 unterzeichnet. Im Jahr 1713 führte ein Waffenstillstand in Utrecht zum Vertrag von Utrecht zwischen Frankreich und Spanien, und in zweiter Linie zwischen Frankreich, England, den Niederlanden, Brandenburg, Savoyen und Portugal. Das Recht Philipps V., die Kolonien in Spanien und im Ausland zu regieren, wurde anerkannt, während Kaiser Karl VI. im Gegenzug die ehemaligen spanischen Niederlande und die ehemaligen spanischen Länder in Italien erhalten sollte. Damit bauten die

österreichischen Habsburger ihren Einfluss in Europa erheblich aus. Nach dem Vertrag von Utrecht schien es so, als würde Großbritannien nur sehr wenig erhalten, aber dieser Waffenstillstand führte tatsächlich zur Entwicklung des britischen Kolonialreichs. Es eroberte Gibraltar und die Mittelmeerinsel Meorca, wichtige Gebiete in Nordamerika, Neufundland, die Mündung des Sankt-Lorenz-Stroms, Akadien, Französisch-Kanada, und erlangte Exklusivrechte im Handel mit Spanien und seinen amerikanischen Kolonien. Die Niederlande erhielten praktisch nichts und wurden nach dem Abkommen in den Status eines Staates dritten Ranges versetzt.

Bereits 1712 teilte der britische Gesandte in Den Haag dem russischen Botschafter offiziell mit, dass Großbritannien die Zerstörung Schwedens und das Ungleichgewicht zwischen den nördlichen Staaten nicht zulassen würde. Da Peter I. jedoch seinen Einfluss in Nordeuropa rasch ausbaute, fügte er Schweden immer mehr Schläge zu. Nach dem Sieg über die schwedische Flotte bei Gangut (1714) blieb die russische Flotte die dominierende Macht in der Ostsee. Als Peter I. 1717 die Haltung des englischen Königs Georg I. in der Ostsee sah, änderte er seine Haltung gegenüber den Franzosen. In Amsterdam wurde ein Abkommen zwischen Frankreich, Russland und Preußen "über die Erhaltung des allgemeinen Friedens in Europa" unterzeichnet.

Doch die diplomatischen und militärischen Erfolge Peters I. bestärkten die Briten in ihrem Wunsch, sich Peter I. entgegenzustellen. 1719 war der englische König auch Graf von Hannover und schloss daher ein Bündnis mit Schweden gegen Russland. Die britische Flotte lief in die Ostsee ein. Dänemark und Preußen hatten Russland verraten, und auch Frankreich, das nun eine Art Bündnis mit Großbritannien einging, hielt sich nicht an seine Zusage. Russland musste neue militärische Erfolge erzielen, um die britische Diplomatie von der neuen Lage in Nordosteuropa und der Notwendigkeit zu überzeugen, anzuerkennen, dass Russland in der Ostsee zu einem Staat erster Klasse geworden war. Im Jahr 1721 endete der Nordische Krieg mit der Unterzeichnung des Vertrags von Nishtdat und der Besetzung der Gebiete durch Russland.

Der Spanische Erbfolgekrieg und der Große Nordische Krieg

fürten zu großen Veränderungen im Machtgleichgewicht der europäischen Staaten. Frankreich wurde das Recht auf Hegemonie in Osteuropa entzogen. Schweden blieb für kurze Zeit ein mächtiger Staat und wurde dann zu einem kleinen Staat. Die österreichischen Habsburger, die ihre Ziele im Dreißigjährigen Krieg nicht erreicht hatten, festigten und erweiterten ihr Territorium in Europa. In Deutschland entstand mit Preußen ein mächtiges Königreich. Die Niederlande, Polen und die Türkei spielten keine aktive Rolle mehr im internationalen Leben Europas.

Internationale Beziehungen vom Ende des Nordischen Krieges bis zum Beginn der großen französischen bürgerlichen Revolution. Der Machtzuwachs Russlands im 18. Jahrhundert hat die internationale Lage in Europa völlig verändert. Russland ist zu einem riesigen Imperium geworden, das das Gebiet zwischen der Ostsee und dem Pazifischen Ozean abdeckt. Ein solches Imperium hat es in der Geschichte Europas noch nie gegeben.

Trotz der Tatsache, dass Russland über sehr große Länder verfügte, expandierte sein Territorium. Russland unterhielt wichtige Handelsbeziehungen mit dem Westen und dem Iran. Gemeinsam mit der herrschenden Grundbesitzerklasse versuchten die russischen Kaufleute, die Handelswege zu stärken, die Grenzen über strategisch wichtige Punkte zu verlegen, das russische Territorium zu erweitern und den internationalen Einfluss zu vergrößern. Im Norden stand Russland vor der Aufgabe, seine Positionen im Baltikum zu verteidigen. Nach den Siegen Peters I. war Schweden kein sehr mächtiger Staat im Norden Europas, aber die Hauptstadt war durch Schweden bedroht.

Die Frage der Stärkung des russischen Einflusses in Polen spielte eine wichtige Rolle in der russischen Politik im Westen. Im Süden ging es darum, Asow zu besetzen, das Recht auf Handel im Schwarzen Meer zu erlangen und erneut gegen die Türkei zu kämpfen.

Im Hinblick auf die Kolonien und den Einfluss auf dem europäischen Kontinent war der Konfliktpunkt zwischen den Interessen Englands und Frankreichs die Unterwasserländer. Diese Länder waren Kanada und Ostindien, in die die Franzosen im siebzehnten Jahrhundert eindringen. In Ostindien lieferten sich die britischen und französischen

Invasoren erbitterte Kämpfe. Auch in Teilen Europas gab es große Differenzen zwischen Großbritannien und Frankreich. Die britische Regierung versuchte zu verhindern, dass Frankreich die österreichischen Niederlande und deren wichtigste Hochburg, Antwerpen, besetzte. Die Anwesenheit von Antwerpen in den Händen der Franzosen könnte eine Bedrohung für England darstellen. Solange Antwerpen in französischer Hand war, waren die britischen Seestreitkräfte in Europa beschäftigt, und eine britische koloniale Aggression konnte nicht gelingen. Die britische Bourgeoisie und Aristokratie wollten nicht zulassen, dass die Niederlande unter französischem Einfluss stehen, nicht um sie zu schützen, sondern um die Kolonien auszuplündern. Um dieses Ziel zu erreichen, wollte die britische Bourgeoisie einen Verbündeten in Europa finden, der die französischen Bodentruppen besetzen konnte.

Als es der britischen Regierung nach dem Spanischen Erbfolgekrieg 1713 gelang, die Niederlande an Österreich abzutreten, unterstützte sie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die österreichischen Habsburger, also die französischen Rivalen. England kämpfte mit Frankreich um Einfluss in den Niederlanden. Hannover hat seine Politik verkompliziert. Die Möglichkeit einer französischen Invasion in Hannover erhöhte Englands Bedarf an Verbündeten im Kampf gegen Frankreich noch weiter. Großbritannien kämpfte gegen Frankreich mit der Macht eines anderen auf Kosten der Gewinne aus seinem Handel und seinen Kolonien.

Ein weiterer Feind Englands war Spanien, das die britische Besetzung der Meerenge von Gibraltar und Menorca nicht anerkannte. Die britische Bourgeoisie wollte das Recht, in den spanischen Kolonien Handel zu treiben und spanische Gebiete in Nordamerika zu besetzen. Der Kampf gegen England vereinigte Spanien mit Frankreich. Dies wurde durch die Besteigung des spanischen Throns durch die Bourbonen-Dynastie begünstigt.

In der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts waren Spanien und Frankreich erbitterte Feinde der österreichischen Habsburger. Frankreich versuchte, Schweden und die Türkei als seine Verbündeten im Kampf gegen die Habsburger einzusetzen. Der Versuch Frankreichs fiel als Verbündeter der Feinde Russlands in Ungnade. Das finstere System des

"östlichen Chaos" gegen die Habsburger hat Frankreich lange Zeit als Verbündeten der Feinde Russlands betrachtet. Spanien bekämpfte die Habsburger für ihr Land in Italien. Die spanischen Bourbonen verlangten die Eroberung des riesigen Königreichs Sizilien, das nach dem Spanischen Erbfolgekrieg in den Händen der österreichischen Habsburger verblieben war. Die Eroberung dieses italienischen Staates durch die spanischen Bourbonen stärkte die Position Spaniens im Mittelmeerraum und spielte eine wichtige Rolle im Kampf gegen England.

Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg von 1733 brach der erste große internationale Konflikt um Polen aus. Das polnische Adelsgeschlecht war sehr schwach.

Im 16. Jahrhundert machten die Niederlande Polen zum Hauptgetreidelieferanten für Westeuropa, und die Niederlande öffneten ihre Grenzen für die zollfreie Einfuhr britischer und deutscher Waren. Diese Situation erstickte die polnische Industrie und hemmte die Entwicklung des Bürgertums. Die Tatsache, dass die Städte keine finanzielle Unterstützung leisteten, verhinderte die Konsolidierung der königlichen Macht. Sowohl die finanziellen Möglichkeiten der königlichen Regierung als auch die der Armee waren sehr schwach. Die Außenpolitik der polnischen Magnaten und Eliten verursachte ebenfalls eine Krise im Land.

Jahrhundert führten polnische Magnaten und Haifische eine brutale Aggression aus dem Osten durch, wobei sie sich mit den Königen mehrerer Staaten verbündeten. Diese zerstörerische Politik stand im Widerspruch zu den Interessen des polnischen Volkes und verhinderte, dass Polen seine Ländereien im Westen zurückerobern konnte. Jahrhundert war Polen so geschwächt, dass ein mächtiger Staat, d. h. ein antirussischer Staat, Polen jederzeit angreifen konnte. Die Versuche Karls XII., Polen zu seinem Vasallen zu machen und seinen Mann, Stanislaw Leszczyński, auf den Thron zu setzen, waren von Erfolg gekrönt, denn er eroberte die strategischen Punkte Polens. Der gefährlichste Feind Österreichs war Preußen. Die aggressive Politik Preußens erreichte ihren Höhepunkt während der Regierungszeit von König Friedrich II. Die preußische Außenpolitik basierte auf dem Einsatz von Betrug gegenüber den

Nachbarstaaten und dem schamlosen Verrat an seinen Verbündeten. Friedrich II. zeichnete sich durch seine extreme Arroganz aus. Nach dem Tod von Karl VI. im Jahr 1740 trat Maria Theresia seine Nachfolge an. Im ersten Jahr der Herrschaft Friedrichs II. fiel das reichste und am stärksten industrialisierte Gebiet Österreichs ohne Kriegserklärung in Schlesien ein. Schlesien war, wie die von den Preußen besetzten Gebiete, das alte Land der Polen.

Bayern und Frankreich waren Verbündete Friedrichs II., die beide entschlossen waren, die von Österreich kontrollierten Niederlande zu besetzen. Um ihn zu schwächen, wollten die Feinde Österreichs den Kurfürsten der bayerischen Kurfürstentum zum Kaiser machen und Böhmen an Bayern angliedern. Der Kurfürst von Sachsen und König Friedrich II. von Polen gewann an Einfluss. Er verriet das Bündnis mit Russland und Österreich und nahm auf der Seite Preußens am Krieg teil, um in Mähren einzumarschieren. Auch Spanien trat in die Reihen der Feinde Österreichs ein.

1763, nach dem Tod Augusts III. von Sachsen, sollte in Polen ein neuer König gewählt werden. Die Wahl eines neuen Königs hatte immer zur Folge, dass sich die Nachbarstaaten um den Sitz ihres Lieblingskandidaten für den polnischen Thron stritten. Frankreich und Österreich stellten erneut Kandidaten aus der sächsischen Dynastie auf, in der Hoffnung, den neuen König zu einem Instrument ihrer Politik zu machen. Katharina hatte einen anderen Plan. Auf dem polnischen Thron strebte Katharina die Inthronisierung ihres ehemaligen Geliebten Stanislaw Poniatowski an, der zur Familie der Giestas, der ehemaligen polnischen Könige, gehörte. Da Katharina erkannte, dass es für sie schwierig sein würde, den Thron allein zu besteigen, begann sie, sich mit Preußen zu streiten, um den Erfolg ihres Plans zu sichern.

1764 schlossen Friedrich II. und Katharina ein Bündnis auf der Grundlage einer gemeinsamen Einmischung in die Angelegenheiten Polens. Russland versprach, der Türkei zu helfen. Friedrich II. nutzt die Verschlechterung der russisch-französischen Beziehungen, um seine Position in Europa zu verbessern.

Aufgrund des russischen Drucks wurde Stanislaw Poniatowski zum

König von Polen gewählt. Im Jahr 1767 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte Andersdenkender mit den Rechten der Katholiken gleichsetzte. Um Polen weiter zu schwächen und seine Abhängigkeit von Russland zu erhöhen, unterzeichnete Katharina einen Vertrag mit Polen. Zunächst wollte Katharina eine gewisse Stärkung der königlichen Macht in Polen erreichen und so ein gestärktes Polen als Verbündeten und Vasallen gegen die Türkei einsetzen. Doch Friedrich II. stand den patriotischen Bestrebungen der Polen feindselig gegenüber und verlangte, dass er Polen nicht reformierte, da er eine Annäherung zwischen Polen und Russland befürchtete.

Indem sie Friedrich nachgab, verhinderte Katharina, dass die Polen sich reformierten, was die Polen gegen die Russen aufbrachte.

Katharinas engster Mitarbeiter war in den 1760er Jahren Nikita Iwanowitsch Panin, einer der größten Diplomaten seiner Zeit. Gemeinsam mit Katharina entwickelte er ein System, das er "Nördliches System der russischen Politik" nannte.

Das Nördliche System war eine unvermeidliche Folge der Eskalation der Spannungen am Ende des Siebenjährigen Krieges. Dieses System wurde aufgrund der Feindseligkeit der "südlichen" Staaten - Frankreich, Österreich und die Türkei - gegenüber Russland geschaffen und zielte darauf ab, sich mit den "nördlichen Staaten", vor allem Preußen und Dänemark, zu vereinen. Gemeinsam mit Jekaterina versuchte Panin, den russischen Einfluss in Polen und im Nahen Osten zu vergrößern und dabei die Vorteile der "Nordmächte" im Süden zu nutzen. Neben dem Bündnis mit Preußen schloss Katharina II. auch ein Bündnis mit Dänemark (1765) und unterzeichnete ein Handelsabkommen mit England. (1766) All dies diente dazu, die internationale Stellung Russlands zu verbessern.

Der Erfolg der russischen Diplomatie in Polen veranlasste Frankreich und Österreich, gegen Russland vorzugehen. Infolgedessen fiel die Türkei 1768 in Russland ein. Es begann ein Krieg, in dem die Türkei vollständig besiegt wurde und alle Pläne der französischen Diplomatie scheiterten. Die Niederlage der Türkei wurde in ganz Europa bekannt.

Katharina II. wollte, dass das russische Adelsreich Zugang zum Schwarzen Meer erhielt, damit russische Großgrundbesitzer und Kaufleute

ungehindert im Schwarzen Meer segeln konnten, um militärischen Handel zu betreiben, und dass sie Zugang zu anderen See- und Ozeanrouten hatten. Die Steppen entlang des Schwarzen Meeres konnten nicht erschlossen werden, da die Invasionen der Krimtataren und die ständige Bedrohung durch die Türkei die Besetzung dieser fruchtbaren Gebiete nicht zuließen.

Die Erwartungen Ludwigs XV. und Maria Theresias an die Türkei erfüllten sich nicht, und die russischen Truppen und die russische Flotte griffen die Türkei an. In der Nähe des Archipels besiegte die russische Flotte die türkische Flotte (1770). Die türkische Marine wurde aufgelöst. Russland errang große Siege zu Lande, im Donaufürstentum und in Transkaukasien.

Zu dieser Zeit spielte Graf P. A. Rumjanzew eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der russischen Militärkunst. Rumjanzew betrachtete die Niederlage der feindlichen Armee als sein wichtigstes strategisches Ziel, das er gekonnt erreichte, indem er die Initiative ergriff und die feindlichen Truppen besiegte.

Es war Preußen, das mit der Teilung Polens begann. Aber im 19. Jahrhundert, nach dem Wiener Kongress, als die wichtigsten Gebiete Polens in die Hände des Russischen Reiches fielen, äußerten polnische und vor allem preußische Publizisten die Meinung, dass die Teilung Polens in St. Petersburg entstanden sei.

Während der ersten Teilung Polens (1772) eroberte Friedrich II. die polnische Küste. Die von ihm erworbenen Gebiete waren zwar kleiner als die von Österreich und Russland erworbenen Gebiete, aber sie waren von großer Bedeutung. Friedrich II. konnte Ostpreußen als Ganzes mit seinen anderen Gebieten vereinigen. Russland erhielt einen Teil von Weißrussland - den größten, aber den kleinsten Teil der Bevölkerung. In dem Teil, der an Österreich fiel, war die Bevölkerung jedoch klein und die wirtschaftliche Entwicklung gering.

Der erste Zusammenbruch Polens war der Beginn der vollständigen Zerstörung des polnischen Staates durch Preußen, Russland und Österreich.

Abschließend sei noch auf die Verteilung von 1772 hingewiesen. Der Rest des Territoriums des Commonwealth fiel unter den Einfluss des Russischen Reiches.

Der russisch-türkische Krieg von 1768-1772 machte die Teilung der Türkei zu einem gesamteuropäischen Problem. Im Jahr 1774 wurde zwischen Russland und der Türkei in Kutschuk-Kaynardscha ein Waffenstillstand geschlossen. Russland erhielt das Recht, Handelsschiffe in den Meerengen des Schwarzen Meeres zu navigieren, nahm Asow und Kertsch ein. Die Türkei erkannte die Unabhängigkeit der Krim an und versprach, die orthodoxe Kirche nicht zu verfolgen. Dieser Waffenstillstand war ein großer außenpolitischer Erfolg für Russland.

Im Jahr 1787 wurde ein russisch-französisches Handelsabkommen unterzeichnet, wonach russische Waren in Marseille von den höchsten Zöllen befreit wurden und die Franzosen ebenfalls Privilegien erhielten.

Während der bürgerlichen Revolution in Frankreich ging der Kampf zwischen Österreich und Preußen in der Mitte Europas weiter. Nach dem Tod des Kurfürsten von Bayern im Jahr 1778 versuchte Joseph II. Bayern zu erobern, um es dem österreichischen Erbe anzugliedern, was jedoch auf den Widerstand Preußens stieß. Es kam zu einem Skandal um das Erbe, das Russland als Vermittler einsetzte. Auf dem Diplomatenkongress in Teschin (1779) zwang er Österreich, Bayern aufzugeben, und im Westfälischen Frieden wurde Russland das Recht eingeräumt, in Streitigkeiten zwischen den deutschen Staaten zu intervenieren. Der russische Einfluss breitete sich in ganz Deutschland aus.

Im Jahr 1784 wurde Österreich erneut besiegt, und Kaiser Joseph II. verlangte von den Niederlanden, die Haupthandelsroute der österreichischen Niederlande am Zusammenfluss der Schelde für den belgischen Handel zu öffnen. Die Nebenflüsse der Schelde waren seit dem siebzehnten Jahrhundert für den belgischen Handel gesperrt. Dies hemmte die wirtschaftliche Entwicklung der belgischen Provinzen. Mit Hilfe Frankreichs erhielten die Niederländer von Joseph II. 10 Millionen Gulden.

Nach dieser Niederlage versuchte Joseph II. verzweifelt, seine Vorherrschaft in den schwachen niederländischen Provinzen abseits des übrigen Landes zu sichern, und versuchte, die österreichischen Niederlande durch Bayern zu ersetzen. Friedrich II. erfuhr von diesem Geheimplan und schloss 1786 ein "Fürstenbündnis" zwischen Norddeutschland und Mitteldeutschland gegen Österreich. Joseph II. wurde zum Rückzug

gezwungen. Das Bündnis ist gescheitert.

Im Jahr 1772 hatten Joseph II. und Katharina II. die Idee, das Osmanische Reich aufzuteilen. Im Jahr 1781 schlossen sie ein Militärbündnis gegen die Türkei. Joseph II. beabsichtigte, in Serbien einzumarschieren und Österreich Zugang zur Adria zu verschaffen. Bereits 1783 wurde die Krim annektiert und ein russisches Protektorat über Georgien errichtet.

Im Osmanischen Reich wurden die Rechte der russischen und österreichischen Kaufleute den Rechten der französischen Kaufleute gleichgestellt. Die Annexion der Schwarzmeerküste, einschließlich der Krim, die während der Invasionen, die Russland unter der türkischen Herrschaft zerstörten, eine Hochburg der Krimtataren war, ermöglichte die Entwicklung der Produktivkräfte in Südrussland.

Die Bildung des Bündnisses für bewaffnete Neutralität, Russlands aktive Politik und seine Erfolge bei der Beeinflussung Polens und des Nahen Ostens führten zu einer Verschlechterung der anglo-russischen Beziehungen. William Pitt begann, das Osmanische Reich gegen Russland zu unterstützen. Die 1788 gegründete anglo-preußisch-niederländische Allianz stellte sich gegen Katharinas Außenpolitik. Katharina wollte eine Koalition aus vier Staaten (Frankreich, Spanien, Russland, Österreich) gegen die "Union der drei Staaten" bilden. Aber das war nicht möglich.

Die Türkei, die Großbritannien, Preußen und Polen erobert hatte, wurde 1787 von Russland unterdrückt. In Ungarn und Belgien bestand die Gefahr eines Aufstandes gegen ihn. Preußen, das auf eine Gelegenheit wartete, sich am Feind zu rächen, könnte angreifen.

Im Jahr 1788 wurden die österreichischen Truppen von den Türken besiegt. Der Kaiser geriet in Panik und wollte ihn auf seiner Flucht in der Nacht mit seinen eigenen Soldaten töten. Am 3. Juni 1788 besiegte die russische Schwarzmeerflotte unter dem Kommando von F.F. Uschakow die türkische Flotte bei Feodosia. Uschakow belagerte die Festung Otschakow lange Zeit und besetzte sie im Dezember 1788. Am 23. September 1789 wurde das türkische Heer unter dem Kommando des großen Feldherrn A. W. Suworow in der Nähe des Flusses Rimpik besiegt.

Infolgedessen wurden die russischen Kampfkünste in Europa

populär. Im Siebenjährigen Krieg bewies die russische Armee ihre Überlegenheit gegenüber der preußischen Armee. Die russische Armee, die selbst eine nationale Armee war, unterschied sich von der preußischen Armee, die zu einem Drittel aus Söldnern bestand, und war den österreichischen und französischen Armeen zahlenmäßig weit überlegen. Suworow konzentrierte sich auf das Manövrieren und den harten Kampf. Suworows bemerkenswertes Führungstalent zeigte sich im Russisch-Türkischen Krieg von 1787-1791 und wurde zu einem wichtigen Faktor für den Erfolg der russischen Diplomatie.

Testfragen:

1. Warum wuchs der Einfluss Russlands in Polen unter Peter I.?
2. Wann wurde Kanada eine französische Kolonie und was waren die Folgen?
3. Erzählen Sie uns etwas über die Aktivitäten der East India Company in England?
4. Was sind die wichtigsten Ursachen und Folgen des erbitterten Kampfes Englands um das spanische Erbe?
Wie lauten die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens zwischen England, Frankreich und Spanien, das 5.1763 in Versailles unterzeichnet wurde?
6. Was sind die Gründe für den russisch-türkischen Krieg?
7. Erläutern Sie das Ereignis, das das internationale Ansehen der französischen Monarchie beeinträchtigte?
8. Warum wurden die österreichischen Truppen besiegt?
9. Wann schloss Frankreich ein Bündnis mit Österreich und was waren die Folgen?
10. Welche Faktoren führten zur Verschlechterung der anglo-russischen Beziehungen?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM FRÜHEN XIX - XX JAHRHUNDERT PLAN:

1. Internationale Beziehungen im späten XVIII - frühen XIX Jahrhundert.
2. Wiener Kongress.
3. Internationale Beziehungen 1815 - 1850

Grundlegende Wörter und Ausdrücke: Revolutionäre Bewegungen in Frankreich. Verzeichnis. Napoleon. Koalition. Hegemonie. Direktorium. Schlacht von Austerlitz. Union Rhein. Friedensvertrag von Shenburun. Borodino-Schlachten. "Volkskrieg". Bourbonen. Kontinentale Belagerung. Wiener Kongress. Metternix-System. Heilige Union. Abkommen. Osmanisches Reich. Balkan. Griechenland. Russisch-türkische Kriege. Adrianopel-Sulhi.

Internationale Beziehungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Im Jahr 1789 fand in Frankreich eine Revolution statt, die zum Sturz der absoluten Monarchie Ludwigs XIV. führte. Dieses Ereignis mobilisierte ganz Europa, das sich gegen das revolutionäre Frankreich verbündete. Am 27. August 1791 wurde auf Schloss Pillnitz in Sachsen eine Erklärung zwischen Österreich und Preußen unterzeichnet. Am 7. Februar 1792 wurde die erste Koalition (Union) der europäischen Staaten gegen Frankreich gebildet.

In Frankreich selbst löste die Nachricht eine patriotische Bewegung aus. Bewaffnete Abteilungen der Föderationen begannen sich zu formieren. Die gesetzgebende Versammlung "Das Vaterland ist in Gefahr!" und ohne den Angriff abzuwarten, erklärte sie Österreich den Krieg. Die Militäroperation begann für Frankreich erfolglos. Preußen handelte ebenfalls im Bündnis mit Österreich. Seine Armee fiel in Frankreich ein und besetzte eine Reihe von Festungen. Doch Frankreich rüstete auf und mobilisierte. Und bereits am 20. September 1792 schlugen die Franzosen den Angriff der Preußen bei dem Dorf Valmi zurück. Nach dieser Schlacht besetzte die französische Revolutionsarmee Belgien, das linke Rheinufer, Nizza und Savoyen. Einige dieser Gebiete wurden an Frankreich angegliedert. Die Hinrichtung des Königs erregte jedoch die europäischen Monarchen. Das Vereinigte Königreich und Spanien schlossen sich der Koalition an. Russland unterstützte die Armee der Emigranten finanziell. Nach dem Sturz der jakobinischen Diktatur gelang es den französischen Truppen Anfang 1794, die Ländereien ihres Staates von Interventionen zu befreien, und der Krieg wurde auf feindliche Gebiete verlagert. Im Juni besiegten die Franzosen in der Nähe des Dorfes Fleurus (Belgien) die Hauptkräfte der österreichischen Armee. Die Koalition war besiegt.

In Frankreich selbst fand der 9. konterrevolutionäre Staatsstreich des Thermidor statt, der die jakobinische Diktatur stürzte. Dieser Machtwechsel war jedoch nicht von langer Dauer. Das Direktorium wurde durch Napoleon Bonaparte ersetzt, der seine Macht festigte. Während der Zeit des Konsulats und des Ersten Kaiserreichs befand sich Frankreich ständig im Krieg. Die Politik bestand darin, die besetzten Länder zu Absatzmärkten für französische Waren und zu Rohstoffquellen für die

französische Industrie zu machen.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Hauptziel der Kriege Napoleons darin bestand, die französische Vorherrschaft in Europa zu sichern. Die Länder, die sich gegen Frankreich verbündeten: Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen, kämpften nicht nur gegen die französische Hegemonie, sondern verfolgten auch ihre eigenen Ziele. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand jedoch der Wettbewerb zwischen Großbritannien und Frankreich im Mittelpunkt der internationalen Beziehungen.

Im Jahr 1800 brach die zweite Koalition gegen Frankreich aufgrund interner Konflikte zusammen. Im Jahr 1801 wurden Friedensverträge mit Russland und Österreich unterzeichnet. Infolgedessen erstreckte sich die französische Macht nun auf ganz Italien, Belgien, die Niederlande und eine Reihe deutscher Fürstentümer.

Im Jahr 1802 wurde in Amien ein internationaler Vertrag mit England unterzeichnet. Darin verpflichteten sich Frankreich und Großbritannien, die Ordnung in Europa aufrechtzuerhalten. Doch das Leben in der Welt war nur von kurzer Dauer. Im Jahr 1803 wurden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen. Im Jahr 1805 wurde die Dritte Koalition der europäischen Staaten gebildet. Ihr gehörten England, Russland, Österreich und das Königreich Neapel an.

Am 21. Oktober 1805, in der Schlacht an der Trafalgar Barrage, setzte Napoleon alle seine Streitkräfte gegen die Österreicher ein, nachdem die britische Flotte unter dem Kommando von Admiral Nelson die kombinierte französisch-spanische Flotte besiegt hatte. Im Oktober 1805 kapitulierte die österreichische Armee und die französischen Truppen zogen in Wien ein.

Anfang Dezember wurden die vereinigten Streitkräfte Russlands und Österreichs in der Schlacht von Austerlitz besiegt. Bald darauf wurde ein Friedensvertrag zwischen Österreich und Frankreich unterzeichnet. Im Jahr 1806 wurde unter dem napoleonischen Protektorat der Rheinbund von 16 deutschen Staaten gegründet. Damit brach das Heilige Römische Reich deutscher Nation zusammen.

Im Jahr 1806 wurde eine vierte Koalition (England, Preußen, Russland und Schweden) gegen Frankreich gebildet. Doch noch im selben

Jahr wurde die preußische Armee in den Schlachten von Jena und Auerstedt besiegt. Im Oktober 1806 zog Bonaparte in Berlin ein, wo er am 21. November 1806 ein Dekret über die Belagerung des Kontinents unterzeichnete, das der Wirtschaft der europäischen Länder einen schweren Schlag versetzte. Gemäß diesem Dekret wurde der Handel mit dem Vereinigten Königreich für ganz Frankreich und die von ihm abhängigen Länder verboten.

Napoleon versuchte, seine Hauptaufgabe - die Zerschlagung Großbritanniens und die Errichtung der französischen Hegemonie - durch einen vorübergehenden Kompromiss mit Russland zu lösen. Mit dem Vertrag von Tilsit (7. Juli 1807) erkannte Russland die von Bonaparte in Europa vorgenommenen Veränderungen an und schloss sich der kontinentalen (kontinentalen) Meerenge an. Gleichzeitig wurde der französisch-preußische Friedensvertrag unterzeichnet, demzufolge sich der preußische Staat in einem reduzierten Zustand befand. Preußen schloss sich ebenfalls der kontinentalen Belagerung an.

Infolge der spanischen Besetzung, die 1808 begann, wurde eine fünfte Koalition gegen das napoleonische Frankreich gebildet (1809), der nur England und Österreich angehörten. Im Juli 1809 besiegte die französische Armee in der Schlacht von Wagram die Österreicher. Im Oktober desselben Jahres wurde der Friedensvertrag von Schönbrunn unterzeichnet, der eine Verringerung der österreichischen Territorien vorsah. Außerdem wurde er gezwungen, seine Armee zu verkleinern, Abgaben zu zahlen (Entschädigungen, die dem siegreichen Staat in einem Krieg gezahlt werden) und sich der kontinentalen (kontinentalen) Belagerung anzuschließen.

Zu Beginn des Jahres 1812 führte die Verschlechterung der französisch-russischen Beziehungen zum Krieg. Der Krieg begann am 24. Juni 1812. In der Schlacht von Borodino am 26. August verloren die Franzosen 60.000 Soldaten.

Die russische Armee zog sich zwar zurück, blieb aber kampfbereit. Am 14. September 1812 marschierten die Franzosen in Moskau ein, doch ringsum tobten Partisanenkrieg und Volkskrieg. Am 12. Oktober 1812 wurde Napoleons Armee gezwungen, Moskau zu verlassen. Bonaparte selbst

verließ später seine Armee und ging nach Paris. Die Niederlage der französischen Armee in Russland markierte den Beginn des Zusammenbruchs des "unbesiegbaren" napoleonischen Reiches.

Im Frühjahr 1812 wurde eine sechste Koalition gegen Frankreich gebildet. Ihr gehörten Russland, England, Schweden, Preußen, Spanien, Portugal und Österreich an. Die Entscheidungsschlacht fand vom 16. bis 19. Oktober 1813 bei Leipzig statt. Als Ergebnis des "Volkskriegs" wurde Napoleon besiegt und zog sich an den Rhein zurück.

Anfang März 1814 unterzeichneten die Alliierten einen Vertrag über den Krieg bis zur vollständigen Niederlage Napoleons. Am 31. März zogen die Alliierten in Paris ein. Napoleon dankte zu Gunsten seines Sohnes ab. Der Senat und die europäischen Staaten setzten jedoch die Bourbonen wieder auf den französischen Thron. Napoleon wurde auf die Insel Elba verbannt. Am 30. Mai 1814 wurde in Paris ein Friedensvertrag unterzeichnet. Ihm zufolge wurde Frankreich 1792 in seine Grenzen zurückversetzt. Die Stimmung für Napoleon wurde neu belebt. Am 1. März 1815 landete Napoleon im Süden Frankreichs und kehrte am 20. März nach Paris zurück. Das Kaiserreich wurde wiederhergestellt. Die letzte, siebte Koalition gegen Napoleon wurde gebildet. Am 18. Juni 1815, in der Schlacht von Waterloo, wurde Napoleons Armee vollständig besiegt. Napoleon selbst wurde nach St. Helena verbannt, wo er 1821 starb.

Wiener Kongress. Vor der Niederlage Frankreichs versprachen die wichtigsten Mitglieder der Sechsten Allianz, einen diplomatischen Kongress einzuberufen. Im September 1814 wurde in Wien ein sehr großer diplomatischer Kongress eröffnet, den es so noch nie gegeben hat. An diesem Kongress nahmen 216 Delegierte aus allen europäischen Ländern mit Ausnahme des Türkischen Reiches teil. Die mächtigsten Länder, die Napoleon im Kongress besiegt hatten, spielten eine Schlüsselrolle: Russland, Großbritannien und Österreich. Die russischen Vertreter waren Kaiser Alexander I., der Diplomat Karl Nesselrode und Andrej Rasumowski, der erste autonome Vertreter Russlands im Kongress. Russland hatte großen Einfluss auf die Arbeit des Kongresses und nutzte die entscheidende Rolle, die das russische Volk in seinem eigenen Interesse spielte, um Napoleon zu vernichten.

Vertreter der größten Monarchien Europas versammelten sich im Kongress, um den Sieg Napoleons über das bürgerliche Imperium zu feiern.

Das erste Ziel der Teilnehmer des Kongresses war die Unterdrückung der republikanisch-demokratischen und nationalen Befreiungsbewegung der Völker Europas und die Wiederherstellung des alten feudal-absolutistischen Systems in den zuvor von Napoleon regierten Staaten. In all diesen Staaten ließ der Kongress die früheren Dynastien so weit wie möglich wieder aufleben. Das zweite Ziel der Sieger bestand darin, den Sieg über Napoleon zu sichern, eine solide Barriere gegen die Möglichkeit einer Rückkehr Frankreichs zu einem bonapartistischen Regime zu schaffen und in diesem Fall zu versuchen, Europa erneut zu erobern. Zu diesem Zweck versuchten die führenden Teilnehmer des Kongresses, die an Frankreich angrenzenden Länder zu erweitern und zu stärken und diese Staaten zu einer Barriere gegen Frankreich zu machen.

Das dritte Ziel der Sieger war die Befriedigung ihrer territorialen Ansprüche, die Neuaufeilung der Ländereien der Staaten in Europa und in den Kolonien. Gleichzeitig diente der Wiener Kongress den Interessen der großen Monarchien und ignorierte die Bestrebungen und ethnografischen Grenzen einiger Völker auf dem Weg zur nationalen Befreiung. Dies führte zu einer Eskalation der Konflikte zwischen den Großmächten.

Unter den Teilnehmern des Kongresses kam es zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Um den Einfluss des Russischen Reiches in Westeuropa zu stärken, versuchte Alexander I., zwei mächtige Staaten in Deutschland - Österreich und Preußen - zu erhalten: Sie mussten miteinander konkurrieren und immer gegeneinander sein. Um sich gegen die Bedrohung durch Frankreich zu verteidigen, ließ Alexander I. nicht zu, dass Frankreich zu sehr gedemütigt und geschwächt wurde: Dadurch wurde es Frankreich unmöglich gemacht, die Macht der deutschen Staaten nach Westen zu verlagern. Russland strebte danach, fast das gesamte Territorium des Herzogtums Warschau zu besetzen, das im Osten Europas endete. Um die Lösung dieses Problems zu erleichtern, schloss Alexander ein Abkommen mit einem Teil des polnischen Adels. Er versprach, die lokalen Gesetze in Polen aufrechtzuerhalten und Polen eine begrenzte aristokratische Verfassung und das Recht auf eine eigene Armee zu geben.

Österreich und Preußen protestierten gegen das Vorgehen Alexanders I. und erklärten, dass die beiden Länder den polnischen Provinzen, die sie einnehmen wollten, keine Autonomie gewähren wollten.

Alexander I. versprach, Preußens Anspruch auf ganz Sachsen zu unterstützen, um die Zustimmung Preußens zur Abtretung eines großen Teils der polnischen Gebiete an Russland zu erhalten. Wie der preußische König beabsichtigte auch Alexander I. eine Invasion. Die Tatsache, dass der König von Sachsen (der auch Herzog von Warschau war) ein Verbündeter und Vasall Napoleons war, diente als Vorwand für die Aufteilung Sachsens mit Polen.

Die konservative Regierung in England wollte sicherstellen, dass Handel, Industrie und Kolonialmonopole in den Händen der Briten blieben. Die Tory-Regierung wusste, dass die Unterstützung der aristokratischen Reaktion in der Europa-Liga das beste Mittel war, um ihr Ziel zu erreichen, und versuchte daher, den Zustand der Stagnation und Rückständigkeit in Ländern, die mit England konkurrieren konnten, so weit wie möglich zu verlängern. - Der britische Außenminister beabsichtigt, in Kaslo , das während der napoleonischen Kriege besetzt wurde, französische, spanische und holländische Kolonien zu bekämpfen, damit sie in den Händen Englands bleiben. Doch zunächst versucht er, Frankreich, den gefährlichsten Rivalen des bürgerlichen Englands, zu schwächen und sein Territorium auf die Grenze von 1792 zu beschränken. Das britische Kabinett forderte besonders lautstark die Wiederherstellung der bourbonischen Dynastie. Er legte auch großen Wert auf die Schaffung von Barrierestaaten entlang der Grenzen Frankreichs und die Stärkung Preußens entlang des Rheins. Die britische Diplomatie konzentrierte ihre Politik in Europa darauf, die Staaten des europäischen Kontinents einander gegenüberzustellen. Solange diese Staaten nicht miteinander "ausgeglichen" waren, konnte Großbritannien immer als Schiedsrichter auftreten und leicht Kolonien erobern. Castle versuchte auf verschiedene Weise, sich den Plänen Alexanders I. in Bezug auf Polen zu widersetzen, da er befürchtete, dass der Einfluss Russlands in Europa zunehmen würde, so dass er nach der Neuaufteilung Polens nach Russland gehen könnte. Er versuchte, seinen Anteil zu verringern und den Anteil von Österreich und

Preußen zu erhöhen.

Der österreichische Vertreter auf dem Wiener Kongress war Fürst Metternich. Revolutionäre und nationale Befreiungsbewegungen bedrohten das Leben der multinationalen Habsburgermonarchie, einem wahren "Völkergefängnis". Aus diesem Grund verteidigte Metternichs gewaltsam die Prinzipien der Reaktion, indem er die Monarchen mit der Revolution einschüchterte und sie vereinte. Die österreichische Regierung versucht so weit wie möglich zu verhindern, dass Preußen und Russland stärker werden. Metternichs Politik gegenüber Deutschland bestand darin, Deutschland zersplittert zu halten und gleichzeitig sicherzustellen, dass es vom österreichischen Einfluss beherrscht wurde.

Im Mittelpunkt der von Preußen auf dem Wiener Kongress verfolgten Politik stand die Stärkung der Stellung der preußischen Kadetten, die Eroberung Sachsens und gleichzeitig der Erwerb reicher Ländereien entlang des Rheins.

Die französische Regierung betrachtete Preußen als den größten Feind Frankreichs und befürchtete, dass die preußische Monarchie durch die Annexion Sachsens gestärkt würde. Die französische Regierung war geneigt, Preußen Westfalen und die katholische Provinz Rheinland anstelle des protestantischen Sachsens zu geben, das nach Ansicht der französischen Regierung von Preußen nicht annektiert werden konnte. Aus diesem Grund sprach sich Talleyrand auf dem Wiener Kongress offen gegen die preußische Eroberung Sachsens aus. Talleyrand nutzte die Konflikte zwischen den Staaten im Kongress geschickt aus. Unter Ausnutzung dieser Widersprüche gelang es Talleyrand, als Vertreter der fünften Großmacht im Kongress Platz zu nehmen, obwohl Frankreich im Krieg besiegt worden war.

Schloss und Metternich unterstützten Talleyrand nachdrücklich, um Russland zu zerstören, und der gewaltige Aufstieg Russlands infolge seines Sieges über Napoleon erschreckte seine Verbündeten gestern so sehr, dass die russische Regierung und die preußische Regierung Pauls am 3. Januar 1815, Großbritannien, Österreich und Frankreich ein geheimes Bündnis schlossen, um ihren Plänen für die Stadt und Sachsen zu widerstehen. Obwohl französische Historiker gewöhnlich darauf hinweisen, dass dieses

Abkommen das Werk von Talleyrand war, war es nicht wirklich sein Werk. Britische und österreichische Diplomaten spielten eine Schlüsselrolle bei der heimlichen Ausarbeitung des Abkommens. Die neuen Verbündeten versprachen sich gegenseitig militärische Unterstützung und erhöhten nach der Unterzeichnung des Abkommens den Druck auf Russland und Preußen erheblich.

Preußen stimmte zu, nicht ganz Sachsen zu übernehmen, sondern nur den nördlichen Teil, und der südliche Teil Sachsens wurde ein unabhängiges Königreich. Der Zar war auch gezwungen, auf die Annexion aller Ländereien des ehemaligen Herzogtums Warschau zu verzichten; der größte Teil des Herzogtums fiel an Russland, während Posen und Danzig (Dansig) in preußischer Hand blieben. Darüber hinaus fiel Schwedisch-Pommern an Preußen und Galizien an Österreich. Im Westen wurde beschlossen, zwei große Provinzen, die ehemaligen Gebiete kleiner Fürstentümer, an Preußen anzugliedern: die Rheinprovinz und Westfalen. Diese Regionen Deutschlands waren die wirtschaftlich am weitesten entwickelten und strategisch wichtigsten. Die Annexion dieser Provinzen ermöglichte es Preußen, in der Folge einen Großteil Deutschlands zu unterwerfen und zum mächtigsten und gefährlichsten Feind Frankreichs zu werden.

Auf dem Wiener Kongress wurde Polen zum vierten Mal neu aufgeteilt. Die Neuaufteilung Polens hatte zur Folge, dass die herrschenden Klassen der drei Staaten weiterhin an einer gemeinsamen Unterdrückung der polnischen Nationalbewegung interessiert waren: Russland, Österreich und Preußen waren weiterhin an der gemeinsamen Unterdrückung der polnischen Nationalbewegung interessiert. Nur Krakau wurde zu einem so umstrittenen Punkt, dass man sich nicht einigen konnte, wem es zugesprochen werden sollte. In der Stadt Krakau und ihrer Umgebung wurde eine kleine unabhängige Republik gegründet. Die russische Zusammenarbeit mit Preußen und Österreich bei der anschließenden Teilung Polens und der Unterdrückung des polnischen Volkes trug zur Verschärfung der Reaktion in Europa bei.

Der Wiener Kongress war zu Ende, als Napoleon die Insel Elba verließ, in Nordfrankreich landete, seine Truppen sammelte und auf Paris

marschierte. Aus Angst vor einem Wiederaufleben der Bonaparte-Dynastie in Frankreich schlossen die Teilnehmer des Kongresses sofort ein neues (siebtes) Bündnis, in dem die noch offenen Fragen geklärt wurden.

Kurz vor Napoleons letzter Niederlage in der Schlacht von Waterloo, am 9. Juni 1815, wurde das wichtigste (Schluss-)Dokument des Wiener Kongresses unterzeichnet. Darin wird die Errichtung starker Barrieren gegen neue französische Angriffsversuche an den Ostgrenzen Frankreichs gefordert.

Neue preußische Gebiete im Westen: Der Rhein und Westfalen waren die Haupttore und Plattformen der östlichen Barriere gegen Frankreich.

Die Niederlande und Belgien wurden zu einem einzigen Königreich der Niederlande vereinigt, und die Belgier wurden zu einem unterdrückten Volk gemacht. Darüber hinaus nahm der König der Niederlande den Herzog von Luxemburg in Privatbesitz.

Nachdem der Kongress die Schweiz als unabhängigen Staat wiederhergestellt hatte, erklärte er sie zu einem neutralen Staat und eroberte die Grenzprovinzen zurück, die einst von Napoleon erobert worden waren (diese Provinzen verfügten über strategisch wichtige Bergstraßen).

In Italien wurde das Königreich Sardinien wiederhergestellt und gestärkt; Savoyen und Nizza wurden ihm zurückgegeben, und das Gebiet der ehemaligen Republik Genua wurde ihm abgenommen. Das Königreich Sardinien sollte an der Südgrenze Frankreichs die Rolle eines Stützpunktes gegen Frankreich spielen.

Im wichtigsten Schlussdokument des Wiener Kongresses werden die Ergebnisse der Neuaufteilung Europas und der Kolonien unter den Siegern über Napoleon dargelegt.

Russland besetzte den größten Teil Polens und behielt Bessarabien und das zuvor annektierte Finnland.

Großbritannien nahm die Insel Malta und die von den Niederlanden und Frankreich besetzten Kolonien in Besitz. Im südlichen Afrika waren die Kapkolonie und Ceylon, das früher zu den Niederlanden gehörte, die wichtigsten Kolonialgebiete. Diese Kolonien waren für England von großer Bedeutung, vor allem als wichtige strategische Punkte auf dem Weg nach

Indien und an seiner Schwelle. Die vollständige und entscheidende Eroberung Indiens war das Hauptziel der britischen Kolonialpolitik.

Internationale Beziehungen 1815-1850 Die ersten Jahre nach der Niederlage der napoleonischen Armee und dem Fall des Ersten Kaiserreichs in Frankreich waren eine Periode der Dominanz der feudalaristokratischen Reaktion. Die Reaktion der Feudalaristokratie nahm einen gesamteuropäischen Charakter an. Die Politik der "Heiligen Allianz" beraubte die Völker Europas um einen Großteil der Früchte ihrer Siege über das damals mächtigste napoleonische Reich. Die wahre Grundlage dieser Politik waren vor allem die Interessen der herrschenden Kreise des Adels. Der österreichische Reichskanzler Fürst Metternich war eine der wichtigsten Inspirationen.

Um die multinationale Habsburgermonarchie und die österreichische Unterdrückung Deutschlands zu unterstützen, intensivierte Metternich ab 1815 die Verfolgung der nationalen Befreiungsbewegungen und spielte sie ständig gegeneinander aus, um die Verwaltung der verschiedenen Nationen im österreichischen Kaiserreich zu erleichtern. Dies war der Kern des Metternich-Systems. Die österreichische Regierung widersetzte sich entschieden der Befreiung der Balkanvölker von der türkischen Unterdrückung, da sie befürchtete, dass das nationale Erwachen der Balkanvölker zu einem Anstoß für die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker des österreichischen Reiches werden könnte. Die österreichische Regierung beherrschte Deutschland, suchte dessen Zersplitterung aufrechtzuerhalten und verfolgte alles, was für Freiheit und demokratische Bewegung in Deutschland stand.

Der preußische König und die Kadetten, Feinde der nationalen Einigungsbewegung, beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Politik Metternichs. In Russland herrschte das Arakcheev-Regime und verfolgte jede Form von Gedankenfreiheit. Es war eine Politik, die auf die Stärkung der Leibeigenschaft und der Allmacht des Königs abzielte. In England war die Reaktion bürgerlich-aristokratisch geprägt, stand aber in vielen Fällen der Situation auf dem Kontinent in nichts nach.

Die Zensur der fortschrittlichen Presse nahm in ganz Europa zu, und liberale Professoren und Lehrer wurden von den Universitäten und Schulen

verwiesen. Während reaktionäre Ideologien die bürgerliche "Philosophie der Aufklärung" und alles, was mit den Ideen der französischen bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts verbunden ist, angreifen, werden reaktionär-kosmopolitische Ansichten, Absolutismus, Papsttum und Mittelalter propagiert.

In Spanien wurden die Klöster und die Inquisition wiederhergestellt, und im Königreich Neapel wurden die kirchlichen Gerichte und die Zensur wieder eingeführt. Der Papst stellte den Jesuitenorden wieder her und wurde zu einem der Anführer nicht nur der italienischen, sondern auch der europäischen Reaktion. Überall wurden Versuche unternommen, die feudale Ordnung wiederherzustellen. In Frankreich wurde mit rücksichtslosem konterrevolutionärem Terror die Macht der Bourbonen gefestigt, und Notstandsgerichte verurteilten sie zu Entlassung und Deportation. So breitete sich die Reaktion in ganz Europa aus.

Im Jahr 1818 fand in Aachen der Staatenkongress des Quartetts statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte Frankreich den Großteil des ihm auferlegten Beitrags gezahlt, damit die Alliierten ihre Truppen vorzeitig aus Frankreich abziehen und Frankreich gleichberechtigt an den Räten der vier verbündeten Mächte, die Napoleon besiegt hatten, teilnehmen konnte. Anstelle einer Tetrarchie, d. h. der Herrschaft von vier Alliierten, entstanden so in Europa fünf große Staatssysteme unter Beteiligung Frankreichs. Im Gegenzug für diese Zugeständnisse verpflichtete sich der französische Hof, die Verträge von 1815 einzuhalten und zu respektieren. Diese nachträgliche Bedingung verstärkte nur den bösen Blick des französischen Bürgertums auf die Bourbonen; ein Großteil des französischen Bürgertums träumte von einer Rückkehr zur aggressiven Politik Napoleons I. Um jedoch einen Regimewechsel in Frankreich zu verhindern, wurde 1818 die "Union der Vier" wiederbelebt, bestehend aus England, Russland, Österreich und Preußen.

1819 kam es in Deutschland zu neuen Ereignissen. Metternich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen unterzeichneten in Teplitz ein Abkommen über einen gemeinsamen Kampf gegen revolutionäre Bewegungen in den deutschen Staaten. Zu diesem Zweck fand 1819 in

Karlsbad (Karlovy Vary) eine Konferenz von Vertretern der deutschen Regierung statt, auf der beschlossen wurde, rücksichtslos gegen Presse, Universitäten und Studenten vorzugehen. Eine vom Deutschen Reichstag gewählte fünfköpfige Kommission wurde beauftragt, die "gesetzliche Ordnung" mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, aufrechtzuerhalten. Alle Universitäten standen unter der Aufsicht besonderer Kuratoren, die nicht nur den Studenten, sondern auch den Professoren dienten. Freundschaftsgesellschaften und Studentenklubs, die so genannten "Burschenschaften", wurden verboten und ihre Mitglieder von jeder künftigen Anstellung im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Jede Regierung konnte verlangen, dass andere Staaten des Deutschen Bundes revolutionäre und sogar oppositionelle Schriftsteller und Verleger ihrer Werke verfolgten. Metternich versäumte es jedoch auch, die Verfassungen der süddeutschen Länder in Karlsbad aufzuheben.

Die Versuche der Reaktion, das Leben der absolutistischen Regime mit Gewalt zu verlängern, waren letztlich zum Scheitern verurteilt. Bereits in den 1820er Jahren kam es zu einer neuen revolutionären Welle gegen das feudal-monarchistische System.

Die Entwicklung des Kapitalismus und der Kampf der Bourgeoisie und der Massen gegen die feudale Reaktion lassen sich nicht nur in der inneren Geschichte der einzelnen Länder, sondern auch in den internationalen Beziehungen zwischen 1815 und 1850 nachvollziehen.

In dem Maße, in dem die wirtschaftliche und politische Position des Bürgertums gestärkt wurde, nahm auch sein Einfluss auf die Außenpolitik zu. Die wachsende Bourgeoisie Englands und Frankreichs forderte eine immer aktivere Kolonialpolitik, um neue ausländische Märkte und Rohstoffquellen für den Absatz von Waren zu erobern. Die Konflikte zwischen den Großmächten verschärften sich im Kampf um die wirtschaftliche, industrielle und politische Vorherrschaft. Die größten Monarchien des europäischen Kontinents, allen voran das zaristische Russland und Österreich, dominieren weiterhin. Der Einfluss des Charismas, der Stütze der europäischen Reaktion, nimmt allmählich zu. Die Entwicklung des Kapitalismus und der soziale Fortschritt führten jedoch unweigerlich zu neuen Revolutionen, und der Prozess der Bildung neuer,

bürgerlicher Nationen in Europa und Amerika führte zu einer Intensivierung des Kampfes um die Schaffung neuer unabhängiger Nationalstaaten. Der Hauptprozess der internationalen Beziehungen in Europa bestand also darin, dass seit den 1820er Jahren das reaktionäre "Wiener System von 1815" durch bürgerliche Revolutionen und nationale Befreiungsbewegungen infolge der Eskalation der Konflikte zwischen den Großmächten allmählich ausgehöhlt wurde, ging.

Um die italienische Revolution zu unterdrücken, wurde im Herbst 1820 ein Kongress der Mitglieder der Heiligen Allianz in Troppau (Opava) eröffnet, der später nach Leibach (Ljubljana) verlegt wurde. Das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung, die Revolutionen in Italien und Spanien sowie die revolutionären Aufstände in anderen Ländern (darunter der Aufstand des Semjonowsky-Regiments in Russland 1820) machten die Regierungen in Europa blind.

Metternich, der Vordenker und Führer der konterrevolutionären Politik der Heiligen Allianz, war besonders entschlossen, die Revolution im Königreich Neapel niederzuschlagen. Die österreichische Regierung befürchtete, dass die Bewegung zur Befreiung Italiens von ausländischer Unterdrückung früher oder später zur Vertreibung Österreichs aus der Lombardei und Venedig führen würde, und war daher ein glühender Gegner der nationalen Befreiungsbestrebungen des italienischen Volkes.

Während der Kongressverhandlungen in Troppau gaben die Kaiser von Österreich und Russland sowie der König von Preußen eine Erklärung ab. Darin erklärten sie, dass die Könige das "Recht" hätten, in jedem Land konterrevolutionär einzugreifen, um die Macht des Adels und der Monarchie wiederherzustellen. Diese Erklärung richtete sich gegen bürgerliche Revolutionen und gegen das Prinzip der "Regierung der Nation", das von der französischen bürgerlichen Revolution des 18.

Der Kongress übertrug die Rolle der italienischen Gendarmerie an Österreich, und 1821 marschierten österreichische Truppen in Neapel ein. Die neapolitanische Armee unter dem Kommando von General Pepe wurde besiegt. Die Regierung der konstitutionellen Monarchie, an deren Spitze der Prinzregent stand, fürchtete die Einmischung der Massen in den Kampf und leistete keinen allzu großen Widerstand. Am 23. März besetzten die

österreichischen Truppen Neapel kampflos. Die 1820 erlassene Verfassung wurde aufgehoben. Im Land herrschte ein reaktionär-terroristisches Regime.

Im April 1821 schlugen die österreichischen Truppen auch die Revolution im Piemont nieder. Die Anführer der revolutionären Bewegung wurden zum Tode verurteilt, doch es gelang ihnen, ins Ausland zu fliehen und sich zu verstecken. 12.000 österreichische Truppen besetzten das Piemont.

Im Herbst 1822 fand im Iran ein neuer Kongress der Könige der "Heiligen Allianz" statt, um eine konterrevolutionäre Intervention in Spanien zu organisieren. Die Regierungen von Frankreich, Österreich, Preußen und Russland beschlossen, die Monarchie in Spanien wiederherzustellen. Die Niederschlagung der Revolution in Spanien wurde Frankreich anvertraut. Die geografische Lage Frankreichs erleichterte sein Eingreifen, und die französischen Bourbonen waren besonders daran interessiert, die Reaktion im Nachbarland zu unterstützen. Chateaubriand, der Vertreter Frankreichs auf dem Kongress, war ein entschiedener Befürworter der konterrevolutionären Intervention. Die französische Regierung befürchtete jedoch, dass die Intervention in Spanien Proteste der liberalen und radikalen Bourgeoisie in Frankreich hervorrufen würde. Daher versuchte er, die Unterstützung der "Heiligen Allianz" für seine eigenen Zwecke zu nutzen, als ob er nur in seinem eigenen Interesse und völlig unabhängig handeln würde. Als sich die Regierung Ludwigs XVIII. in einen spanischen Gendarm verwandelte, setzte sie sich zum Ziel, die Reaktion des Adels nicht nur auf der iberischen Halbinsel, sondern auch in Frankreich zu stärken.

Italienische Carbonari und Teilnehmer der Französischen Revolution bildeten eine Abteilung von Freiwilligen, um die konstitutionelle Regierung Spaniens zu unterstützen. Doch im Frühjahr 1823 marschierte eine 100.000 Mann starke französische Armee unter dem Kommando des Herzogs von Angouleme, des Neffen von Ludwig XVIII, in Spanien ein. Die französische Armee rückte ohne ernsthaften Widerstand bis nach Cádiz vor. Die Verfassung von 1820 wurde außer Kraft gesetzt.

Die Interventionen in Italien und Spanien verschärften die

Widersprüche der Heiligen Allianz. Die herrschenden Kreise Frankreichs sind unzufrieden mit der Stärkung des österreichischen Einflusses in den italienischen Staaten infolge der österreichischen Eroberungen von Piemont und des Königreichs Neapel. Daher trat Frankreich der auf dem Troppauer Kongress 1820 angenommenen Erklärung der drei Staaten nicht bei.

Auf dem Kongress von Verona zog sich England aus der Politik der Heiligen Allianz zurück. Offiziell hatte sich Großbritannien zuvor nicht an der Allianz beteiligt, sondern sie in der Praxis genutzt, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Mit der Verschärfung des anglo-französischen Konflikts im Kampf um die Vorherrschaft auf der iberischen Halbinsel verstärkten sich jedoch in England die Proteste gegen die Politik der "Heiligen Allianz" im Jahr 1822 und die Vorbereitungen Frankreichs auf eine Intervention in Spanien. Die britische Bourgeoisie wollte nicht, dass Frankreich seine Position in Spanien, das ein wichtiger Absatzmarkt für britische Waren war, festigte. Die britische Regierung gab die Vorbereitungen für eine Intervention in Spanien auf, weil sie nicht wollte, dass französische Truppen in Madrid einmarschierten. Das britische Kabinett, das nicht über eine starke Armee verfügte und eine sich ausweitende Revolution in Spanien befürchtete, unternahm jedoch auch nichts, um den Marsch des Prinzen von Angouleme zu verhindern. Erst als sich die britische Regierung gegen das Projekt einer Ausweitung der Intervention in der Neuen Welt zur Wiederherstellung der spanischen Herrschaft in Lateinamerika aussprach, wurde deutlich, dass Großbritannien die Grundsätze der Heiligen Allianz aufgegeben hatte. Die Dominanz der britischen Flotte zur See verhinderte die Umsetzung solcher Pläne, so dass sie ab 1820 irrelevant wurden.

Auf einem Kongress in Verona im Jahr 1822 erklärten Österreich, Russland und Preußen, dass die griechischen Rebellen gegen ihren "rechtmäßigen König", den Sultan der Türkei, rebellierten. Doch dann änderte sich die Haltung der europäischen Länder in dieser Frage. Die britische Regierung hoffte, den griechischen Aufstand nutzen zu können, um ihren Einfluss in Griechenland zu vergrößern und den britischen Handel auszuweiten, und erkannte die Griechen daher als Kriegspartei an. Auch

Frankreich, das seine Einflussbasis auf dem Balkan in Griechenland errichten wollte, zeigte Interesse an der griechischen Frage. Auch Russland beschloss, den griechischen Aufstand zu nutzen, um die Türkei zu schwächen, seinen Einfluss zu vergrößern und neue Invasionen zu starten.

Die Haltung Russlands gegenüber den Griechen wurde dadurch bestimmt, dass die russischen Großgrundbesitzer und die russische Regierung unter Nikolaus I. die russische Vorherrschaft in den Donaustaaten und Konstantinopel festigen und neue Gebiete besetzen wollten. Die russisch-türkischen Beziehungen verschlechterten sich, nachdem die türkische Regierung die Vereinbarungen mit Russland über den freien Handel am Bosphorus und in den Dardanellen verletzt hatte. Die russische Regierung und die russischen Grundbesitzer waren empört über die türkische Blockade der Schwarzmeerstraße und die Einstellung der russischen Getreidelieferungen, die hauptsächlich von griechischen Handelsschiffen durchgeführt wurden. Zar Nikolaus I. schlug den Weg der Unterstützung der griechischen Bewegung und des Kampfes gegen die Türkei ein, was die Beziehungen zwischen Österreich und Russland, das den Einfluss Russlands auf dem Balkan nicht stärken wollte, erheblich verschlechterte.

Im Jahr 1826 verstärkte sich die Einmischung der europäischen Regierungen in die griechische Frage. Russland unterzeichnete 1826 einen Vertrag über die griechische Frage mit England und Frankreich, die den griechischen Aufstand nutzen wollten, um ihre Position im Nahen Osten zu stärken; dies verärgerte die österreichische Regierung sehr. Dies verärgerte die österreichische Regierung sehr. 1827 unterzeichneten die drei Staaten eine Konvention über eine gemeinsame diplomatische Intervention zugunsten der Griechen und verlangten vom Sultan, Griechenland das Recht auf Selbstverwaltung zu gewähren. Die Regierung des Sultans wusste jedoch, dass Großbritannien und Frankreich keinen Krieg mit der Türkei führen würden, und lehnte daher diese Forderung ab.

Im Jahr 1827 stand das griechische Volk am Rande des Zusammenbruchs. Die Flotte des ägyptischen Königs erreichte den Golf von Navarra. Die ägyptischen und türkischen Armeen wollten an Land gehen, die Aufständischen niederschlagen, ganz Griechenland in Brand

setzen und das Volk mit dem Schwert erschlagen, wie sie es in Teilen Europas und im Ägäischen Archipel in Teilen der Morea getan hatten. Daraufhin erreichte das gemeinsame Geschwader von Russland, Großbritannien und Frankreich Navarra, und am 20. Oktober 1827 wurde die türkische Flotte in der berühmten Schlacht von Naporin vollständig vernichtet. Das griechische Volk wurde vor einem schrecklichen Gemetzel bewahrt. Die fortschrittliche öffentliche Meinung in Europa begrüßte den Sieg Navarins, an dem die russische Flotte einen entscheidenden Anteil hatte, mit großer Freude.

Die britische und die französische Regierung begannen zu befürchten, dass Russlands Position auf dem Balkan und in Westeuropa nach der Schlacht von Navarra rasch gestärkt werden könnte. Daher drückten sie dem Sultan gegenüber ihr "Bedauern" über den Vorfall aus und erklärten, dass sie nicht beabsichtigten, die Angelegenheit bis zum Ausbruch eines Krieges mit der Türkei fortzusetzen. Die Regierung des Sultans weigerte sich, Griechenland das Recht auf Selbstverwaltung zuzugestehen, und begann mit den Vorbereitungen für einen Krieg gegen Russland. Der Zar und seine russischen Gehilfen, die den Weg zum Krieg ebneten, wollten ihre Vorherrschaft in Griechenland stärken, die Türkei schwächen, die Donau besetzen und eine Sultansregierung in den Donaufürstentümern, am Bosphorus und an den Dardanellen errichten, frühere Verträge erfüllen und neue Gebiete im Transkaukasus und im Nordkaukasus besetzen.

1828 erklärte Russland der Türkei den Krieg, der mit dem Sieg der russischen Truppen und der Unterzeichnung des Vertrags von Adrianopel 1829 endete. Die Inseln im Donaudelta, die Küste des Nordkaukasus und ein Teil der armenischen Provinzen gegenüber der Türkei gingen an Russland. Die Türkei war gezwungen, Griechenland als unabhängig anzuerkennen, Serbien auf Wunsch Russlands das Recht auf Selbstverwaltung zu garantieren und die Autonomie der Donaufürstentümer zu erweitern. Doch bis zur vollständigen Befreiung der Balkanvölker von der türkischen Unterdrückung war es noch ein weiter Weg. Russland hat sich für die Verwirklichung seiner Ziele eingesetzt und die Balkanvölker im Kampf gegen die Türkei nur insoweit unterstützt, als

es ihnen helfen kann, diese Ziele zu erreichen. Nur eine europäische Revolution könne die einzige Rettung für die vollständige soziale und nationale Befreiung der Balkanvölker sein.

Obwohl Großbritannien und Österreich während des Russisch-Türkischen Krieges offiziell neutral waren, waren sie unzufrieden mit dem Vorgehen Russlands und seiner wachsenden Position auf dem Balkan. Metternichs versuchte, die europäischen Länder gegen Russland zu vereinen. Von der einstigen Solidarität zwischen der Politik Russlands und Österreichs ist nichts mehr zu spüren. Obwohl die russische Regierung alles in ihrer Macht Stehende tat, um eine enge Zusammenarbeit mit dem preußischen Hof aufrechtzuerhalten, war es klar, dass die "Heilige Allianz" in die Brüche ging. In Frankreich waren die Bourbonen und die Legitimisten an der Aufrechterhaltung der "Heiligen Allianz" interessiert. Die polnische Regierung suchte eine Annäherung an das zaristische Russland, um die europäische Reaktion aufrechtzuerhalten und den internationalen Einfluss Großbritanniens zu schwächen. Nach 1823 war die englische Bourgeoisie unzufrieden mit der Dominanz des französischen Einflusses in Madrid. Am Ende seiner Regierungszeit beschloss Karl X. eine Invasion in Algerien, um das Ansehen der Bourbonen bei den militanten Kreisen des französischen Bürgertums durch die Besetzung der Kolonien zu erhöhen. Der Einmarsch französischer Truppen in Algier im Jahr 1830 alarmierte die britische Regierung, die nicht wollte, dass Frankreich seine Position im Mittelmeerraum stärkte. Außerdem wollte Poliniak die Türkei aufteilen und sich mit dem König auf eine französische Besetzung Ägyptens einigen, was nicht im Interesse der britischen Politik lag.

Als nach den Ereignissen in Frankreich auch in Belgien eine Revolution gegen die niederländische Herrschaft ausbrach, war der König noch mehr beunruhigt. Die Belgier erklärten, ihr Land habe die Niederlande verlassen. Louis Philippe leistete Belgien militärische Hilfe: Er wollte, dass sein Sohn, der Herzog von Nemours, auf den belgischen Thron gewählt wurde. Dies würde zu einer Vorherrschaft des französischen Einflusses in Belgien führen, was Großbritannien immer befürchtet hat. Die Absichten von Louis Philippe verärgerten also nicht nur Nikolaus I., sondern lösten

auch in England große Besorgnis aus. Preußen glaubte, dass russische Truppen nach Belgien verlegt werden würden. Der polnische Aufstand, der am 29. November 1830 begann, lenkte die Kräfte des Zarismus jedoch von den Ereignissen in Belgien ab.

Der polnische Aufstand hatte eine fortschrittliche Haltung gegenüber Russland und dem Kampf gegen die preußische und österreichische Reaktion. Doch die Forderungen der Bauern nach Leibeigenschaft und Landerwerb waren den Slums, die den Aufstand anführten, fremd, und die noch wachsende polnische Bourgeoisie unterstützte diese Forderungen nachdrücklich.

Nachdem sie die Unterstützung der breiten Masse der polnischen Bauernschaft verloren hatten, hofften die Führer des Aufstandes vergeblich auf die Hilfe der Regierungen Europas und vor allem der Regierungen Englands und Frankreichs. Sie glaubten, dass die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs ein aufrichtiges Interesse am Schicksal der Polen hätten. Die herrschenden Kreise und Regierungen dieser Länder waren jedoch nur deshalb an der Polenfrage interessiert, weil diese Frage Russland schwächen konnte. Zu einer Zeit, als die Beziehungen zwischen Frankreich und Russland nach der Julirevolution angespannt waren, erklärten französische Minister, dass ein wiederhergestelltes Polen im Falle eines Sieges der Aufständischen ein Verbündeter Frankreichs werden und eine Waffe in den Händen der Franzosen bleiben würde, so hofften sie. Doch gleichzeitig hatte die französische Bourgeoisie weder den Wunsch noch die Kraft, Polen zu bekämpfen, indem sie Polen bekämpfte. Die Regierung von Louis Philippe fürchtete den Aufschwung der Arbeiterbewegung in ihrem Land und wollte ihre Lage nicht durch eine Einmischung in die Angelegenheiten der Polen verkomplizieren. Nur die demokratischen Kreise Frankreichs sympathisierten aufrichtig mit den Polen, hatten aber keinen ernsthaften Einfluss auf die Politik ihres Landes.

Mit der Niederschlagung des polnischen Aufstandes wird die Rolle des Zarismus, des "obersten Gendarmen Europas", immer wichtiger. Als die Nachricht von der Einnahme Warschaws in Paris bekannt wird, beginnen radikale Kreise, sich Sorgen zu machen. In der französischen Abgeordnetenkammer werden Reden gehalten, in denen zum Krieg gegen

das zaristische Russland aufgerufen wird. Casimir Pere, der damalige Chef des Ministerkabinetts, zog es jedoch vor, die Beziehungen zu Nikolaus I. nicht zu verschlechtern. Auch England unternahm nichts, um den Polen zu helfen. Die britische Regierung stellte sich in Worten als Feind der Reaktion und als Verteidiger der Freiheit dar, während Großbritannien in der Praxis wiederholt die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen unterstützte und billigte. Obwohl Palmerston liberale Reformen in anderen Ländern unterstützte, tat er dies nur, um Revolutionen zu verhindern. Radikale und Revolutionäre betrachteten ihn zu Recht als Verteidiger von Reaktion und Konterrevolution. Zeitgenossen waren besonders empört darüber, dass die britische Regierung, einschließlich ihres Außenministers Lord Palmerston, diesen Aspekt der Politik der britischen Regierung zur Unterdrückung der revolutionären Bewegungen des Zarusmus unterstützte.

Der polnische Aufstand nahm Nikolaus die Möglichkeit, sich in die belgischen Angelegenheiten einzumischen, und trug so zur Stärkung der Unabhängigkeit Belgiens bei. Die britische Regierung war keineswegs gegen die Teilung des Königreichs der Niederlande, vorausgesetzt, dass Belgien nicht von Frankreich abhängig wurde. Louis Philippe zog die Kandidatur seines Sohnes für den belgischen Thron im Interesse einer Annäherung zwischen Frankreich und England zurück, und ein Mann im Herzen Englands erklärte sich bereit, die Kandidatur von Herzog Leopold von Sachsen-Coburg, einem Cousin des britischen Königshauses, zu akzeptieren.

Als die russische Regierung einsah, dass es unmöglich war, die Autorität des niederländischen Königs über Belgien wiederherzustellen, bemühte sie sich, dafür zu sorgen, dass Frankreich nicht in Belgien einmarschierte; dies lag im Interesse Englands und anderer Staaten. Unter aktiver Beteiligung der russischen Diplomatie wurde 1831 in London eine Konferenz der Botschafter der fünf Großmächte abgehalten, auf der eine Erklärung über die "ewige" Neutralität Belgiens unterzeichnet wurde.

Die französische Finanzbourgeoisie, die nach der Julirevolution an die Macht kam, versuchte, sich von der schwierigen internationalen Situation zu distanzieren. Die Finanzaristokratie, die Frankreich von 1830 bis 1848 regiert, ist weitgehend auf eine friedliche Koexistenz und die

Unterdrückung der revolutionären Bewegung im eigenen Land bedacht. Die Krise von 1847 führte jedoch zu einem Haushaltsdefizit von 247 Millionen Francs.

Louis Philippe, der die französische Invasion in Algier stoppte, um England zu ärgern, und der sich auf die Seite Belgiens stellte, half auch Großbritannien in spanischen Angelegenheiten. Während des Carlos-Krieges bedienten sich Österreich und Frankreich der spanischen "Carlos", d. h. der Anhänger von Don Carlos. Die britische Regierung unterstützte die "Christen", die Anhänger der Königin, in der Hoffnung, Spanien nach ihrem Sieg wirtschaftlich und politisch von England abhängig zu machen. Auch Louis Philippe schmeichelte England, stand Don Carlos feindlich gegenüber und war bereit, den Christen zu helfen. Damit gab er England die Oberhand in Spanien. Im Jahr 1834 bereitete Palmerston heimlich ein britisches Bündnis mit Spanien und Portugal vor. Spanien blieb ein ganzes Jahrzehnt lang von England abhängig und borgte sich unter schwierigen Bedingungen Geld von ihm. Frankreich stand mit leeren Händen da.

Die anglo-französische Annäherung, die in beiden Ländern als "aufrichtige Solidarität" (*entente cordiale*) bezeichnet wurde, schloss scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich über Spanien und die Besetzung der Kolonien nicht aus. Die französische Bourgeoisie wollte ihre Kontrolle über Ägypten festigen; gleichzeitig waren die britischen Kapitalisten gierig auf Ägypten. Der Nahe Osten war eine Brutstätte der anglo-französischen Rivalität. Die französische Bourgeoisie unterhielt seit langem einen umfangreichen Handel mit der Türkei, die Ägypten und Syrien beherrschte und eine starke Position auf den griechischen Märkten hatte.

Zu einer Zeit, in der die anglo-französische "Entente" einen instabilen internen Konflikt bildete, schlossen sich Zar Nikolaus I., der König von Preußen und der österreichische Kaiser zu einem Bündnis dreier Monarchen zusammen. Die Kongresse von 1830 Nach den Ereignissen von Lyon in jenem Jahr waren die Regierungen Russlands, Österreichs und Preußens besonders besorgt über einen polnischen Aufstand und die Möglichkeit einer Wiederholung desselben.

Um das Feudalsystem zu erhalten und die Ländereien dieser Staaten

in Polen gegenseitig zu garantieren und vor allem um die Befreiungsbewegung der Polen zu unterdrücken, wurden 1833 in Graz zwei Verträge zwischen Österreich und Russland und in Berlin zwischen Russland und Preußen unterzeichnet. Diese Verträge garantierten die 1815 festgelegten Grenzen zwischen den drei Staaten. In einem separaten, dritten Vertrag, der in Berlin unterzeichnet wurde, verpflichteten sich die drei Könige, sich gegenseitig zu helfen und auf Wunsch der betreffenden Regierung gemeinsam einzugreifen, um die Revolutionen niederzuschlagen. Auf diese Weise wurde der Vertrag von 1833 im Jahr 1820 in Troppau garantiert. Dieser unterschied sich von der auf dem Kongress der europäischen Staaten verabschiedeten Erklärung zur Ostfrage, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zur Niederschlagung von Revolutionen ohne deren Zustimmung vorsah. Andere europäische Staaten traten dem Vertrag von 1833 nicht bei, so dass die Heilige Allianz nicht vollständig wiederhergestellt werden konnte.

Im Jahr 1833 näherte sich Österreich durch das Bestreben des Russischen Reiches, den Status quo gegenüber der nach dem Russisch-Türkischen Krieg geschwächten Türkei aufrechtzuerhalten, an Russland an. Dieser Wandel in der russischen Politik ist darauf zurückzuführen, dass die russische Regierung begann, die Türkei zu schwächen, in der Hoffnung, sie ihrem Einfluss unterzuordnen und sie zu einem schwachen und gehorsamen Nachbarn zu machen. Der Gedanke an die vollständige Befreiung der Völker der Türkei und des österreichischen Reiches versetzte den Zarismus in Angst und Schrecken, denn Russland war selbst ein "Völkergefängnis".

1829 verkündete die russische Regierung eine Politik, die auf dem Grundsatz beruhte, die "territoriale Einheit" der Türkei zu erhalten und sich der Türkei in dem Maße anzunähern, wie sie Russland in Konstantinopel so weit wie möglich beeinflusste. Der König und seine Minister wollten mit der türkischen Regierung ein vorteilhaftes Abkommen über die Dardanellen und den Bosphorus schließen. Die Furcht vor Aufständen und der nationalen Befreiungsbewegung nach der Revolution von 1830 erforderte diese Vorgehensweise umso mehr; dieser Weg zeichnete sich

nach der Revolution von 1830 ab und wurde in den 1930er Jahren von der russischen Regierung unterstützt.

Nach der Revolution von 1830 stand die Frage des Ostens im Mittelpunkt der europäischen Politik, in der die europäischen Diplomaten das Schicksal der Türkei, ihren Einfluss auf Konstantinopel und die Befreiungsbewegung der Völker an den Meerengen des Schwarzen Meeres und in den entlegenen Gebieten des türkischen Reiches verstanden. Die besten Konkurrenten im Osten waren Großbritannien und Russland.

Auch der anglo-französische Konflikt um Ägypten war von Bedeutung. Die russische Regierung wollte sie zu ihrem Vorteil nutzen.

Das türkische Reich zeichnete sich dadurch aus, dass seine Randgebiete - Ägypten und der Balkan - wirtschaftlich weiter entwickelt waren als die türkischen Provinzen in Kleinasien. Dies machte die türkische Vorherrschaft über die große nichttürkische Bevölkerung im Osmanischen Reich höchst reaktionär. Die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit der Randgebiete dieses Reiches trug zur Ausbreitung der separatistischen Bewegung und teilweise der nationalen Befreiungsbewegung in diesen von nichttürkischen Völkern bewohnten Regionen bei.

In Ägypten, das von Muhammad Ali (Mehmed Ali) regiert wurde, gab es starke separatistische Bestrebungen, und Muhammad Ali war als talentierter und mutiger Reformler bekannt, der seine Armee und seine Marine reorganisierte. Er versuchte, die Kontrolle über Syrien zu übernehmen, sich von der Herrschaft des Sultans zu befreien und ein unabhängiger König zu werden. Sollten seine Forderungen abgelehnt werden, wollte Muhammad Ali seine Armee nach Konstantinopel schicken, die türkische Hauptstadt besetzen und den Sultan zwingen, seine Forderungen zu erfüllen.

Die französische Bourgeoisie und die Regierung hatten schon lange versucht, Ägypten unter ihren Einfluss zu bringen. Sie sympathisierten mit den Absichten des ägyptischen Königs und versuchten, ihn zu ihrer Marionette zu machen, indem sie ihn mit Geld und Waffen versorgten. Frankreich unterstützte Muhammad Ali mit Offizieren und Geld. Damit wurde die Politik der französischen Bourgeoisie vom Ende des 18. Jahrhunderts fortgesetzt, die keine Hoffnung auf eine Umwandlung

Ägyptens in ihre Kolonie zuließ.

Muhammad Ali rebellierte gegen den Sultan und besiegte 1833 die türkische Armee. Die ägyptische Armee zog in Richtung Konstantinopel. Der vollständige Sieg des ägyptischen Königs über den russischen König, das Entstehen eines starken Staates unter dem Einfluss Frankreichs an der Peripherie des türkischen Reiches und sogar der Sturz des Sultans und die Herrschaft von Muhammad Ali auf dem Thron von Konstantinopel. Sultan Mahmud II. wandte sich an Großbritannien, um seine Unzufriedenheit mit den Absichten Muhammad Alis und seinen Beziehungen zu Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Das britische Kabinett, das über keine Bodentruppen verfügte und hoffte, Russland in einen Konflikt mit Frankreich zu bringen, handelte jedoch langsam. Sobald Mahmud II. sich in einer aussichtslosen Lage befand, forderte die russische Regierung von ihm ein schriftliches Hilfeersuchen, woraufhin ein Trupp von 14 000 russischen Soldaten an der kleinasiatischen Küste am Eingang zum Bosphorus landete, um der ägyptischen Armee den Weg zu versperren. Das Auftauchen der russischen Truppen zwang Muhammad Ali, mit dem Sultan Frieden zu schließen. Dennoch machte der Sultan Muhammad Ali sehr große Zugeständnisse und zwang ihn, die Kontrolle über Syrien, Zilizien und Kreta abzugeben.

Der ägyptische Papst blieb nur ein Vasall des Sultans und genoss weiterhin französische Unterstützung, was die britische Bourgeoisie sehr beunruhigte, die nicht wollte, dass Ägypten zu einer französischen Halbkolonie wurde.

1833, als Muhammad Ali gegen den Sultan rebellierte und die russische Armee am Bosphorus stand, unterzeichnete die Regierung des Sultans einen Vertrag mit Russland, der an der kleinasiatischen Küste, am Eingang zum Bosphorus, in einem Dorf namens Unkiar unterzeichnet wurde. - Iskelessi. Die Bedingungen des Vertrages sahen vor, dass der König ihm auf Ersuchen des Sultans bewaffneten Beistand leisten würde. Im Gegenzug für dieses Versprechen fügte die Regierung des Sultans dem Vertrag eine eigene Geheimklausel hinzu. Diesem Artikel zufolge war die türkische Regierung verpflichtet, die Dardanellen für Kriegsschiffe anderer Länder zu sperren und ihnen unter keinen Umständen die Einfahrt in die

Meerenge zu gestatten. Der Vertrag hat eine Laufzeit von sieben Jahren. Die Unterzeichnung dieses Vertrags war der Höhepunkt des russischen Einflusses in der Türkei im 19. Jahrhundert.

Der Unkar-Iskelesi-Vertrag hatte eine doppelte Bedeutung. Zum einen hinderte der Vertrag die britische und die französische Flotte daran, die Dardanellen ungehindert zu durchqueren und sich der russischen Küste im Schwarzen Meer zu nähern, die zu dieser Zeit Russlands schwächster Punkt war. Der Unkar-Iskeles-Vertrag erlaubte es Großbritannien nicht, seine Flotte ins Schwarze Meer zu schicken und Russland um jeden Preis zu bedrohen. Zweitens begründet der Vertrag die Vorherrschaft des russischen Zaren in der Türkei, der zum einzigen "Verteidiger" der Regierung des Sultans wird.

Die russische Opposition gegen den ägyptischen König und die Unterstützung Nikolaus' I. für die Existenz der Türkei ermöglichten Österreich und Russland eine neue, vorübergehende Annäherung an den Osten. Metternichs war daran interessiert, dass der russische Zar sich nicht länger weigerte, sich dem Balkan anzuschließen und die nationale Befreiungsbewegung zu unterstützen. Am 6. September 1833 unterzeichneten die Regierungen Österreichs und Russlands in München eine Konvention, in der sich beide Parteien verpflichteten, den Absichten des französischen und des ägyptischen Königs entgegenzuwirken und ihren Status gegenüber dem türkischen Reich zu wahren. Diese Vereinbarung bedeutete, dass in der Türkei das Prinzip der Unterstützung der feudal-absolutistischen Reaktion im Sinne der Politik der "Heiligen Allianz" umgesetzt werden würde.

Die britische Bourgeoisie versuchte zu verhindern, dass Russland am Bosphorus und Frankreich im Niltal Fuß fassen konnte. Die britische Regierung war unzufrieden mit dem wachsenden Einfluss Russlands in Konstantinopel und der Unfähigkeit der britischen Flotte, im Schwarzen Meer aufzutauchen und Russland zu bedrohen. Palmerston erklärte, dass der Vertrag das "Protektorat" von Nikolaus I. über die Türkei begründen würde, und begann, seine Annullierung zu fordern. Er tat alles, was in seiner Macht stand, um zu drohen, zu täuschen und Versprechungen zu machen, aber der türkische Sultan fürchtete sich so sehr vor dem König von

Ägypten, dass er die Hilfe der königlichen Truppen so sehr brauchte, dass er 1840 nicht wagte, die Macht abzugeben, ein Vertrag, der in einem Jahr auslaufen sollte.

In dem Bewusstsein, dass das Unkar-Iskelessi-Abkommen ein großer Erfolg für die russische Diplomatie im Nahen Osten war, setzte Palmerston alles daran, Russlands Position in der Meerenge zu untergraben und unter dem Deckmantel der "kollektiven Schirmherrschaft" die britische Dominanz über die Türkei zu etablieren. Um seine aggressiven Absichten zu verbergen, hat das britische Kabinett das Gerücht verbreitet, Russland sei der einzige Aggressor im Osten.

Palmerston und britische Publizisten versuchten zu beweisen, dass die britische Politik im Nahen Osten und in Asien nur auf die Notwendigkeit zurückzuführen sei, Indien vor einer russischen Aggression zu "schützen". Sogar die Besetzung des Punjab in Indien wurde von britischen Publizisten mit der Drohung einer "Invasion" russischer Truppen dort "gerechtfertigt". In Wirklichkeit war Russland nicht der einzige, nicht einmal der mächtigste Eindringling im Osten. Die britische Bourgeoisie verfolgte ihre Politik in diesen Ländern des Ostens mit härteren und weitreichenderen Ergebnissen und strebte danach, diese Länder ihrer kolonialen Herrschaft zu unterwerfen.

Die britische Kolonialherrschaft war in den 1830er und 1840er Jahren besonders intensiv. Von 1839 bis 1842 führte die britische Regierung Krieg gegen Afghanistan; der Krieg endete jedoch mit der völligen Vernichtung der britischen Truppen, die in das Land eingedrungen waren. In den Jahren 1840-1842 wurde der erste Opiumkrieg gegen China geführt, der mit der Eroberung von Hongkong und der Annahme des Vertrags von Nanjing durch China endete. 1840 wurde Indien erobert und geteilt. Allein im letzten Jahrzehnt, von 1839 bis 1849, eroberte England Kolonien mit 8,5 Millionen Menschen. Die britische Bourgeoisie beabsichtigte, die Khanate in Zentralasien und die Türkei im Nahen Osten zu versklaven.

Die britische Regierung, die sich dem russischen Einfluss in der Türkei und in Zentralasien widersetzte, widersetzte sich der russischen Politik überhaupt nicht, um die "Integrität" und "Unverletzlichkeit" des

türkischen Reiches zu schützen). Und eroberte Perm (1842). Der so genannte "Schutz" des türkischen Reiches deckte nur die Absichten der britischen Bourgeoisie, die Türkei zu versklaven, sie als Plattform gegen Russland zu benutzen und die Position Frankreichs in Ägypten zu untergraben.

Unter diesen Bedingungen war der Versuch der britischen Bourgeoisie, die militärisch-feudale Unterdrückung der versklavten Völker durch das Osmanische Reich zu unterstützen, reaktionär und zielte darauf ab, die Unterdrückung durch die türkischen Feudalherren aufrechtzuerhalten.

Was den Osten betrifft, so stand die britische Politik nicht nur im Konflikt mit der Politik Russlands, sondern auch mit der französischen Bourgeoisie. 1838 waren Großbritannien und Frankreich gezwungen, ein Handelsabkommen zu schließen, um die Einfuhrzölle auf ausländische Waren aus der Türkei auf 5 Prozent ihres Wertes zu senken. Doch die schwache französische Industrie konnte beim Verkauf ihrer Waren im Nahen Osten nicht mit der britischen konkurrieren. Daher schmeichelte der ägyptische König Frankreich und wollte die Bedingungen des Handelsabkommens von 1838 nicht auf die von ihm kontrollierten Provinzen übertragen, damit die britische Konkurrenz den französischen Handelsgesellschaften nicht schadet. Dies beunruhigte Palmerston sehr. Außerdem befürchtete Palmerston, dass der Sultan, wenn der ägyptische König seine Position beibehielt, ihn fürchten und den Unqar-Iskelessi-Bündnisvertrag mit Russland von 1840 wiederherstellen würde. Die britische Regierung riet dem Sultan, dem ägyptischen König so bald wie möglich zu gehorchen. Im Jahr 1839 überzeugte Palmerston den Sultan, Muhammad Ali anzugreifen. Die ägyptische Armee besiegte jedoch die türkische Armee vollständig. Als sich die Frage der sofortigen Hilfe für die Türkei erneut stellte, forderte das britische Kabinett den Sultan auf, nicht nur den russischen Zaren, sondern alle Großmächte um Hilfe zu bitten. Damit wollte Palmerston die Position Russlands in der Türkei schwächen, Frankreich isolieren und sicherstellen, dass Großbritannien bei der gemeinsamen Intervention der Staaten gegen Muhammad Ali eine führende Rolle einnahm.

Palmerston drohte dem russischen Zaren, sich mit Frankreich zu verbünden, wenn er auf einer Verlängerung des Unkar-Iskelesi-Vertrags bestehe. Nikolaus I. gab die Idee der Vertragsverlängerung auf und stimmte einer gemeinsamen Intervention von vier Staaten gegen den König von Ägypten zu. Österreich wollte nicht, dass das türkische Reich zusammenbricht, da dies zur Befreiung der slawischen Völker von der österreichischen Unterdrückung führen würde, und unterstützte daher den Palmerston-Plan. Preußen hingegen schloss sich diesen Staaten an, um sein Prestige zu wahren und Frankreich zu benachteiligen. Palmerston isolierte Frankreich, und 1840 unterzeichneten Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen die Londoner Konvention, nach der sie das Türkische Reich unterstützten. Diesmal wurde Frankreich aus dem "Konzert von Europa" ausgeschlossen, und die "Union der Vier" von 1814-1815 schien gegen Frankreich wieder aufzuerstehen.

Das Scheitern Russlands, den Vertrag von Unkar-Iskelesi wiederherzustellen, war eine große Niederlage für die Politik von Nikolaus I. Der Vorteil der Einflussnahme auf die Angelegenheiten der Türkei ging an Großbritannien über.

Großbritannien und Österreich verpflichteten sich, in Ägypten zu intervenieren, und die britische und die österreichische Marine kaperten die Schiffe Muhammad Alis. Muhammad Ali war gezwungen, Syrien zu befreien. Die Grenzen der von ihm beherrschten Provinzen wurden eingeengt. Frankreich zögerte, Muhammad Ali bewaffneten Beistand zu leisten, und war daran gewöhnt, seine Vormachtstellung in Ägypten und Syrien zu verlieren.

Durch den Bosphorus und die Dardanellen wurde eine Durchfahrt für westliche Kriegsschiffe eröffnet, die eine ernsthafte Bedrohung für die russischen Küsten des Schwarzen Meeres darstellten. Der russischen Diplomatie gelang es, 1841 in London die Zweite Konvention zu unterzeichnen, um diese Gefahr zu mindern. Diese Konvention, die auch als Konvention über den Persischen Golf bekannt ist, sah vor, dass die Meerenge in Friedenszeiten für die Kriegsschiffe aller Länder gesperrt werden sollte, während die Durchfahrt von Schiffen in Kriegszeiten von der Position des Sultans abhing. Als Gegenleistung für die Zustimmung zur

Schließung der Meerenge verlangte die britische Regierung, dass Frankreich der Konvention von 1841 beitrifft und dass die Großmächte "als Paten" der Türkei auftreten. Nachdem Frankreichs Chancen, Ägypten zu beherrschen, zunichte gemacht und Frankreich gedemütigt worden waren, versuchte Palmerston, die anglo-französische "Entente" gegen Russland wiederzubeleben. Die Konvention von 1841 wurde von allen fünf Großmächten unterzeichnet. Zum ersten Mal bekamen die westlichen Länder die Möglichkeit, in das internationale Rechtssystem der Schwarzmeerstraße einzugreifen. Unter dem Deckmantel der "kollektiven Schirmherrschaft" der Staaten im Jahr 1840 wurde so der dominierende Einfluss Großbritanniens und Frankreichs begründet. Die Sperrung der Schwarzmeerstraße für die britische und französische Flotte wurde nur durch ein Papierdokument garantiert - die Konvention von 1841. Seit 1840, als die Laufzeit des Friedensvertrags von Unkar-fskele abließ und Konstantinopel unter der Herrschaft Großbritanniens und Frankreichs gegründet wurde, kehrte der Zarismus zu dem Projekt der Aufteilung der Türkei zurück. Nikolaus f. betrachtete das Osmanische Reich als einen "kranken Mann", der bald an seinen inneren Mängeln sterben würde, und wollte sich daher im Voraus mit England und Österreich über seine Aufteilung einigen.

So wollte der König einen Ausgang vom Bosphorus zum Schwarzen Meer gewinnen. 1844 reiste Nikolaus f. nach England und versuchte, mit den Tory-Ministern über diese Frage zu verhandeln, indem er ihnen riet, Ägypten zu besetzen und Russland einen Zugang zum Bosphorus zu verschaffen. Die britische Regierung verstand, dass der König Großbritannien zum Bruch mit Frankreich aufforderte, das sich seit langem für eine Teilung der Türkei und die Besetzung Ägyptens ausgesprochen hatte, und ging nicht auf diese Vorschläge ein. Die britische und französische Bourgeoisie, die die Türkei beherrschten, waren zu diesem Zeitpunkt nicht an einer Teilung der Türkei interessiert und zogen es im Allgemeinen vor, ihren wachsenden Einfluss im gesamten Osmanischen Reich zu erhalten und zu stärken.

Die wachsende revolutionäre Bewegung in Europa verzögerte die erneute Eskalation der anglo-russischen Spannungen im Nahen Osten.

Darüber hinaus verschlechterten sich in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre die britischen Beziehungen zu Frankreich aufgrund des Algerienkonflikts und der Streitigkeiten über spanische Angelegenheiten drastisch.

Dieser Ansatz ging nicht weit genug, um England einseitig zu begünstigen. Zum einen zwingt das Erstarken der revolutionären Bewegung in Frankreich Louis Philippe dazu, Österreich, einen der Stützpfiler der feudal-absolutistischen Reaktion, um Hilfe zu bitten. Zum anderen bestehen weite Kreise der französischen Bourgeoisie darauf, in Algerien und Ägypten eine Kolonialpolitik zu betreiben, die die Beziehungen zu England unweigerlich verschlechtern würde. Auch die Konkurrenz zwischen der britischen und französischen Industrie untergräbt die "echte Solidarität". Die französische Industriebourgeoisie kritisiert die Außenpolitik der Julimonarchie scharf, da sie zu Recht der Meinung ist, dass diese nicht den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs entspricht. Als 1844 das skandalöse Wirken des britischen Botschafters Pritchard auf den französisch besetzten Inseln von Tahiti die Einheimischen gegen die Franzosen aufbrachte, entließ die Opposition das Ministerium von Giza als Zeichen der Verachtung der Kolonien und der französischen nationalen Interessen, als Verrat. Unterstützer ihrer Sache haben sich dafür eingesetzt, dass eine authentische Abschrift dieser Erklärung online verfügbar ist.

Kurz darauf begannen sich die anglo-französischen Beziehungen weiter zu verschlechtern. Im Jahr 1846 versuchten Louis Philippe und sein Minister Guizot, die französische Vorherrschaft in Spanien wiederherzustellen. Sie versuchten, dieses Ziel mit mittelalterlichen Methoden - dynastischen "spanischen Ehen" - zu erreichen. 1846 gelang es der französischen Regierung, den Herzog von Montpas, Sohn von Louis Philippe, mit Louise, der Schwester von Königin Isabella von Spanien, zu verheiraten, was in England auf heftige Ablehnung stieß. Die Londoner Zeitungen drohten damit, den Krieg wegen des "spanischen Erbes" zurückzurufen. Die anglo-französische Entente ist beendet. Die französische Eroberung von Algier im Jahr 1847 und die vollständige Besetzung des Landes durch französische Truppen belasteten die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich weiter.

Das reaktionäre Ministerium Guizot, das Frankreich in der diplomatischen Isolation beließ, schlug den Weg der weiteren Annäherung an Österreich ein, wo Metternich immer noch an der Macht war. Das Kabinett Guizot begann, Metternich bei der Unterdrückung der revolutionären bürgerlich-demokratischen Bewegungen in Europa zu unterstützen. Er unterstützte die reaktionäre Politik Österreichs gegen die italienische nationale Befreiungsbewegung in Italien und unterstützte praktisch die österreichische Besetzung dieser freien Stadt im Jahr 1846, d. h. nach der Niederschlagung des polnischen Aufstandes in Krakau durch österreichische Truppen. Als 1847 in der Schweiz der Bürgerkrieg ausbrach, versuchte die Regierung Guizot gemeinsam mit Österreich als direkter Organisator einer reaktionären Intervention zugunsten des vom Vatikan gebildeten reaktionären Bündnisses rückständiger Kantone, des sogenannten Sonderbundes, aufzutreten.

Die Außenpolitik von Guizot mit ihren ständigen Misserfolgen untergräbt das Ansehen Frankreichs, was sich in ihrem zunehmend reaktionären Charakter, ihrem Unvermögen, die Forderungen der breiteren französischen Bourgeoisie zu erfüllen, und dem Hass aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte in Europa zeigt.

Trotz der Solidarität der drei Monarchen im Kampf gegen die polnische Bewegung wurde das Bündnis von Nikolaus I. mit den drei Monarchen im Jahr 1834 am Vorabend des österreichischen Kaisers durch die Verschlechterung der österreichisch-russischen Beziehungen zu Preußen nach 1840 geschwächt.

Wie bereits erwähnt, verlagerte sich das Zentrum der Bewegung für die nationale Einigung Deutschlands ab 1840 von den süddeutschen Staaten nach Preußen, einschließlich des rheinischen Teils Preußens von 1815. Im preußischen Bürgertum verstärkte sich die Einigungsbewegung unter der Bedingung, dass die preußische Hohensollem-Monarchie die Vorherrschaft in Deutschland erlangt und Deutschland zu einer konstitutionellen Monarchie macht. Diese neuen Tatsachen beunruhigten den König und Metternich, die bestürzt darüber waren, dass König Friedrich Wilhelm IV., der 1840 den preußischen Thron bestieg, den Konstitutionalismus noch so sehr hasste, die Liberalen mit der wachsenden

revolutionären Bewegung konfrontierte, ihnen manchmal schmeichelte und versuchte, die nationale Idee zu nutzen, um Preußen zu stärken und die preußische Hegemonie über die anderen deutschen Staaten in Deutschland zu errichten. Metternich und der König forderten den preußischen König wiederholt auf, keine liberalen Zugeständnisse zu machen.

Auch die Handelsbeziehungen zwischen Russland und Preußen verschlechterten sich drastisch. In den 1840er Jahren begann die russische Regierung, alle Zollpräferenzen für preußische Waren in den Provinzen Russlands, die zuvor zum polnischen Reich gehörten, aufzuheben.

Am Vorabend der Revolution von 1848 näherte sich Nikolaus I. immer mehr Österreich an, um sich gemeinsam gegen die Versuche Preußens zu wehren, Deutschland zu erobern, und um gemeinsam die absolute Festigkeit der Grundlagen des Absolutismus zu verteidigen. Der König unterstützte Österreich auch in vollem Umfang bei der Niederschlagung des Krakauer Aufstands von 1846 und der anschließenden Annexion der Republik Krakau, die später an die österreichischen Länder angegliedert wurde.

Testfragen:

1. Beschreiben Sie, wie die Bourbonen in Frankreich an die Macht kamen?
2. Was sind die Ziele der Heiligen Allianz?
3. Erzählen Sie uns von den Zielen der Teilnehmer des Wiener Kongresses?
4. Was wissen Sie über den "Volkskrieg"?
5. Was ist das Ziel der anglo-französischen Annäherung, die als "aufrichtige Solidarität" (yentente cordiale) bezeichnet wird?
6. Erzählen Sie uns etwas über die Diplomatie von Guizot?
7. Was ist der Zweck der Londoner Konvention von 1840?
8. Was waren die Ziele Englands nach dem Wiener Kongress?

**INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND
DIPLOMATIE IM 19. UND FRÜHEN 20.
JAHRHUNDERT
PLANEN:**

1. Internationale Beziehungen in den 50-70er Jahren des XIX Jahrhunderts.
2. Internationale Beziehungen im letzten Viertel des XIX Jahrhunderts.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: Krimkrieg, Russisch-türkische Kriege, Balkankrise, Bulgarien, Berliner Kongress, Vertrag von San Stefano, Union der drei Kaiser, Otto von Bismarck, Berliner Konferenz, Abkommen über den Hadith, Aufstieg der Vereinigten Staaten, Doktrin "Heya".

Die internationalen Beziehungen in den 50er und 70er Jahren des XIX. In der Mitte des 19. Jahrhunderts richteten sich die Augen der Weltmächte in Bezug auf die internationalen Beziehungen und die verschiedenen Konflikte auf die Balkanhalbinsel, die zum Osmanischen Reich gehörte. Die Schwächung des Osmanischen Reiches und ihr Niederschlag in den Kolonien ist zu einem charakteristischen Merkmal der internationalen Beziehungen dieser Zeit geworden. In dieser Angelegenheit gerieten vor allem die Interessen des Russischen Reiches und Österreich-Ungarns in Konflikt. Sie forderte das Russische Reich auf, auf dem Gebiet der Außenpolitik aggressiver zu handeln. Die europäischen Länder schwiegen freilich nicht. Vor allem Großbritannien und Frankreich, aber auch Deutschland, leisteten auf verschiedene Weise Widerstand, da sie eine russische Vorherrschaft in diesen Gebieten nicht dulden konnten. Die Umwandlung des Reiches in eine Halbkolonie, Die Großmächte mischten sich zunehmend in die inneren Angelegenheiten der Türkei ein. Die Versuche Russlands, in den abhängigen Gebieten der Türkei Fuß zu fassen, führten zum Ostkrieg von 1853. Dieser Krieg ging in die russische Geschichte des Krimkriegs ein. Zar Nikolaus I. von Russland verlangte vom Sultan die Anerkennung Russlands als Schutzherr aller orthodoxen Völker, die in den vom türkischen Reich abhängigen Gebieten lebten. Großbritannien und Frankreich drängten die Sultane, diese Forderung abzulehnen. Infolgedessen brach der russisch-türkische Krieg aus.

Der Krieg wurde von einer Dreierkoalition aus Großbritannien, Frankreich und der Türkei gewonnen. Dieser Sieg verstärkte jedoch die Abhängigkeit der Türkei von Großbritannien und Frankreich. Das Pariser Friedensabkommen, das im Anschluss an den Krieg unterzeichnet wurde, sicherte der Türkei die "Patenschaft" des Westens. Dies ermöglichte es Ausländern, Land und andere Immobilien in der Türkei zu kaufen. Die Gewährung von Zugeständnissen an das Ausland wurde garantiert. Dies ebnete den Weg für die Umwandlung der Türkei in einen halbkolonialen Staat. Zu einer Zeit, als sich die industrielle Revolution in Westeuropa dem Ende zuneigte, herrschten in der Türkei noch mittelalterliche Feudalregime.

Die Politik der westlichen Länder gegenüber der Türkei stärkte diese Regime weiter. In den 1960er Jahren hatten die Kolonialmächte in

der Türkei eine wirtschaftliche und politische Position aufgebaut, die es ihnen ermöglichte, die Politik der Türkei zu bestimmen.

Gleichzeitig geriet die Türkei in eine finanzielle Abhängigkeit. In den 1970er Jahren belief sich ihre Auslandsverschuldung auf 2,4 Billionen Franken. So ist die Türkei, die einst riesige Kolonien auf drei Kontinenten besaß, heute eine Halbkolonie der europäischen Großmächte.

Dieser Lauf der Dinge hielt Russland nicht auf. Es gab seine eigenen Interessen nicht auf und kehrte keineswegs aus dem Kampf zurück. Die Hauptrichtungen der russischen Aggressionspolitik bestanden darin, seine Vorherrschaft auf dem Balkan, im Fernen Osten, in der Türkei sowie an den Dardanellen und am Bosphorus, die das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer verbinden, und in Zentralasien zu etablieren. Bald darauf folgte die Balkankrise. Im Sommer 1875 brachen in der Herzegowina und in Bosnien Aufstände gegen die türkische Kolonialherrschaft aus. Sie forderten die nationale Unabhängigkeit. Ein ähnlicher Aufstand brach in Bulgarien aus. Der Aufstand wurde jedoch brutal niedergeschlagen. Die Balkankrise führte einmal mehr zu einem Interessenkonflikt zwischen den Großmächten.

1876 begann die Türkei, sich im serbisch-türkischen Krieg zu engagieren. In diesem Zusammenhang forderte Russland am 5. Oktober, dass die Türkei ein Versöhnungsabkommen mit Serbien unterzeichnet und ihre Armee demobilisiert. Die Türkei hat die Umsetzung dieser Forderung jedoch hinausgezögert. Am 31. Oktober stellte Russland der Türkei ein Ultimatum. So wurde Serbien vor der Zerstörung bewahrt.

Am 26. Dezember 1876 wurde in Konstantinopel eine internationale Konferenz über den Balkan einberufen. Am 28. Februar 1877 wurde ein serbisch-türkischer Friedensvertrag unterzeichnet. Die Forderungen nach Autonomie für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien blieben auf dem Papier.

Obwohl die Türkei ein Friedensabkommen mit Serbien unterzeichnet hat, hat sie ihre Armee nicht demobilisiert. Das ist genau das, was Russland wollte. Am 24. April erklärte Russland der Türkei den Krieg. Auch Serbien und Montenegro beteiligten sich an den Kampfhandlungen. Die russische Armee fügte der türkischen Armee schwere Verluste zu. Ende

1877 kapitulierte Osman Pascha mit 43.000 Mann in der Nähe von Plevna. Im Januar 1878 besetzte die Armee von Skobelev Adrianopel. Der Erfolg Russlands beunruhigt Großbritannien. Am 3. Februar 1878 ließ Großbritannien seine Kriegsschiffe in das Marmarameer auslaufen. Die russische Armee marschierte in Konstantinopel ein und kündigte an, die diplomatischen Beziehungen zu Russland abzubrechen.

Am 19. Februar 1878 wurde in San Stefano ein russisch-türkischer Vertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag veränderte die politische Landkarte des Balkans grundlegend. Insbesondere wurde Bulgarien ein de facto unabhängiger Staat, der nur noch wegen seines Namens von der Türkei abhängig war. Montenegro, Serbien und Rumänien wurden als völlig unabhängige Staaten anerkannt. Die Türkei zahlt Russland 1 Milliarde Dollar 410 Millionen UAH. Die Entschädigung wird in Rubel festgelegt.

Der "Herrscher der Welt" - England - erkannte die Vereinbarung von San Stefano jedoch nicht an. Er verlangte eine Revision des Vertrages. Deutschland und Österreich-Ungarn schlossen sich dieser Forderung an. Das isolierte Russland stimmte der Einberufung eines neuen internationalen Kongresses, des Berliner Kongresses, nur widerwillig zu.

Der Kongress wurde am 13. Juni 1878 eröffnet. An ihm nahmen Delegationen aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland, Österreich-Ungarn, Italien und der Türkei teil (die Balkanländer wurden zwar nach Berlin eingeladen, erhielten aber nicht den Status von Kongressteilnehmern).

Am 3. Juli schloss der Kongress seine Arbeit ab und unterzeichnete ein Dokument mit der Bezeichnung "Berliner Vertrag". In diesem Dokument wird die Bedeutung der großen Erfolge Russlands infolge des San-Stefano-Abkommens unterschätzt. So erhielten britische Kriegsschiffe Zugang zum Schwarzen Meer, die Insel Zypern wurde Großbritannien zugesprochen und Bosnien und Herzegowina fielen an Österreich-Ungarn. Bulgarien wurde in zwei Teile geteilt. In der Zwischenzeit wurde der größte Teil der von der Türkei zu leistenden Entschädigungen in Botumi, Kars und Ardagan im Kaukasus an Russland abgetreten. Die staatliche Unabhängigkeit von Montenegro, Serbien und Rumänien wurde anerkannt.

Der Berliner Kongress diente als Plan für die Zukunft und entschied

in der Praxis über das Schicksal des Balkans und des Osmanischen Reiches. Er zeigte bald seine Resonanz. Vor allem der Balkan wurde in Zukunft zu einer "Bombe", die zu geplanten Entschuldigungskriegen führte, und die Türkei war gezwungen, ihr Schicksal weiterhin anderen zu überlassen.

Obwohl der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu Beginn des oben erwähnten Jahrhunderts begann, weitete sich sein Umfang allmählich aus und überzog die Erde mit einem Prozess der Kolonisierung Afrikas, Asiens und der ganzen Welt. Diese Situation wird besonders im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts, das wir betrachten, deutlich, und in der Folgezeit hat die Welt versucht, die Monopolmacht offen zu betrachten.

Die Politik der Länder mit einer Dominanz des Monopolkapitals diente den Interessen der Vertreter der reichen Gruppen dieser Länder.

Die Außenpolitik dieser Staaten zielte darauf ab, ihre Vorteile zu vergrößern, indem sie andere Staaten ausplünderten, deren Völker unterdrückten und ihren Besitzbereich ausweiteten.

Darüber hinaus verstärkten sich Nationalismus, Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber anderen Völkern. Der Wunsch nach Herrschaft über andere Völker, deren Ausraubung und Ausbeutung, Chauvinismus und Nationalismus wurden gepredigt.

Die Kapitalisten lenkten die Massen ab, indem sie eine aggressive Politik der herrschenden Kreise gegen den Freiheitskampf der unterdrückten Völker verfolgten.

Die Weltkriege, die Millionen von Menschenleben forderten und zur Zerstörung führten, sind eine der tragischsten Tragödien, die der Menschheit von "gierigen" Monopolisten zugefügt wurden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Entstehung des Deutschen Reichs im Jahr 1876 sowie die Entstehung des Königreichs Italien haben die politische Landkarte Europas völlig verändert. Früher gab es 36 kleine Provinzen in Deutschland und 7 in Italien. Jetzt sind sie durch zwei lebendige Staaten ersetzt worden.

Aus Besorgnis über den Aufstieg dieser Staaten nahm Russland im Deutsch-Französischen Krieg eine neutrale Position ein und hinderte Bismarck daran, in Frankreich einzumarschieren. Dies führte zu einer Verschärfung der russisch-deutschen Beziehungen. Doch ganz gleich,

welches Land die Beziehungen zu Deutschland verschlechterte, es befürchtete, dass der Feind sich mit Frankreich verbünden würde. Vor diesem Hintergrund gelang es Bismarck, einen Vertrag auszuhandeln, der als "Dreikaiserbund" (1873) bekannt wurde, um zu verhindern, dass sich Frankreich einem seiner Nachbarn näherte. Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland verpflichteten sich, im Falle eines Angriffs gemeinsam zu handeln. Das Abkommen war von ungewisser Natur, und keine der Vertragsparteien war bereit, bestimmte Verpflichtungen einzugehen. Tatsächlich wollte Bismarck Frankreich so schnell wie möglich angreifen, bevor es sich erholen konnte. So startete Bismarck im Frühjahr 1875 in der deutschen Presse eine Propagandakampagne gegen Frankreich. Bismarck schickte eine Sondermission nach St. Petersburg, um herauszufinden, was die Türkei "auf Kosten" der russischen Neutralität in einem neuen deutsch-französischen Krieg bekommen könnte. Die russische Regierung erklärte jedoch, dass sie diese deutsche Willkür nicht zulassen werde. England tat dasselbe. Aus diesem Grund schwang Deutschland während der russischen Invasion in der Türkei in den 1870er Jahren bis zum Vertrag von San Stefano. Nach dem oben erwähnten Berliner Kongress führte die deutsche Regierung 1879 einen Grenzzoll ein, der die Einfuhr von Viehprodukten aus Russland nach Deutschland einschränkte. Dies war ein schwerer wirtschaftlicher Schlag für die russischen Exporte und die Landwirtschaft.

Zweitens versuchte Russland im Krieg mit der Türkei, seinen Einflussbereich auf dem Balkan zu erweitern. Die Balkanstaaten wurden auch von Österreich-Ungarn beansprucht, das ebenfalls versuchte, seine Vorherrschaft auf dem Balkan auszuweiten. Am Ende des Krieges erlangte eine Reihe von Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit (Berliner Kongress), die ich nicht anerkannte.

Deutschland begann, mit Russland aggressive Militärblöcke zu bilden, um Frankreich zu bekämpfen, und schloss 1879 ein Militärbündnis mit Österreich-Ungarn. Im Jahr 1882 unterzeichnete er neue Bündnisverträge mit Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn. Dabei handelt es sich um einen politischen und militärischen Block, der im Namen des Dreierbundes geschaffen wurde.

1883 unterzeichnete Bismarck ein dreijähriges Abkommen mit Russland über die Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn. Dem Abkommen zufolge würde Russland im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich neutral bleiben, während Österreich-Ungarn und Deutschland in einem Krieg mit Russland und Großbritannien neutral bleiben würden. Im Jahr 1884 erklärte die russische Regierung, dass sie erst nach dem französischen Einmarsch in Deutschland neutral bleiben würde.

In einem weiteren Artikel des Abkommens verlangten Österreich-Ungarn und Deutschland von der türkischen Regierung, den Bosphorus und die Dardanellen zu "schließen" und die britische Flotte daran zu hindern, ins Schwarze Meer vorzudringen, was Russland half. Bismarck sorgte für ein gewisses Maß an russischer Sicherheit, förderte die russische Expansion nach Zentralasien und belastete die britisch-russischen Beziehungen. Dies war das ursprüngliche Ziel Deutschlands.

Internationale Beziehungen im letzten Viertel des XIX Jahrhunderts. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Deutschland und die Vereinigten Staaten Frankreich und England in der modernen Technologie überholt. Diese Situation hat den Kampf um den Weltmarkt verschärft. Insbesondere beschleunigte sie den Prozess der Aufteilung der Welt, Großbritannien und Frankreich begannen mit der militärischen Expansion in Afrika und Asien, und Russland beendete die Kolonialisierung Zentralasiens.

1881 marschierte Frankreich in Tunesien ein und errichtete dort ein Protektorat. Infolgedessen verschlechterten sich die französisch-italienischen Beziehungen. Dies führte zur Bildung der Allianz der Drei.

Jetzt ist die "Teilung" Afrikas besonders akut geworden. Die britische Regierung wollte die Mündung des Kongo-Flusses an Portugal abtreten, das wirtschaftlich und finanziell von Großbritannien abhängig war. Frankreich und Deutschland wollten König Leopold von Belgien den Vortritt lassen. Zu diesem Zeitpunkt war fast das gesamte Kongobecken von Belgien besetzt. Auf der Berliner Konferenz von 1884-1885 wurden die Grenzen eines unabhängigen kongolesischen Staates festgelegt. In den 1970er Jahren verstärkten die Briten und Franzosen ihren Kampf um Nigeria und die Nebenflüsse des Niger. Im Jahr 1884 marschierte

Großbritannien in diese Gebiete ein. Der Streit zwischen den beiden Ländern dauerte bis 1889, als schließlich eine Einigung erzielt wurde. In den 1980er und 1990er Jahren schuf Frankreich ein großes Kolonialreich in West- und Zentralafrika. Im Jahr 1886 marschierte Frankreich auch in Madagaskar ein. Zwischen 1874 und 1887 errichtete Großbritannien ein Protektorat über die Länder der Malaiischen Halbinsel. Das Vereinigte Königreich hat von diesen Ländern stark profitiert. In den frühen 80er Jahren begann Frankreich, den südlichen Teil Indiens zu besetzen. Nach der Besetzung Annas im Jahr 1883 stieß die französische Aggression auf den erbitterten Widerstand des vietnamesischen Volkes. Auch China zog gegen die Franzosen in den Krieg und griff die Franzosen im März 1885 bei Long Song an. Im Jahr 1885 gelang es den Franzosen jedoch, Tonkin zu erobern. Damit machten die Franzosen die Gebiete bis zu den Grenzen Indiens zu ihren Kolonien. 1885 marschierten die Briten in Birma ein, um das französische Vordringen nach Indien zu verhindern. Thailand blieb ein "Zwischenstaat" zwischen Französisch-Indochina und Britisch-Indien. Später trat er in die anglo-französische Einflussphäre ein.

Obwohl Deutschland in den 1970er Jahren versuchte, die Kolonien zu erobern, wagte Bismarck dies nicht. Anfang der 1980er Jahre, infolge der Verschärfung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich, zwischen Frankreich und Italien und in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, begann Deutschland entschlossen seine Kolonialpolitik. Im Jahr 1884 besetzte es zunächst die Länder Südwestafrikas, dann Togo und Kamerun und 1885 die nordöstlichen Regionen Westafrikas und Neuguineas.

Zwischen 1885 und 1887 verschlechterte sich die Lage auf dem Balkan. Im Juli 1887 liefen die seit 1881 geltenden österreichisch-ungarischen und deutsch-russischen "Neutralitäts"-Verträge aus. Da er sich nicht mit Russland und Österreich einigen wollte, wurde ein Abkommen zwischen Russland und Deutschland geschlossen. Dieses Abkommen wurde als Hadixirasch-Abkommen bezeichnet. Denn so wie die russische Regierung nicht neutral bleiben konnte, wenn Deutschland Frankreich angriff, so konnte auch Deutschland nicht neutral bleiben, wenn Russland Österreich angriff. Die französisch-russischen Beziehungen waren eine

Quelle der Frustration für Deutschland. Infolgedessen stellte die deutsche Regierung 1887 die Kreditvergabe an Russland ein. Russische Wertpapiere wurden von der Reichsbank abgelehnt. Die russische Regierung wandte sich an die Bank von Paris, die Berlin ablehnte und das benötigte Geld nahm. Als sich die deutsch-russischen Beziehungen verschlechterten, suchte Deutschland die Annäherung an Großbritannien. Großbritannien lehnte jedoch das deutsche Angebot eines Bündnisses ab. 1890 wurde Bismarck zum Rücktritt gezwungen. Er wurde durch Caprivi ersetzt. Caprivi glaubte nicht an die Legitimität des Vertrages von 1887 und kündigte ihn.

Die italienisch-französischen Beziehungen waren nach der kolonialen Besetzung angespannt, insbesondere in Tunesien. Tunesien wurde vom französischen Kapital beherrscht. Die junge italienische Bourgeoisie wollte diesen Besitz an sich reißen, woraufhin ein "Zollkrieg" zwischen Frankreich und Italien ausbrach. Dieser Krieg dauerte von 1886 bis 1898.

Die Ablehnung des Beitrittsvertrags durch Deutschland provozierte ein russisch-französisches Bündnis, und 1891 wurde ein Vertrag zwischen Russland und Frankreich unterzeichnet.

Im Jahr 1892 wurde eine Militärkonvention ausgearbeitet. Demnach sollten Russland und Frankreich die Mobilmachung gleichzeitig mit dem Angriff der gegnerischen Streitkräfte ankündigen. Im Jahr 1893 wurde die Konvention ratifiziert.

Am Ende des 19. Jahrhunderts eskalierte der Kampf zwischen den kapitalistischen Ländern um China. Sie wurde von den Japanern gegründet, die in den 70er Jahren die Insel Taiwan eroberten. 1894 marschierte Japan in China ein, ohne den Krieg zu erklären. Die chinesische Armee wurde besiegt. Im Jahr 1895 zwang die japanische Regierung China, die Bedingungen des Waffenstillstands zu akzeptieren. Im Rahmen des Waffenstillstands von Shimonesiki trat Taiwan Port Arthur und die Halbinsel Liaodong, die auf dem Seeweg nach Tianjin und Peking liegt, an Japan ab. Das von China abhängige Korea ist "unabhängig" geworden. Nach der japanischen Invasion in Liaodong und Korea wurde Russland zu einer Bedrohung für den Fernen Osten. Als Verbündeter Russlands

versprach Frankreich, gegen die japanische Aggression zu helfen.

Auch Deutschland schloss sich dem Skandal an, da es glaubte, durch Einmischung in die chinesisch-japanischen Beziehungen Einfluss auf den Fernen Osten nehmen zu können. Russland, Frankreich und Deutschland verlangten von Japan, die besetzten Gebiete aufzugeben, andernfalls drohten sie damit, ihre Seestreitkräfte in japanische Gewässer zu schicken. Unter dem Druck der drei Staaten war Japan gezwungen, sich zurückzuziehen. Taiwan behielt er jedoch. Die Halbinsel Liaodong wurde an China zurückgegeben, wofür die Entschädigungssumme, die China an Japan zahlen sollte, erhöht wurde. In China war kein Geld vorhanden. Also ließ er sich Geld von Russland und Frankreich. Dies ermöglichte ihnen, ihr Kapital nach China zu verlagern. 1896 wurde das russisch-chinesische Bündnis geschlossen, in dem sich Japan verpflichtete, China im Falle eines Angriffs auf China zu verteidigen.

Der diplomatische Sieg der russischen Regierung über Japan im Fernen Osten im Jahr 1896 ermöglichte den Bau und Betrieb der Ostchinesischen Eisenbahn. Dies ermöglicht den Bau einer Straße vom Baikalsee nach Wladiwostok durch chinesisches Territorium und beschleunigt damit den Bau der Strecke. 1897 besetzte Deutschland die Xiaozhouwan-Bucht und zwang China, einen "Pachtvertrag" mit Xiaozhouwan zu unterzeichnen. Die russische Regierung wehrte sich, reagierte aber nicht über, als sie Port Arthur einnahm. Anfang 1898 wurde ein russisch-chinesisches Abkommen über die Verpachtung der Liaodong-Halbinsel an Russland unterzeichnet.

Im Fernen Osten war das britische Kapital, das sich als "Master" betrachtete, das erste, das sich in China wiederfand. Denn in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Hongkong-Shanghai Bank eine der größten britischen Kolonialbanken. Jahrhunderts wurde die britische Kontrolle über die chinesischen Seezölle eingeführt. Bis in die 1990er Jahre war das Vereinigte Königreich das einzige Land in China mit einem modernen Marinestützpunkt.

Großbritannien betrachtete Russland als seinen Hauptrivalen im Kampf um Asien. Im Jahr 1896 weigerte sich Großbritannien, sich den Forderungen Deutschlands, Russlands und Frankreichs gegen Japan

anzuschließen. Großbritannien wollte die Beziehungen zu Japan nicht verschlechtern, da es beabsichtigte, Japan im Kampf gegen Russland einzusetzen.

Die britische Regierung besetzte den Hafen von Waihe, um sich einen strategischen Vorteil zu verschaffen. Die Briten bemühten sich, von der chinesischen Regierung weitere Eisenbahnkonzessionen zu erhalten, damit der Bau der Eisenbahnen nicht unter den Einfluss Russlands und Frankreichs geriet. Im Süden erwarb Frankreich eine Eisenbahnkonzession an der Grenze zwischen Indien und China. Der Eisenbahnbau und der Bergbau in Shandong standen unter deutschem Einfluss. Großbritanniens Beitrag blieb Chinas reichstes Jangtse-Flussgebiet, ein Festlandskanton in der Nähe von Hongkong und Guangdong. Auf diese Weise wurde China von anderen Ländern erobert. In dieser Zeit wollten auch die Vereinigten Staaten ihren eigenen Einflussbereich in China haben. Die amerikanischen Monopolisten machten die Invasion Chinas in den 1890er Jahren zu ihrem Hauptziel. Im September 1899 verkündete der US-Außenminister Hay eine Politik der "offenen Türen und der Chancengleichheit" und nannte sie die "Hay-Doktrin". Im Glauben an seine wirtschaftliche Stärke hoffte das amerikanische Kapital, alle seine Rivalen in China zu besiegen. Dies war der Weg, den die amerikanische Diplomatie und Kolonialpolitik einschlug.

Zu der Zeit, als China geteilt war, gab es in verschiedenen anderen Teilen der Welt konkrete Kämpfe. Zur gleichen Zeit kam es in der Geschichte der Diplomatie zur so genannten "Krise der Korruption". Diese Krise ereignete sich auf folgende Weise. 1896 begann Italien mit der Besetzung Abessiniens. Das italienische Expeditionskorps wurde jedoch in der Schlacht bei Adua vollständig besiegt. In diesem Kampf behielt Abessinien seine Unabhängigkeit.

Im Jahr 1896 marschierte Großbritannien in den Sudan ein. Trotz des Widerstands der lokalen Bevölkerung nahm er 1898 Khartum ein. Die britische Expeditionsarmee stieß in der Nähe des Dorfes Fashoda am Oberlauf des Nils auf eine Armee unter dem Kommando des französischen Hauptmanns Marchand. Marchand wollte die Briten daran hindern, das Oberlaufgebiet des Nils zu besetzen. Marchand sollte sich hier niederlassen und dazu beitragen, den Einfluss der Franzosen in Ägypten zu stärken. Der

Befehlshaber der britischen Streitkräfte, Kitchener, schlug Marchand vor, das Nilbecken zu verlassen, und drohte Frankreich mit dem Ausbruch eines Krieges, falls es das Angebot ablehnen würde. Die Besetzung des Sudan war bald beendet.

Wir haben bereits erwähnt, dass die Vereinigten Staaten nur in Bezug auf China eine aktive Außenpolitik betreiben, bei der sich die Diplomatie in ihrer wirtschaftlichen Expansion in die Nachbarländer manifestiert. Dies war der einzigartige und gewählte Weg der amerikanischen Diplomatie. So verfolgte sie eine Politik des Panamerikanismus, indem sie unter verschiedenen Vorwänden, vor allem wirtschaftlicher Art, versuchte, nach Lateinamerika vorzudringen, das gerade seine Unabhängigkeit von Europa erlangt hatte, und ihre Expansion unter dem Slogan "Amerika gehört den Amerikanern" durchführte. Die USA bemühten sich um die Vorherrschaft in Lateinamerika, indem sie heuchlerisch die Idee vertraten, dass "die Interessen aller amerikanischen Länder eins sind". Im Jahr 1889 wurde auf Initiative des US-Außenministeriums die erste Panamerikanische Konferenz in Washington einberufen. Das einzige eindeutige Ergebnis der ersten panamerikanischen Konferenz war die Gründung einer internationalen Vereinigung mit dem Namen "Kongress der amerikanischen Republiken". So entstand die panamerikanische Politik der Vereinigten Staaten, die darauf abzielte, die Länder der westlichen Hemisphäre zu beherrschen. Als in den 1980er Jahren die Spannungen zwischen Venezuela und Britisch-Guinea eskalierten, beriefen sich die Vereinigten Staaten auf die Monroe-Doktrin, um Großbritannien von ihrem Wunsch zu unterrichten, bei der Lösung des Konflikts zu vermitteln. Im Jahr 1899 wurde die venezolanische Frage gelöst. Bald wurden auch die Inseln von Samoa erobert.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten zu einer äußerst mächtigen Macht geworden. Die spanische Insel Kuba erregte die Gemüter des amerikanischen Establishments. Die Vereinigten Staaten begannen mit den Vorbereitungen für einen Krieg gegen Spanien. Am 15. Februar 1898 schickten die Vereinigten Staaten ihr Kriegsschiff unter dem Vorwand, die Interessen ihrer Bürger zu schützen, vor die Küste Kubas. Das Kriegsschiff explodierte aus unbekanntem Gründen auf einem

Parkplatz in Havanna. Infolgedessen starben 268 Menschen und etwa 100 wurden verletzt. Die Vereinigten Staaten beschuldigten Spanien der Sabotage, und am 22. April 1898 beschloss der Kongress, gegen Spanien in den Krieg zu ziehen. Es war der erste Krieg auf dem Weg zur Neuaufeilung der Welt. In einem dreimonatigen Krieg wurde Spanien besiegt und war gezwungen, um einen Waffenstillstand zu bitten. Am 10. Dezember 1898 wurde in Paris ein Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien unterzeichnet. Die USA schickten 20 Millionen Dollar nach Puerto Rico und Guam, Spanien, so sagte er, Dollar auf die Philippinen. Die Hawaii-Inseln wurden vollständig annektiert. Im Jahr 1898 wurde Kuba unabhängig. In der Praxis blieb es jedoch von den Vereinigten Staaten abhängig. Es ist klar, dass es gegen Ende des Jahrhunderts einen Impuls gab, Konflikte mit Gewalt zu lösen.

FOR AUTHOR USE ONLY

**INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND
DIPLOMATIE WÄHREND DES ERSTEN
WELTKRIEGS. PLAN ZUR BEENDIGUNG DES
KRIEGES:**

1. Internationale Beziehungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs.
2. Internationale Beziehungen während des Ersten Weltkriegs.

Key Wörter und Wendungen: Russisch-japanischer Krieg.
Erster Weltkrieg.

FOR AUTHOR USE ONLY

Die internationalen Beziehungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus sind gekennzeichnet durch die Dominanz der kapitalistischen Monopole und der Interessen der Finanzoligarchie in der Außenpolitik der kapitalistischen Staaten und durch den Kampf zwischen diesen Staaten um die Neuaufteilung der Welt. Gleichzeitig gab es einen Kampf zwischen den Verbündeten der Kapitalisten, d.h. zwischen den großen Monopolverbänden, um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung der Warenmärkte und Rohstoffquellen.

Die starke Zunahme der wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit in der Entwicklung der kapitalistischen Länder während der Periode des Imperialismus führt zu einer häufigen Störung des Gleichgewichts zwischen den imperialistischen Staaten. Infolge der Schwankungen im Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht einiger imperialistischer Länder reichte ihre effektive Macht nicht für Kolonien und Märkte aus. Die schnell wachsenden Staaten versuchten, ihre Kolonien auf Kosten anderer Staaten zu erweitern, damit ihre Monopolisten den Markt und die Rohstoffe voll ausschöpfen und durch die Ausbeutung der Kolonien riesige Gewinne erzielen konnten. Da kein kapitalistischer Staat ein "leeres" Territorium hinterlässt, führte dieser Wunsch zu Versuchen, Kolonien und Einflussphären ohne Gewaltanwendung neu zu verteilen. So führt der Imperialismus unweigerlich zur Eskalation von Konflikten zwischen kapitalistischen Staaten und zur Schaffung eines wirtschaftlichen Bodens, der zu Kriegen führt. Gleichzeitig wurden die Rüstung und die Kriege selbst zu einer Quelle zusätzlichen Profits für die Kapitalisten. In einer Zeit, in der die antiimperialistischen Kräfte und vor allem die Arbeiterklasse der ganzen Welt sowie die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker nicht stark genug und organisiert waren, war die Existenz imperialistischer Kriege unvermeidlich.

Das nächste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war durch den aktiven Eintritt der Vereinigten Staaten in die Kolonialpolitik gekennzeichnet. Die amerikanische Expansion entwickelte sich in zwei Hauptrichtungen: in den Fernen Osten und nach Lateinamerika. 1893 eroberten die Vereinigten Staaten die Hawaii-Inseln. Diese Inseln, die auf halbem Weg zwischen der

US-Westküste und der chinesischen Küste liegen, wurden zu einem wichtigen Stützpunkt im amerikanischen Pazifik.

Im Jahr 1898 zogen die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Spanien und besiegten es mit Leichtigkeit. Spanien wurde gezwungen, die Philippinen, Puerto Rico und Kuba an die Vereinigten Staaten abzutreten. Der Spanisch-Amerikanische Krieg war ein Krieg, der von einem kapitalistischen Staat (USA) gegen einen anderen imperialistischen Staat (Spanien) geführt wurde, um die Kolonien des spanischen Staates zu besetzen. Es war der erste Krieg zur Neuaufteilung der Welt, der erste imperialistische Krieg.

China ist zum zentralen Objekt der amerikanischen Expansionspolitik im Fernen Osten geworden. Das US-Establishment sah in China einen wichtigen Markt für das US-Kapital der Zukunft. Doch China stand bereits unter dem Einfluss anderer Großmächte. Daher verkündeten die Vereinigten Staaten 1899 durch Minister Hay die so genannte "offene Doktrin" in China, d. h. die Schaffung gleicher Bedingungen für den freien wirtschaftlichen Zugang zu China und die Tätigkeit der Kapitale aller Nationen. . Im Glauben an seine wirtschaftliche Stärke hoffte das amerikanische Kapital, alle seine Konkurrenten in China zu besiegen. Die US-Regierung betrachtete Russland als ihren Hauptkonkurrenten in China und unterstützte daher, wie auch die britische Regierung, Japan gegen Russland.

Die bereits bestehenden internationalen Konflikte griffen auch auf das Zeitalter des Imperialismus über. Unter dem Einfluss des Monopolkapitals auf die Außenpolitik der Staaten verschärfen sich diese Widersprüche. So verschärft sich der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland um Elsass und Lothringen durch den Kampf der mächtigen Monopole an Rhein und Ruhr gegen die deutschen Schwerindustriemonopolisten um das lothringische Eisenerz. Dabei versucht der französische Imperialismus, den von Deutschland besetzten Teil des Elsass und Lothringens 1871 zurückzuerobern, während der deutsche Imperialismus versucht, die Becken von Brie und Longwy zu besetzen, die in französischer Hand bleiben. Der Kampf der deutschen Imperialisten gegen Frankreich ist gleichzeitig ein deutscher Kampf um die

Vorherrschaft in Europa.

Nach der Wirtschaftskrise von 1873 begann die deutsche Handelskonkurrenz den Geschmack Englands zu überschatten. Gleichzeitig bedrohte der Aufstieg des Deutschen Reiches Großbritannien, das die Errichtung einer deutschen Hegemonie auf dem Kontinent befürchtete.

Im Laufe des nächsten Jahrzehnts trug der Kampf um die Kolonien zu den Faktoren bei, die die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland weiter belasteten. Mitte der 1890er Jahre wurde der Aufbau eines sehr großen Kolonialreichs zu einem der Hauptziele der deutschen Außenpolitik. Seit dieser Zeit hat sich der deutsch-britische Konflikt extrem zugespitzt und in der internationalen Politik stark an Bedeutung gewonnen. Die Eskalation dieser Konflikte war der Tatsache geschuldet, dass es sich um die am stärksten industrialisierten Länder Europas handelte, und damals ging es nicht um die Aufteilung "leerer" Länder, sondern um die Neuverteilung erworbener Gebiete. Der junge deutsche Imperialismus begann sehr entschlossen, die Frage nach einer völlig neuen Welt zu stellen. Als die Spannungen zwischen Großbritannien und Deutschland zunahmen, verschlechterten sich die freundschaftlichen Beziehungen Mitte der 1890er Jahre drastisch. Wo immer möglich, begann Deutschland, sich der britischen Kolonialpolitik zu widersetzen. Südamerika blieb eines der Wettbewerbsgebiete, wo Deutschland begann, gegen Großbritannien und dessen Einfluss auf die Burenrepubliken zu kämpfen. Im Januar 1896, nach Jonsens erfolglosem Angriff auf Transvaal (1895), schickte Wilhelm II. ein Glückwunschtelegramm an den demonstrativen Präsidenten Kruger. In England, wo Transvaal als sein Eigentum galt, wurde das Telegramm des Kaisers als Provokation empfunden. Auch der Nahe und Mittlere Osten war nicht außer Konkurrenz zwischen den beiden imperialistischen Bestien jener Zeit.

Im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert sah sich die kapitalistische Welt einer mächtigen Volksbewegung gegen die koloniale Unterdrückung gegenüber. Im Jahr 1900 brach in China ein Volksaufstand aus. Die Aufständischen begannen, Peking zu besetzen und das "Botschafterviertel" zu belagern. Um den Aufstand niederzuschlagen,

wurde ein internationales Strafkorps entsandt, dem alle großen kapitalistischen Staaten angehörten. Am 15. August 1900 besetzten die internationalen "Bestrafer" Peking. Die Rebellion wurde mit beispielloser Härte niedergeschlagen. Die Paläste und Tempel in Peking wurden von ausländischen Offizieren geplündert. Die chinesische kaiserliche Regierung war gezwungen, mit den Regierungen der imperialistischen Staaten zu verhandeln und ein Abkommen, das so genannte Schlussprotokoll, zu unterzeichnen. Neben der Annahme verschiedener Bedingungen, die den Nationalstolz Chinas untergraben, erklärte sich die chinesische Regierung bereit, erhebliche Beiträge an die imperialistischen Mächte "auf Kosten von Ausländern als Folge des Aufstands" zu zahlen und die Einfuhr von Waffen nach China zu verbieten. Während des Aufstandes besetzte Russland mit seinen Truppen einen Teil der Mandschurei. Großbritannien marschierte in Schanghai ein, dem wichtigsten Zentrum des ausländischen Kapitals, das aktiv an der Unterwerfung Chinas arbeitete. Unzufrieden mit der Besetzung Shanghais durch den britischen Imperialismus und dessen starkem Einfluss im Jangtse-Tal, versuchte das zaristische Russland, Russland aus der Mandschurei zu vertreiben. Die britische Regierung versuchte, Deutschland für diesen Zweck zu nutzen, jedoch ohne Erfolg. Die Verhandlungen mit Deutschland über ein Bündnis gegen Russland scheiterten. Die britischen Imperialisten bereiteten jedoch Japan als Verbündeten vor, der bereit war, sich Russland entgegenzustellen. Zusammen mit Japan, Korea und der Mandschurei bereitete sich das Markenamt auf eine weitere Expansion der Ressourcen vor.

Gemäß dem Bündnisvertrag von 1902 waren beide Parteien zur strikten Neutralität verpflichtet, wenn einer dieser Staaten gegen einen dritten Staat in den Krieg zog. Wenn eine Seite des Bündnisses gegen zwei Staaten kämpfen musste, versprach die andere Seite, mit Waffen zu helfen, nicht mit Neutralität. Diese Entscheidungen im Vertrag bedeuteten in der Praxis, dass Großbritannien im Falle eines Krieges zwischen Russland und Japan Japan garantieren würde, dass Japan keine anderen Staaten, wie z. B. Frankreich, in diesen Krieg verwickeln würde. Zusätzlich zum Bündnisvertrag erhielt Japan von Großbritannien finanzielle

Unterstützung, ohne die Japan Japan gegen Russland unterstützt hätte, und auch die Vereinigten Staaten hätten aktive diplomatische und finanzielle Hilfe geleistet. Mit der Bildung des anglo-japanischen Bündnisses konnten die britischen Imperialisten die britischen Interessen in China durch andere sichern. Außerdem endeten 1902 die anglo-burmesischen Kriege, die die Macht des britischen Imperialismus an sich gerissen hatten. Zu diesem Zeitpunkt begannen die anglo-französischen Verhandlungen zur Lösung strittiger Fragen im Bereich des Kolonialismus, was zum Ausbruch des anglo-französischen Krieges in den Tagen der faschistischen Krise (Herbst 1898) führte. Auch die strategische Lage in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts drängte das französische Establishment in Richtung Großbritannien. Russland, ein Verbündeter Frankreichs, hat seit Ende der 1890er Jahre den Großteil seiner militärischen Kräfte und Ressourcen in den Fernen Osten gelenkt. Die russische Expansion in diesem Gebiet wurde von Deutschland bewusst gefördert, um einen Krieg gegen Japan zu führen. Die Intervention von Truppen im Fernen Osten würde Russland in Europa schwächen, und Frankreich wäre im Falle eines Krieges mit Deutschland nicht stark genug.

Zwar gelang es Frankreich, den "Dreierbund" zu schwächen und seine Position etwas zu stärken. Zu diesem Zweck erreichte er eine Annäherung an Italien. Italien wiederum litt stark unter dem Handelskrieg mit Frankreich. Nach der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Italien wurden zwei weitere Abkommen geschlossen. Mit dem Vertrag von 1900 erklärte Frankreich, dass es kein Interesse an Tripolitanien und Italien kein Interesse an Marokko habe. Doch selbst wenn die Neutralität Italiens gesichert war, konnte diese Neutralität ein vorübergehendes Militärbündnis mit Russland nicht ersetzen, wenn es um einen Kampf für Frankreich ging. Diese Situation schuf günstige Bedingungen für anglo-französische Verhandlungen.

Die folgenden Ereignisse zeigten, dass Frankreichs Befürchtungen vor einer deutschen Aggression nicht umsonst waren. Ende 1904 nutzte die deutsche Regierung die Niederlage Russlands im Fernen Osten, um die russische Regierung zum Abschluss eines Handelsabkommens zu zwingen, das nur für Deutschland selbst von Vorteil war. Wilhelm II. beließ es nicht

dabei, sondern nahm private Verhandlungen mit Nikolaus II. über den Abschluss eines Bündnisses zwischen Russland und Deutschland auf. Angesichts der aktuellen Lage lehnte die deutsche Regierung die anglo-französische Entente ab. Reichskanzler Bülow versucht, Frankreich einzuschüchtern, damit es nicht mit Großbritannien zusammenarbeitet und Frankreich in Marokko nicht Fuß fassen kann. Unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Marokkos zu verteidigen, versucht Bülow, es zu einem Staat unter deutschem Einfluss zu machen. Die deutsche Regierung agierte durch Provokation und Einschüchterung. Am 31. März 1905 marschierte Wilhelm II. in die marokkanische Hafenstadt Tanger, wo er eine Rede hielt. In seiner Rede stellte er fest, dass Marokko "unabhängig" sei, und betonte, dass Deutschland in diesem Land "gleiche Rechte" wie andere Staaten fordere.

Die deutsche Regierung forderte daraufhin die Einberufung einer internationalen Konferenz. Diese Konferenz sollte den anglo-französischen Vertrag über Marokko aufheben. Sollte Frankreich die Forderungen Deutschlands nicht akzeptieren, droht es mit einem Krieg mit Deutschland. Anfang 1906 fand in Algier eine internationale Konferenz über Marokko statt. Deutschland hatte erreicht, dass Frankreich sich bereit erklärte, auf einer internationalen Konferenz über das Schicksal Marokkos zu entscheiden, das bereits von den britischen und französischen Kolonialherren festgelegt worden war. Die Ergebnisse dieser Konferenz zeigten, dass er gescheitert war. Deutschland wurde bei der Konferenz allein gelassen. Italien, das zum offiziellen Verbündeten Englands, Russlands und sogar Deutschlands wurde, unterstützte Frankreich auf der Konferenz aktiv. Auch die USA unterstützten Frankreich.

Eine der Folgen der Marokkokrise war, dass die britische Regierung beschloss, Bodentruppen zu schaffen, die nach Frankreich und Belgien geschickt werden konnten, um nicht nur an kolonialen Expeditionen, sondern auch am Großen Europäischen Krieg teilzunehmen. 1905 begann man in England mit dem Bau eines neuen Typs von gepanzerten Schiffen, die den bisherigen Schiffen in Bezug auf Leistung und Geschwindigkeit weit überlegen waren.

Der neue Schiffstyp wurde nach dem ersten Schiff desselben Typs

Dreadnought genannt. Mit dem Aufkommen der Dreadnoughts verdoppelten sich die Kosten für den Bau eines Liners, und das Gewicht einer Zwangsbewaffnung fiel zunehmend auf die Bevölkerung. Von 1908 bis 1912 war geplant, jährlich vier Dreadnoughts in Deutschland zu bauen.

Die britische Regierung hat die deutsche Regierung wiederholt gedrängt, den Bau neuer Kriegsschiffe zu begrenzen. Das Zustandekommen eines solchen Abkommens war jedoch nur für England von Vorteil. Bei einer Begrenzung des Schiffsbaus würde Großbritannien seine bisherige maritime Vormachtstellung behalten. Deutschland lehnte dieses Angebot ab. Er schlug vor, das Verhältnis der Seestreitkräfte beider Vertragsparteien anzugleichen. Gleichzeitig wollte Deutschland eine Einigung zwischen den beiden Parteien erreichen, und zwar nicht auf der Grundlage der damaligen Haltung, sondern auf der Grundlage, die für beide Seiten von Vorteil war. Beide Seiten konnten sich nicht einigen, und die britische Regierung beschloss daraufhin, für jeden in Deutschland gebauten Dreadnought zwei Dreadnoughts zu bauen. Die Rüstungsausgaben steigen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß.

Im Jahr 1910 gab es keine ernsthafte internationale Krise. Allerdings verlief dieses Jahr eher friedlich. Im Mai 1911 besetzten französische Truppen die marokkanische Hauptstadt Fets unter dem Vorwand, Unruhen niederzuschlagen und französische Bürger zu schützen. Der französische Imperialismus hat Marokko tatsächlich besetzt.

Die deutsche Regierung konnte dies nicht verhindern und beschloss, zumindest ein finanzielles Interesse zu behalten. Am 1. Juli ankerte das deutsche Kriegsschiff Pantera im Golf von Agadir an der marokkanischen Atlantikküste. Die sehr günstige geografische Lage von Agadir war von strategischer Bedeutung, da es sich in der Nähe der Straße von Gibraltar befand. Agadir selbst wurde als Geisel gehalten, da Deutschland beabsichtigte, Frankreich durch die Besetzung der Stadt zu größeren Zugeständnissen zu zwingen. Wenn es der deutschen Regierung nicht gelänge, einen Teil Marokkos zu erobern, würde sie sich stattdessen um französische Gebiete in Äquatorialafrika bemühen. Zunächst forderte er die Abtretung des gesamten französischen Kongo. Die französische Regierung lehnte diese Forderung ab. Infolgedessen tauchte der Schatten des Krieges

auf.

Großbritannien mischt sich in den deutsch-französischen Konflikt ein. In einer öffentlichen Rede im Namen des Kabinetts macht Lloyd George am 12. Juli 1911 deutlich, dass Großbritannien einen Krieg gegen Deutschland wegen Marokko nicht dulden würde. Die Äußerungen des britischen Ministers zwangen Wilhelm II. und seine Regierung, ihre Forderungen zu reduzieren. Im Herbst 1911 erkannte Frankreich das französische Protektorat in Marokko an. Im Gegenzug trat Frankreich einen kleinen Teil seines Gebiets im Kongo an Deutschland ab.

Noch vor dem Ende der Agadirkrise begann der italienisch-türkische Krieg. Italien hatte seit langem versucht, Tripolitaniens, eine Provinz des Osmanischen Reiches, zu erobern. Gemäß dem französisch-italienischen Vertrag von 1900 sicherte sich Italien die französische Zustimmung zu diesem Krieg, um die koloniale Besetzung zu erreichen.

Die italienische Armee besiegte mit Leichtigkeit die schwachen türkischen Garnisonen, die in Tripolitaniens stationiert waren. Lange Zeit duldete er jedoch die Besetzung Tripolitaniens nicht. Der Ausbruch des Krieges auf dem Balkan zwang die Türkei jedoch, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und Tripolitaniens 1912 den italienischen Imperialisten zu überlassen.

Im Jahr 1912 unterzeichneten Bulgarien und Serbien ein von Russland vermitteltes Bündnis sowie weitere Staaten, die sich der Entente anschlossen, obwohl die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch weitgehend feindlich waren. Kurz darauf schlossen sich Griechenland und Montenegro Serbien und Bulgarien an und bildeten die Balkanunion. Er vereinigte all dies, um gegen das Osmanische Reich zu kämpfen, da viele Slawen und Griechen noch unter dem Joch dieses Reiches lebten.

Im Oktober 1912 begannen die Balkanstaaten den Krieg gegen die Türkei. Russland war mit dem Beginn dieses Krieges nicht einverstanden, da es den Balkanblock nicht für einen Krieg gegen die Türkei, sondern für den Kampf gegen Deutschland und Österreich-Ungarn brauchte. Russland sah sich jedoch nicht bereit für einen großen europäischen Krieg.

Die Türkei wurde schnell niedergeschlagen. Die bulgarischen Streitkräfte zogen in Richtung Konstantinopel, die griechischen Streitkräfte

besetzten Thessaloniki und die Serben besetzten den größten Teil Mazedoniens, nämlich Nordalbanien und Novipadar.

Im Jahr 1912 bat die Türkei um einen Waffenstillstand. Es begannen Verhandlungen über die Bedingungen eines künftigen Waffenstillstands. Die Verhandlungen zogen sich lange hin, es kam zu mehreren Meinungsverschiedenheiten, so dass auf dem Balkan die Gefahr bestand, einen neuen Krieg oder sogar einen europäischen Krieg auszulösen. Serbien forderte von Nordalbanien einen Zugang zum Meer. Er verlangte jedoch, dass das österreichisch-ungarische Serbien auf diese Ansprüche verzichtete. Die Regierung Österreich-Ungarns drohte mit Krieg gegen Serbien und mobilisierte sogar teilweise ihre Armee. Da die zaristische Regierung nicht kriegsbereit war, versuchte sie, selbst in den Tagen der Bosnienkrise keinen Krieg zu beginnen, auch wenn sie Serbien im österreichisch-ungarischen Konflikt unterstützte.

Serbien lenkte wieder ein. Ein weiterer Versuch Serbiens, im darauffolgenden Herbst 1913 einen Zugang zum Meer zu erhalten, führte zu noch größeren Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland auf der einen Seite und Serbien und Russland, das es unterstützte, auf der anderen Seite, was zu einem Streit führte.

Im Januar 1913 wurden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, aber die türkische Armee wurde erneut besiegt. Die Türkei bittet erneut um einen Waffenstillstand.

In der turbulenten Situation der damaligen Zeit konnte jeder internationale Konflikt sehr leicht zu einem Weltkrieg führen. Die politischen Krisen von 1911 bis 1913 führten nicht zu einem allgemeinen Krieg, sondern es herrschte jedes Mal Frieden. Die Krise von 1914 riss diesen Faden.

Am 28. Juni 1914 ermordeten Agenten der serbischen Nationalistenorganisation den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo. Die österreichische Kriegspartei forderte, dass diese neue Form der großserbischen Bewegung als Vorwand für die Zerschlagung Serbiens genutzt werden sollte. Man beschloss jedoch, zunächst die Meinung der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit in Erfahrung zu bringen, denn in Österreich-Ungarn war man sich darüber im

Klaren, dass der Ausbruch eines Krieges mit Serbien leicht zu einer russischen Intervention führen würde.

Am 25. Juli antwortete der serbische Ministerpräsident Pasic dem österreichischen Botschafter und erklärte sich bereit, alle Bedingungen des Ultimatums der serbischen Regierung zu akzeptieren, mit Ausnahme einer Bedingung, die Serbien sehr verletzte. Trotz der Zugeständnisse Serbiens brach der österreichisch-ungarische Botschafter die diplomatischen Beziehungen ab und verlangte die sofortige Erfüllung der Bedingung. Die österreichisch-ungarische Regierung lehnte mit der Unterstützung des deutschen Militärs alle Vermittlungsangebote ab. Österreich-Ungarn mobilisierte den Großteil seiner Streitkräfte und erklärte Serbien am 28. Juli den Krieg. Am 29. Juli beschloss die russische Regierung, eine Teilmobilisierung durchzuführen und nur die Militärbezirke zu mobilisieren, in denen die für Operationen gegen Österreich-Ungarn vorgesehenen Einheiten sowie die Seestreitkräfte des Schwarzen Meeres und der Ostsee zusammengezogen werden sollten.

Bis zum 29. Juli hofft Berlin auf die britische Neutralität. Doch am 29. Juli erklärt der britische Außenminister Gray dem deutschen Botschafter unverblümt, dass Großbritannien an der Seite Frankreichs kämpfen würde, wenn Deutschland und Frankreich ebenfalls in einen Krieg auf dem Kontinent verwickelt würden.

Während Deutschland bisher alles getan hatte, um einen Krieg zu provozieren, versuchte der deutsche Kanzler nun, wenn auch verspätet, einen Weg zu finden, die Australier zu einem Kompromiss zu bewegen. Doch der feige Schritt von Batman-Hollweg wurde auch vom deutschen Generalstab abgewürgt.

Generalstabschef Junior Moltke forderte, dass die Feindseligkeiten so schnell wie möglich beginnen sollten. Er war der Meinung, dass solche Verhandlungen fruchtlos und nutzlos seien, dass die Fortsetzung dieser Verhandlungen Deutschland der in den ersten Wochen des Krieges erlangten Privilegien berauben würde, d.h. der Privilegien, die durch die lange Mobilisierung der Russen erlangt worden waren.

Am 29. Juli drohte die deutsche Regierung mit der Mobilisierung Deutschlands, falls die von Russland begonnenen militärischen

Vorbereitungen nicht gestoppt würden. Am 30. Juli kündigte die russische Regierung jedoch eine Generalmobilmachung an. Am selben Tag kündigte auch die Regierung von Österreich-Ungarn eine Generalmobilmachung an, ohne zu wissen, dass die Mobilmachung in Russland begonnen hatte. Am 31. Juli stellte die deutsche Regierung ein Ultimatum an Russland und forderte die Einstellung der militärischen Ausbildung. Die russische Regierung weigerte sich, und am 1. August erklärte Deutschland Russland den Krieg. Am 3. August erklärte die deutsche Regierung Frankreich auf der Grundlage falscher Protokolle den Krieg. Im Rahmen des Schlieffen-Plans verletzte die deutsche Armee die belgische Neutralität und rückte über belgisches Gebiet auf Frankreich vor.

Am 4. August stellt Gray ein Ultimatum an Berlin, in dem er eine feste Zusage zur Achtung der belgischen Neutralität fordert. Die Frage der belgischen Neutralität ist nur ein Vorwand; die britischen Imperialisten sehen die Notwendigkeit, diesen Vorwand zu nutzen, um ihre Beteiligung am Krieg zu rechtfertigen und die öffentliche Meinung zu täuschen. Als Großbritannien auf ihr Ultimatum nicht reagiert, tritt es in der Nacht vom 4. auf den 5. August in den Krieg gegen Deutschland ein. Dies war der Beginn des Ersten Weltkriegs. Dieser Krieg war das Ergebnis eines Wettstreits zwischen zwei imperialistischen Fraktionen:

Internationale Beziehungen während des Ersten Weltkriegs.

Der Erste Weltkrieg war eine imperialistische Aggression und ein ungerechter Krieg für alle daran beteiligten Staaten. Nur für Serbien und Belgien war dieser Krieg in gewisser Weise ein Krieg der nationalen Befreiung. Dies konnte jedoch den allgemeinen Charakter des Krieges nicht ändern, da der allgemeine Charakter des Krieges durch die Beteiligung der großen imperialistischen Staaten bestimmt wurde, die für die Neuaufteilung der Welt, für die Herrschaft über die Welt kämpften.

Zu ihrem eigenen Vorteil strebten die deutschen Imperialisten eine vollständige Neuaufteilung der Welt durch Krieg an. Das deutsche Aggressionsprogramm spiegelt sich in den am 28. August 1914 verkündeten Forderungen des Gesamtdeutschen Bundes wider. Zu diesen Forderungen gehören:

Die Besetzung der riesigen fruchtbaren Gebiete Russlands, die reich

an natürlichen Ressourcen sind und sich für die Ansiedlung deutscher Kolonisten eignen, die Annexion des Industrielandes Belgien und die Eroberung der kongolesischen Kolonie in Afrika, die Annexion der französischen Eisenerzbecken Longwy und Brice . Die Annexion der französischen Eisenerzbecken Longwy und Brice und die Verlegung der Grenze zu Frankreich von den Städten Belfort, Tulle, Verdun und der Somme auf die westliche Linie sowie die Eroberung französischer Kolonien, die Beendigung der britischen Seeherrschaft, die Schwächung der britischen Konkurrenz auf den Weltmärkten und der Erwerb von Marinestützpunkten, die Eroberung britischer Kolonien, die Entgegennahme milliardenschwerer Kontributionen besiegter Staaten, die Schwächung aller Feinde und die Aufrechterhaltung der Entwicklung Großdeutschlands über Jahrzehnte ohne äußere Hindernisse.

Das Aggressionsprogramm der österreichisch-ungarischen Imperialisten bestand in der Annexion Serbiens und der Errichtung der Herrschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan sowie in der Annexion des Königreichs Polen, Podoliens und Wolhyniens von Russland. Die österreichisch-ungarischen Imperialisten sahen die einzige Möglichkeit, die durch nationale Konflikte zerfallende Habsburgermonarchie zu stärken, in der Garantie, dass die Slawen, Rumänen und Italiener, die 30 Millionen Menschen zählten, weiter unterdrückt werden konnten. Auch Deutschland war an diesem Werk interessiert, denn es eröffnete vielfältige Möglichkeiten für den Export deutschen Kapitals in die Türkei auf dem Balkan, in die Ägäisregion, die eng mit dem österreichischen Kapital verbunden ist, und direkt in die Region mit Zentralasien, an den Persischen Golf. - Es wurde die Fähigkeit geschaffen, normal zu kommunizieren.

Das Ziel der russischen Imperialisten, der russischen Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie aus dem Krieg war es, die Macht Deutschlands zu brechen, Galizien und den Unterlauf des Neman an Russland anzugliedern und Konstantinopel und die Meerengen zu erobern.

Die britische Bourgeoisie wollte die wirtschaftliche und politische Macht ihres schnell vorrückenden deutschen Rivalen schwächen, die deutsche Flotte und Handelsmarine zerstören, das ölfreiche Mesopotamien

und die arabische Halbinsel besetzen und Deutschland seine Kolonien entreißen.

Die französischen Imperialisten versuchten auch, die militärische, wirtschaftliche und politische Macht Deutschlands zu untergraben. Sie forderten nicht nur die Rückgabe des Elsass und Lothringens an Frankreich im Jahr 1871, sondern auch die Abtretung des linksrheinischen Landes an Deutschland, die Annexion des Saarlandes durch Frankreich, die Besetzung Syriens, Palästinas und anderer arabischer Gebiete durch Deutschland, forderten die Eroberung von Kolonien, die Einnahme deutscher Kolonien.

Im ersten Monat des Krieges waren die Streitkräfte der kriegführenden Parteien wie folgt verteilt: auf der einen Seite Großbritannien, Frankreich, Russland, Serbien und Belgien, die alle in den Krieg hineingezogen wurden, und auf der anderen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn.

Mitte August 1914 erklärte auch Japan Deutschland den Krieg. In beiden Staatenblöcken waren die materiellen und menschlichen Potentiale nicht gleich. Die militärische Ausbildung Deutschlands war höher als die der Antata-Länder. Seine Armee war besser mit Artillerie bewaffnet und hatte besser ausgebildete Offiziere und Unteroffiziere.

Deutschland und Österreich-Ungarn wurden von den ersten Kriegswochen an von der Entente auf See belagert. Diese beiden Länder konnten nur die wirtschaftlichen Ressourcen nutzen, über die sie verfügten; zu Beginn des Krieges waren dies die industriellen Ressourcen in den zehn von den Deutschen besetzten Industriedepartements Luxemburgs, Belgiens und Nordfrankreichs und ab der zweiten Hälfte des Jahres 1915 die landwirtschaftlichen und industriellen Ressourcen in Russland, Polen, Litauen und Kurland. und Serbien, shildi . Deutschland konnte nur Ressourcen aus den neutralen Nachbarländern sowie aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei beziehen.

England und Frankreich hingegen hatten Zugang zu den Rohstoffen und Nahrungsmittelressourcen zahlreicher Kolonien und Herrschaftsgebiete.

Im August 1914 bildeten sich in Europa drei Fronten. Die Länge der Westfront, die sich von der Nordsee bis zur Schweiz erstreckte, betrug

mehr als 700 Kilometer.

Am 4. August verletzte die deutsche Armee die belgische Neutralität und drang in das belgische Staatsgebiet ein. Drei deutsche Armeen auf der rechten Flanke überwand den mutigen Widerstand der Belgier, besetzten fast ganz Belgien und rückten schnell vor, wobei sie den linken Flügel der Franzosen einkesselten. Die Franzosen gruppieren den linken Flügel schnell neu. An der Spitze des linken Flügels der französischen Armee stand die 80.000 Mann starke britische Expeditionsarmee, die an Frankreich ausgeliefert wurde.

Am 21. August trafen die deutschen Hauptkräfte an der belgisch-französischen Grenze auf französische Truppen und die britische Expeditionsarmee. Die Deutschen waren zahlenmäßig überlegen. Die Schlacht, die an einer 250 Kilometer langen Front zwischen Schelde und Mosel begann und historisch als "Grenzkrieg" bezeichnet wird, dauerte bis zum 25. August und endete mit dem Rückzug der Alliierten, der Franzosen und Briten.

Die deutsche Führung glaubte, dass die Franzosen nach dem "Grenzkrieg" besiegt seien und dass der Krieg im Westen zugunsten Deutschlands entschieden sei. Tatsächlich war die französische Armee nicht völlig besiegt, sondern sammelte ihre Kräfte und bereitete sich auf einen Gegenangriff vor. Am 27. August startet die deutsche Armee einen weiteren Angriff. Die Armeen auf der rechten Seite haben die Aufgabe, tief in den linken Flügel der französischen Armee einzudringen und sie zu zerschlagen.

Diese Aufgabe scheiterte jedoch. Der rechte Flügel der deutschen Armee überwand den Widerstand des Feindes, und die Franzosen waren nicht in der Lage, den linken Flügel einzukesseln. Durch die schweren Verluste und vor allem durch die Entsendung von zwei Korps an die Ostfront wurde das deutsche Heer erheblich geschwächt. Sie war gezwungen, die Front zu verkürzen und eine Offensive östlich von Paris zu starten, wobei der rechte Flügel unter dem Druck der aus Paris vorrückenden französischen Truppen blieb.

Am Abend des 4. September begannen die deutschen Truppen, den Fluss Marne südöstlich von Paris zu überqueren.

Am Morgen des 5. September starten die Franzosen und Briten einen heftigen Gegenangriff. Die rechte Flanke der 1. deutschen Armee wurde plötzlich getroffen, und es entstand eine Lücke von 50 km zwischen der 1. deutschen Armee und der 2. deutschen Armee, Kavallerie. Die britische Expeditionsarmee und ein Teil der 5. französischen Armee brachen in diese Lücke ein. Am Morgen des 9. September waren die deutschen Truppen gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Flusses Marwa zurückzuziehen, um nicht von den Flanken umzingelt zu werden. Am Abend zogen sich alle fünf Armeen auf der rechten deutschen Flanke nach Nordosten zum Ewa-Fluss zurück.

In der Schlacht an der Marwa scheiterte der deutsche Plan, Frankreich blitzschnell zu besiegen. Das Ergebnis der Schlacht von Marwa veranlasste Deutschland, den Blitzkrieg, der für Deutschland eindeutig verheerend gewesen war, aufzugeben. Der deutsche Operationsplan, der auf der Idee Schlieffens beruhte, scheiterte völlig. Der Hauptgrund für die Niederlage war, dass der Plan in abenteuerlicher Weise erstellt worden war, als der deutsche Imperialismus seine Stärke überschätzte und die Stärke seiner Feinde unterschätzte und Ziele verfolgte, die er mit realen Möglichkeiten nicht erreichen konnte. Einer der wichtigsten Gründe für die Niederlage der deutschen Armee war, dass in den ersten Wochen des Krieges die West- und die Ostfront gemeinsam zu kämpfen begannen, alle Verbündeten versuchten, Frankreich zu retten und den Feind blitzschnell zu vernichten. Russland brachte große Opfer, um Deutschlands Plan zu vereiteln.

Zeitgleich mit der erfolglosen Offensive der russischen Truppen in Ostpreußen, die die Entente rettete, fanden in Rumänien und Polen große Schlachten statt, in denen sich die Hauptkräfte Österreich-Ungarns den russischen Truppen entgegenstellten.

Am 23. August begannen in Polen die Hauptgefechte zwischen den russischen und österreichisch-ungarischen Armeen. Diese Gefechte endeten Anfang September mit der Niederlage der österreichisch-ungarischen Truppen. In der Zwischenzeit überwandene die russischen Truppen an der Südwestfront den feindlichen Widerstand, rückten erfolgreich vor und rückten am 3. September in Luvov ein.

Ende September eröffneten die deutschen Armeen zusammen mit den österreichisch-ungarischen Armeen den Krieg an einer breiten Front, die sich von den Ausläufern der Karpaten bis zum Oberlauf der Bzura erstreckte. Diese Operation Warschau-Ivangorod, eine der größten Schlachten der Manöverperiode des Krieges, endete mit dem Sieg der russischen Truppen. Allerdings gelang es ihnen nicht, den Sieg fortzusetzen, weil ihnen die Bälle fehlten.

Mit dem Ausbruch des Krieges in Europa ergaben sich günstige Bedingungen für den japanischen Imperialismus im Fernen Osten. Die imperialistischen Mächte, die Japans Rivalen bei der Eroberung Chinas waren, konnten die Japaner nicht an der Durchführung ihrer Aggressionspläne hindern, da sie in den Krieg verwickelt waren.

Japan nutzte die Situation aus und stellte Deutschland am 15. August ein Ultimatum, in dem es Japan aufforderte, das "gepachtete" Gebiet von Xiao-Zhao an Japan abzutreten, damit es an China zurückgegeben werden könne. Deutschland weigerte sich, dieser Forderung nachzukommen, und am 23. August erklärte Japan Deutschland den Krieg.

Anfang September begannen Japan und Großbritannien gemeinsam mit der Belagerung der Festung Qingdao. Zuvor hatte Japan die deutschen Marshall-, Karolinen- und Marianeninseln besetzt.

Die Burg Qingdao kapitulierte. Dies schränkte Japans Beteiligung am Krieg von 1914-1918 ein.

Japans "Teilnahme" am Krieg führte jedoch dazu, dass es die sehr reiche chinesische Provinz Shandong besetzte, die Kontrolle über die perfide reaktionäre chinesische Regierung jener Zeit erlangte, während des Krieges zum absoluten Herrscher über den westlichen Pazifik wurde usw., um mit China Handel zu treiben und den Verbündeten zu ermöglichen, 100 Millionen Dollar durch Waffenverkäufe zu verdienen.

Am 2. August 1914 wurde in Konstantinopel ein geheimes Bündnisabkommen zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnet, in dem sich die Türkei verpflichtete, an der Seite der Mittelstaaten am Krieg teilzunehmen. Deutschland wurde gezwungen, das russische Transkaukasien und den Nordkaukasus, einen Teil der von der Türkei

besetzten Gebiete auf dem Balkan und Inseln in der Ägäis an die Türkei anzugliedern und ihr einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Mit der Ankunft der Schiffe Goeben und Breslau in türkischen Gewässern wurde die russische Macht in der Schwarzmeerflotte geschwächt. Dies gab dem kühnsten und militantesten Teil der türkischen Regierung unter der Führung von Anvar Pascha die Möglichkeit, den Einfluss Deutschlands zu festigen und es zu unterwerfen. Während die Türkei mit den Alliierten verhandelte, vollendete General Lifan von Sanders den militärischen Plan der Türkei. Der Plan sah vor, in Ägypten und im Kaukasus einzumarschieren und die Russen und Briten aus dem Iran zu vertreiben. Dies wiederum sollte die Voraussetzungen für die Versklavung des Iran durch den deutschen Imperialismus schaffen. Nachdem die Türken ihre Mobilisierung abgeschlossen hatten, begannen sie die Feindseligkeiten, ohne den Krieg zu erklären.

Am 29. Oktober 1914 beschossen Goeben und Breslau Geodasia und Sewastopol, und türkische Schiffe tauchten bei Odessa, Noworossijsk und Kertsch auf und versenkten mehrere russische Schiffe. So begann der Krieg zwischen der Türkei und den Alliierten. Nach und nach entstehen neue Fronten: der Kaukasus, Mesopotamien, die palästinensisch-syrischen Fronten.

Die Türkei schickte fast eine halbe Million Soldaten gegen ihre Feinde und zog zwischen 500.000 und 800.000 russische und britische Truppen von den europäischen Hauptfronten heran. Die russisch-türkische Front war im Kaukasus von großer Bedeutung, und in der Schlacht von Sarakamysch, die vom 9. bis 24. Dezember dauerte, wurde die 3. türkische Armee von einer viel kleineren Anzahl russischer Truppen besiegt. Die ersten Erfolge der Türken in Iran-Aserbaidschan endeten ebenfalls mit der Einnahme von Täbris durch russische Truppen.

Von Beginn des diplomatischen Kampfes zwischen den beiden Koalitionen an war die Frage der Einbeziehung Bulgariens in den Krieg von Bedeutung, aber dieser Kampf fand für beide Seiten nicht unter den gleichen Bedingungen statt. Die bulgarischen Machthaber unter der Führung von Zar Ferdinand und Rodoslawow verbündeten sich von Beginn des Krieges an mit Deutschland und Österreich-Ungarn, um Russland und

Serbien zu bekämpfen. Die bulgarische Regierung verlegte Waffenfahrzeuge von ihrem Territorium in die Türkei und machte ihren diplomatischen und militärischen Nachrichtendienst im Ausland zu einer Informationsquelle für Deutschland über die Lage in den Alliierten.

Die bulgarische Führung, die Deutschland und seine Verbündeten seit 15 Monaten heimlich unterstützt hatte, gab die Verhandlungen nicht auf.

Am 6. September wurde ein Bündnisvertrag zwischen Österreich, Bulgarien und Deutschland unterzeichnet, durch den der deutsch-österreichisch-türkische Block in einen "Vierstaatenbund" umgewandelt wurde.

Bis Ende September hatte Bulgarien rund 300.000 Soldaten an der serbischen Grenze mobilisiert, während 350.000 österreichische und deutsche Soldaten an der serbisch-österreichischen Grenze mobilisiert worden waren. Nach der Niederlage Serbiens wurden deutsche Divisionen von Serbien nach Ungarn verlegt. Im Winter 1915 setzten die österreichisch-ungarischen Truppen ihren Einmarsch in Montenegro und Albanien fort und besetzten diese Länder.

Ende 1915 wurde die Beteiligung Griechenlands am Krieg zu einem dringenden Problem. Die Liberale Partei unter der Führung von Venizelos befürwortet den Kriegseintritt Griechenlands an der Seite der Entente. Die griechische Bourgeoisie ging sogar so weit, Konstantinopel, einen Unterstützer der Entente, zu fordern. Dies veranlasst die britische und französische Diplomatie, sich vor dem russischen Zorn zu hüten.

Im März 1915 löste König Konstantin Venizelos auf und löste das Parlament auf, während die Regierung Venizelos mit der Entente über den Umzug nach Apatanta verhandelte, um ein bestimmtes Geschenk Griechenlands zu erhalten.

Venizelos bildete seine Regierung in Thessaloniki mit Hilfe der Entente. Ende 1917 vereinigte sich Griechenland unter der Herrschaft von Venizelos und trat auf der Seite der Entente in den Krieg ein.

Die Konferenz der Generalstäbe der alliierten Mächte in Shapti im Dezember 1915 billigte den allgemeinen militärischen Operationsplan der Alliierten für 1916, der die unkoordinierten Aktionen der alliierten Armeen

an den Hauptfronten im Jahr 1915 berücksichtigte.

Am 21. Februar 1916 setzten die deutschen Truppen den Verteidigern von Verdun eine noch nie dagewesene Menge an Eisen, Stahl, Brandgranaten und Gift entgegen. Doch Verdun wurde gerettet.

Im Jahr 1916 kämpfte Deutschland um den Sieg auf See. Die deutsche Flotte konnte sich entschließen, in See zu stechen. Am 31. Mai 1916 versuchte das deutsche Kommando, die Belagerung der deutschen Flotte zu durchbrechen und der britischen Flotte auf hoher See einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Am 15. Mai 1916 startete Österreich-Ungarn eine Großoffensive gegen die italienische Armee in Tirol. Es bestand die Gefahr, dass die österreichische Armee in die venezianische Ebene durchbrechen und hinter der italienischen Armee bei Isonzo auftauchen würde. Am 4. Juni starteten die Truppen der Südwestfront Russlands eine Großoffensive gegen die österreichisch-ungarischen Armeen.

Die Offensivoperation der Russen an der Südwestfront war eines der wichtigsten Ereignisse des gesamten Weltkriegs und hatte große Auswirkungen auf den Ausgang des Krieges. Die Misserfolge an den Fronten führten zu einer zweiten Veränderung in der Zusammensetzung des deutschen Kommandos. Im August 1916 trat General Falkenhayn zurück und wurde durch Feldmarschall Hindenburg ersetzt, während Generalleutnant Ludendorff zum Generalquartiermeister ernannt wurde. Diese Generäle waren die Oberbefehlshaber aller deutschen Streitkräfte. Diese beiden Generäle fügten dem erschöpften Land während des dreijährigen Krieges große Verluste zu.

Am 1. Oktober 1914 unterzeichnete Russland einen Geheimvertrag mit Rumänien, demzufolge Russland die Unverletzlichkeit des rumänischen Territoriums garantierte und "das Recht der österreichisch-ungarischen Monarchie anerkannte, rumänische Gebiete jederzeit zu annektieren". Er versprach, wohlwollende Neutralität gegenüber Russland zu wahren.

1916 schätzte die russische Führung die unzureichende Kampfkraft der rumänischen Armee richtig ein und hielt es für die Alliierten für wichtiger, die Neutralität Rumäniens zu wahren.

Am 17. August 1916 unterzeichnete Rumänien einen Vertrag mit den Alliierten, in dem das Land das Recht anerkannte, Siebenbürgen, die gesamte Bukowina und das Banat zu annektieren.

Am 27. August 1916 erklärte Rumänien Österreich-Ungarn den Krieg. Die rumänische Armee marschierte in Siebenbürgen ein, doch bereits am 6. September fügten die Bulgaren den Rumänen in der Dobrudscha eine schwere Niederlage zu.

Ende September startete die deutsch-österreichische Armee eine heftige Offensive in Siebenbürgen und vertrieb die Rumänen. Am 6. Dezember 1916 besetzten die deutschen Truppen Bukarest, während sich der Rest der rumänischen Armee nach Moldawien zurückzog.

Die Besetzung des größten Teils des rumänischen Territoriums deckte einen Teil des Nahrungsmittelbedarfs von Österreich und Deutschland. Darüber hinaus kaufte Deutschland rumänisches Öl, um den Krieg zu Wasser und in der Luft auszuweiten. Der Krieg hatte enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft aller Länder. Der Krieg zerstörte die Volkswirtschaften einiger Länder und warf sie um viele Jahre zurück.

Nur zwei Staaten haben am meisten vom Krieg profitiert. Einer von ihnen waren die Vereinigten Staaten und Japan, die 1917 in den Krieg eintraten. Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die bis 1914 die Bankiers der Welt waren und die Welt mit einer Finanzkette umgaben, verloren in den Kriegsjahren den Großteil ihres Kapitals im Ausland.

Vor dem Krieg waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die bei den europäischen Kapitalisten verschuldet waren, zu Gläubigern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und anderer europäischer Länder geworden und hatten sich zum Zentrum der kapitalistischen Welt entwickelt. Die britische Flotte belagerte von den ersten Kriegswochen an die Zentralstaaten und dann ihre Verbündeten und schnitt sie von den weltweiten Rohstoff- und Nahrungsquellen ab, während Deutschland seinerseits versuchte, die Verbündeten mit U-Boot-Krieg zu belagern. Die Kommunikation mit vielen Kolonien wurde erschwert.

Krieg 1914-1918 Er führte zu erheblichen Veränderungen in der Wirtschaft einiger Kolonien und Halbkolonien. Die Industrie der am Krieg beteiligten Staaten diente nur der Deckung des Kriegsbedarfs.

Die Regierungen aller Kriegsparteien übernahmen die Verteilung der verfügbaren Brennstoffe, Rohstoffe, grundlegenden Konsumgüter und Lebensmittel. Um eine ununterbrochene Versorgung der Armee mit Lebensmitteln und Waffen zu gewährleisten, haben alle Regierungen ein strenges System der Regulierung und Kontrolle des Wirtschaftslebens eingeführt.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Lage im dritten Kriegsjahr erlaubte es keiner Koalition, einen schnellen und entscheidenden Sieg zu erringen. Die Erschöpfung der menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen macht sich in allen kriegführenden Staaten bemerkbar, insbesondere in den zentralen Staaten. Ende 1916 zählten die alliierten Armeen etwa 25 Millionen Mann, die Armeen der Zentralstaaten etwa 15 Millionen.

Die landwirtschaftliche Produktion ging stark zurück. Am 12. Dezember 1916 lud die deutsche Regierung im eigenen Namen und im Namen ihrer Verbündeten die Regierungen der verfeindeten Staatengruppe zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ein.

Später im Jahr forderten auch die Regierungen der neutralen Länder - die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Norwegen, Dänemark und Schweden - die Krieg führenden Staaten zur Aufnahme von Friedensgesprächen auf.

Eine der Methoden, Krieg gegen die Menschenwürde zu führen, war das Vorgehen der deutschen U-Boot-Flotte gegen Handelsschiffe feindlicher und neutraler Länder. Bereits 1914 versenkten deutsche U-Boote ohne Vorwarnung Handelsschiffe der Entente und begannen, die Besatzung und die Passagiere des Schiffes zu versenken. Im Februar 1915 versenkte ein deutsches U-Boot das große britische Schiff Lusitania, wobei Tausende von Menschen ums Leben kamen.

Am 9. Januar 1917 fasste der monarchistische Rat des Deutschen Reiches einen Beschluss, und am 1. Februar begann Deutschland einen endlosen U-Boot-Krieg.

Auf der Suche nach einer Möglichkeit, in den Krieg einzugreifen, nahm die US-Regierung von Dezember 1916 bis Januar 1917 diplomatische Verhandlungen mit den Regierungen der beiden

Kriegsparteien auf. Die deutsche Regierung übermittelte Wilson heimlich die Bedingungen des Waffenstillstands. Unter diesen Bedingungen wurden Forderungen nach einer Aggression gestellt. Gleichzeitig warnte Deutschland die Vereinigten Staaten, ab dem 1. Februar einen brutalen Krieg gegen die Schiffe der neutralen Länder zu beginnen. Dies war ein Vorwand für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland.

Am 6. April 1917 erklärten die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg. Die Verluste, die die Briten in den ersten Monaten des endlosen U-Boot-Krieges erlitten, waren enorm. Im April 1917 versenkten die deutschen U-Boote Schiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von 870.000 Tonnen. Doch die von den Briten entwickelten Methoden zum Schutz der Schiffe führten zu einer monatlichen Verringerung der Verluste. Sie wurden von Handels- und Kriegsschiffen bewacht.

Ende 1917 hatte der U-Boot-Krieg auch den Alliierten erheblichen materiellen Schaden zugefügt, aber die feindlichen U-Boote waren nicht mehr so tödlich wie die alliierten Schiffe.

Die deutschen Generäle und Admirale konnten ihre bösen Absichten, "die Briten auszuhungern und zu töten", nicht verwirklichen, aber die harten Krallen des Hungers erstickten das deutsche Volk. Nachdem die deutschen Imperialisten weite Teile Osteuropas erobert hatten, errangen sie einen entscheidenden Sieg im Krieg und zwangen Deutschland und Russland, denselben "deutschen Waffenstillstand" zu akzeptieren wie die Deutschen. Sie dachten, sie könnten ihn akzeptieren. Mitte März 1918 verfügte Deutschland an der Westfront über 181 Infanteriedivisionen und drei einzelne Brigaden. In den entscheidenden Schlachten erreicht die Zahl der deutschen Divisionen an der Westfront 205 auf Kosten der Divisionen anderer Fronten, und die alliierten Armeen verfügen am 21. März über 171 Infanteriedivisionen. Der Überschuss der 10. oder 34. deutschen Divisionen konnte jedoch an der Westfront keine entscheidende Rolle mehr spielen.

Die Lage in den Ländern des deutschen Blocks war sehr schwierig. Die Bevölkerung war hungrig. Die Armee kämpfte mit allem, was sie brauchte. In Deutschland gingen die Medikamente zur Neige. Die

Arbeitsproduktivität ging stark zurück, es fehlte an Treibstoff und den notwendigen Rohstoffen, der Verkehr war gestört, die menschlichen Reserven waren erschöpft. Die Mehrheit des kriegsmüden Volkes, vor allem die arbeitenden Massen, sind empört über die Fortsetzung des Krieges zur Verfolgung der räuberischen Ziele der deutschen Imperialisten, und im Lande bahnt sich eine scharfe revolutionäre Krise an.

In der österreichisch-ungarischen Armee waren die Soldaten hungrig, nackt und barfuß, unfähig zu kämpfen. Die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker Österreich-Ungarns war in vollem Gange. Die Türkei und Bulgarien befanden sich in einer noch schwierigeren Lage, sie waren so erschöpft, dass sich die Antikriegsbewegung in der bulgarischen Armee verstärkte.

Die Mitglieder des "Viererbundes" lösen sich nicht auf, da die deutschen Streitkräfte noch eine gewisse Hoffnung auf einen Sieg haben. Obwohl das deutsche Heer noch kampffähig ist, bleibt die Stimmung in seinen Reihen unruhig, und das Gefühl der Sinnlosigkeit eines weiteren Kampfes wächst.

Im vierten Kriegsjahr befanden sich Großbritannien, Frankreich und Italien in einer schwierigen wirtschaftlichen und ernährungstechnischen Lage, waren aber nicht erschöpft. Obwohl die Bevölkerung dieser Länder, vor allem Italiens, große Entbehrungen hinnehmen musste, wusste sie nicht, was Hunger war. Die Beziehungen zu den Kolonien waren durch den U-Boot-Krieg angespannt, aber Großbritannien und Frankreich erhielten weiterhin strategische Rohstoffe, Lebensmittel, Arbeitskräfte und Soldaten aus den Kolonien.

In Bezug auf militärische Ausrüstung, Artillerie, Panzer und Flugzeuge waren die britischen, französischen und amerikanischen Armeen den deutschen Armeen nun weit überlegen. Die Vereinigten Staaten, die über enorme wirtschaftliche und menschliche Ressourcen, einen mächtigen Industriemassstab und Finanzinstrumente verfügten, unterstützten Großbritannien und Frankreich weiterhin.

Dennoch war die Frage der Truppenstärke in Frankreich sehr akut und in England sehr ernst, da die Entente zu diesem Zeitpunkt keine Truppen an die Front schicken konnte, die der Zahl der deutschen Truppen

entsprachen. Im März 1918 befanden sich 329.000 amerikanische Soldaten in Frankreich. Von ihnen befindet sich nur eine Division an der Front, während die übrigen ihre Ausbildung im Hinterland beenden. Doch die alliierten Armeen wuchsen, und Ende Juli hatte die Zahl der amerikanischen Soldaten in Frankreich 897.000 erreicht, so dass die Zahl der amerikanischen Soldaten an der Front ständig zunahm. In Deutschland ging die Zahl der Soldaten zurück, und die Unterstützungskräfte gingen zur Neige.

Die deutsche Führung beeilte sich, die anglo-französischen Truppen an der Westfront vor dem Aufmarsch der großen amerikanischen Armee zu besiegen und führte zwischen März und Juli 1918 vier Angriffe durch: vom 21. März bis zum 4. April Arras und gegen die britische Armee an der Front zwischen La Fere, vom 9. April bis zum 1. Mai gegen die britische Armee in der Region der Lys in Flandern, vom 27. Mai bis zum 5. Juni entlang der Ufer der Flüsse Zia und Oise bis in die Region von Chemin -des-Dames, vom 15. Juli bis zum 17. Juli November griff er die französische Armee in der Champagne und an der Marne an. Bei jedem dieser Angriffe konnte das deutsche Heer die gegnerische Front durchbrechen und einen taktischen Sieg erringen, der jedoch den Verlust von Hunderttausenden von Menschen zur Folge hatte. Der dritte Angriff führte dazu, dass die deutschen Truppen in das Gebiet der Marne vorstießen und, nur 70 km von Paris entfernt, Paris mit Hilfe von Fernwaffen einnahmen. All diese taktischen Erfolge der deutschen Truppen waren jedoch nur vorübergehende Erfolge und lösten nicht die strategische Aufgabe, die Alliierten zu besiegen; im Laufe des Krieges wurden die letzten personellen Reserven der deutschen Führung allmählich aufgebraucht, was die körperliche und geistige Stimmung der deutschen Soldaten völlig verdarb.

Die enorme Gefahr, die zu diesem Zeitpunkt entstand, zwang die Alliierten, ihre Differenzen über die Bildung eines einzigen alliierten Kommandos rasch beizulegen und der Ernennung von General Foch zum Oberbefehlshaber der alliierten Armeen zuzustimmen.

Im Juli 1918 war die erschöpfte und frustrierte deutsche Armee nicht mehr in der Lage, nicht nur anzugreifen, sondern sich auch über

längere Zeiträume zu verteidigen.

Am 18. Juli 1918 schlug die französische Armee die deutschen Truppen, und Anfang August, im Mai-Juni 1918, wurden die meisten der von den Deutschen besetzten Gebiete zurückerobert. Am 8. August 1918 griffen die Alliierten die deutschen Truppen bei Alevan an. Mitte September fand eine neue Offensive in der Gegend von San Miel statt, und Ende des Monats unternahmen die alliierten Armeen eine Generaloffensive. In der Zeit vom 8. August bis zum 8. September 1918 nahmen die alliierten Armeen mehr als 150.000 deutsche Soldaten gefangen, und die Offiziere erbeuteten über 2.000 Kanonen und 13.000 Maschinengewehre. Die feindlichen Siege beschleunigten den Zerfall der deutschen Armeen und ihre Revolution, und die deutschen Soldaten begannen, den Befehlen nicht mehr zu gehorchen.

Das Oberkommando des deutschen Heeres verheimlichte der Regierung und den politischen Parteien im Reichstag weiterhin, dass es die Entscheidungsschlacht verloren hatte. Im Gegenteil, die Oberste Heeresleitung verkündete, dass sie gewonnen habe.

Erst Ende September erkannten Lutendorff und Hindenburg, dass die deutsche Armee keinen Widerstand mehr leisten konnte. Hindenburg und Lutendorf forderten die Regierung auf, dringend einen vorläufigen Versöhnungsakt zu vereinbaren und wiesen darauf hin, dass die Fortsetzung des Krieges zur Gefangennahme der Armee oder zur Verlegung des Krieges auf deutsches Gebiet führen könnte.

Am 30. September 1918 wurde in Deutschland eine neue "parlamentarische" Regierung unter dem liberalen Prinz Max von Baden gebildet. An dieser Regierung sind auch die Sozialdemokraten beteiligt. Nach Ansicht der deutschen Imperialisten und Sozialchauvinisten sollte dieser politische Schachzug ihre Verhandlungen mit dem Feind erleichtern und das Kaiserreich retten.

Die "parlamentarische" Regierung, in der die Sozialchauvinisten Scheidemann und Bauer eine wichtige Rolle in der Regierung des Prinzen von Baden spielten, machte es sich zur Aufgabe, die besetzten Gebiete im Osten zu erhalten, die wachsende Revolution im Lande zu unterdrücken und die Monarchie in Deutschland zu bewahren. Max Badinsky und die

Führer der Sozialdemokratie erklärten sich ebenfalls bereit, auf den Thron Wilhelms II. und des Prinzen zu verzichten, wenn sie nicht einen anderen Weg finden würden, die Hohenzoller-Dynastie zu erhalten und akzeptable Bedingungen für eine vorübergehende Aussöhnung zu erreichen.

Die neue Regierung sandte am 4. Oktober eine Note an Präsident Wilson, in der sie um einen vorübergehenden Waffenstillstand bat, "um weiteres Blutvergießen zu verhindern", und Deutschland stimmte einem Waffenstillstand unter den von Wilson gestellten 14 Bedingungen zu.

Berlin und Washington schrieben sich gegenseitig Notizen. Bis zur Absetzung Wilhelms II. und der Unterstellung des deutschen Oberkommandos unter die politische Autorität machten die Alliierten deutlich, dass sie keinen formellen Verhandlungen zustimmen würden. Am 26. Oktober wurde Lutendorff des Landes verwiesen.

Wilhelm II. hält es für gefährlich, in der Hauptstadt zu bleiben, und begibt sich am 30. Oktober in seine Residenz in der Hindenburg. In der Überzeugung, dass die Sieger die deutsche Armee in die Enge getrieben hatten und die Revolution in Deutschland beginnen konnte, dachten sie nicht an Krieg, sondern an die Niederschlagung der Revolution in Deutschland. Die Alliierten weigern sich, vorbereitete Offensivschlachten zu beginnen, die mit der Gefangennahme der gesamten deutschen Armee enden sollten. Die Alliierten beschlossen, die deutsche Armee zu behalten, weil sie die kaiserliche Armee als die Armee ansahen, die zur Niederschlagung der Revolution in Deutschland benötigt wurde.

Während die Waffenstillstandsverhandlungen liefen, begannen die Verbündeten Deutschlands, sich nach und nach aus den Reihen der kriegführenden Staaten zurückzuziehen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1918 befand sich Bulgarien in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Die Wirtschaft des Landes ging völlig unter. Die Massen und die Armee waren hungrig und brauchten alles, was sie brauchten. Die Konflikte zwischen dem bulgarischen Militär, der Bourgeoisie und den bulgarischen Verbündeten eskalierten wegen Deutschland und Rumänien, der Dobrudscha, der Teilung Österreich-Ungarns und Serbiens sowie der Türkei und Ostthrakien. Deutschland stellte die Versorgung der bulgarischen Armee

mit Waffen, Munition und Ausrüstung ein. Hungernde Soldaten flohen aus vielen Armeen, oft aus Regimentern, in denen Soldaten gegen den Krieg kämpften.

Am 15. September griff die alliierte Armee von Thessaloniki die Hauptkräfte der bulgarischen Armee in der Region Dobropolski an. Die Front wurde durchbrochen, und die bulgarische Armee wurde umzingelt und gefangen genommen. Die bulgarischen Truppen begannen sich zurückzuziehen und drängten die sie blockierenden Kadetten- und Kavallerieabteilungen zurück. Soldaten: "Auf nach Sofia!" "Tod denjenigen, die für die Niederlage verantwortlich sind!", riefen sie gestern. Auf dem Weg nach Sofia begannen die Soldaten, Bataillone zu bilden. Deutschland hat Truppen von der Krim nach Bulgarien geschickt, um die Revolution in Bulgarien niederzuschlagen und die Coburger Dynastie zu retten.

wird in Rodomyr die Republik ausgerufen. Aus Angst vor einem Aufstand der Soldaten, die sich auf den Weg nach Sofia machen, bricht die bulgarische Regierung die Beziehungen zum deutschen Block ab. Am 29. September akzeptiert die alliierte Führung die Bedingungen eines vorläufigen Waffenstillstands mit Bulgarien, in dem sie sich verpflichtet, alle von Bulgarien, Serbien, Griechenland und Rumänien besetzten Gebiete zu befreien. Die alliierten Armeen übernahmen die vollständige Kontrolle über die bulgarischen Verkehrswege und überquerten die zersplitterte österreichisch-ungarische Grenze.

Nach Bulgarien war nun die Türkei an der Reihe. Im Oktober 1918 wurde die türkische Armee in Palästina und Syrien besiegt. Am 31. Oktober unterzeichnete die Türkei in Mudros einen Kapitulationsvertrag mit den Briten. Die Alliierten übernahmen die Kontrolle über alle Eisenbahnen, Häfen und Wasserwege der Türkei und nutzten sie zur Verstärkung ihrer Intervention in Sowjetrußland. Im Oktober 1918 begann die österreichisch-ungarische Monarchie aufgrund der scharfen Klassen- und Nationalitätenkämpfe im Lande und der ständigen Schläge an den Fronten zu zerfallen. Der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch, der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen einigen Ländern, die Hungersnot, die Flucht der untergehenden Besatzungsarmee aus der Ukraine, die

Niederlage an der italienischen Front, die Niederlage der österreichisch-ungarischen Verbündeten an den Fronten - all dies ist neu. nationale Befreiungsbewegung, Bühne. Sie begannen, ihr eigenes unabhängiges politisches Leben aufzubauen, indem sie die Parolen des Rechts der unterdrückten Völker Österreich-Ungarns auf Selbstbestimmung verwirklichten.

Am 14. Oktober 1918 begann in Prag ein politischer Generalstreik. Dieser Streik breitete sich auf die gesamte Tschechische Republik aus und wurde zu einer nationalen Befreiungsrevolution gegen die österreichische Herrschaft. Mitte Oktober übernahm der Nationalrat der Serben, Kroaten und Slawen in Zagreb, einer Region der südslawischen Länder, die Macht. Die Bevölkerung der Bukowina rebellierte und bildete in Chemivsi ein eigenes Machtorgan - den Volksrat, der am 3. November beschloss, sich der Ukraine anzuschließen. In der gesamten Slowakei setzte eine starke Volksbewegung ein.

Die gesamte galizische Revolution stand in Flammen und warf die österreichische Unterdrückung ab. Die Massen forderten die Wiedervereinigung Galiziens mit der Sowjetukraine. Doch die Ukrainer schufen die bürgerlich-separatistische nationalistische Volksrepublik Westukraine, um dies zu verhindern.

Am 28. Oktober erklärt der tschechische Nationalrat in Prag die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei. In der Nacht zum 31. Oktober besetzten die aufständischen Arbeiter von Budapest alle zentralen Regierungsstellen und strategischen Punkte der ungarischen Hauptstadt und riefen einen landesweiten Streik aus.

Die bürgerlich-demokratische Revolution siegt in Ungarn. Nachdem die lokale Macht in die Hände der Nationalräte übergegangen war, lösten sich alle ehemaligen Königreiche in Österreich von Wien und begannen unabhängig zu leben.

Bereits am 21. Oktober erklärten sich die österreichischen Abgeordneten zur Provisorischen Nationalversammlung von Österreich. Alle nationalen Regierungen forderten den Rückzug ihrer Truppen von der Front.

Am 29. Oktober fand auf fast allen Schiffen der österreichisch-

ungarischen Flotte ein Aufstand der Matrosen statt. Mit der Kampfkraft des österreichisch-ungarischen Imperialismus endete die Flotte, die dem Südslawischen Nationalrat in Zagreb übertragen wurde, und die Weltflottille in Ungarn.

Das österreichisch-ungarische Reich zerfiel unter dem starken Druck der nationalen Befreiungsrevolution in einzelne Nationalstaaten. Die Versuche von Kaiser Karl, diese Spaltung durch Reformen zu überwinden, blieben erfolglos. In diesem Kontext startete Italien am 24. Oktober seine letzte Offensive gegen die praktisch zersplitterte österreichisch-ungarische Armee.

Ungarische, tschechische, südslawische, ukrainische und rumänische Soldaten gingen an die Front und weigerten sich zu kämpfen. In den Regimentern bildeten sich Sowjets der Soldatendeputierten. Das Kommando der österreichisch-ungarischen Armee unterzeichnete die Kapitulationsurkunde und übergab die verbliebene Armee an die Italiener.

Durch den Waffenstillstand wurden die Alliierten zu vollständigen Eigentümern des Landes. Das anglo-französisch-italienische Korps bedroht Deutschland nun sowohl von Süden als auch von Südosten her.

Das deutsche Kommando setzte seine abenteuerliche Politik fort. Am 30. Oktober erhält das deutsche Militärgeschwader in Kiel den Befehl, in See zu stechen und die britische Flotte anzugreifen. Als Reaktion auf dieses absurde Abenteuer riefen die Matrosen am 3. Oktober einen Aufstand in Kiel aus.

Am 4. November hatte der Aufstand die gesamte Flotte erfasst. Dies war das Signal für den Beginn einer Revolution in Deutschland. Innerhalb weniger Tage breitet sich die Revolution über das ganze Land aus. Die deutschen Arbeiter zogen in den Kampf gegen die Kaiserimperialisten.

Die Truppen hinter der Front stellten sich auf die Seite der aufständischen Massen. Die Versuche des Kaisers und des Oberkommandos, die begonnene Revolution mit Hilfe der von der Front herangezogenen Divisionen zu unterdrücken, scheitern. Wilhelm II. flüchtet nach Holland.

Am 9. November findet in Berlin eine Revolution statt, und am 10. November geht die Macht in die Hände der rechten Sozialdemokraten unter

der Führung von Ebert über. Am 6. November 1918, mitten im Ausbruch der Revolution, schickte die Regierung von Max Baden eilig eine Delegation zum alliierten Kommando, um einen vorläufigen Waffenstillstand zu schließen.

Am 11. November 1918 akzeptiert Marschall Foch die Bedingungen eines vorläufigen Waffenstillstands mit der deutschen Delegation in seinem Wagen im Bahnhof von Retoid im Compenian-Wald. Unter diesen Bedingungen waren die von den Deutschen besetzten französischen Departements gezwungen, Belgien, Luxemburg und die deutschen Rheinprovinzen innerhalb von 15 Tagen zu evakuieren.

Deutschland verpflichtete sich, alle Truppen aus der Türkei, Rumänien und Österreich-Venetien sowie aus seinen afrikanischen Kolonien abzuziehen.

Deutschland sollte einen Teil seiner Waffen an die Alliierten abliefern, darunter 5.000 Lokomotiven, 150.000 Waggons, 3.000 Lastwagen usw.

Der Erste Weltkrieg endete mit der Unterzeichnung des Vorläufigen Versöhnungsvertrags. An diesem Krieg waren 38 Länder mit einer Bevölkerung von mehr als einer halben Milliarde Menschen beteiligt, und 74 Millionen Menschen wurden für den Krieg mobilisiert. Die Menschheit hat unter den Folgen dieses aggressiven Krieges sehr gelitten. 10 Millionen Menschen starben und 20 Millionen wurden zu Invaliden.

Dieser Krieg verschlang enormen materiellen Reichtum in Form von 208 Milliarden Dollar an direkten Militärausgaben. Deutsche Revolutionshistoriker in ihren Studien sowie Generäle und Politiker in vielen Memoiren argumentieren, dass Deutschland als Folge der Revolution vom November 1918 besiegt wurde, als ob die Revolution ein Dolch im Rücken des siegreichen Deutschlands des Krieges gewesen wäre.

Die Hauptgründe für die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten waren:

1. Die Länder, die auf der Seite der Alliierten kämpften, verfügten im Vergleich zu Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien über enorme wirtschaftliche Ressourcen und Humanressourcen. Unter den Bedingungen eines langwierigen Krieges begannen daher die Front und die

Nachhut der Länder des "Viererbundes" früher zu schwächeln. Er wird seiner Verbündeten mehr und mehr überdrüssig. Das Gesamtverhältnis der Entente-Armee war zwangsläufig besser als das der Alliierten, und so war es auch. Ein Beispiel: Die Entente verfügte über 48.355.000 Soldaten und Offiziere, die es ihr ermöglichten, 525 Divisionen zu bilden. Der Viererbund rekrutierte 25.160.000 Soldaten und Offiziere und stellt 372 Divisionen auf. Die Entente hatte einen mehr als zweifachen Vorteil in der Luftfahrt. Die Überlegenheit der Entente sowohl im militärischen als auch im wirtschaftlichen Bereich sowie die Tatsache, dass Deutschland und die gesamte "Vierer-Allianz" den Krieg an zwei langen Fronten führten, führten also unweigerlich zu ihrer Niederlage.

2. Die politische Falle des deutschen Imperialismus - die reaktionärste halbabsolutistische Monarchie, die infolge der politischen Vorkriegskrise der Junta zusammenzubereiten begann - hat den schweren Prüfungen des vierjährigen Weltkrieges und der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht standgehalten. Die enorme Kriegslast, die dem deutschen Volk von den deutschen Imperialisten aufgebürdet wurde, hat dazu geführt, dass die revolutionäre Krise, die durch den Krieg selbst, durch die mächtige Arbeiterbewegung und die großen revolutionären Traditionen entstanden ist, Deutschland mehr als jedes andere Land getroffen hat. Indem die deutschen Imperialisten eine Intervention gegen Sowjetrußland starteten und es offen zwangen, einen räuberischen, annekierenden Friedensvertrag zu akzeptieren, haben sie dem deutschen Volk ihre Pläne offenbart und damit seine Zerstörung beschleunigt.

3. Die militärische Theorie, Strategie und Taktik des deutschen Imperialismus ist falsch. Er ist insofern falsch, als der deutsche Imperialismus die Kräfte der feindlichen Mächte zu sehr verstärkt, es gab nicht genug Schätzungen, um diese Theorie und Taktik des Krieges zu beschleunigen, die Feinde von ihnen einzeln, vor allem im Westen Frankreichs, nach dem Sieg Russlands im Osten, so dass er plante, einen langen Krieg an zwei Fronten avontyristisch loszuwerden, basierte auf Annahmen. Die politischen Führer des deutschen Oberkommandos der Armee und der deutschen Schliffenning fallen in die Fänge einer falschen Doktrin, denn diese falsche Doktrin entspricht nicht ganz den Bedingungen

der Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts, und die deutschen Streitkräfte und die Volkswirtschaft. Wir könnten ähnliche Ziele setzen, um wirtschaftliche Chancen in Deutschland zu erreichen, nicht gab es keine militärischen und politischen Optionen.

Testfragen:

1. Was ist der Inhalt der Open Policy Doors?
2. Was ist der Grund und das Ergebnis des Krimkriegs von 1853-1856?
3. Im Vertrag von San Stefano , der am 19. Februar 1878 unterzeichnet wurde, wurde die Unabhängigkeit welchen Balkanstaates anerkannt?
4. Was wissen Sie über die Diplomatie von Otto von Bismarck?
5. Welche Ereignisse verschärften die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts?
6. Zwischen welchen Ländern wird das "Beitrittsabkommen" geschlossen?
7. Erzählen Sie uns etwas über den deutschen Schlieffenplan im Ersten Weltkrieg!

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IN DEN 20-30 JAHREN DES XX JAHRHUNDERTS PLANEN:

1. Die Folgen des Ersten Weltkriegs und des Versailler Vertrags.
2. Konferenz in Washington.
3. Die Entstehung des Neun-Staaten-Vertrags und China.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: Pariser Friedenskonferenz.
"Transparente Diplomatie". Vertrag von Versailles. Der Völkerbund.
Washingtoner Konferenz. Dairen-Konferenz. Vereinbarung der Vier. Fünf
Dinge. Vertrag der Neun. Politik der offenen Tür.

FOR AUTHOR USE ONLY

Die Folgen des Ersten Weltkriegs und des Versailler Vertrags.

Das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt nach dem Ersten Weltkrieg spiegelt die Widersprüche im System der internationalen Beziehungen wider, das sich nach dem Krieg herausgebildet hat.

Unter den Großmächten haben sich bedeutende Verschiebungen ergeben. Der Zusammenbruch der Weltmacht Deutschland einerseits und das Auftreten der Vereinigten Staaten als aktiver Anwärtler auf die Weltherrschaft andererseits waren die bedeutendsten dieser Veränderungen. Die USA versuchten, ihre Position als globaler Kreditgeber zu nutzen, um den Wettbewerb mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Japan zu gewinnen.

Großbritannien behielt nach dem Krieg seinen Status als großer Staat, obwohl die Vereinigten Staaten es zurückdrängten. Deutschland war nicht länger sein Rivale auf See und auf den Weltmärkten. Im Nahen Osten kontrollierte Großbritannien einen Großteil des "Erbes" des Osmanischen Reiches.

Die Position Frankreichs war ebenfalls sehr stark. Premierminister Clemenceau stützt sich auf eine Armee von fast zwei Millionen Mann. Marschall Foch hatte es nicht eilig, diese Armee zu demobilisieren. Clemenceau vertritt das Bedürfnis nach französischer Sicherheit und versucht mit seiner Diplomatie, Deutschland die Möglichkeit zur Revanche zu nehmen und Frankreichs Vorrang in Europa zu behaupten. Auch Italien, Japan und andere Länder haben ihre eigenen Interessen. Obwohl sie in der Liste der "Großmächte" aufgeführt sind, ist ihr Einfluss gering und nur bei der Lösung lokaler Probleme spürbar.

Das System der internationalen Nachkriegsbeziehungen beruhte auf den Beschlüssen der Pariser Friedenskonferenz (18. Januar 1919 - 28. Juni 1919) und der Washingtoner Konferenz (12. November 1921 - 6. Februar 1922).

An der Pariser Konferenz nahmen Vertreter aus 27 Ländern teil. Die Konferenz wurde als Beispiel für eine "offene Diplomatie" angekündigt. Außer Deutschland und Sowjetrußland trafen mehr als tausend Delegierte in Paris ein.

Während der Vorbereitung und zu Beginn der Konferenz wurde viel

über die "14 Punkte" des amerikanischen Präsidenten W. Wilson gesprochen. Trotz der Behauptung, man wolle die "Geheimdiplomatie" aufgeben und einen "gerechten Frieden" schaffen, waren die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz das Ergebnis von geheimen Kompromissen zwischen den Großmächten, vor allem Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich.

Als eines der ersten Themen wurde die Frage einer internationalen Organisation erörtert. Es wurde eine Resolution zur Gründung des Völkerbundes verabschiedet. Die Frage nach der Notwendigkeit einer solchen Organisation wurde schon vor dem Ersten Weltkrieg aufgeworfen. Während des Krieges wurden seine Projekte von verschiedenen Gruppen und sogar von Regierungskommissionen aus Großbritannien, den USA und Frankreich entwickelt. Das Projekt zur Gründung des Völkerbundes wurde von US-Präsident Woodrow Wilson nach Paris gebracht.

Auf der Pariser Konferenz wurde eine Sonderkommission unter der Leitung von Wilson eingesetzt, die die Charta des Völkerbundes ausarbeiten sollte. Dieses Dokument basierte auf einem gemeinsamen Projekt der Briten und Amerikaner.

Am 13. Februar 1919 war das Statut des Völkerbundes fertig und wurde am nächsten Tag von Wilson der Konferenz vorgelegt. Die Charta besteht aus 26 Klauseln, in denen die Pflichten und Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Völkerbundes, die Grundsätze der Arbeit der Organisation und ihre Struktur festgelegt sind. Die wichtigsten Organe der Liga waren die Generalversammlung, die Versammlung und der Rat. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Die Mitglieder der Liga verpflichteten sich, die internationalen Beziehungen in voller Transparenz zu pflegen, die Normen des Völkerrechts zu beachten, die territoriale Integrität und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Mitglieder der Organisation zu respektieren und zu wahren.

Sie sollte den Kolonialismus bewahren. Um ihn zu verschleiern, wurde ein System von Mandaten geschaffen.

Es wurden viele Fragen im Zusammenhang mit der Regelung der Nachkriegssituation erörtert. Die wichtigste Frage war jedoch die nach dem

Schicksal Deutschlands. Die Vertreter dieses Landes waren nur nach Paris gerufen worden, um einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Am 28. Juni 1919 unterzeichnete die deutsche Delegation im Schloss von Versailles den Friedensvertrag, das wichtigste Dokument zur Schaffung eines Nachkriegsfriedens. Später wurden getrennte Friedensverträge mit Österreich und Ungarn unterzeichnet, da Deutschlands Verbündete - Bulgarien, die Türkei und Österreich-Ungarn - sich auflösten. Jeder Vertrag sollte mit der Charta des Völkerbundes beginnen. Die Aufteilung der deutschen Kolonien (die so genannte Vormundschaft) wurde als "heilige Mission der Zivilisation" proklamiert, um Völkern zu helfen, die "sich nicht selbst regieren konnten".

Im Allgemeinen verlor Deutschland durch den Versailler Vertrag den größten Teil seines Territoriums. Deutschland erkannte die Unabhängigkeit Polens, der Tschechoslowakei und Luxemburgs an und verpflichtete sich, die Unabhängigkeit Österreichs "streng zu respektieren". Im Umkreis von 50 km um das linke Rheinufer wurde das deutsche Territorium in eine kampffreie Zone umgewandelt. Die deutschen Kolonien wurden (in Form von Mandaten) zwischen Frankreich, Japan, Belgien, Portugal, Großbritannien und dessen Besitzungen aufgeteilt.

Der Vertrag von Versailles sah auch die Abrüstung Deutschlands vor. Deutschland wurde auch für die Auslösung des Zweiten Weltkriegs und die von ihm verursachten Schäden verantwortlich gemacht. Um "alle Verluste und Schäden" der Alliierten zu decken, wurde in Deutschland eine Rechtsgrundlage für die Zahlung von Reparationen geschaffen. Als Garantie für die vollständige Einhaltung des Vertrages durch Deutschland besetzten die Alliierten 1919 die Gebiete westlich des Rheins für einen Zeitraum von 15 Jahren.

Washingtoner Konferenz. Das britische Empire kann die amerikanische Regierung nicht benutzen. Am 10. Juli 1921 kündigt der US-Außenminister die Hundert-Zukunfts-Konferenzen an. Es war geplant, dass die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande, Portugal und China zu der Konferenz eingeladen werden sollten. Deutschland und die Sowjetunion wurden ebenfalls nicht zur Washingtoner Konferenz eingeladen. Daraufhin legte die sowjetische

Regierung einen formellen Protest ein. In einer Note des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vom 19. Juli 1921 erklärte die sowjetische Regierung, dass sie gegen ihren Ausschluss von der Konferenz sei. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten beanstandete auch die Abwesenheit der Fernöstlichen Republik, die 1920 zwischen Japan und der RSFSR gegründet worden war.

Am 11. August 1921 wurden die offiziellen Einladungen an alle Länder verschickt. Die amerikanische Presse berichtet, dass neben allen Fragen auch die Intervention Japans in Sibirien erörtert werden soll.

Dairen-Konferenz. Amerika war misstrauisch gegenüber den japanischen Bewegungen in Ostsibirien. Im April 1920 war geplant, alle ausländischen Streitkräfte hierher zurückzuziehen. Japan entschied sich jedoch anders. Als die amerikanischen Fallschirmjäger in der Nacht zum 5. April Wladiwostok verließen, griff Japan plötzlich die russischen Garnisonen in Primorje an und besetzte das Gebiet. Im Juli 1921 reiste eine amerikanische Mission unter der Leitung von Abbot in die UdSSR (Fernöstliche Republik). Bald darauf erschien ein inoffizieller amerikanischer Diplomat in Tschita.

Japan beschloss, seine Rivalen zu überholen, da es auf der Washingtoner Konferenz öffentliche Schuldzuweisungen für sein Vorgehen in Ostsibirien befürchtete. Aus Besorgnis über die Ankunft von Smith in Tschita lud Japan gestern Abend den amerikanischen Botschafter ein, um gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Dadurch wurde die Vereinbarung geheim gehalten.

Am 26. August 1921 begannen die Verhandlungen in Dairen. Die amerikanische Delegation unter der Leitung von E. N. Petrov verlangte von Japan die sofortige Evakuierung der japanischen Truppen. Lange Verhandlungen begannen.

Im Oktober 1921 stellte die japanische Delegation ein Ultimatum an die UdSSR. Es besteht aus 17 Punkten und 3 versteckten Punkten. Die Annahme des Ultimatums bedeutet, dass die UdSSR in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom japanischen Staat gerät. In 15 Punkten wurde Japan außerdem verpflichtet, den Norden Sachalins für 15 Jahre zu pachten.

Die geheimen Punkte deuteten darauf hin, dass die japanische

Regierung ihre Streitkräfte jederzeit aus dem Fernen Osten abziehen würde. Die USHR-Delegierten weigerten sich, solche Forderungen zu akzeptieren. Japan wollte sich jedoch nicht auf den Vorwand berufen, dass es die Beziehungen zu den USA auf der Washingtoner Konferenz aus eigenem Verschulden nicht verbessern konnte, und die USA setzten die Verhandlungen fort. Als die Washingtoner Konferenz eröffnet wurde, war die Dayren-Konferenz bereits in vollem Gange.

Am 12. November 1921 wurde die Washingtoner Schiffahrtskonferenz eröffnet. Die Versammlungen in Washington wurden für offen und öffentlich erklärt. Jede Rede der Delegierten wurde sofort in der Zeitung veröffentlicht. Hunderte nahmen als US-Delegierte teil. Die Vereinigten Staaten wurden auf der Konferenz durch eine Delegation von 100 Sekretären vertreten und zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt.

Die britische Delegation wurde von Balfour geleitet. Die Dominions und Indien waren unabhängig voneinander vertreten, insgesamt nahmen 4 Staaten an der Konferenz teil.

Die französische Delegation wurde von Premierminister Bryan geleitet. Bei der ersten Sitzung der Konferenz kam es zu einem Konflikt. Bryans Platz war nicht in der Mitte des Tisches, die Amerikaner und die Briten nahmen die zentralen Plätze ein. Also musste er sich an den Rand des Tisches setzen. Am Ende der Sitzung wurde der britische Botschafter abberufen und durch Brian ersetzt. Die französischen Delegierten waren überrascht, dass der Rückgang des französischen Ansehens in diesem Konflikt legitim war. Sto wurde der erste Redner. Er schlug im Namen der amerikanischen Delegation auf der Konferenz vor, den Bau mächtiger Kriegsschiffe einzustellen, eine bestimmte Anzahl alter Schiffe aus dem System zu nehmen und eine bestimmte Tonnage für ihre Linienschiffe zu organisieren.

Hundert Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens schlug er vor, keine Linienschiffe mehr zu bauen, sondern nur noch solche, die zerstört wurden, und eine Gesamttonnage von 500.000 für die größte Flotte Großbritanniens, 500.000 für Amerika und 300.000 für Japan festzulegen. Jeder neue Linker (Schiff) darf 35.000 Tonnen nicht überschreiten, die

Tonnage der leichten Schiffe wurde auf 450.000 für England und Amerika und 270.000 für Japan festgelegt. Schließlich wurde die Tonnage von U-Booten auf 90.000 für Amerika und England und 40.000 für Japan festgelegt. Der Hauptzweck des amerikanischen Vorschlags war klar: Die britische Marine begann, die Tonnage ihrer Seestreitkräfte zu erhöhen, um ihre Seemacht zu überholen.

Auf Ersuchen von Hughes musste Großbritannien einer dreimonatigen Vereinbarung zustimmen, den Bau der Linienschiffe einzustellen, 19 von ihnen aus dem System zu entfernen und 22 zu behalten. Amerika musste den Bau einstellen, 30 Schiffe aus dem System entfernen und 18 behalten, während Japan gezwungen war, den Bau von 8 Schiffen zu verweigern, 7 neue Linker zu zerstören, 10 alte Schiffe zu vernichten und die Anzahl der großen Schiffe auf 10 zu erhöhen.

Dieses Gesicht erregte Aufsehen. Ein Zeuge sagte, der britische Admiral Beatty habe die Beherrschung verloren, als der 100-Jährige sagte, England solle aufhören, Schiffe wie der König zu bauen. Georg V.

Auf seiner regulären Sitzung am 15. November stimmte Balfour den Forderungen und Vorschlägen der British Hundred zu. Am Ende der Sitzung ertönten "A Hundred Praises" von Balfour Lloyd George. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass die britische Delegation beschloss, das amerikanische Projekt zu unterstützen. Großbritannien baute während des Zweiten Weltkriegs für viel Geld eine riesige Kriegsflotte für den Staat. Das Vereinigte Königreich reduzierte gerne die Zahl der Männer und Schiffe in der Flotte zu einem großen Teil. Er wollte auch starke Kriegsschiffe in der britischen Marine haben.

Baron Kato von Japan folgte Balfour. Er erklärte sich ebenfalls bereit, Japans Flotte zu verkleinern. Bryan, der französische Sprecher, stimmte ebenfalls zu, fügte aber hinzu, dass Frankreich mehr an Fragen im Zusammenhang mit der Beschränkung der Bodentruppen interessiert sei. Auf der Washingtoner Konferenz schienen sich die Staaten einig zu sein. Die japanische Delegation schlug 10:10:70 anstelle von 5:5:3 für die USA, Großbritannien und Japan vor. Die Amerikaner begannen zu drohen, dass Japan 4 Schiffe für jeden Japaner bauen könne, wenn es sich damit zufrieden gebe. Damals stimmte Japan einem amerikanischen Krieg unter

der Bedingung zu, dass die Vereinigten Staaten keinen Marinestützpunkt im Pazifik errichteten. The Hundred sagte, er sei sich nicht sicher, wie stark die Beziehungen zu den Hawaii-Inseln in Zukunft sein würden. Langfristige Geschäfte haben begonnen.

Drei Länder - die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan - beschlossen auf einer geschlossenen Sitzung, die Offenheit des Treffens bekannt zu geben. Nicht einmal Frankreich wusste davon. Trotz der aktiven Beteiligung Frankreichs blieben 10 gepanzerte Mannschaftstransporter mit einem Gewicht von je 35.000 Tonnen übrig. Italien forderte eine ähnliche Tonne.

Für Frankreich waren 175 Tausend Tonnen erforderlich. Im Anschluss an diese Diskussionen beantragte Frankreich die Absage der Konferenz. Nach diesen Diskussionen nahm das Projekt der Face die Form an:

USA - 525 Tausend Tonnen
England - 525 Tausend Tonnen
Japan - 315 Tausend Tonnen
Frankreich - 175 Tausend Tonnen
Italien - 175 Tausend Tonnen.

Die Diskussion war damit noch nicht beendet. Er nimmt weiterhin an Kommissionssitzungen und an geheimen Treffen teil. Großbritannien stimmte dem Vorschlag der Hundertschaft zu, weil die Vereinigten Staaten einem Abkommen mit Frankreich skeptisch gegenüberstanden. Die Bedeutung Englands nahm jedoch ab, nachdem die Hundertschaft das Angebot angenommen hatte. Großbritannien musste die Gleichwertigkeit seiner Streitkräfte mit denen der Vereinigten Staaten anerkennen. Die französische Armee war jedoch stark. Deshalb erklärte Großbritannien, dass es seine Armee nur dann abrüsten würde, wenn Frankreich seine Streitkräfte reduzierte. Amerika wollte die Verkleinerung der französischen Armee nicht. Denn die Rolle Großbritanniens in Europa wuchs. Der Zweck der amerikanischen Truppenreduzierung bestand jedoch darin, das amerikanische Militär zu schwächen.

"Für Frankreich gibt es keine größere Schande", sagt Brian. "Wenn es ein Land gibt, das für den Frieden kämpft, dann ist es

Frankreich." Er weigert sich, die Armee zu verkleinern. Er sagte, die Armee brauche sie, um Polen und Westeuropa vor den Bolschewiken zu schützen. Kato lehnte auch eine Reduzierung der japanischen Armee ab. Diese Position wurde von Belgien und Italien übernommen.

Am 13. Dezember 1921 wurde der erste Vertrag auf der Washingtoner Konferenz unterzeichnet. Es handelte sich um ein Vier-Staaten-Abkommen. Das Abkommen wurde für zehn Jahre unterzeichnet. Das Abkommen war eine Errungenschaft der amerikanischen Diplomatie. Nach der Unterzeichnung des Vertrages wurde der japanisch-britische Vertrag von 1911 geschlossen.

Am 6. Februar 1922 wurde ein weiteres Abkommen unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens erhielt Japan ein Mandat für die Karafuto-, Fazmozu- und Pescador-Inseln. Somit schützten vier Staatsverträge die Rechte der UdSSR und Chinas.

Am 4. Februar 1922 verkündet er dies feierlich gegenüber England, den USA, Frankreich, Japan, den Niederlanden und am 6. Februar gegenüber Portugal. Es wird gesagt, dass diese Staaten mit Respekt und Unterstützung von 4 Staaten behandelt werden werden.

Delegation der fernöstlichen Republik in Washington. Die Ankunft der fernöstlichen Delegation auf der Washingtoner Konferenz überraschte die Staaten. Inoffiziell wurde die Delegation von dem Vertreter des NKWD Jassikow geleitet.

Unmittelbar nach der Ankunft der Delegation veröffentlicht diese ein Memorandum. In dem Memorandum schreibt die Delegation, dass sie diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufnehmen und an einer Konferenz in Washington teilnehmen möchte, die die Evakuierung der japanischen Interventionsstreitkräfte zum Ziel hat. Die USA hatten keine Einwände gegen den Einsatz der USA gegen Japan. Gleichzeitig wollten die USA die USA jedoch nicht mit anderen gleichsetzen. Am 22. Dezember empfing die Hundertschaft eine Delegation aus der UdSSR. Die Delegation bat darum, bei der Konferenz anwesend zu sein. Jus versprach, ihnen in der Sibirienfrage zu helfen, weigerte sich aber, an der Konferenz teilzunehmen. Vor allem die Japaner und die Franzosen lehnten die Teilnahme der Delegation ab. Die Japaner stellten in Wladiwostok eine

Abteilung der Weißgardisten auf und schickten sie gegen die US-Delegation zur Konferenz.

Als Reaktion auf dieses Manöver veröffentlicht die japanische Delegation im Januar 1922 eine Reihe wichtiger aufschlussreicher Dokumente. Darunter befand sich ein Abkommen zwischen Japan und Frankreich über die Schaffung eines vollständig von Japan abhängigen Staates in der UdSSR. Es enthielt auch einen Vermerk, der Japans Geheimabkommen mit Frankreich vom 2. September 1921 bestätigte. Das Abkommen zwischen Frankreich, Japan und der Weißen Garde vom 12. März 1921 wurde ebenfalls veröffentlicht. Darin wurde vereinbart, dass die Regierungen Japans und Frankreichs die Wrangel-Armee auf das Gebiet der UdSSR absetzen und ihr beim Sturz der US-Regierung helfen würden. Als Gegenleistung sollte Japan die vollständige Vorherrschaft im Fernen Osten erhalten.

Die USSR-Delegation erregte damit offensichtlich großes Aufsehen. Die großen amerikanischen Zeitungen begannen, diese Dokumente immer wieder zu veröffentlichen. In Amerika forderte man eine Untersuchung dieser Fakten. Frankreich und Japan behaupteten, die Dokumente seien gefälscht. Senator Bor beharrte jedoch auf der Echtheit der Dokumente.

Am 23. Januar wurde das "Sibirische Problem" auf einer Sitzung der Fernostkommission der Konferenz vorgestellt. Der japanische Delegierte Saidhara sprach zuerst. Saidhara Dairen betonte, dass Japan keine Vorherrschaft im Fernen Osten anstreben sollte. Darüber hinaus hatte die Kommission 17 Forderungen Japans an die USSR. In seiner Rede sagte Saidhara, dass Japan die Unverletzlichkeit seiner Grenzen zu Russland respektiere. Er versprach erneut, dass Japan seine Truppen aus dem russischen Hoheitsgebiet abziehen werde. Der japanische Delegierte sagte jedoch nicht, wie lange dies dauern würde.

Am selben Tag gab der US-Delegierte eine Erklärung dazu ab. Die Delegation wies darauf hin, dass Japan bereits 1921 derartige Versprechungen gemacht und diese nicht eingehalten habe.

Am 24. Januar wandte er sich an die Fernostkommission. Die Vereinigten Staaten veröffentlichten ihre Note vom 31. Mai 1921. Hunderte

erklärten, die Vereinigten Staaten würden Japan weiterhin unterstützen. Nach der Rede des französischen Delegierten beschließt die Kommission, die Erklärung Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika in das Protokoll aufzunehmen und in der Plenarsitzung der Konferenz darüber abzustimmen. Das Sibirien-Problem ist gelöst. Die US-Delegation zeigt jedoch die Pläne der imperialistischen Staaten mit ihren Dokumenten auf. Dies führte zu Unstimmigkeiten zwischen den Staaten.

Fünf-Staaten-Abkommen. Die anschließende Arbeit der Konferenz verschärfte nur die Differenzen zwischen England und Frankreich. Nach langwierigen Verhandlungen unterzeichneten fünf Länder - die USA, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien - ein Abkommen zur Reduzierung ihrer Flotten. Dem Abkommen zufolge wurde eine 5:5:3:1,75:1,75-Flotte zwischen den genannten Staaten gebildet.

Nach der letzten Zählung sollte England 20 Schiffe mit einer Gesamtverdrängung von 558.950 Tonnen haben. 18 Schiffe an die USA 525850, 10 Schiffe an Japan 301320, 10 Schiffe an Frankreich 221170, 10 Schiffe an Italien 182800.

Auf der Washingtoner Konferenz wurden keine Beschränkungen für die Kreuzfahrt- und U-Boot-Flotte festgelegt.

Das Abkommen besagt, dass jeder Staat das Abkommen in Kriegszeiten aussetzen kann. Der Washingtoner Vertrag, der von den Vereinigten Staaten am 17. August 1923 ratifiziert wurde, betraf nur die Trennung der Seestreitkräfte.

Das Abkommen beendete die Differenzen zwischen den Staaten nicht. Im Gegenteil, es führte zu weiteren Unstimmigkeiten zwischen den Staaten.

Das Entstehen des Neun-Staaten-Vertrags und China. Die US-Regierung wiederholt die Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz zum Fernen Osten, um ihre Position im Pazifik und im Fernen Osten zu stärken, die Seerüstung zu "begrenzen", um die vorübergehende Vorherrschaft Großbritanniens und Japans in der Flotte zu verlieren und Zeit für eine forcierte Aufrüstung zu gewinnen, um die Niederlage auf der Pariser Konferenz zu rächen.

Der Präsident kam im März 1921 an die Macht. Sade -

Republikanische Regierung Jargon, um die Beschlüsse der Pariser Konferenz über die BBC zu revidieren - Fernost ist eines ihrer wichtigsten Ziele.

Die Vereinigten Staaten wollten die britische Seeherrschaft untergraben, das anglo-japanische Bündnis beenden, Japans wachsende Position in China untergraben und die Voraussetzungen für eine Unterwerfung Chinas durch die Vereinigten Staaten unter dem Deckmantel der "offenen Türen und der Chancengleichheit" schaffen.

Gestützt auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht nutzen die Vereinigten Staaten die Konflikte im Fernen Osten mit anderen kapitalistischen Staaten aus. Auf Initiative der Vereinigten Staaten wird eine neue internationale Konferenz, die Washingtoner Konferenz, einberufen. Die Konferenz dauerte vom 12. November 1921 bis zum 6. Februar 1922. An der Konferenz nahmen neun Länder teil: die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande, Portugal, Japan und China. Die Vereinigten Staaten spielten auch bei dieser Konferenz eine Schlüsselrolle.

Eines der wichtigsten Dokumente der Konferenz war der "Vier-Staaten-Vertrag", der am 13. Dezember 1921 von den USA, Großbritannien, Frankreich und Japan unterzeichnet wurde. Der Vertrag sah die Unverletzlichkeit der pazifischen Inseln dieser Staaten vor. Sie vereinbarten, sich gegenseitig zu konsultieren, falls ein anderer Staat die Inseln bedrohen sollte. Der Vertrag beendete das anglo-japanische Bündnis von 1902, das als gescheitert galt. Die Vereinigten Staaten erzielten damit einen großen diplomatischen Sieg, indem sie Großbritannien von Japan trennten.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Konferenz war der "Fünfstaatenvertrag", der am 6. Februar 1922 von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien unterzeichnet wurde. Darin erklärten sich die USA damit einverstanden, dass die britische Marine ihrer eigenen gleichwertig sein würde, dass die japanische Marine nicht größer als die US-amerikanische sein würde und dass Großbritannien und Japan keine Marinestützpunkte auf ihren Inseln im Pazifik errichten würden.

Ein weiteres Dokument der Konferenz war der Neun-Staaten-

Vertrag über China, der am 6. Februar 1922 angenommen wurde. In diesem Vertrag verpflichteten sich diese Staaten, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas anzuerkennen. Sie hielten sich an den Grundsatz der "Chancengleichheit" in China und verpflichteten sich, keine besonderen Privilegien und Rechte in China anzustreben und keine Einflussphären zu schaffen. Japan gab Shandong auf, England gab Wei Heiwei auf. Das Abkommen stärkte die so genannte Doktrin der "offenen Tür" und "Chancengleichheit" des US-Establishments in China. Die US-Imperialisten haben zusätzliche Möglichkeiten, in China einzudringen.

Die auf der Washingtoner Konferenz getroffenen Vereinbarungen wurden als "Washingtoner System" bezeichnet. Das Washingtoner System war eine Fortführung des Versailler Systems.

Das Versailles-Washington-System hat keine starken friedlichen Beziehungen zwischen den Ländern geschaffen. Die Ordnung des Kräfteausgleichs im Pazifik war absolut instabil.

In der kapitalistischen Welt gab es zwei unterschiedliche Tendenzen gegenüber Sowjetrußland: Die erste war die Tendenz, wirtschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland aufzubauen. Die meisten Staaten dieser Richtung hofften, dass das sowjetische Regime zerfallen und sich dann auflösen würde. Vertreter dieser Richtung waren (Lloyd George in England, Herriot in Frankreich, die Senatoren Bora, Wheeler und Goodrich in den USA). Die zweite Tendenz bestand darin, eine Gelegenheit zu finden und zu einer bewaffneten Intervention gegen Sowjetrußland überzugehen. Diese Tendenz hat sich von Zeit zu Zeit gezeigt. US-Präsident Harding, der Außenminister der Hundert, Churchill und Curzon in England, Clemenceau und Poincaré in Frankreich, Ludendorff in Deutschland und andere unterstützten diese Tendenz nachdrücklich. In der kapitalistischen Welt setzte sich die erste Tendenz gegenüber der zweiten durch.

So wurde auf der Washingtoner Konferenz der chinesischen Frage große Aufmerksamkeit gewidmet. Er weigerte sich, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, weil die ehemaligen deutschen Gebiete in China an Japan übertragen wurden. Die Konferenz befasste sich mit der Frage der Erschließung chinesischer Gebiete. Am Ende war Japan gezwungen, einige

Gebiete (Xingdao und Shandong) an China zurückzugeben.

Am 6. Februar 1922 unterzeichneten die Teilnehmer der Washingtoner Konferenz ein Abkommen über die Politik Chinas. Das Fünf-Nationen-Abkommen fordert die Wahrung der Integrität Chinas und eine Politik der "offenen Tür".

Die "21 Forderungen" Japans an China sind offiziell noch nicht aufgehoben. Die Japaner forderten, nicht zu "gelösten Problemen" zurückzukehren.

Die Großmächte wollten nicht, dass China gleichberechtigt ist, und wollten, dass es eine Kolonialmacht bleibt. Doch diese Staaten konnten den Befreiungskampf des chinesischen Volkes nicht aufhalten. Die Washingtoner Konferenz setzte der Teilung der Welt im Fernen Osten ein Ende. In diesem Sinne füllte er Versailles aus. Doch 1919 gelang es Frankreich und Großbritannien, die US-Diplomatie voranzutreiben. Auf der Washingtoner Konferenz hatte er einen erheblichen Vorteil. Der Schwerpunkt der Washingtoner Konferenz lag auf den großen Pazifikstaaten wie der UdSSR und China.

Auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland war China ein rückständiges, halbfeudales und halbkoloniales Land. Das Land wurde von der Bauernschaft und den Bauern beherrscht, und das Wirtschaftsleben, einschließlich des Handels, stand unter der Kontrolle und Abhängigkeit ausländischer Monopole. Doch als sich in China eine nationale Industrie zu entwickeln begann, entstand auch ein kapitalistisches System. Die Widersprüche zwischen der nationalen Bourgeoisie und dem ausländischen Kapital verschärfen sich, und die Reihen des Proletariats wuchsen. Neben der Textilindustrie entstanden im Land weitere Sektoren der Leicht- und Lebensmittelindustrie, und der Bergbau nahm zu. Die wirtschaftliche und politische Position der nationalen Bourgeoisie wurde gestärkt, feudale Verhältnisse und eine anti-ausländische kapitalistische Gesinnung wuchsen unter ihren führenden Vertretern, was die Entwicklung des Kapitalismus behinderte.

Der Sieg der Oktoberrevolution veränderte die internationale Lage in den Ländern des Ostens, einschließlich Chinas, grundlegend. Zu dieser

Zeit verstärkten die imperialistischen Staaten ihre Einmischung in die Angelegenheiten Chinas. Vor allem der US-Imperialismus versuchte, mit seiner Politik der "offenen Tür" und der "Chancengleichheit" den Handel und die Finanzen des Landes zu dominieren. Die USA und Japan nutzten die reaktionären Kreise der Regierung in Peking, um die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen (1919) zu stören und die antisowjetische Politik Chinas durchzusetzen. Der japanische und amerikanische Imperialismus und die doppelte Unterdrückung der lokalen Reaktionäre sowie die antisowjetische Politik empörten die breiten Massen des chinesischen Volkes.

Die breite nationale Befreiungsbewegung, die im Mai 1919 begann, richtete sich vor allem gegen den japanischen Imperialismus, der mit Hilfe der Vereinigten Staaten agierte. Sie wurde als 4.-5. Mai-Bewegung bekannt und markierte den Beginn einer neuen Ära im Freiheitskampf des chinesischen Volkes. Am 4. Mai 1919 protestierten 5.000 Pekingener Studenten gegen die Übertragung von Konzessionsrechten in Shandong an Japan durch die Versailler Konferenz. Die "4.-5. Mai-Bewegung" der Studenten und 71 demokratischen Intellektuellen "Für die Chinesen!" stand unter dem Motto des Ungehorsams gegenüber Japan "21 Forderungen". Die Demonstrationen wurden von der Polizei und den Truppen niedergeschlagen. Diese Repressalien der Regierung gegen die Studenten führten zu einer weiteren Ausdehnung der Bewegung, ihrer Ausbreitung im ganzen Land und ihrer Organisation.

In einer Ansprache an die chinesische Regierung am 25. Juli 1919 erklärte die sowjetische Regierung feierlich ihre Bereitschaft, freundschaftliche Beziehungen zu China aufzunehmen, ungleiche Verträge, die zuvor mit China geschlossen worden waren, aufzugeben und die Gleichheit und Souveränität Chinas zu respektieren. Dieser Aufruf wurde von der chinesischen Bevölkerung mit großer Freude aufgenommen.

In Übereinstimmung mit dem Oktoberdekret und unter dessen direktem Einfluss wurde 1921 die Kommunistische Partei Chinas gegründet. Die Partei wurde auf der Grundlage marxistischer Kreise gegründet, die in den breiten Volksmassen aktiv waren. Am 1. Juli 1921 wurde in Shanghai der zweite Kongress der Kommunistischen Partei

Chinas eröffnet. Der Kongress verabschiedete die Charta der Partei. Er wählte die Führungsgremien, und auch die von Lenin VI. gegründete Kommunistische Internationale hatte einen großen Einfluss auf die Entstehung der Kommunistischen Partei Chinas.

Für diese Periode der chinesischen Geschichte nimmt auch die Washingtoner Konferenz von 1921-1922, die einen räuberischen Charakter hatte, einen besonderen Platz ein. Der "Neun-Staaten-Vertrag" auf dieser Konferenz erkannte offiziell die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas an. Die Politik der "offenen Tür" der USA blieb bestehen.

Der Zweite Kongress der Kommunistischen Partei Chinas (Mai 1922) verabschiedete eine Resolution und ein Manifest, in denen der Beitritt der Partei zur Komintern und die unmittelbaren Aufgaben der Partei festgelegt wurden. Das Erwachen der chinesischen Bauernmassen war eng mit den Aktivitäten der Kommunistischen Partei verbunden. Die Kommunistische Partei Chinas wählt den Weg, die fortschrittlichen Kräfte des Landes in einer Einheitsfront zu vereinen, und beschließt, sich der Kuomintang anzuschließen. Es war notwendig, die ideologische und organisatorische Unabhängigkeit der Partei zu bewahren und zu stärken.

Die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen spielten eine wichtige Rolle bei der Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und China. Die Diplomatie der Vereinigten Staaten, Japans und Frankreichs versuchte wiederholt, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Die chinesische Öffentlichkeit bestand jedoch auf einem chinesisch-sowjetischen Abkommen. Am 31. Mai 1924 wurde das sowjetisch-chinesische Abkommen unterzeichnet, das eine neue Ära in der Geschichte der internationalen Beziehungen des Landes einleitete. Zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte wurde ein Abkommen mit einer großen Nation auf der Grundlage von Gleichheit, gegenseitigen Interessen und Achtung der Souveränität geschlossen.

Testfragen:

1. Welche Staaten unterzeichneten den "Vertrag der Vier" im Rahmen der Washingtoner Konferenz und welche Ziele verfolgten sie damit?
2. Worin besteht der Unterschied zwischen den französischen, britischen und amerikanischen Projekten zur Gründung des Völkerbundes gemäß dem Vertrag von Versailles?
3. Warum wurde Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs das Recht eingeräumt, 100.000 Freiwillige zu unterstützen?
4. Welche Maßnahmen wurden am Ende des Ersten Weltkriegs gegen Österreich-Ungarn ergriffen?
5. Welche Gebiete wird Japan laut der Washingtoner Konferenz an China abtreten müssen?
6. Erzählen Sie uns etwas über den Zweck der Neun-Staaten-Verträge!

FOR AUTHOR USE ONLY

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IN DEN JAHREN DES ZWEITEN WELTKRIEGS. ENDE DES KRIEGES. PLAN:

1. Internationale Beziehungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.
2. Teilnahme der UdSSR am Zweiten Weltkrieg.
3. Das Bewusstsein für die radikale Wende und die historische Bedeutung der Schlachten von Stalingrad und Kursk.
4. Zusammenarbeit zwischen den Staaten der antifaschistischen Koalition nach einer radikalen Wende.
5. Militärische Operationen in Nordafrika.
6. Kapitulation Italiens und die Krise des faschistischen Blocks.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: A. Hitler. B. Mussolini. Münchner Abkommen. Weiss-Plan. Die repressive Politik von I. W. Stalin. Vertrag für 10 Jahre. Die Teilung Polens. Finnischer Krieg. "Dreierbund". Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Invasion in Frankreich. Angriff auf die UdSSR, "Barbarossa rejasi". Schlacht um Moskau. Belagerung von Stalingrad. Radikale Wende. Konferenz von Teheran. Zweite Front.

Die internationalen Beziehungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Sobald die Nazis 1933 in Deutschland an die Macht kamen, begannen sie mit den Vorbereitungen für einen Krieg, um die Welt aufzuteilen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Nazis den ursprünglichen Plänen zufolge die Feindseligkeiten in den Jahren 1942-1945 beginnen wollten, um "Lebensraum" zu schaffen. Die entstandene Situation beschleunigte jedoch den Beginn dieser Aktionen. Erstens brachten die Militarisierung Deutschlands und das rasche Anwachsen seiner Streitkräfte die Nazis in innere Schwierigkeiten. Dem Land drohte eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung hervorrufen konnte. Die Nazis glaubten, dass der einfachste und schnellste Weg zur Überwindung der aufgetretenen Schwierigkeiten darin bestand, die wirtschaftliche Basis zu erweitern, indem sie sich den Reichtum anderer Länder aneigneten. Zu diesem Zweck mussten sie einen Krieg beginnen. Zweitens drängte die Nachlässigkeit der herrschenden Kreise des anglo-französisch-amerikanischen Lagers Deutschland und andere faschistisch-militaristische Staaten zu raschen aggressiven Aktionen. Der Einmarsch der Nazi-Truppen in den Rhein im März 1936 blieb ungestraft. Als sich Italien-Deutschland im Sommer 1936 in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischte und begann, in dessen Territorium einzumarschieren, erklärten die Westmächte ihre "Nichteinmischung" und ließen damit die Aggressoren gewähren. Gegen die japanische Invasion in China im Juli 1937 erhob der Westen keinen Einspruch.

Die Nachgiebigkeit der herrschenden Kreise des Westens gegenüber den faschistischen Aggressoren wurde durch das Münchner Abkommen vom 29. und 30. September 1938 deutlich. Das Abkommen wurde vom britischen Premierminister N. Chamberlain, dem französischen Premierminister E. Dalade, dem deutschen faschistischen Diktator A. Hitler und dem italienischen faschistischen Diktator B. Mussolini unterzeichnet. Mit dem Sudetenland sollte die Provinz von der Tschechoslowakei abgetrennt und an Deutschland abgetreten werden; außerdem sollten die Gebietsansprüche der ungarischen und der polnischen Regierung auf die Tschechoslowakei erfüllt werden. Dieses Abkommen ebnete den Weg für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Infolgedessen

opferte Großbritannien die Tschechoslowakei und hetzte Deutschland bewusst gegen die UdSSR auf. Frankreich unterstützte es in dieser Angelegenheit. Das Münchner Abkommen wiederum bedeutete einen Bruch des Völkerrechts. Das Schicksal der Tschechoslowakei wurde ohne seine Beteiligung entschieden, ohne dass ein Schuss unter Androhung von Gewaltanwendung abgegeben wurde. Ein Viertel der Bevölkerung des Landes hat ein Fünftel des Territoriums verloren, wo die mächtigen Mittel zum Schutz der Grenze, die Hälfte der Schwerindustrie verloren gegangen sind.

Die dramatische Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa schuf klare Bedingungen für die Errichtung der Naziherrschaft auf dem Kontinent. Hitler hatte die Möglichkeit, den Krieg früher zu beginnen. Der Krieg wurde auf 1939 verschoben.

Der Völkerbund verlor sein Ansehen, und die Idee, den Aggressor anzugreifen, wurde weitgehend untergraben. In den Augen der ganzen Welt wurde deutlich, dass Großbritannien und Frankreich nicht in der Lage waren, die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Deutschland konnte nun ungestraft seine Aggressionspolitik betreiben, ohne auf die Unterstützung der Führer dieser Länder angewiesen zu sein.

Infolge des Münchner Abkommens gerät die UdSSR in die internationale Isolation. Hitler und Chamberlain unterzeichnen eine deutsch-britische Nichtangriffserklärung. Diese gab Deutschland Bewegungsfreiheit in Osteuropa. Eine ähnliche Erklärung wurde im Dezember 1938 zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet, wodurch die Bedeutung eines Kooperationsabkommens mit der Sowjetunion verloren ging. Angesichts der Unterstützung der USA für das Münchner Abkommen und seiner Billigung durch Japan wurde klar, dass in Zukunft eine antisowjetische Koalition gegen die UdSSR gebildet werden könnte.

Britische und französische Politiker machten keinen Hehl daraus, dass das Münchner Abkommen zum Einmarsch der Nazis in den Osten gegen die UdSSR führte. Der Verlauf der Ereignisse zeigte jedoch, dass die Gerüchte über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenstoß zwischen Deutschland und der UdSSR falsch waren. Die Nazis und ihre Verbündeten

beschlossen, in erster Linie einen etwas schwächeren Gegner anzugreifen.

Am 15. März 1939 hörte die Tschechoslowakei auf, als unabhängiger Staat zu existieren. Im März 1939 besetzten die Nazis die litauische Hafenstadt Klaipeda (Memel). Bereits im Herbst 1938 forderte Deutschland von Polen den Anschluss von Danzig (Danzig) an das Reich und den Beitritt zum Anti-Komintern-Pakt, was jedoch abgelehnt wurde.

Im Frühjahr 1939 bewarb sich Berlin erneut um Warschau. In dem Wissen, dass Polen einem Bündnis mit Deutschland gegen die UdSSR nicht zustimmen würde, billigte Hitler im April 1939 einen Plan zur Zerstörung des polnischen Staates. Es wurde ein Plan namens "Weiss" entwickelt. Er sah "unerwartet starke Schläge" und einen "schnellen Erfolg" vor. Auf Befehl des Generalstabschefs des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, W. Keitelsh, vom 3. April 1939 sollte die Umsetzung des Weiss-Plans ab dem 1. September 1939 "jeden Augenblick" beginnen. Die deutsche politische Führung wollte Polen "so weit wie möglich isolieren" und die Einmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie der Sowjetunion in die polnischen Angelegenheiten verhindern.

Die Nazis annullieren die polnisch-deutsche Nichtangriffserklärung. Deutschland erklärt, es werde sein Seeabkommen mit Großbritannien nicht einseitig einhalten. Im April marschieren die italienischen Nazis in Albanien ein.

Am Vorabend des Kriegsbeginns wurde der antifaschistische Kampf durch die repressive Politik von Stalin IV. schwer beschädigt. Die Repressionswellen in der Sowjetunion wirkten sich negativ auf die Öffentlichkeit im Westen aus. Dies führte zu Misstrauen gegenüber der Politik der UdSSR, und die Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialisten wurde ernsthaft behindert.

In der neuen Situation in Europa mussten die westlichen Länder die Taktik zur Umsetzung des Münchner Kurses ändern. Angesichts eines groß angelegten militärischen Konflikts hat Großbritannien und Frankreich haben eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung ihrer Länder ergriffen. Die Parlamente haben die Finanzierung größerer Militäroperationen gebilligt.

In England wird die Wehrpflicht eingeführt. Kleineren Ländern,

darunter Polen und Rumänien, wurde im Falle einer Aggression der Schutz durch eine anglo-französische Allianz garantiert. Die westlichen Länder wollten sich jedoch nicht an der Verteidigung dieser Länder beteiligen. Sie wollten lediglich Druck auf Deutschland ausüben, um es zu einer neuen Aggression zu bewegen, die den Weg für das zweite München ebnet würde. Doch die weitsichtigen Politiker Großbritanniens und Frankreichs waren überzeugte Befürworter einer Zusammenarbeit mit der UdSSR im Kampf gegen die Aggression.

Am 17. April 1939 schlug die sowjetische Regierung den westlichen Staaten vor, ein dreiseitiges Beistandsabkommen zu schließen, das auf militärischen Konventionen und gleichen Verpflichtungen beruht. Außerdem bot er den Ländern des Baltikums und des Schwarzen Meeres Unterstützung im Falle einer Aggression an. Großbritannien hatte es jedoch nicht eilig, ein solches Beistandsabkommen zu schließen und versuchte, die UdSSR mit einseitigen Verpflichtungen gegenüber Polen und Rumänien zu verwirren. Erst nachdem Hitler und Mussolini am 22. Mai ein Militärbündnis zwischen Deutschland und Italien, den "Pakt aus Stahl", unterzeichnet hatten, begannen in Moskau dreiseitige Verhandlungen. Großbritannien stimmte diesen Verhandlungen aufgrund des Drucks der politischen Kräfte, die gegen die Regierung waren, sowie aufgrund des Drucks Frankreichs und der wachsenden Bedrohung durch Deutschland zu.

Die Verhandlungen kommen nur sehr langsam voran. Großbritannien und Frankreich wollten die Grundsätze der mündlichen Zusammenarbeit nicht akzeptieren und beharrten auf der Tatsache, dass diese Verpflichtungen in der Praxis für alle gelten. Obwohl der Text des Abkommens bis Ende Juli weitgehend ausgearbeitet war, wies die britische Regierung ihre Diplomaten in Moskau an, eine Einigung zu verweigern. Aus purem Egoismus und Misstrauen gegenüber Stalins Politik hätte Großbritannien es vorgezogen, Deutschland seine Aggression im Osten fortsetzen zu lassen und durch dreiseitige Verhandlungen Druck auf Deutschland auszuüben, während es gleichzeitig eine sowjetisch-deutsche Annäherung verhindert hätte.

Zur gleichen Zeit, im Mai 1939, führte Großbritannien geheime Verhandlungen über die Zusammenarbeit und die Neuverteilung der

Marktbeziehungen. London deutete den Nazis auch an, dass es einem umfangreichen Truppenabzug im Gegenzug für verbesserte Beziehungen zu Berlin und die Rückkehr der Deutschen aus dem Westen zustimmen würde. Deutschland bereitete sich unermüdlich auf einen Angriff auf Polen vor. Er wollte Großbritannien zerstören und erweckte in den Köpfen der britischen Politiker die vage Vorstellung, dass es bald zu einer Einigung kommen könnte, während er gleichzeitig die britischen und französischen Verbündeten aufforderte, die Verhandlungen mit der UdSSR einzustellen. Gleichzeitig öffnete Berlin die "Tür" für ein umfassendes deutsch-britisches Abkommen über die Bedingungen für die Freizügigkeit im Osten zu jeder Zeit.

Die westlichen Länder akzeptierten die sowjetischen Vorschläge zur Aufnahme von Verhandlungen über westliche Fragen Ende Juli, reagierten aber nicht schnell. Die Delegation, bestehend aus militärischen Befehlshabern in untergeordneten Positionen, begibt sich auf ein langsames Schiff und fährt nach Moskau, wo sie am 11. August eintrifft. Die Aufgabe der Delegation bestand darin, die Verhandlungen so lange wie möglich hinauszuzögern. Der britischen Delegation wurde zugesichert, dass sie am Ende der Strecke auf diese Delegation treffen würde. Beide Delegationen hatten kein Recht, die Militärkonvention zu unterzeichnen.

Um mit Großbritannien und Frankreich zusammenzuarbeiten, unterbreitete die Sowjetunion Vorschläge zu drei Optionen für militärische Operationen bestimmter Art und Richtung der Aktionen von Streitkräften und Armeen, die von der UdSSR vorgelegt werden sollten, um eine Zusammenarbeit, eine Operation zu erreichen. Die britische und die französische Mission beschränkten sich auf die Erörterung konkreter Fragen und gerieten in eine Sackgasse. Die polnische Regierung lehnte den Vorschlag ab, sowjetischen Truppen das Überschreiten ihrer Territorialgrenzen zu gestatten, um eine deutsche Aggression abzuwehren. Großbritannien und Frankreich versäumten es, den notwendigen Einfluss auf Varshava auszuüben, was den Wert der Gespräche in Moskau schmälerte.

Wäre der westliche Dreiländerbund im August 1939 gebildet worden, hätte ein deutscher Überfall auf Polen verhindert, dass Europa zu

einem Schlachtfeld wird. Dies geschah jedoch nicht. Die Bemühungen der westlichen Länder, ihre Konflikte mit Deutschland auf Kosten anderer Staaten, insbesondere der UdSSR, zu lösen, verstärkten sich. Konservative Kreise in Großbritannien und Frankreich setzten große Hoffnungen auf das Wachstum der makroökonomischen Kräfte im Westen. Sie standen der Außenpolitik der UdSSR skeptisch gegenüber, da sie der Meinung waren, dass die UdSSR bei den revolutionären Bewegungen in anderen Ländern ins Hintertreffen geriet. Auch der Rückgang der Kampfbereitschaft infolge der Repressionen gegen die Führungsspitze der Roten Armee als Folge der Stalinschen Repressionen stand im Fokus vieler Staaten. Infolgedessen verstärkte sich der Blick auf Russland in der Welt- und Europapolitik. Nach dem Münchner Abkommen verstärkte sich natürlich Stalins Misstrauen gegenüber der westlichen Politik, und ihr Verhalten bei den Verhandlungen in Moskau war nicht hilfreich. Gleichzeitig zeigte die sowjetische Führung nicht die nötige Beharrlichkeit und Geschicklichkeit bei der Lösung von Problemen, konnte Vereinbarungen mit europäischen Ländern nicht verletzen und untergrub nicht die wachsende Bedrohung der Einheit der antifaschistischen Kräfte. Gelegenheiten zur gegenseitigen Zusammenarbeit aller Parteien wurden nicht genutzt.

Deutschland und seine Verbündeten bauten ihre militärische Macht aus. Die deutschen Truppen waren bereit, das von der Regierung regierte Polen anzugreifen, das Stalin IV nicht vertraute und sich nicht auf die UdSSR verlassen wollte, um die Unabhängigkeit des Landes zu schützen. Moskau dachte, dass Großbritannien die UdSSR in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen und sich selbst als Zuschauer auf der linken Seite zurücklassen würde. Frankreich verlor einen Großteil seiner Unabhängigkeit und spielte eine Rolle in der britischen Politik. Die Vereinigten Staaten verstanden die anglo-französische Sichtweise.

Die sowjetische Regierung akzeptierte den deutschen Vorschlag, Moskau unter schwierigen Bedingungen nicht anzugreifen, um unter dem Druck der wachsenden Notlage einen Weg zu finden. Berlin war sich der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den bestehenden dreiseitigen Verträgen bewusst und bestand daher auf der Idee der "Neutralisierung" der UdSSR, die einen plötzlichen Krieg sowohl im Westen als auch im Osten

vermieden hatte.

Im Frühjahr 1939 kündigte Deutschland an, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit Hilfe von Botschaften verbessert werden könnten. Die sowjetische Seite versuchte jedoch, mit Großbritannien und Frankreich zu verhandeln, und verzichtete auf eine direkte Annäherung an Deutschland. Später, als die trilateralen Verhandlungen in eine Krise gerieten, wurde der deutsche Vorschlag erörtert, und schließlich stimmte die sowjetische Seite der Ankunft des deutschen Außenministers Ribbentrop in Moskau zu. Am Morgen des 23. August wird Ribbentrop nach Moskau fliegen. Zwischen ihm und I. W. Stanlin und W. M. Molotow werden Verhandlungen geführt. Am 23. August 1939 wird ein 10-jähriger Nichtangriffspakt unterzeichnet. Gemäß einem geheimen Zusatzvertrag zu diesem Vertrag teilten Deutschland und die UdSSR ihre Einflussphären in Osteuropa auf. Die Interessen beider Länder waren in erster Linie mit dem polnischen Staat verbunden. Die sowjetische Seite wollte die Gebiete der Westukraine, Westweißrusslands und Bessarabiens (verloren 1921) zurückgewinnen. Deutschland gab auch die Ansprüche auf die baltischen Staaten auf.

Nach einem Abkommen zwischen Deutschland und der UdSSR sollten beide Länder gleichzeitig Truppen nach Polen entsenden. Die UdSSR kam dieser Verpflichtung nicht nach. Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen im Alleingang und begann den Zweiten Weltkrieg. Am 3. September erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Am 17. September 1939 überfiel die UdSSR Polen. Kurz darauf fand in Brest eine gemeinsame sowjetisch-deutsche Parade unter dem Kommando des deutschen Befehlshabers T. Guderian und des sowjetischen Generals S. M. Kriwoschej anlässlich der Teilung Polens statt.

Ein zusätzliches vertrauliches Protokoll, das von Molotow und Ribbentrop zur gleichen Zeit unterzeichnet wurde, legte jedoch die Interessensphären beider Parteien im Gebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer fest, was vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde. Der Entwurf des Protokolls wurde von Deutschland vorgelegt, in dem die wichtigen, aber einseitigen Verpflichtungen der UdSSR - die Grenzen der

Bewegung Deutschlands nach Osten - dargelegt wurden. Das Protokoll sprach von der Verpflichtung Deutschlands, Lettland, Estland und Finnland nicht anzugreifen (die Entscheidung wurde von Litauen Ende September 1939 getroffen), was von der sowjetischen Führung als wichtige Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR festgelegt wurde. Die Bewegung der deutschen Truppen wurde auf die Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und Sop beschränkt, und über die Zukunft der polnisch besetzten Gebiete der Ukraine und Weißrusslands sollte nicht ohne die Zustimmung der UdSSR entschieden werden. Deutschland erkannte das Interesse der UdSSR an Bessarabien an, das 1918 Teil Rumäniens wurde.

Unter dem Vorwand des Zweiten Weltkriegs begann die UdSSR, ihr Territorium zu erweitern und ihre Grenzen zu stärken. Vom 30. November 1939 bis März 1940 gab es einen militärischen Konflikt zwischen der UdSSR und Finnland. Daran war die UdSSR interessiert. Infolge des Bürgerkriegs eroberte die UdSSR eine Reihe finnischer Gebiete (an Leningrad angrenzende Gebiete) und verstärkte ihre nordwestlichen Grenzen. Im Sommer 1940 wurde Rumänien auf offizielles Ersuchen der UdSSR gezwungen, Bessarabien und die nördliche Bukowina an die Sowjetunion abzutreten. Im Juni 1940 wurden Estland, Lettland und Litauen von sowjetischen Truppen besetzt und der UdSSR einverleibt.

Im April und Mai 1940 überfiel Nazi-Deutschland Dänemark und Norwegen, am 14. Mai 1940 die Niederlande, und am 28. Mai kapitulierte Belgien. Danach drangen die Nazitruppen in Luxemburg und die Niederlande ein und drangen über deren Territorium in Frankreich ein (das am 22. Juni kapitulierte).

Die sowjetische Regierung beglückwünscht Nazideutschland zur Besetzung der nächsten europäischen Hauptstadt. In den Richtlinien der Internationale wird ein Ende der antifaschistischen Propaganda gefordert. Am 27. September 1940 unterzeichnen Deutschland, Italien und Japan den Friedensvertrag von Berlin. Am 28. Oktober 1940 marschiert Nazi-Italien in Griechenland ein. Vom 20. bis 24. November 1940 traten Ungarn, Rumänien und die Slowakei dem Dreierbund bei. Im März 1941 erklärte sich auch die bulgarische monarchistisch-faschistische Regierung bereit, dem Bündnis beizutreten.

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler den Befehl Nr. 21 über den Krieg gegen die UdSSR, den Barbarossa-Plan. Nazi-Deutschland überfällt Jugoslawien vom 6. bis 17. April 1941, bevor es in den Krieg gegen die UdSSR eintritt. Am 13. April einigte sich die UdSSR mit Japan auf ein Neutralitätsabkommen. Vom 20. Mai bis 1. Juni 1941 besetzte Nazi-Deutschland die Insel Kreta. Am 18. Juni wurde der deutsch-türkische Nichtangriffspakt unterzeichnet.

Die Teilnahme der UdSSR am Zweiten Weltkrieg. Am 22. Juni 1941 um 4 Uhr morgens begann Nazi-Deutschland mit Hilfe seiner riesigen Militärmacht und der Streitkräfte seiner Verbündeten einen Krieg gegen die UdSSR und drang in ihre Gebiete ein. Am selben Tag erklärte die britische Regierung ihre Unterstützung für die UdSSR im Krieg gegen Deutschland. Am 24. Juni gab F. Roosevelt bekannt, dass die US-Regierung bereit sei, der UdSSR zu helfen. In der ersten Phase des Krieges gegen Deutschland (Juni 1941 bis November 1942) kämpfte die UdSSR hauptsächlich in der Defensive.

Nazideutschland 191,5 Divisionen für die Besetzung der UdSSR; die feindlichen Streitkräfte zählten 5,5 Millionen Menschen, etwa 4.300 Panzer, 47.200 Mörser und Geschütze, mehr als 5.000 Kampfflugzeuge und 192 Schiffe.

Die sowjetisch-deutsche Front wurde sofort zur wichtigsten und entscheidenden Front des Großen Vaterländischen Krieges. Hier begann die tödliche Schlacht, die über das Schicksal nicht nur der Sowjetunion, sondern der ganzen Welt entschied.

Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg veränderte die militärisch-politische Lage in der Welt radikal. Vor dem Angriff hatte Nazi-Deutschland den größten Teil Europas besetzt, darunter einen so großen Staat wie Frankreich. Auf dem europäischen Kontinent kamen die Feindseligkeiten nach der Tragödie von Runkirk praktisch zum Erliegen, wenn man die Widerstandsbewegung nicht mit einbezieht. Von den Kriegsparteien entging nur Großbritannien einer totalen Niederlage, lebte aber in der Angst, dass die britischen Inseln Deutschland angreifen würden. Er führte militärische Operationen gegen Deutschland nur zur See und aus der Luft durch. Auch in Nordafrika gab es Kriege. Dort standen mehrere

italienische und deutsche Divisionen gegen die britische Armee. Die USA und Großbritannien bewährten sich wirtschaftlich und militärisch, erklärten den Nazis aber nicht formell den Krieg. Nazideutschland, das eine Politik der Besetzung anderer Länder und der Massenvernichtung seiner Bevölkerung verfolgte, wurde von der Sowjetunion bekämpft, die das legitime Recht bestimmter Völker auf soziale und nationale Befreiung verteidigte. Die gerechten Befreiungsziele der Sowjetunion im Krieg wurden von der Kommunistischen Partei Deutschlands und der sowjetischen Regierung, die die UdSSR angriff, proklamiert. In seiner Ansprache an das sowjetische Volk am 3. Juli 1941 sagte der Leiter des Staatlichen Verteidigungskomitees Stalin I.V., dass der Zweck des Zweiten Weltkriegs nicht nur darin bestehe, die Freiheit der UdSSR zu schützen, sondern auch anderen betroffenen Völkern gegen die faschistische Aggression zu helfen. In der Erklärung heißt es, dass unser Kampf für die Freiheit unseres Vaterlandes mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas um Unabhängigkeit und demokratische Freiheiten verbunden ist. Dies ist die Freiheit der Völker. Es wird eine Einheitsfront gegen die Invasion der Nazi-Armee geben.

Von den ersten Kriegstagen an marschierten die Nazis quer durch Europa auf das Gebiet der UdSSR. Als Reaktion darauf kam es zu einer Welle von internationalen Aktionen zur Unterstützung der Sowjetunion. Dieser Krieg betraf 61 Länder der Welt. Auf sie entfielen 80 % der Weltbevölkerung. Insgesamt traten 110 Millionen Menschen in die Armee ein, der Mensch wurde mobilisiert.

Die Zeit vom 19. November 1942 bis 1943 war ein Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs. Dieser Zeitraum war gekennzeichnet durch massive Angriffe der sowjetischen Truppen an der gesamten Front und die Vertreibung des Feindes aus den besetzten Gebieten, die Intensivierung der anglo-amerikanischen Militäroperationen in Nordafrika, den Zusammenbruch der faschistischen Allianz, der Partisanen- und der nationalen Befreiungsbewegungen. Das Wachstum lässt sich auch durch einen starken Anstieg der Militärproduktion in den Anti-Hitler-Staaten erklären.

Es sei darauf hingewiesen, dass Nazi-Deutschland in den sehr

schweren Kämpfen an der sowjetisch-deutschen Front allmählich seine Vorherrschaft zu verlieren begann. Im ersten Kriegsjahr verlor die Nazi-Armee, die in die UdSSR einmarschierte, 40 % ihrer Streitkräfte, d. h. 2 Millionen Soldaten, verlor seine Truppen nahezu. In den Kämpfen des Sommers 1942 gingen mehr als 800.000 Soldaten und Offiziere sowie militärisches Gerät verloren. In den viermonatigen Kämpfen in der Nähe von Stalingrad wurden über tausend deutsche Panzer und mehr als 1.400 Flugzeuge zerstört. Die Zahl der sowjetischen Partisanen wuchs von Tag zu Tag, und die Verluste, die sie dem Feind zufügten, stiegen. Ende 1942 überstieg die Zahl der sowjetischen Partisanen 125.000. Das deutsche Partisanenbekämpfungskommando schickt etwa 10 % der Bodentruppen der sowjetisch-deutschen Front in den Krieg gegen sie. Die Partisanen kontrollieren Gebiete, darunter Belgien, die Niederlande und Dänemark.

Obwohl die von der Sowjetunion besetzten Gebiete der UdSSR überbevölkert waren und die Sowjetunion gezwungen war, große militärische Kräfte im Fernen Osten zu unterhalten, gelang es der sowjetischen Führung, die notwendigen Reservekräfte vorzubereiten. Die sowjetische Industrie und Landwirtschaft waren in der Lage, die Front regelmäßig, wenn auch unter großen Kosten, mit Lebensmitteln, Waffen und militärischer Ausrüstung zu versorgen.

Nach Abschluss der Evakuierung, ab dem Frühjahr 1942, begann die Produktion in der UdSSR allmählich zu steigen. Vor allem die Rüstungsindustrie trug 70-80 % zur Bruttoproduktion der gesamten sowjetischen Industrie bei. Im März 1942 entsprach das Volumen der in den östlichen Regionen der UdSSR hergestellten Rüstungsgüter dem Volumen der in der gesamten Sowjetunion vor Beginn des Zweiten Weltkriegs hergestellten Rüstungsgüter.

Die sowjetische Rüstungsindustrie, zusammen mit Deutschland und seinen europäischen Verbündeten und Besatzern, stieg auch zu Prominenz. Die Zahl der Truppen und militärische Ausrüstung des faschistischen Blocks der Sowjetarmee, einschließlich der Zahl der Panzer - 1,4 mal, die Zahl der Flugzeuge -1,6 mal, die Zahl der Artillerie - 1,5 mal auf ein Minimum erhöht.

Sowjetische Panzer T-34, Angriffsflugzeuge Il-2, Erfinder S.V.

Ende 1942 beschloss die sowjetische Regierung, nachdem sie von der Entwicklung von Atombomben in Deutschland und den Vereinigten Staaten erfahren hatte, mit der Forschung auf dem Gebiet der Kernwaffen zu beginnen.

Eines der wichtigsten Ereignisse der Jahre 1942-1943 war die Schlacht um Stalingrad.

Eine grundlegende Wende. Die historische Bedeutung der Schlachten von Stalingrad und Kursk. Diese Faktoren spielten eine sehr wichtige Rolle für den Erfolg der Roten Armee bei der heldenhaften Verteidigung von Stalingrad und des Kaukasus. Der Plan der sowjetischen Führung sah vor, die Operation Uranus am Stadtrand von Stalingrad, dann die Operation Saturn am Mittellauf des Don und schließlich die Operation Mars an der Zentralfront zu starten.

Am 19. November 1942 beginnen die sowjetischen Truppen an der Schwelle von Stalingrad eine Offensive gegen die Deutschen. Diese Schlacht wird der Auftakt zu einer radikalen Wende im Zweiten Weltkrieg sein. Mit Hilfe der Truppen der Südwest-, der Stalingrad- und der Donfront sowie einer großen Zahl von Panzern, Artillerie- und Luftfahrzeugen wurde eine 330 000 Mann starke Gruppe von Nazi-Truppen eingekesselt und besiegt. Am 2. Februar 1943 kapitulierten die überlebenden Mitglieder der belagerten Gruppe. Vierundzwanzig Generäle und ihr Team, angeführt von Feldmarschall Paulus, werden gefangen genommen. In Deutschland werden drei Trauertage ausgerufen.

Zu einer Zeit, in der vor den Toren Stalingrads das Feuer wütet, rücken die sowjetischen Truppen aus, um Angriffe auf die Feinde im mittleren Don zu starten. Sie fügen einer Gruppe von Nazi-Invasoren, die sich auf einen Angriff auf Stalingrad vorbereiten, einen schweren Schlag zu. Beflügelt von den Siegen weitet die sowjetische Armee ihre Offensive an der Zentralfront und in Richtung Südwesten und Westen aus. Sie durchbrechen die Blockade von Leningrad, die Befreiung des Kaukasus, Teile des Donbass, die zentralen Regionen Russlands. Im Ergebnis vernichtete die sowjetische Armee in den Winterschlachten 1942-1943 mehr als 100 feindliche Divisionen. Der faschistische Block verlor etwa 1.700.000 Soldaten und Offiziere, 24.000 Waffen, mehr als 3.500 Panzer

und 4.300 Flugzeuge, wobei die technischen Verluste Deutschlands an der Schwelle von Stalingrad mit den Verlusten während der Kämpfe an der gesamten sowjetisch-deutschen Front übereinstimmten.

Die Verbündeten Deutschlands: Italien, Ungarn und Rumänien erlitten ebenfalls schwere Verluste. In den sowjetisch-deutschen Kämpfen am Rande von Stalingrad und am Don wurden die 8. italienische Armee, die 2. ungarische Armee, die 4. und 5. rumänische Armee vernichtet.

Die Niederlage der Nazi-Truppen an der Schwelle von Stalingrad. Anfang November 1942 stellt sich die Lage an der Front in Richtung Stalingrad wie folgt dar.

Die Südwestfront verteidigte das linke Donufer. Von Mamón bis Kletsk. Die Hauptkräfte der Front waren in den Brückenköpfen der südwestlichen und westlichen Bezirke von Serafimovich konzentriert.

Am rechten Donufer befindet sich die Donfront von Kletsk bis Erzovka mit den Plattformen Kletsk, Novo-Grigorievsky und Sirotinsky.

Die Truppen der Stalingrader Front besetzten zusammen mit den Truppen der 62. und 64. Armee die Stadt Stalingrad, und die übrigen Truppen besetzten den westlichen Teil der Wolga und deren Unterlauf - von Stalingrad bis Astrachan.

Die Schlacht an der Schwelle von Stalingrad endete mit einem großen Sieg für die sowjetischen Streitkräfte und das gesamte sowjetische Volk. Dieser Sieg demonstrierte der ganzen Welt die unbesiegbare Macht der Sowjetunion, den eisernen Willen und den Mut des gesamten sowjetischen Volkes sowie die Überlegenheit der sowjetischen Militärkunst gegenüber der Militärkunst Nazideutschlands.

Die Schlacht von Stalingrad wurde vom gesamten sowjetischen Volk gewonnen. Das sowjetische Volk schickte seine besten Söhne und Töchter nach Stalingrad. Arbeiter und Kolchosbauern gaben ihre ganze Kraft für ihre Armee, um den Feind zu besiegen.

Die Schlacht von Stalingrad ist nicht nur in die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, sondern auch in die Geschichte der ganzen Welt eingegangen. An der Schwelle von Stalingrad errang die sowjetische Armee einen noch nie dagewesenen Sieg über die Nazi-Invasoren. Allein in den Gefechten der sowjetischen Kämpfer mit den

Nazis vom 19. November bis zum 2. Februar wurden fünf feindliche Armeen besiegt. Der Feind wird von 32 Divisionen und drei Brigaden vollständig vernichtet. In diesen Kämpfen verliert der Feind neben der Wehrmacht auch eine sehr große Menge an Ausrüstung.

Nach der Schlacht von Stalingrad ergriff die Sowjetarmee die strategische Initiative an der Front und gab diese bis zur vollständigen Niederlage des Feindes nicht mehr ab. Nach Stalingrad startete die Sowjetarmee einen heftigen Angriff auf breiter Front von Leningrad bis zu den Ausläufern des Kaukasus, und die Massenvertreibung des Feindes aus dem Sowjetland begann.

Die Vernichtung der deutschen Armee in Stalingrad trübte nicht nur das Ansehen Deutschlands bei seinen Verbündeten, sondern wurde auch zu einem der ersten Risse im faschistischen Block.

Die Vernichtung der rumänischen und italienischen Armeen an der Schwelle von Stalingrad hatte auch Auswirkungen auf die Innenpolitik dieses Staates. Die Niederlage der italienischen Armee würde zu inneren Unruhen führen und den Austritt des Landes aus dem Krieg an der Seite Deutschlands beschleunigen. Ähnlich war die Situation in Rumänien.

Die Siege der Roten Armee in der Schlacht von Stalingrad und in den darauf folgenden Schlachten werden tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale politische Lage haben. Diese Siege machen die vorübergehende militärische Überlegenheit Nazideutschlands zunichte und zeigen, dass ein weiterer Sieg über Deutschland nicht mehr in Frage kommt. Die Führer der anderen faschistischen Blöcke verstehen, dass Deutschland diesen Krieg unweigerlich verlieren wird. Es gibt immer mehr Befürworter eines Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland und eines Ausstiegs aus dem Krieg.

Was waren die militärischen Folgen der Niederlage der deutschen Truppen an der Schwelle von Stalingrad?

Erstens war es eine große Errungenschaft der sowjetischen Kampfkünste und der Beginn einer radikalen Wende im Krieg.

Zweitens zwingt dieser Sieg Japan und die Türkei, "neutrale" Beziehungen zur UdSSR zu unterhalten.

Drittens beschleunigte der Sieg in der Schlacht von Stalingrad den

Zusammenbruch des faschistischen Blocks und senkte die Moral der deutschen Armee drastisch.

Viertens werden sehr günstige Bedingungen für eine weitere Beschleunigung der Truppenbewegungen gegen die Nazi-Invasoren geschaffen. Am Ende des Krieges übersteigt die Zahl der europäischen Militärstrukturen in der Sowjetunion 550.000.

Nach der Schlacht von Stalingrad hat sich auch die Stellung der Sowjetunion in der Welt dramatisch verbessert. Zur Feier des Sieges über die Invasoren schickt der britische König Georg VI. den Bürgern von Stalingrad ein Ehrendegen, und US-Präsident Roosevelt schickt eine Ehrenurkunde. Darin werden der Mut und die Tapferkeit der sowjetischen Soldaten hervorgehoben. "Ihr glorreicher Sieg", so Roosevelt, "hat der radikalen Umgestaltung des Krieges gegen die Kräfte der Aggression und der Bewegung dieser Kräfte einen schweren Schlag versetzt."

Kursk dzhangi . Die Kämpfe an der Schwelle von Kursk im Sommer 1943 wurden zum Hauptimpuls für einen solchen Sieg in der Schlacht von Stalingrad.

Deutschland kündigt eine Massenmobilisierung an, bei der Männer zwischen 16 und 65 Jahren und Frauen zwischen 17 und 45 Jahren zur Teilnahme am Krieg und an der Kriegsproduktion aufgerufen werden. Riesige kleine Werkstätten, Hotels und Restaurants werden geschlossen, und Arbeiter und Angestellte werden direkt in die Militärfabriken geschickt. Die Deutschen glichen den Arbeitskräftemangel aus, indem sie Arbeiter aus dem Ausland nach Deutschland holten. Darüber hinaus setzten die Nazis Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus den besetzten Gebieten unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen ein.

Bis zum Sommer 1943 gelingt es Deutschland, seine Streitkräfte leicht aufzustocken und die Menge der militärischen Ausrüstung zu erhöhen. Die Produktion von Panzern, Flugzeugen und anderen Waffen wird im Vergleich zu 1942 um 70 % steigen. Die Produktion von Kampfpanzern und neuen Flugzeugen "Tiger" und "Panther" begann. Man wollte die Menge der militärischen Ausrüstung erhöhen und im Rahmen des Zitadellenplans im Krieg Fuß fassen. Um einen neuen Angriff in der Region Kursk zu verhindern, wo sich eine große sowjetische Militärgruppe

befindet, startete das Nazikommando eine Scheinoperation namens "Zitadelle". Im Rahmen dieser Operation sollten die Regionen Orlovsky und Belgorod in Richtung Kursk verlassen und die sowjetischen Truppen, die in der Kursker Wanne stationiert waren, vernichtet werden. In einer Ansprache an die Soldaten sagte Hitler: "Diese Großoffensive an der Schwelle von Kursk ist der entscheidende (Wende-)Punkt des ganzen Krieges."

Die "Massenmobilisierung" und die Tatsache, dass die zweite Front in Europa noch nicht eröffnet war, boten Deutschland eine gute Gelegenheit, seine gewaltigen Kräfte zu mobilisieren. Für die Kämpfe an der Kursker Linie waren 50 Divisionen vorgesehen, davon 16 Panzerdivisionen. 70 % aller Panzer und 65 % der Flugzeuge, die an der sowjetisch-deutschen Front eingesetzt wurden, waren für den Kampf in dieser Richtung bestimmt. Trotz dieser Anstrengungen gelang es den Nazis nicht, einen generellen Vorteil gegenüber der Sowjetarmee zu erlangen. Die Sowjetarmee war den gegnerischen Streitkräften zahlenmäßig um das 1,2-fache überlegen und verfügte über mehr als doppelt so viele Waffen, Panzer und Flugzeuge. Eine sehr merkwürdige Situation ergibt sich, wenn die verteidigende Seite an allen Fronten den angreifenden Feind dominiert.

Das sowjetische Kommando in den Kursker Ardennen erfährt von den Plänen des Feindes und plant, seinem Angriff mit vorbereiteten Verteidigungskräften zu begegnen und einen Gegenangriff zu starten, indem es neue Kräfte mobilisiert und den Feind vollständig vernichtet. Die Verteidigungsanlagen in diesem Gebiet erstrecken sich 250-300 Kilometer landeinwärts und bilden ein sehr starkes Verteidigungssystem. Die sowjetischen Truppen im hinteren Teil der angrenzenden Front verstärken den Ausbau der Kräfte der Steppenfront in der Reserve. Der sowjetische Geheimdienst hat den Zeitpunkt und die Richtung des feindlichen Angriffs im Voraus bestimmt. Gleichzeitig entfesseln etwa 100.000 Partisanen auf Befehl des sowjetischen Kommandos einen "Eisenbahnkrieg" und sprengen mehr als 1.000 km Eisenbahnen und Brücken hinter der Invasionsfront und fügen ihnen unabsehbare Verluste zu. Am 5. Juli 1943 scheiterte die Nazi-Invasion. Die Panzerschlacht an der Schwelle des Dorfes Prochorowka gilt als die größte Schande unter den Schlachten des

Großen Vaterländischen Krieges. In dieser Schlacht wurden von beiden Seiten 1200 Panzer und Selbstfahrlafetten (Kanonen, Geschütze, Artilleriegeschütze, Flugabwehrkanonen) abgefeuert. Deshalb wird diese Schlacht in der Geschichte als "Panzerschlacht" bezeichnet.

Das Heldentum der Piloten, insbesondere in Luftkämpfen, ist hoch zu bewerten. In diesen Schlachten kämpfte die französische Luftwaffe, die als "Normandie" bekannt ist, selbstlos an der Seite sowjetischer Kampfflugzeuge.

Die Sowjetarmee schlug den feindlichen Angriff zurück und startete einen Gegenangriff. Am 5. August werden Orjol und Belgorod befreit. Zu Ehren dieses Tages wird in Moskau zum ersten Mal ein Feuerwerk veranstaltet. Später wurde es zur Tradition, nach jedem großen Sieg der Sowjetarmee solche Salutschüsse zu veranstalten.

Die Schlacht bei Kursk endet am 23. August mit der Befreiung von Charkow. Die Schlacht dauerte 50 Tage und übertraf in ihrem Ausmaß auch die Schlachten bei Moskau und Stalingrad. In den Kämpfen an der Schwelle von Moskau - 1,5 Millionen auf beiden Seiten, in der Schlacht von Stalingrad - 2 Millionen, in den Kämpfen bei Kursk im Sommer - 4 Millionen Menschen, waren Menschen anwesend. Diese Schlacht beunruhigte Deutschland sehr. Danach und bis zum Ende des Krieges sind die deutschen Truppen nur noch gezwungen, sich zu verteidigen. Nach diesen Schlachten beginnt ein neuer Triumphzug der sowjetischen Truppen. Die Rote Armee befreit den Donbass und das linke Ufer der Ukraine. Damit durchkreuzt die Rote Armee die Pläne der Nazis, eine Verteidigung an der Grenze zum Dnjepr zu organisieren. Da die Rote Armee im Laufe des Krieges ihre militärischen Fähigkeiten verbesserte, überquerte sie den Dnjepr und befreite am 6. November 1943 die ukrainische Hauptstadt Kiew von den Nazi-Invasoren und machte einen weiteren Schritt zur Befreiung des rechten Ufers.

An der sowjetisch-deutschen Mittellinie befreien die sowjetischen Truppen Brjansk, Gomel, Smolensk und das östliche Weißrussland von den Invasoren. Die Partisanen waren eine große Hilfe für die reguläre Armee. Im Jahr 1943 organisierten sie mehr als 5 Unruhen. Im Vergleich zu 1942 fügten sie den Nazis in diesem Jahr mehr Verluste in verschiedener Form

zu.

Infolge der Angriffe der sowjetischen Truppen wurden 188 feindliche Divisionen besiegt. Die deutsche Armee verlor mehr als 1.400 Soldaten und eine große Menge an militärischem Gerät.

Unter den Schlägen der sowjetischen Truppen brannten die sich zurückziehenden Nazis Städte und Dörfer nieder, folterten Zivilisten und trieben sie nach Deutschland. Eine der schrecklichsten Gräueltaten der Nazis waren die Gräueltaten im Dorf Chatyn in der Region Minsk. Im Jahr 1943 steckten die Angreifer alle Häuser des Dorfes Chatin in Brand und vernichteten die gesamte Bevölkerung.

Wenn wir die Wende im Zweiten Weltkrieg analysieren und die Verdienste der sowjetischen Truppen im sowjetisch-deutschen Krieg würdigen, dürfen wir nicht vergessen, dass auch die Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition eine wichtige Rolle bei der Sicherung des Sieges gespielt haben.

Zusammenarbeit zwischen den Staaten der antifaschistischen Koalition nach einer radikalen Wende. Sobald die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten, werden sie ihr enormes wirtschaftliches Potenzial schnell freisetzen. Zwar wurden keine militärischen Maßnahmen auf amerikanischem Boden ergriffen, doch wurden keine amerikanischen Städte aus der Luft bombardiert, und es gab keine Opfer zu beklagen. Die Vereinigten Staaten waren ein Land mit riesigen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven, Energieressourcen, Reserven an Produktivkräften und den qualifiziertesten Arbeitern und Ingenieuren. Die US-Regierung gibt sehr viel Geld für die militärische Produktion aus.

So haben die Vereinigten Staaten in den ersten Kriegsmonaten, als sie in den Krieg verwickelt waren, ihre Militäraufträge um das Sechsfache erhöht und dafür 100 Milliarden Dollar gezahlt, Dollar. Das Hauptaugenmerk des Staates liegt auf dem Bau von Schiffen, Flugzeugen und Panzern. Um Japans Luftfahrtnetz zu zerstören, bauen die Vereinigten Staaten in einer einzigen Operation 28 neue Flugzeugtypen. Zu dieser Zeit baut Japan nur 6 Einheiten. Neben den Kriegsschiffen beginnt die Massenproduktion von Transportschiffen, insbesondere der preiswerten Liberty-Schiffe.

Die USA, der größte Automobilhersteller der Welt, werden sofort auf die Produktion von Panzern und Flugzeugen umgestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Luftfahrt gewidmet, wo der größte viermotorige Bomber der Welt, die Flying Fortress, gebaut und in Kampfeinsätzen eingesetzt wurde. Allein bis 1942 produzierte die US-Industrie 32.000 Panzer und 49.000 Kampfflugzeuge und war damit die größte der Welt. Flugzeuge und Schiffe wurden mit den neuesten Radarstationen und anderen Instrumenten ausgestattet.

Im Sommer 1942 beschlossen Churchill und Roosevelt bei einem Treffen, mit den Vorbereitungen für die Herstellung der Atombombe in Amerika zu beginnen. Die streng geheime Organisation, die als "Manhattan-Projekt" bekannt ist, wird von General Groves geleitet, und der berühmte Physiker R. Oppenheimer wird ihr vorstehen. Mehr als 150.000 Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Arbeiter sind an dem Manhattan-Projekt beteiligt. Die US-Regierung gibt 2 Milliarden Dollar für diese Arbeit aus. Damit geben die Vereinigten Staaten 200 Mal mehr für dieses Projekt aus als Deutschland für das Uranprojekt.

Im Jahr 1942 wanderte der italienische Physiker E. Fermi in die USA ein. Der italienische Physiker war einer der ersten, der eine Kettenreaktion in einem Kernreaktor durchführte. Dies ebnete den Weg für die Entwicklung der Atombombe.

Um sie zu bauen, errichteten die Amerikaner riesige Fabriken. Diese Fabriken befanden sich in einer geheimen Stadt namens Oak Ridge und Hanford. Die Geheimhaltung war so groß, dass selbst der Vizepräsident und der Außenminister der Vereinigten Staaten lange Zeit nichts von den Arbeiten an einer Atombombe wussten.

Beide britischen Kriegswirtschaften erzielten zwischen 1942 und 1943 große Siege. Aber in jeder Hinsicht ist sie nur von den Vereinigten Staaten übertroffen worden. Trotz akuter Lebensmittel- und Rohstoffknappheit infolge des Verlusts von Birma und Malaysia in einer Reihe von Kolonien übertraf die britische Industrie Deutschland bei der Versorgung der Armee mit Lebensmitteln, Panzern und Flugzeugen.

Bis zum Herbst 1942 produzierten die UdSSR, die USA und Großbritannien gemeinsam fünfmal mehr Waffen und Mörser als

Deutschland, dreimal mehr Flugzeuge und zehnmal mehr als Deutschland, hergestellt in Italien und Japan. Die Truppen der UdSSR, der USA und Großbritanniens waren zahlenmäßig 1,5 Mal größer als die Streitkräfte des faschistischen Blocks.

Militärische Operationen in Nordafrika. Eine der ersten Aufgaben der britischen und amerikanischen Staaten ist die Invasion in Nordafrika. Das anglo-amerikanische Kommando beginnt gleich mit zwei Operationen - Vorbereitungen für die Einnahme des östlichen und des westlichen Teils Nordafrikas. Im Osten war geplant, anglo-amerikanische Truppen gegen die italienisch-deutsche Gruppierung Rommel in Ägypten zu landen, und im Westen - auf französischem Boden in Algerien und Marokko. (Operation Torch).

Eine solche Überlegenheit gegenüber Aggressorstaaten wird sicherlich auch auf den Schauplätzen des Zweiten Weltkriegs ihre Stärke zeigen. Dies war insbesondere am 23. Oktober 1942, auf dem Höhepunkt der Schlacht von Stalingrad, der Fall, als die britische 8. Armee unter dem Kommando von General B. Montgomery im Raum Al-Alamein siegte und den Nazis einen enormen Vorteil gegenüber Rommels Korps verschaffte. . Die oben erwähnte Überlegenheit beweist dies eindeutig. Die deutsch-italienischen Truppen ziehen sich aus Ägypten nach Libyen zurück. Währenddessen landet die anglo-amerikanische Flotte der Alliierten unter dem Kommando von General D. Eisenhower in den Häfen von Marokko und Algerien auf der anderen Seite Nordafrikas (den Kolonialgebieten des Vichy-Staates).

Die Führer der französischen Kolonialarmee und -verwaltung in Afrika, die aufgrund ihrer geheimen Kontakte zu anglo-amerikanischen Agenten ahnten, auf welcher Seite der Krieg stattfinden würde, wechselten nach kurzem Widerstand auf die Seite der Alliierten. General Giro , der die französische Verwaltung in Nord- und Westafrika leitete, fand leicht eine gemeinsame Basis mit den Alliierten. Der Vichy-Staat regiert Algier und Marokko unter anglo-amerikanischem Kommando. Damit stellte sich zum ersten Mal während des Krieges ein Mitglied des faschistischen Blocks auf die Seite der Alliierten und versuchte, seine Macht zu erhalten.

In Kenntnis der Landung der alliierten Truppen in Algerien und

Marokko befahl Hitler den anglo-amerikanischen Fallschirmjägern, die deutschen Truppen sofort nach Tunesien zu verlegen, um ihren weiteren Marsch zu verhindern. Gleichzeitig ordnete er die Besetzung Südfrankreichs, die Aufrechterhaltung des Vichy-Staates, aber die Entwaffnung der "Armee des vorläufigen Waffenstillstands" und die Besetzung der französischen Flotte an. Am 11. November 1942 dringen deutsche und italienische Truppen widerstandslos in die südliche Zone ein und entwaffnen die provisorische Armee der Versöhnung. Die französische Flotte im Hafen von Toulon kann er jedoch nicht einnehmen. Als die deutschen Truppen in Toulon einmarschierten, versenkten die französischen Seeleute ihre Schiffe.

Nach diesen Ereignissen setzten sich die Feindseligkeiten in Nordafrika in zwei Richtungen fort: Von Osten her drang die 8. Armee unter dem Kommando von General Montgomery über Libyen in Tunesien ein, und von Westen her rückte General Eisenhower, der sich der Kolonialarmee unter dem Kommando von General Jiro ... Im Dezember 1942, nachdem der Feind in Tunesien eingedrungen war, wurden die Kämpfe wegen schlechten Wetters eingestellt. Dies ermöglichte es Deutschland, 27 Divisionen, darunter 5 Panzerdivisionen, zusätzlich zur sowjetisch-deutschen Front freizugeben. Erst in der zweiten Märzhälfte 1943 nehmen die Alliierten ihre Angriffe in Tunesien wieder auf. Am 13. Mai 1943 kapitulierten die deutsch-italienischen Truppen auf der Halbinsel Bonn, an der nordöstlichen Grenze Tunesiens.

240.000 Soldaten werden von den Alliierten gefangen genommen. Die Gesamtverluste der deutsch-italienischen Truppen in Tunesien übersteigen 300.000 Offiziere.

In der britischen und amerikanischen Geschichtsschreibung wird behauptet, dass diese Aktionen der Alliierten in Nordafrika mit der Eröffnung einer zweiten Front vergleichbar sind. Dieser Gedanke kann jedoch nicht bestätigt werden. Die sowjetische Regierung erklärte jedoch, dass ihrer Meinung nach während der Militäroperationen mit mindestens 30-40 Divisionen Nazideutschlands gerechnet werden könne, um diese zu einer zweiten Front zu erklären. An den Kämpfen in Afrika in den Jahren 1942-1943. 17 italienische und deutsche Divisionen teil, und an der

sowjetisch-deutschen Front - 262 Divisionen Deutschlands und seiner Verbündeten. Als Churchill selbst Stalin IV. über die Lage in Nordafrika informierte, sagte er: "Der Umfang dieser Operationen ist nicht sehr groß im Vergleich zu den großen Operationen, die Sie leiten." Die militärischen Operationen in Afrika können nicht mit den Ereignissen im Zentrum des sowjetisch-deutschen Krieges gleichgesetzt werden, und sie können nicht entscheidend für den Sieg über den Faschismus sein.

Die Eroberung Nordafrikas war nicht nur ein großer Erfolg für die Alliierten, sondern bedeutete auch nicht, dass eine zweite Front eröffnet worden war.

Kapitulation Italiens und die Krise des faschistischen Blocks.

Nach der erfolgreichen Landung in Afrika treffen Roosevelt und Churchill im Januar 1943 in Casablanca (Marokko) zusammen, um sich auf einen Aktionsplan zu einigen. Auf Roosevelts Anregung hin wurde der Vorschlag gemacht, von Deutschland die bedingungslose Kapitulation zu verlangen. Die Frage der Eröffnung einer zweiten Front in Europa wurde bei diesem Treffen jedoch nicht geklärt.

Die von Churchill vorgeschlagene "Balkan-Option" rechtfertigt nicht die sofortige Niederlage Deutschlands, da die Feindseligkeiten weit entfernt von ihm stattfanden. Sein Hauptziel war es, Italien und den Balkan unter der Kontrolle der britischen Imperialisten zu halten und die Befreiung durch die Sowjetarmee zu verhindern. Nach den Worten des französischen Generals de Gaulle, der an der Konferenz von Casablanca teilnahm, "zog Churchill entlang der italienischen Halbinsel nach Griechenland und Jugoslawien, um die Türkei in den Krieg einzubeziehen, und dann Österreich, die Tschechische Republik und Ungarn. Wir verstehen, dass dieser strategische Plan im Einklang mit der Politik Londons stand, das befürchtete, dass Großbritannien den Mittelmeerraum dominieren und, was noch wichtiger war, sich in Russen statt in Deutsche verwandeln würde.

Obwohl Roosevelt kein Befürworter der "Balkan-Option" war, gelang es Churchill, das Problem auf seine Weise zu lösen: Nach der Eroberung Nordafrikas gelang es ihm, Truppen auf Sizilien in Italien zu landen. Die Landung von Truppen in Frankreich wird erneut verschoben. Man ging davon aus, dass die Eroberung Siziliens natürlich zur

Entwicklung weiterer Operationen in Italien führen würde, und natürlich würden die Probleme auf dem Balkan gelöst werden. Erst im Mai 1943 treffen Roosevelt und Churchill in Washington zusammen, um über eine zweite Front zu entscheiden. Churchill schlug erneut die "Balkan-Option" vor, doch die US-Regierung hielt es für wichtiger, Deutschland zu trennen und in Westeuropa Fuß zu fassen. Daher bestand er darauf, Truppen in Frankreich zu landen und so schnell wie möglich anglo-amerikanische Truppen in das Zentrum Europas zu bringen. Schließlich beschloss die Washingtoner Konferenz, bis zum 1. Mai 1944 eine zweite Front in Frankreich zu eröffnen. Die Konferenz billigte auch Pläne zur Entsendung von Truppen nach Sizilien, um Italien aus dem Krieg herauszuholen, einen Plan zur Bombardierung Deutschlands aus der Luft und Pläne für Operationen im Pazifik.

Erst danach teilte Roosevelt Stalin mit, dass die Eröffnung der zweiten Front um zwei Jahre verschoben worden sei. Unserer Meinung nach war die sowjetische Regierung gegen eine solche Entscheidung. Großbritannien und die Vereinigten Staaten setzten ihre Pläne in Casablanca und Washington weiter um.

Zunächst einmal führen die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen Krieg gegen deutsche U-Boote, die den Seefunkverkehr stören. Sie bauen veraltete Schiffe und Flugzeuge, spezielle Begleitflugzeugträger auf Spezialschiffen, die mit hochmodernen und neuen Radargeräten ausgestattet sind, und betreiben eine aktive Suche und Verfolgung von U-Booten. Im Jahr 1943 verlor Deutschland 245 U-Boote, mehr als in jedem anderen Jahr. Im Mai 1943 gab die deutsche Führung die Bewegung der U-Boote im Nordatlantik als Teil einer Gruppe auf und zog sie aus dem Meer.

Nachdem die anglo-amerikanische Führung ihre eigenen Land-, Wasser- und Luftwege geschaffen hatte, begann sie mit der Invasion Italiens. Am 10. Juli 1943, auf dem Höhepunkt der Schlacht von Kursk, als alle Hauptkräfte Nazi-Deutschlands an die sowjetisch-deutsche Front geworfen wurden, warfen sie ihre Truppen nach Sizilien. Die italienische Garnison auf der Halbinsel leistet keinen Widerstand. Zwei Wochen später besetzen die Alliierten Sizilien.

In den herrschenden Kreisen Italiens kommt es zu einer schweren

politischen Krise. In der Überzeugung, dass Deutschland unweigerlich besiegt werden würde, beschließen sie, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen, wie es zuvor die französische Verwaltung in Afrika getan hatte. Einige Führer der faschistischen Partei und hochrangige Armeekommandeure versuchen mit Unterstützung des Königs, Mussolini loszuwerden, um Kontakte zu den anglo-amerikanischen Verbündeten herzustellen. Am 25. Juli 1943 spricht die Große Faschistische Allianz Mussolini das Misstrauen aus. Als Mussolini zum königlichen Empfang eintrifft, wird er von der königlichen Garde verhaftet. Der König gibt bekannt, dass Mussolini seines Amtes als Ministerpräsident enthoben und durch den ehemaligen Generalstabschef, Marschall Badoglio, ersetzt wurde. Obwohl die Regierung Badoglio offiziell die Fortsetzung des Krieges an der Seite Deutschlands verkündet, führt sie geheime Verhandlungen mit Vertretern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten.

Am 8. September 1943 verkündet der Londoner Rundfunk die Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit der Regierung Badoglio. Anglo-amerikanische Truppen wurden im Rahmen eines Abkommens mit Badoglio nach Italien verlegt. Als Reaktion darauf entwaffneten die deutschen Nachbarn in Italien die italienische Armee, blockierten die Straßen nach Nord- und Mittelitalien und versperrten den anglo-amerikanischen Truppen den Weg. So nähert sich die italienische Fassade dem Gebäude im Norden von Neapel und teilt Italien in zwei ungleiche Teile. In Nord- und Mittelitalien gab es eine italienische faschistische Regierung, die sich aus Nazi-Invasoren zusammensetzte. Sie wurde von Mussolini angeführt, der von deutschen Fallschirmjägern befreit wurde. Sie besetzte ein Drittel des Landes, während der südliche Teil von der Regierung Badoglio besetzt war, die von den anglo-amerikanischen Militärs vertrieben wurde und Deutschland den Krieg erklärte.

Eine alliierte Landung in Italien kann keine zweite Front beeinflussen. Im September 1943 kämpften 17 deutsche Divisionen in Italien, und 221 Divisionen Deutschlands und seiner Verbündeten kämpften an der sowjetisch-deutschen Front. Dennoch waren der Zusammenbruch des faschistischen Regimes und der Übergang Italiens zu

den Alliierten von großer politischer Bedeutung. Die italienische Armee zog sich aus dem Krieg zurück. In Süditalien wurde das faschistische Regime gestürzt, während es in Nord- und Mittelitalien nur noch unter deutscher Kontrolle stand.

Die Drehungen und Wendungen der Feindseligkeiten führten zu tiefgreifenden Veränderungen im faschistischen Block. Die Regierungen Finnlands, Ungarns und Rumäniens verzweifelten an einem deutschen Sieg und erwarteten ängstlich das Herannahen der sowjetischen Truppen. Die herrschenden Kreise dieser Staaten versuchen ebenso wie Italien, sich auf die Seite Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu stellen. Nach dem Ende der Schlacht von Stalingrad kam Finnland zu dem Schluss, dass der Krieg einen Wendepunkt erreicht hatte, der natürlich dringend benötigt wurde. Mit Hilfe der US-Regierung versuchte er im Januar 1943, sich mit der Sowjetunion zu versöhnen, doch auf Druck Deutschlands wurden die Verhandlungen ausgesetzt. Rumänien und Ungarn führen ebenfalls geheime Gespräche mit Großbritannien und den USA. Sie stimmten ebenfalls einem Friedensvertrag mit den anglo-amerikanischen Verbündeten zu und erklärten sich bereit, ihre militärischen Einheiten in ihre Staaten einzugliedern, nur die Sowjetarmee wollten sie nicht in ihren Staat aufnehmen. Als Hitler von den Verhandlungen erfuhr, stoppte er sie. Deutschland kann Finnland, Rumänien und Ungarn nur vorübergehend kontrollieren. Der Konflikt zwischen ihnen verschärft sich jedoch.

Die führenden Staaten des faschistischen Blocks - Deutschland und Japan-Italien - erklären nach der Kapitulation und der Unterzeichnung der Kapitulation ihren gegenseitigen Beitritt zum Dreiparteienpakt. Jeder von ihnen setzt sich jedoch bestimmte Ziele. Im Herbst 1942, als Japan feststellte, dass es keine Chance auf einen neuen Angriff hatte, ging es in die Defensive. Japanische Wissenschaftler beginnen heimlich mit der Arbeit an Atomwaffen, können aber aufgrund der Rückständigkeit der japanischen Wissenschaft und des Mangels an den erforderlichen Rohstoffen (Uran) nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Japan wendet politische Taktiken an, um seine besetzten Gebiete zu behalten. Japan erklärt Birma und den Philippinen die "Unabhängigkeit" und überzeugt diese Länder, Großbritannien und den Vereinigten Staaten den Krieg zu

erklären. Allerdings erklärt er Indonesien zu einer "Freiwilligenarmee" und nicht zur "Unabhängigkeit", was lediglich bedeutet, dass Indonesier Führungspositionen in der Armee einnehmen können.

Angesichts der Unvermeidlichkeit eines neuen alliierten Angriffs sucht Hitlerdeutschland nach neuen Wegen, um die Massen zu mobilisieren, die Partei und die Polizei einzudämmen und den Massenterrorismus zu verstärken. Nach der Niederlage an der Kursker Schwelle werden auch die bisher Wehrunwürdigen in die Armee eingezogen. Die Ausbeutung der besetzten Gebiete und der verbündeten Staaten Deutschlands wird intensiviert. Bis 1943 erreicht die Zahl der nach Deutschland zwangsdeportierten Arbeiter und Häftlinge 7 Millionen Menschen.

Die Rolle des Partei- und Polizeiapparats in der Verwaltung des deutschen Staatsapparats wird immer größer. Nach der Schlacht von Kursk wird der Leiter der Gestapo, Himmler, zum Innenminister ernannt. Er übernimmt die gesamten Polizei- und Strafvollzugsbehörden. Die Führer der faschistischen Partei in den Provinzen wurden zu "Kommissaren für die Reichsverteidigung" ernannt und leiteten die lokale Verwaltung. Die "Nationalen Volksführer" wurden in die Armee entsandt. Im Oberkommando wurde ein "national-öffentliches Hauptquartier" geschaffen, dessen Aufgabe es war, die faschistische Kontrolle in der Armee zu stärken. Die Zahl der SS-Truppen, die aus Mitgliedern der Nationalen Partei bestanden, wurde fast verdoppelt.

Der faschistische Terror begann sich zu verstärken. Von 1940 bis 1943 verfünffachte sich die Zahl der Häftlinge in den sechs großen deutschen Konzentrationslagern, und die Zahl der Todesurteile stieg um das 18-fache. Die massenhafte Folterung und Ermordung der Menschen in den besetzten Staaten, insbesondere der Slawen und Juden, nahm zu. In Polen überschwemmten die von den Nazis errichteten Konzentrationslager Konvois von Häftlingen aus ganz Europa. Sie wurden erschossen oder in den Gaskammern erdrosselt. Ihre Leichen wurden in Krematorien verbrannt, und ihre Kleidung und Wertgegenstände wurden nach Deutschland geschickt. Spezielle Teams zogen Goldzähne, füllten sie neu und schickten sie an deutsche Banken. Die ermordeten Frauen stellten

Matratzen aus Haaren und Seife aus menschlichem Fett her. Eines der größten Lager war Auschwitz bei Krakau. Von Mai bis Dezember 1940 starben dort 3 Millionen Menschen, mehr als eine Person. Seit der Errichtung von Auschwitz - von Mai 1940 bis Januar 1945 - wurden mehr als 4 Millionen Bürger der UdSSR, Polens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens, Ungarns und anderer Länder getötet. Ein weiteres Vernichtungslager war das in Lublin gelegene Majdanek. Zwischen 1940 und 1944 starben in diesem Lager 1,5 Millionen Menschen. 1942 richteten die Deutschen ein weiteres Vernichtungslager in der Station Treblinka in Polen ein. In diesem Lager sterben innerhalb von zwei Jahren über 800.000 Menschen. Während des gesamten Krieges wurden 18 Millionen Menschen in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern getötet. 11 Millionen von ihnen wurden gefoltert und getötet.

Bis 1943 hatten die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Wirtschaft militarisiert. Ihre Kriegswirtschaft boomt. Allein 1943 produzierten die Vereinigten Staaten über 38.000 Panzer und etwa 86.000 Schmelzöfen und waren damit weltweit führend. 1943 verdoppelte sich das Gesamteinkommen der USA im Vergleich zu 1940. In der Industrie und der Landwirtschaft werden beispiellose Ergebnisse erzielt. Nach dem Ende der Arbeitslosigkeit herrschte ein Mangel an Arbeitskräften. Öffentliche Gelder wurden vor allem für die Produktion von Aluminium, Kunstkautschuk und Uran ausgegeben, das für den Bau einer Atombombe benötigt wurde. Die US-Regierung schuf ein ganzes Verwaltungssystem, das Löhne und Preise regulierte, die Ausführung von Regierungsaufträgen kontrollierte und die Verteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften regelte. Die allgemeine Kontrolle über die Unternehmen wurde vom Economic Stability Service (dem späteren Military Mobilization Service) ausgeübt, der im Oktober 1942 gegründet wurde.

Die Gründung dieser Organisationen trug dazu bei, den Entscheidungsprozess in den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Militärstaat - ein System des Monopolkapitalismus - zu vervollständigen.

Im Sommer 1943 verabschiedete die US-Regierung das Smith-Connelly-Gesetz über Arbeitskonflikte. Durch dieses Gesetz erhielt der

Präsident der Vereinigten Staaten das Recht, Streiks in Militäreinrichtungen zu verbieten. Die großen Monopole haben stark vom Wachstum der US-Wirtschaft profitiert. Ihr Nettoeinkommen (ohne Steuern) beträgt 125 Milliarden Dollar. Aber auch der Lebensstandard anderer Bevölkerungsgruppen ist gestiegen: Kleinunternehmer, Kaufleute, Landwirte. Die Einkommen der Landwirte haben sich in den Kriegsjahren vervierfacht. Die Lage der Lohnarbeiter war sehr schwierig. Im Juli 1942, als die Regierung einen Konflikt zwischen den Stahlherstellern und den Gewerkschaften prüfte, sagte sie voraus, dass die Preise und Löhne bis zum Ende des Krieges um 15 % steigen könnten. Tatsächlich waren die Preise bis zum Kriegsende um 25 % gestiegen, während die Gewerkschaften von 45 % ausgingen. Die Stundenlöhne hinken dem Preisanstieg hinterher.

Die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Krieg gegen den Faschismus in Zusammenarbeit mit der UdSSR und der Anstieg des Lebensstandards haben das öffentliche Bewusstsein verändert. Antifaschistische Ansichten und patriotische Ideen kommen im Lande auf. Der Aufruf des Staates zur nationalen Einheit wurde von den breiten Massen mit großer Begeisterung aufgenommen. Gleichzeitig lebten aber auch traditionelle, persönliche und konservative Ansichten wieder auf. Unternehmer und Bankiers, die zuvor ohne Ansehen waren, erlangten als Organisatoren der Kriegsindustrie "für das Vaterland" wieder Ansehen und Prestige.

In den USA wuchs die Zahl der Anhänger der Sowjetunion, und die Notwendigkeit einer zweiten Front nahm zu. Sobald die Kampagne zur Bildung einer zweiten Front beginnt - die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die Gewerkschaften, 15 Millionen, an deren Spitze der Slawische Kongress steht, der Slawische Kongress und die Intelligenz der Bevölkerung. Ein großer Teil der Bevölkerung unterstützt jedoch die Politik der US-Regierung mit dem Argument, dass der Staat besser weiß, wann er eine zweite Front eröffnen muss.

Im Vereinigten Königreich haben sich bedeutende Veränderungen vollzogen. Die Rüstungsindustrie entwickelt sich in großem Stil und steht nach den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. Bis 1943 stellt die britische Industrie 7.500 Panzer, etwa 26.000 Flugzeuge und Kriegsschiffe her. Im

Februar 1942 wurde das Ministerium für Kriegsproduktion gegründet.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wird auf 8,3 Millionen ansteigen, aber die Zahl der Streiks wird entsprechend zunehmen. 1942 verbietet die Regierung den Daily Worker. In den Vereinigten Staaten, wie auch im Vereinigten Königreich, schafft das Kriegsrecht einen Geist des Patriotismus und des Antifaschismus. 1943 erwägt die Regierung die Einführung von Altersrenten, Invalidenrenten, Beihilfen für kinderreiche Mütter und Ähnliches.

Die Wende im Zweiten Weltkrieg führte zur Ausweitung der Antihitlerkoalition. Zwischen 1942 und 1943 beschlossen mehrere Länder, die zuvor eine Neutralitätspolitik verfolgten, den Krieg zu erklären: Mexiko, Brasilien, Iran, Irak, Bolivien und Kolumbien, beschlossen, den Ländern des faschistischen Blocks den Krieg zu erklären und die Erklärung der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Bis Ende 1943 hatten 32 Staaten die UN-Erklärung unterzeichnet. Die gesamte fortschrittliche Gemeinschaft protestiert gegen den Faschismus.

Die Kämpfe in Stalingrad, insbesondere nach der Schlacht von Kursk, führten die amerikanischen und britischen Behörden zu dem Schluss, dass nur die Sowjetunion Deutschland besiegen und ganz Europa vom Faschismus befreien konnte. Es war klar, dass ein Zurückdrängen der zweiten Front sinnlos war. Im Gegenteil, sie erkannten nun, dass es zweckmäßig war, ihre Truppen nach Westeuropa zu schicken, und dass es der Roten Armee nicht gestattet werden konnte, Europa zu befreien.

Bei ihrem nächsten Treffen in Quebec im August 1943 erklärten Churchill und Roosevelt, dass die amerikanische Delegation "für Deutschland äußerst gefährlich sei, wenn es von der Sowjetunion besiegt würde", so dass so schnell wie möglich eine zweite Front in Frankreich eröffnet werden sollte. Darüber hinaus wollte die amerikanische Regierung die UdSSR in den Krieg gegen Japan hineinziehen und verlangte, dass sie ihre Versprechen gegenüber der Sowjetunion einhält. Auf Roosevelts Antrag hin genehmigt die Washingtoner Konferenz die französische Landung bis zum 1. Mai 1944. Aufgrund des einheitlichen Ziels, eine zweite Front zu eröffnen, brachten die Vereinigten Staaten Großbritannien näher an die Sowjetunion heran. Nach dem Krieg verschärfte sich jedoch

zunächst das Problem des Aufbaus eines Systems in den vom Faschismus befreiten Ländern. Als sich die Sowjetarmee 1943 den Grenzen näherte, ergaben sich Probleme mit der Situation in Polen. Auch zu dem Zeitpunkt, als anglo-amerikanische Truppen nach Frankreich geschickt werden sollten, gab es Probleme mit der Lage in Frankreich.

Obwohl die polnische Auslandsregierung 1941 ein Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnete, um sich gegenseitig im Krieg gegen Deutschland zu unterstützen, verfolgte Polen eine feindliche Politik gegenüber der UdSSR. Die Regierung der Einwanderer erkennt die neuen Grenzen der UdSSR, die durch die Annexion der Westukraine und Westweißrusslands entstanden sind, nicht an; der in der UdSSR gebildete General Anders weigert sich, die polnische Armee an der sowjetisch-deutschen Front einzusetzen, und fordert ihren Rückzug aus der Sowjetunion; er beginnt mit antisowjetischer Propaganda in den Medien, die sowjetische Regierung lässt die Anders-Armee die Grenze überschreiten, weitet aber im April 1943 die diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Einwandererregierung in London aus. Auf Initiative der polnischen Kommunisten wurde in der Sowjetunion die "Union der polnischen Patrioten" gegründet. Mit Genehmigung der Sowjetunion begann die Organisation, aus polnischen Bürgern militärische Einheiten für den Kampf gegen die Nazis zu bilden. Diese Aktionen werden den Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs, die die polnische Regierung der Einwanderer unterstützen, nicht gefallen.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien war die Lage in Frankreich. Im Juni 1943 verbündet sich die Bewegung "Kämpfendes Frankreich" unter der Führung von General de Gaulle mit den Anhängern von General Giraud. In Algier erklärte sie sich unter dem Vorsitz von de Gaulle und Giraud zur französischen Zentralregierung - ein einziges französisches Komitee für die nationale Befreiung (FCNO) wurde gebildet, das sich an Großbritannien, die UdSSR und die USA mit der Bitte um Anerkennung der Organisation wandte. Die Sowjetunion hielt es für notwendig, das FKNO rasch anzuerkennen, doch Großbritannien und die USA trauten General de Gaulle nicht, der mit seiner Unabhängigkeit und Entschlossenheit die nationalen Werte verteidigte.

Erst im August 1943 erkannten Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf Drängen der Sowjetunion die FKNO gleichzeitig an. Nur die Sowjetunion erkennt die FKNO als Führer der staatlichen Interessen der französischen Republik und als Führer aller französischen Patrioten, die gegen den Faschismus kämpfen, an.

Testfragen:

1. Was ist das Geheimnis des so genannten "Manhattan-Projekts"?
2. Erzählen Sie uns von den "Todeslagern", die von Nazi-Deutschland organisiert wurden?
3. Wie hieß das Militärbündnis zwischen Hitler und Mussolini zwischen Deutschland und Italien in der Geschichte?
4. Was wissen Sie über das geheime Zusatzabkommen zu dem am 23. August 1939 unterzeichneten Abkommen über den 10-jährigen Nichtangriffspakt?
5. Was ist mit dem "berüchtigten Münchner Abkommen", das den Zweiten Weltkrieg auslöste?

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE AM ENDE DES XX JAHRHUNDERTS - ANFANG DES XXI JAHRHUNDERTS PLAN:

1. Internationale Beziehungen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.
2. Tendenzen zur Zentralisierung in der Weltpolitik.
3. Multipolare Weltlinien.
4. Ursachen und Folgen des Zusammenbruchs des Sozialismus.

Schlüsselwörter und -ausdrücke: Die Führung der USA und der UdSSR in der bipolaren Welt. Ausbreitung von Deutschland. UN. NATO-Struktur. Kubanische Revolution und Karibik-Krise. Wettrüsten. Koreakrieg. Israelisch-Arabischer Krieg. US-Invasion in Vietnam. "Big Jump" - Sowjetische Invasion in Afghanistan. Iranisch-irakischer Krieg. Irakische Invasion in Kuwait. US-Krieg und Irak-Krieg. Gründe für das Entstehen einer multipolaren Welt. Der Zusammenbruch der UdSSR. Der Zusammenbruch von Jugoslawien. Veränderungen in Europa.

Der Beginn des Kalten Krieges und die Herausbildung eines bipolaren, weltlichen Systems in der ersten Hälfte der 50-70er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Der Zweite Weltkrieg veränderte die aktuelle Situation auf der Weltbühne. Die Konfrontation zwischen zwei militärisch-politischen Blöcken unter Führung der USA und der UdSSR - der NATO und dem Warschauer Pakt - schuf eine bipolare Form der internationalen Beziehungen. Der Konflikt zwischen den beiden Blöcken spiegelte die ideologische, politische und militärische Konfrontation in der Welt im Gegensatz zum sozialen Modell wider. Der Konflikt zwischen der UdSSR und den USA entstand als Folge des Kalten Krieges - dem ideologischen Kampf und der geopolitischen Konfrontation zwischen den beiden Supermächten. Der Konflikt zwischen den Verbündeten der USA und Großbritanniens auf der einen Seite und den Anti-Hitler-Verbündeten der UdSSR auf der anderen Seite betraf Fragen der Nachkriegsordnung, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu Streitigkeiten führten. Im Gegenteil, der Konflikt zwischen Großbritannien und der UdSSR nahm zu.

Der ehemalige britische Premierminister William Churchill war einer der ersten, der offen den vollständigen Bruch zwischen den ehemaligen Verbündeten und den Beginn des Kalten Krieges verkündete. In seiner Rede in Fulton (USA) am 5. März 1946 rief er zu Plänen auf, den Kommunismus in die kapitalistischen Länder zu exportieren und ein anglo-amerikanisches Bündnis zum Kampf gegen die UdSSR zu bilden. Die Sowjetunion ihrerseits sah ihre Erfolge im Kampf gegen den Nationalsozialismus und bei der Stärkung ihrer Position auf der internationalen Bühne in der Schaffung eines säkularen sozialistischen Systems. Die Besetzung Deutschlands in den Jahren 1947-1949 führte infolge der heftigen Konfrontation zwischen den Siegerstaaten zur Bildung von zwei Staaten - der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (SKF). Die Teilung der Welt war klar.

In den letzten Jahren haben die westlichen Länder unter der Führung der Vereinigten Staaten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um der "Machtpolitik" der Sowjetunion entgegenzuwirken. Die wichtigsten davon waren die Truman-Doktrin (1947), die den "Kreuzzug gegen den Kommunismus" in der ganzen Welt führte, das Programm der

wirtschaftlichen Unterstützung für die europäischen Länder - die Umsetzung des Marshall-Plans (1948 - 1952), die atlantische Militär - der politische Block - NATO (1949). th) und ähnliche asiatische Blöcke (SEATO, CENTO, ANZUS). Der Aufbau des säkularen Antikommunismus stützte sich auf die Vereinigten Staaten, die unmittelbar nach dem Krieg als die mächtigste Macht in den wirtschaftlichen und militärisch-politischen Beziehungen angesehen wurden. Seit den ersten Tagen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bemühten sich die amerikanischen Führer, die dringende Position der Vereinigten Staaten in der Weltgemeinschaft zu stärken. Bis Ende 1949, als die UdSSR ihre erste Atombombe testete, waren die Vereinigten Staaten das einzige Land mit einer einzigen Atomwaffe. Washington spielt eine Schlüsselrolle in internationalen Organisationen, darunter die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, das Allgemeine Abkommen über Preise und Handel, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und andere. Vor allem in den späten 40er und 50er Jahren, während der Konflikte auf der koreanischen Halbinsel, im Nahen Osten, im Kongo und auf Zypern, nutzten die Vereinigten Staaten die UN-Generalversammlung wiederholt für ihre imperialen Zwecke. Der Grund dafür war der Wunsch zu erklären, "keine direkte Intervention der Union zuzulassen". In jenen Jahren äußerte der berühmte Zeitungsmagnat J. Lewis die Idee, dass "das Ende des Krieges die Vereinigten Staaten in einem solchen Ausmaß beeinflussen wird, dass das amerikanische Jahrhundert kommen wird." Das amerikanische Jahrhundert wurde zum Motto der amerikanischen Politik auf der Weltbühne in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Allerdings waren die Vereinigten Staaten mit ihrer militärischen und politischen Macht nicht die einzige Führungsmacht in der Nachkriegswelt. Auf internationaler Ebene mussten die USA mit der UdSSR rechnen, einer anderen bestehenden Großmacht, die sich wütend gegen das Eindringen von Ausländern in ihr Gebiet wehrte.

Die Sowjetunion ging aus dem Krieg als mächtiger militärisch-politischer Staat hervor und strebte danach, der mächtigste Staat wie die Vereinigten Staaten zu werden. Die Sowjetunion, die eine wichtige Rolle

bei der Niederlage Nazi-Deutschlands spielte, konnte ihren Einfluss und ihr Prestige in der Welt steigern. Infolge der Nachkriegsregelung geriet eine Gruppe von Ländern in Osteuropa (Bulgarien, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Albanien und Jugoslawien) und Asien (China, Vietnam, Nordkorea usw.) unter den Einfluss der UdSSR. Damit wurde der Grundstein für die Entstehung eines säkularen sozialistischen Systems gelegt, dem sich Kuba in den 1960er Jahren anschloss. Die UdSSR und andere sozialistische Länder unterstützten die nationalen Befreiungsbewegungen von abhängigen Völkern und Staaten. Infolgedessen entstand eine Gruppe von Staaten, die den sozialistischen Weg in der Dritten Welt wählten, und ihre Rolle nahm zu.

Die Führung der Sowjetunion, die die nach dem Krieg zerstörte Wirtschaft wieder aufbaute, konzentrierte sich auf die Stärkung der militärischen Macht. Um das Nuklearmonopol der USA zu brechen, entwickelte die UdSSR ein Programm zur Herstellung eigener Atomwaffen. Im Jahr 1949 wurde in der Sowjetunion eine Atombombe getestet. Im selben Jahr gründeten die sozialistischen Länder Europas den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem später auch die Mongolei, Kuba und Vietnam beitraten. Diese Organisation spielte eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Unterstützung der sozialistischen Länder untereinander, bei der Verwaltung der Pläne für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und bei der Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung. Im Mai 1955 unterzeichneten die UdSSR und die sozialistischen Länder Osteuropas in Warschau einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, und der bestehende Warschauer Pakt, der auf einem Vertrag über gegenseitigen Beistand beruht, spielt eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts in der Welt.

So waren die ideologisch-politischen und militärisch-politischen Beziehungen der frühen 1950er Jahre in zwei gegensätzliche Teile von säkularer Breite geteilt. Gleichzeitig stützte sich jedes der beiden Systeme auf Berechnungen, die die Hoffnungen und Interessen der Völker vertraten und schützten, insbesondere die Unvermeidlichkeit der vollständigen und totalen Zerstörung der Gegenseite bei ihrem Sieg. Indem sie die ideologische Grundlage ihrer Position entwickelten, erklärten sich die

Vereinigten Staaten zum Verteidiger der freien Welt, während die UdSSR sich zum Rückgrat der Weltdemokratie und des Sozialismus erklärte.

Der Kalte Krieg ist gekennzeichnet durch ein sich beschleunigendes Wettrüsten, die Bildung von Militärblocken, die Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Weigerung, Streitigkeiten auf vertraglichem Wege zu lösen, usw. Die Entspannung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA war die Grundlage der Außenpolitik jedes Staates. Diese Situation erregt ständig die Aufmerksamkeit einer zwischen zwei Großmächten gespaltenen Welt. In einer säkularen Gesellschaft hat sich eine bipolare hierarchische Struktur herausgebildet, bestehend aus zwei mächtigen Staaten, gefolgt von Großmächten, Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und schließlich Staaten, die sich bei der Verfolgung internationaler Ziele zusammenschließen.

In diesem Spiel der geopolitischen Interessen werden Konflikte in der ganzen Welt als ein Schlüsselement im globalen Kampf der gegnerischen Seiten angesehen. In den Augen beider Seiten wurde die Beilegung dieser Streitigkeiten als Sieg oder Niederlage für Ost oder West betrachtet. Gleichzeitig ist die Erlangung eines Platzes im Universum oder eines Staates durch die eine oder die andere Seite eine Niederlage für die andere Seite. Einer der wichtigsten Beweggründe der beiden Supermächte und ihrer Blöcke war ihre eigene Sicherheit. Beide Seiten konzentrierten sich vor allem auf die Steigerung ihrer militärischen Macht. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen war mit der Beschleunigung des Wettrüstens verbunden, das von den Kräften der fortgeschrittenen Länder der Welt Ernsthaftigkeit verlangte, da es eine große Bedrohung für das Schicksal der Menschheit darstellte.

Die Nachkriegswelt, die von feindlichen Blöcken angeführt wurde, konnte sich jedoch nicht in diese verlorene Polarität einfügen. Darüber hinaus wurde sie in den folgenden Jahrzehnten, insbesondere seit den 1960er Jahren, durch viele Faktoren verletzt. Die Nachkriegsprozesse spielten eine wichtige Rolle beim Zusammenbruch der Kolonialreiche und der Bildung vieler neuer unabhängiger Staaten mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Ausrichtungen. Tatsächlich wurde die Welt

in drei verschiedene Welten aufgeteilt: eine kapitalistische, eine sozialistische und eine Entwicklungswelt mit unterschiedlichen Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Zweite Weltkrieg brachte tiefgreifende und vielfältige Veränderungen in der inneren Entwicklung der afrikanischen und asiatischen Staaten mit sich. Wie im Ersten Weltkrieg kämpften die Nationen, die unfreiwillig mitmachten, gegen die Völker dieser Staaten. Indische Divisionen zum Beispiel kämpften und dienten in Birma, Nord- und Ostafrika und waren die wichtigsten Verbündeten der alliierten Streitkräfte im Nahen Osten. Während des Krieges erlitten die kolonialen und abhängigen Staaten schwere Verluste. So wurden beispielsweise in dem achtjährigen Krieg mit Japan in China 18 Millionen Menschen getötet und verwundet. Im Jahr 1943 verlor die indische Provinz 4,5 Millionen Menschen während der Hungersnot in Bengalen, einer starb. Etwa 4 Millionen Indonesier starben während der japanischen Besatzung an Hunger und schwerer Arbeit.

Gleichzeitig ermöglichte der Zweite Weltkrieg die weitere Entwicklung des nationalen Kapitalismus und das wachsende Verständnis für die nationale Identität der Völker der jeweiligen Staaten. Im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg förderte er die Beschleunigung der groß angelegten Auseinandersetzungen mit den Kolonien und der Metrologie, insbesondere den Aufstieg der nationalen Befreiungsbewegungen. Das Gewicht des Krieges hat es den meisten Menschen ermöglicht, ihre Stimmung radikal zu ändern. Die Erfahrung der Beteiligung der Bevölkerung der Kolonie und des schweigenden Staates an den Feindseligkeiten hatte einen großen Einfluss auf das Selbstbewusstsein der Gesellschaft. Die Kriegsveteranen verfügten über militärische, technische und organisatorische Erfahrungen, die ihnen im nationalen Befreiungskrieg der Nachkriegszeit nützlich waren.

Infolge des Krieges wurde Japan schwer besiegt und von seinen Kolonien getrennt, und Korea, das vorübergehend den Status einer Großmacht verlor und der amerikanischen Besatzung entkam, erlangte seine Unabhängigkeit, aber als Ergebnis des militärischen Konflikts von 1950-1953 wird die Demokratische Volksrepublik Korea in Süd- und

Republik Korea geteilt. Die Völker Indonesiens und Indochinas kämpften in langen und schrecklichen Kämpfen mit den französischen und niederländischen Kolonisatoren um ihre Unabhängigkeit.

Zwischen den beiden Weltkriegen entwickelte sich China von einem halbkolonialen Staat im Jahr 1945 zu einer großen Nation und einem ständigen Mitglied des Sicherheitsdienstes der Vereinten Nationen. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre brach in dem Land jedoch ein Bürgerkrieg aus, der 1949 mit der Gründung der Volksrepublik China endete. Ein weiterer großer asiatischer Staat, Indien, war am Ende des Zweiten Weltkriegs eine britische Kolonie, aber als Ergebnis der Bewegung der Völker, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, entstanden 1947 zwei unabhängige Staaten, Indien und Pakistan.

Auf der Grundlage der bipolaren Weltordnung wurden die Unzulänglichkeiten infolge der Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen in den späten 1950er Jahren bekannt. Ursprünglich war die VR China ganz nach dem Vorbild der UdSSR und anderer sozialistischer Unionen aufgebaut. Die politischen und ideologischen Differenzen, die Ende der 1950er Jahre auftraten, führten jedoch zu einer offenen Konfrontation zwischen der Führung der UdSSR und Chinas. Dieser Bruch führte ein neues Element in die internationalen Beziehungen ein. Die chinesische Führung, angeführt von Mao Zedong, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, handelte unabhängig von Moskau und brach die Beziehungen zur Sowjetunion ab. Allmählich begann er, das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der UdSSR als Schlüsselfaktor für seine Außen- und Verteidigungspolitik zu betrachten. Die Indochina-Phase ist ein Angriffskrieg der USA gegen Vietnam, der 1964 begann. Infolge des antikolonialen Krieges gegen Frankreich in den 1950er Jahren versetzten die bewaffneten vietnamesischen Gruppen den Kolonialisten in der Region Den Ben Phu einen schweren Schlag, aber das Land wurde in zwei Teile geteilt. Im Norden entstand die Demokratische Republik Vietnam, und im Süden wurde mit Hilfe der Vereinigten Staaten die Republik Südvietnam gegründet.

Die Schwäche des Saigoner Regimes wurde jedoch erst später nach

der Niederlage der patriotischen Kräfte bekannt. Um das Regime aufrechtzuerhalten, führte die US-Führung militärische Operationen gegen das vietnamesische Volk durch. Der Krieg fügte den Vereinigten Staaten großen Schaden zu. Die Zahl der amerikanischen Truppen im Lande stieg von 185.000 im Jahr 1965 auf 543.400 im Jahr 1969. Die USA gaben während des Krieges 141 Milliarden Dollar aus. 56,5 Tausend Menschen starben, 303,6 Tausend verwundete Soldaten und Offiziere starben. Dennoch erlitten sie eine demütigende Niederlage.

Im Januar 1972 unterzeichnete die von US-Präsident R. Nixon geführte Regierung ein Abkommen zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung der Gleichheit in Vietnam, was den vollständigen Sieg des vietnamesischen Volkes über die Invasoren bedeutete. Dieses Abkommen ebnete den Weg für die Wiedervereinigung des Staates. Im April 1975 eroberten die vietnamesischen Streitkräfte und die Patrioten Südvietnams die südvietnamesische Hauptstadt Saigon. Dieses Ereignis markierte das Ende der Unabhängigkeitsbewegung des vietnamesischen Volkes und die Vereinigung des Staates.

Eine der wichtigsten Fragen der Nachkriegszeit war die Frage des Nahen Ostens. Im Mittelpunkt des Problems stand die Schwierigkeit, einen unabhängigen palästinensischen Staat im Nahen Osten zu errichten, der nach dem Krieg entstand. Er wollte dieses Problem lösen, indem er in den zum britischen Empire gehörenden Gebieten zwei unabhängige Staaten schuf - Europa und Palästina. Im Jahr 1949 wurde ein jüdischer Staat unter der Führung Israels gegründet, ohne dass den Palästinensern dieses Recht zugestanden worden wäre. Die Nachkriegsgeschichte des Nahen Ostens ist durch den Kampf des palästinensischen Volkes um die Unabhängigkeit seines Staates gekennzeichnet. Die ungelöste Frage führte zu mehreren arabisch-israelischen Kriegen.

Vor allem aber besetzte Israel als Folge des Krieges von 1967 große Gebiete in Palästina (das Westjordanland und den Gazastreifen) und in den Nachbarstaaten Syrien und Ägypten, weil die Palästinenser sich wehrten. Erst in den 1990er Jahren, als das palästinensische Volk unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kämpfte, erklärte sich die israelische Regierung bereit, den Palästinensern die Anerkennung zu

gewähren. Aber das Problem im Nahen Osten bleibt verwirrend.

Die politischen Aktivitäten der Länder der Dritten Welt bildeten ein starkes Fundament im System der internationalen Beziehungen. Der Krieg von 1967 zwischen Israel und den arabischen Staaten schwächte die Rolle der UNO im Nahen Osten. Die aufeinanderfolgende Dominikanische Republik, die Krisen im Nahen Osten und in der Tschechoslowakei, die Kriege in Vietnam und im Norden sowie der Bürgerkrieg in Nigeria zeigten, dass die Staaten nicht miteinander einverstanden waren. In diesem Zusammenhang ist die Blockfreiheit von großer Bedeutung. Das Hauptprinzip der Außenpolitik der international vereinigten Staaten ist keine militärisch-politischen Allianzen mit mächtigen Staaten einzugehen. Die erste hochrangige Konferenz von 25 Staaten wurde Anfang September 1961 in Belgrad auf Initiative von Jugoslawien, Indien, Ägypten, Indonesien und Ghana einberufen. Innerhalb von zwei Jahrzehnten weiteten sich Ordnung und geografische Bewegungen aus. So stieg ihre Zahl 1983 auf 101. Sie vereint *1/3* der Länder der Welt, die blockfreie Bewegung diente als ein Schlüsselfaktor in der Weltpolitik bei der Stärkung des Friedens und der Aufrechterhaltung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten.

Das bipolare Schema erfuhr eine Reihe von Veränderungen durch den Wandel Japans zu einer mächtigen Wirtschaftsmacht, die Atommacht China und den Beitritt der OPEC, der Organisation der erdölexportierenden Länder, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Diktatur der Industrieländer zu beseitigen. Gleichzeitig begann das Weltwährungssystem zu kollabieren, was 1971 zur Abschaffung des globalen Finanzsystems von Bretton Woods und des Goldstandards führte. Die Abwertung des Dollars gegenüber den internationalen Währungen schwächte die Position der Vereinigten Staaten auf den globalen Finanzmärkten.

Der Hauptgrund für die Aufweichung der bipolaren Konfrontation war also die Abschwächung der endlosen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR. Das Wirtschaftswachstum hat sich infolge der gestiegenen Militärmacht verlangsamt. Gleichzeitig spielte die wachsende

wirtschaftliche und militärische Macht der USA und ihrer sowjetischen Verbündeten eine wichtige Rolle. Infolgedessen verzichteten die Staaten in den 1970er Jahren auf eine Konfrontation und vereinbarten eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit, um strategischen Einfluss im Nuklearbereich zu erlangen. Obwohl viele Fragen im Rahmen der bipolaren Weltordnung offen waren, wurden sie im Interesse der Weltgemeinschaft gelöst.

Tendenzen zur Zentralisierung in der Weltpolitik. Die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist durch einen wachsenden Trend zur wirtschaftlichen und politischen Integration gekennzeichnet. Sie wurde durch das Entstehen zahlreicher internationaler zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen geprägt. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es einige Dutzend von ihnen, aber jetzt ist die Zahl der Organisationen des ersten Typs mehrere hundert, der zweiten - etwa 2,5 Tausend. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vereinten Nationen, die NATO und die Weltbank gegründet.

Heute wird die Hauptrolle von einer Gruppe von Ländern, weltlichen und regionalen Organisationen, der Europäischen Union, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), der Organisation für Afrikanische Solidarität (OAS), der Organisation der Islamischen Konferenz und anderen gespielt. Der Prozess der Bildung einer Freihandelszone (NAFTA) in der nordamerikanischen Zone, die die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko umfasst, hat begonnen. Im Jahr 1989 wurde die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsunion (APEC) gegründet. Der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), die Asiatische Entwicklungsbank und andere Vereinigungen und Organisationen sind aktiv tätig.

Die Zahl solcher Organisationen nimmt zu. In den großen Schulen nimmt die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien der verschiedenen Länder zu. Ideologisch versuchen dieselben Parteiführer, ihren Platz auf internationaler Ebene einzunehmen. Dies zeigt sich beispielsweise an der 1961 gegründeten Säkularen Christlich-Demokratischen Union, der die zentralen Parteien mehrerer Staaten angehören. Im Jahr 1983 wurde die Internationale Demokratische Union

gegründet, der die konservativen Parteien Westeuropas, die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten, die Liberaldemokratische Partei Japans und die australischen Konservativen angehören.

Einer der Schlüsselfaktoren der modernen Weltpolitik ist das jährliche Treffen der G7 - ein Rat zu wichtigen industrie- und außenpolitischen Fragen von sieben entwickelten Industrieländern - den USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Italien und Kanada. Hauptthemen der G7-Räte sind die wirtschaftliche Entwicklung, die außenpolitische Glättung, Inflation und Arbeitslosigkeit und so weiter. Eine wichtige Rolle spielen auch militärpolitische und außenpolitische Fragen.

Die am weitesten fortgeschrittenen Integrationsprozesse fanden in Europa statt. Im März 1948 unterzeichneten Frankreich, Großbritannien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg ("Westunion") ein Abkommen über militärische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit - den Brüsseler Pakt. Im Mai desselben Jahres fand in Den Haag der Kongress der Bewegung für die Europäische Einheit statt. Mit der Gründung der Europäischen Union im Jahr 1949 sorgten die parlamentarische Demokratie auf dem europäischen Kontinent und die Rechtsstaatlichkeit beim Schutz der Menschenrechte für harmonische Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Infolgedessen war das Vereinigte Königreich lange Zeit nicht Teil des europäischen Integrationsprozesses, doch der SCF ist aktiv daran beteiligt. Die politische Ausrichtung der westeuropäischen Integration wurde durch wirtschaftliche Beziehungen ersetzt. Im April 1951 wurde auf Initiative des französischen Außenministers Schuman die Europäische Organisation für Kohle und Eisenbahnen (YEOUS) gegründet, in der sich Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Länder zusammenschlossen. YEOUS schuf einen gemeinsamen Markt für diesen Industriezweig. 1957 vereinbarten die Sechs im Vertrag von Rom die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage der OECD. Im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden ein Rat, eine Kommission, eine Versammlung und ein Gerichtshof geschaffen.

Die politische Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird gewahrt, die Zölle werden

abgebaut und eine gemeinsame Agrarpolitik wird betrieben. Diese Fragen wurden 1968 vollständig geklärt. Seit Ende der 60er Jahre begann die zweite Stufe des westeuropäischen Integrationsprozesses. Auf Initiative des französischen Staatspräsidenten J. Pompidou entwickelten die Staats- und Regierungschefs der "Sechs" in den Haager Vereinbarungen von 1969 ein Programm zur "Vertiefung der Integration und vollständigen Erweiterung". Im Einklang mit dieser Vereinbarung wurde 1972 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erweitert. Diese Gesellschaft umfasste Spanien, Portugal, Griechenland, Irland, Dänemark und Großbritannien. Am 1. Januar 1995 schlossen sich Österreich, Schweden und Finnland an.

In den späten 1970er Jahren kam es zu bedeutenden Veränderungen in der politischen Integration. Die Rolle des Rates in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat deutlich zugenommen. Seit 1978 finden Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Ereignisse werden in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zu einer neuen Etappe in der Entwicklung der Europäischen Union. Die Schwierigkeiten dieses Falles führten zu der Betrachtung eines großen Falles. Nach dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 wurde die Europäische Union zur Realität.

Das Hauptziel des Vertrags von Maastricht war die Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts-, Sozial-, Rechts-, Informations- und Kulturraums. Seit dem 1. Januar 1993 haben die 350 Millionen Europäer, die in der Europäischen Union leben, das Recht, sich frei zu bewegen. Es entstand ein gemeinsamer Markt für Kapital, Waren und Dienstleistungen. Für die Zukunft war geplant, das Währungssystem vollständig zu integrieren, eine einheitliche zivile Institution zu schaffen und die militärisch-politische Verbundenheit und Sicherheit der europäischen Länder weiter zu stärken. Maastricht gab die Richtung für die Entwicklung der europäischen Gesellschaften in den kommenden Jahren vor.

Die internationale Zusammenarbeit spielte eine wichtige Rolle bei der Ausweitung und Stärkung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde als ein wichtiges Element des internationalen Systems betrachtet. Während des Krieges, anstelle des Völkerbundes, wurde die Frage der internationalen Organisationen geschaffen. Diese Frage wurde in San Francisco im April 1945 auf der Konferenz beschlossen. Er betrachtete

die Schaffung der Vereinten Nationen und ihre Charta.

In der Nachkriegszeit wurden neue Spezialeinheiten gebildet, die in verschiedenen Bereichen des internationalen Lebens eingesetzt wurden. Im Jahr 1948 wurde die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gegründet. Im Jahr 1972 wurde eine weitere UN-Sonderorganisation, das UNEP, gegründet.

Internationale Organisationen, die sich mit Energie und Rohstoffen befassen, spielen eine wichtige Rolle. Dazu gehört die Internationale Atomenergie-Organisation der Vereinten Nationen (IAEO) - eine Organisation zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen und zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Dank der Bemühungen der Vereinten Nationen sind die Menschenrechte heute zu einem wichtigen Thema in der internationalen Politik geworden. Dies ist die Aktion und die Organisationen, die gehandelt haben. Dieser Kampf war eine logische Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde. Die UNO konzentrierte sich auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer. Im Jahr 1974 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Erklärung und das Aktionsprogramm zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Die UNO spielt eine wichtige Rolle bei der Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten. Von 1948 bis 1991 führte die UNO 23 friedenserhaltende Operationen durch. Der UN-Generalsekretär verfügte über Panzer, Lastwagen, Satellitenkommunikation und dergleichen, um die ihn andere Staatschefs beneideten. Heute verfügen die UN-Truppen über 50.000 Zelte in jedem Teil der Welt, oder 1 Million, hat die Macht, den Flüchtling zu ernähren. Sein Nahrungsmittelprogramm kann Menschen in allen Staaten zugute kommen.

Allerdings ist die UN-Hilfe für rückständige Länder geringer als in anderen Bereichen. Diese Probleme hängen hauptsächlich mit den finanziellen Schwierigkeiten der UNO zusammen. Die wachsende Rolle der UNO bei der Wahrung der Gleichberechtigung in den 1990er Jahren trug zur Lösung der Konflikte am Persischen Golf und in Namibia bei. Im

Jahr 1990 setzte der UN-Sicherheitsrat seine multinationale Truppe ein, um in Kuwait gegen den Irak einzumarschieren. Der Konflikt in Namibia konnte durch die Einbeziehung aller Konfliktparteien in den Versöhnungsprozess gelöst werden. Die Vereinten Nationen haben hervorragende Arbeit geleistet, um den Frieden in allen Gebieten zu wahren, die Wahlen zu kontrollieren und die ausländischen Truppen aus Namibia und Angola abzuführen.

Gleichzeitig haben die Vereinten Nationen jedoch in den Konfliktgebieten von Liberia, Somalia, Ruanda und anderen ihre Schwäche gezeigt. Nur wenn andere mächtige Staaten die Kontrolle über die UNO übernommen haben, werden sie in der Lage sein, entschlossen zu handeln. Wenn es jedoch keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen gibt, werden alle Aktionen in einer Niederlage enden. Viele Militäraktionen wurden von den Vereinten Nationen genehmigt und nicht unter ihrer Führung, sondern unter der Führung der Vereinigten Staaten durchgeführt: Korea (1950-1953), Irak (1990-1991), Somalia (1992-1993) und Jugoslawien (1999).

Die zweite Hälfte der 1980er - Anfang der 1990er Jahre führte zum Ende des sozialistischen Umfelds und zum Zusammenbruch der UdSSR, des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung. Es lässt sich nicht leugnen, dass der Westen und die Vereinigten Staaten eine historische Schlacht gegen die UdSSR gewonnen haben. Der Westen hat nicht gewonnen, weil die Sowjetunion Selbstmord begangen hat.

Einem Korrespondenten der französischen Zeitung Moid zufolge ist der Fall der Berliner Mauer "der oberflächliche Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus". Denn niemand wusste, wie viel mehr Kraft und Ressourcen nötig waren. Die Führung der Sowjetunion schlug den Weg der Reform ein und verurteilte ihn zum Tode. Der Kalte Krieg endete, als sich die geopolitische Lage in der Welt veränderte.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden eine wichtige Rolle bei der Beendigung des Kalten Krieges spielen. Beide Seiten haben zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen. Das Ende des Krieges markierte den Höhepunkt der für Anfang der 60er Jahre geplanten Zusammenarbeit. Dann manifestierte sich der Einfluss der Staaten und das

Kräfteverhältnis, das sich in den 70-80er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts auf der internationalen Bühne angesammelt hatte.

Der Atlantische und der Pazifische Ozean haben ihre Bedeutung als gigantischer Raum verloren, der die Vereinigten Staaten und andere Länder der westlichen Hemisphäre vor militärischen Invasionen schützt. Es fehlt die Frontlinie. So nahmen die Amerikaner, die nicht am Ersten und Zweiten Weltkrieg teilnahmen, an den Kriegen im fernen Europa und Asien teil, aber jetzt kann in den ersten Stunden des Krieges jedes Gebiet der Vereinigten Staaten durch Atomwaffen zerstört werden.

Nukleare Raketenwaffen sorgen für ein Gleichgewicht der Kräfte von Staaten, unabhängig von ihrer geografischen Lage, ihrer Bevölkerung und ihrem Klima. In der heutigen Welt sind Luftraum und Weltraum aus militärisch-politischer Sicht wichtiger als Land und Meer. kontinentalen Völkern oder transnationalen Formen der wirtschaftlichen, technischen und informationellen Kontrolle entstanden ist. Die Durchschlagskraft der bestehenden Technologie auf dieser Ebene kann ihn nicht von irgendwelchen Barrieren, Mauern und Grenzen abhalten.

Die wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Interessen aller Völker wurden zu einem einzigen universellen Interesse vereint, Staaten und Völker können ohne multilaterale Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich nicht leben und sich entwickeln. Krankheiten wie Pest, Typhus und Seuche, die zu den Volkskrankheiten gehören, können durch nationale und staatliche Grenzen aufgehalten werden, aber die "Seuche des zwanzigsten Jahrhunderts" - AIDS - kann nicht aufgehalten werden. Die langsam tödliche Strahlung kennt keine Staatsgrenzen.

Die Zusammenarbeit zwischen Staaten ist häufig dadurch gekennzeichnet, wie sie sich gegenseitig wahrnehmen. Die Beschleunigung oder Verlangsamung der internationalen Beziehungen war das Ergebnis eines Mangels an gegenseitigem Vertrauen in Verträge, die den Krieg beenden und ein Wettrüsten verhindern sollten.

Im Laufe der Geschichte der Menschheit wurden die Strategie eines Staates, seine nationale Sicherheit und sein Ansehen durch die Quantität und Qualität der ihm zur Verfügung stehenden Waffen bestimmt.

Atomwaffen haben diese militärisch-strategischen Einrichtungen zerstört. Kriege sind das Ergebnis einer politischen Reaktion auf die Durchsetzung politischer Ziele mit Hilfe von Streitkräften. Früher wurde der Krieg als politisches Mittel betrachtet. Clausewitz, ein berühmter Militärtheoretiker des 19. Jahrhunderts, war der Ansicht, dass "Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist". Die Atomraketen haben die Verbindung zwischen Politik und Krieg vollständig aufgehoben, denn eine bewusste Politik erlaubt es der Weltbühne nicht, Atomwaffen einzusetzen, die die gesamte Menschheit töten.

Atomwaffen dienten den beiden Supermächten während des Kalten Krieges als Abschreckung. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Vereinigten Staaten, die das Monopol auf Atomwaffen besaßen, die Änderung der außenpolitischen Strategie der UdSSR nicht beeinflussen. Darüber hinaus wuchs zwischen 1945 und 1949 der Einfluss der UdSSR und Chinas. Die Vereinigten Staaten konnten dies mit ihren Atomwaffen nicht verhindern. Kernwaffen konnten den Verlauf und den Ausgang des Korea- und des Vietnamkrieges nicht beeinflussen.

In den späten 1950er und frühen 1960er Jahren war Frankreich gezwungen, sich aus Algerien zurückzuziehen, obwohl es über Atomwaffen verfügte. Das Gleiche geschah mit den USA in Vietnam. 1982 zog Argentinien gegen Großbritannien in den Krieg, als ob es ein nicht-nuklearer Staat wäre. Während des Afghanistankrieges verhielt sich die Sowjetunion so, als ob sie keine Atomwaffen besäße. Der Besitz von Atomwaffen konnte nicht einmal den Warschauer Pakt und den Zusammenbruch der Sowjetunion garantieren.

All dies erklärt sich durch die Bestätigung spezifischer nuklearer Repressionen in den Beziehungen zwischen zwei mächtigen Staaten und militärisch-politischen Blöcken. Im Jahr 1961 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution zum Verbot des Einsatzes von Atomwaffen, der zahlreiche zivile Opfer forderte und gegen das Völkerrecht und die allgemein anerkannten Menschenrechte verstieß. Die Staats- und Regierungschefs der westlichen und östlichen Blöcke erkannten die Notwendigkeit, auf einen Atomkrieg zu verzichten. US-Präsident Ronald Reagan, der für seine kriegerischen Äußerungen berüchtigt ist,

erklärte in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation am 25. Januar 1984, dass "der Krieg nicht zu gewinnen und niemals zu beenden ist".

Die Sowjetunion hingegen hat sich seit Beginn des Atomzeitalters für ein totales Verbot aller ihrer individuellen Erklärungen eingesetzt. Chruschtschow, der den Kapitalisten mit den Worten drohte: "Wir werden euch begraben", war kategorisch gegen den Einsatz von Atomwaffen. Er sagte, dass bei einem Atomkrieg "der Neid der Toten lebt".

Das bedeutet nicht, dass Atomwaffen in politischen Fragen überhaupt keine Rolle spielen. Ihre politische Bedeutung wurde als Macht des Staates bewahrt. Er setzte Gewalt oder Einschüchterung ein, um politische Ziele zu erreichen, aber Atomwaffen wurden eingesetzt, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, wenn strategische Gewalt eingesetzt wurde. In erster Linie regelt sie die vitalen Interessen des rivalisierenden Staates. Obwohl Atomwaffen nicht zu einem bestimmten Zweck eingesetzt wurden, herrschte im Zentrum der internationalen Beziehungen Frieden, während in den folgenden fünf Jahrzehnten Kriege tobten. Die Raketenkrise, die im Herbst 1962 zwischen den USA und der UdSSR ausbrach, kann als ein Wendepunkt in der modernen Weltgeschichte angesehen werden. Er trug dazu bei, die weltliche Verwüstung zu verstehen, die eintritt, wenn gegnerische Seiten Atomwaffen einsetzen.

Auslöser für diese Ereignisse war die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen in den drei Sphären des Weltraums und unter Wasser in der Atmosphäre im August 1963. Im Jahr 1968 wurde der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet. Zu Dutzenden von Staaten gesellten sich später 62 Staaten, die den Vertrag am ersten Tag unterzeichneten.

Die Idee, Zonen zu schaffen, geht auf Atomwaffen zurück. Der Hauptzweck der Schaffung atomwaffenfreier Zonen war die Umsetzung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968. Diese Zonen kontrollieren vollständig und bedingungslos das Verbot von Kernwaffen in diesen Gebieten. Die Kernwaffenstaaten verpflichteten sich, keine Kernwaffen an andere Gebiete weiterzugeben, ihnen nicht beim Erwerb solcher Waffen zu helfen und sie nicht gegen diese Staaten

einzusetzen.

Dies ist der Abschluss eines Vertrages bis 1959, als das antarktische Gebiet aus dem Gebiet von Atomwaffen und einer atomwaffenfreien Zone entfernt wurde. Im Jahr 1967 wurde Lateinamerika im Rahmen des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tolatololco) und der Protokolle I und II zur kernwaffenfreien Zone erklärt.

Ende der 1960er Jahre begannen sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen, gefolgt von sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Annäherung zwischen der UdSSR und der BRD spielt eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der internationalen Sicherheit in Europa und der ganzen Welt. Der Abschluss eines Regierungsabkommens zwischen den beiden Ländern im Jahr 1970 hatte die praktische Konsequenz, dass Westdeutschland sich weigerte, seine Nachkriegsgrenzen in Europa zu ändern. Als Folge dieser Veränderungen wurde 1971 in Berlin ein Viermächteabkommen zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich sowie ein Abkommen zwischen dem SCF und der DDR unterzeichnet. Am wichtigsten ist die Verteidigung des Raketenabkommens zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von 1972. Es folgte die Unterzeichnung von Verträgen über die Begrenzung strategischer Waffen, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern regeln.

Ein wichtiges Ereignis im Prozess der Stärkung der internationalen Sicherheit war die Tagung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki. 35 Länder (33 Europäer, USA und Kanada) nahmen an den Arbeiten teil. In der auf dem Treffen verabschiedeten Schlussakte wurden unter anderem die Grundsätze für die Regelung der Nachkriegsgrenzen in Europa und die Achtung der Menschenrechte und Freiheiten festgelegt.

Mit dem Führungswechsel in der UdSSR im Jahr 1985 kam es zu bedeutenden Veränderungen im System der internationalen Beziehungen. Der wichtigste Moment dieses Wandels war das Treffen zwischen George Bush und M.S. Gorbatschow 1989 in Malta, das das Ende des Kalten Krieges markierte. Die darauf folgenden Ereignisse entwickelten sich in

einem kaleidoskopischen Tempo. Ende 1991 gab es einen "eisernen Vorhang", der die beiden gegnerischen Lager trennte, den Fall der Berliner Mauer, des Warschauer Pakts und den Zusammenbruch der sozialistischen Union. Die Sowjetunion brach zusammen, und als Ergebnis der "samtenen Revolutionen" setzten die Länder Osteuropas dem kommunistischen Regime ein Ende. Deutschland wurde vereinigt. Jugoslawien wurde geteilt und so weiter.

Multipolare Weltlinien. Das Ende des Kalten Krieges hat eine neue Konfiguration der geopolitischen Kräfte hervorgebracht, die das bipolare Weltordnungssystem ersetzt. Das Verschwinden einer der beiden Supermächte in der internationalen politischen Arena führt zur Bildung einer unipolaren Weltordnung, an deren Spitze ein anderer mächtiger Staat steht - die Vereinigten Staaten. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die Veränderungen die geopolitische Lage nicht nur in Russland, sondern auch in den Vereinigten Staaten verändern werden. Die Dimensionen des Kalten Krieges entsprechen nicht mehr den neuen Bedingungen. Jeder Staat, auch Russland und die Vereinigten Staaten, muss unter den neuen Bedingungen seine Rolle und seinen Platz in der geopolitischen Breite der Welt finden.

Ein Teil der westlichen Regierungskreise hat erkannt, dass die Vereinigten Staaten unter den neuen Bedingungen nicht der einzige mächtige Staat sein können. Für die anderen Teilnehmer der Sektion war es schwierig, dem zuzustimmen. Die Vertreter dieser Sektion waren bestrebt, die Rolle des alleinigen Führers der Vereinigten Staaten in der Weltgemeinschaft beizubehalten. Die amerikanische Führung hat die NATO als eines der wichtigsten Instrumente gewählt, um dies zu erreichen.

Die NATO ist ein militärisch-politisches Bündnis, das als einer der Pole der bipolaren Welt gegründet wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion fielen die wichtigsten Gründe für die Gründung der NATO weg. Dennoch setzten die westlichen Staats- und Regierungschefs wie kein anderer den Plan um, den militärisch-politischen Block der USA zu stärken und weiter auszubauen und seine Rolle bei der Gewährleistung der internationalen Sicherheit zu vergrößern.

Vereinigten Staaten Kapitän, um die Welt zu kämpfen, die Ausweitung der militärisch-politischen Einfluss der Expansion der US-

Führer, internationale Organisationen, die NATO, die Bildung eines Systems von starren Bedingungen der flachen Weltpolitik, diese "kalten Krieg" ist immer noch behauptet, dass die Führer des Gastlandes, unter Bedrohung. Aber in der modernen Politik ist der "amerikanische Faktor" als wichtigste Bedingung von überragender Bedeutung. Nachkommen von Menschen aus allen Ländern der Erde, um sich von der Abhängigkeit von den politischen und finanziellen Problemen der USA zu befreien, wie der Weg des Lichts, die kontinentalen Weiten Nordamerikas, die rasche Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, das beispiellose Wachstum des materiellen Wohlstands, viele andere Staaten und versichert, dass sein Glück mit dem Schicksal der Nation.

Wie jede andere Idee hat auch die amerikanische Idee ihre eigenen Entwicklungs- und Evolutionsphasen. Für ihn war die Zeit der Entwicklung die Zeit des Kalten Krieges. Daher sei es für Washington schwierig, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die richtigen Schlüsse zu ziehen, denn es gab diejenigen, die dafür eintraten, den Vereinigten Staaten den Status des einzigen mächtigen Staates in einer unipolaren Welt zu geben. "Das zwanzigste Jahrhundert war das Jahrhundert Amerikas. Das 21. Jahrhundert war auch das Jahrhundert Amerikas", schrieb der bekannte Politikwissenschaftler S. Huntington und verwies damit auf die ideologischen Grundlagen dieser Situation.

Natürlich hatten die Amerikaner auf den ersten Blick genügend materielle, ideologische, psychologische und geopolitische Gründe dafür. In der Geschichte wurde der frühere Hauptrivale mit dem Namen UdSSR vernichtet. Und Amerika hat die Grenze seiner Macht erreicht. Es gilt als der mächtigste wirtschaftliche und militärisch-politische Staat der Welt und wird dies auch in Zukunft bleiben. Aber im heutigen Kontext muss man sagen, dass der Staat, egal wie mächtig er ist, nicht in der Lage ist, eine Welt zu regieren, die von der gegenwärtigen komplexen Vielfalt von Problemen erfüllt ist. In den letzten Jahrzehnten hat sich deutlich gezeigt, dass die Vereinigten Staaten die Welt nicht allein regieren können. Außerdem verschwindet der Name des mächtigsten Staates jetzt.

Demnach schlagen mehrere Staatsoberhäupter und Theoretiker ohne eine bipolare Weltordnung eine dreigliedrige Anordnung der

geopolitischen Mächte vor - eine Drei-Zentren-Ordnung, die sich auf die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan stützt. Wirtschaftliche oder andere Konflikte zwischen diesen Zentren der industriellen Welt sind nicht neu. Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sie jedoch neue Dimensionen und eine neue Qualität erhalten. Dies liegt an der Art der entstehenden multipolaren Weltordnung. Es ist ein Übergang vom traditionellen zum neuen hierarchischen Staatensystem der Zeit des Kalten Krieges geplant.

Zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten haben sich qualitative Veränderungen vollzogen. Was das frühere Amerika betrifft, so wurde es allmählich vom Komplex der "kleinen Bruderschaft" befreit, d.h. von dem Komplex, der die sowjetische Invasion in der Nachkriegszeit unterstützte. Mit dem Ende des ideologischen und intersystemischen Konflikts zwischen dem Westen und dem Osten hat der militärische oder militärisch-politische Einfluss auf einen bestimmten Staat seine Vielseitigkeit verloren.

Die wichtigsten Indikatoren für die Stärke, das Potenzial und die Macht des Staates waren die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen und dann die militärischen Fähigkeiten. In diesen Bereichen blieben die USA hinter den wachstumsstarken Industrieländern der Europäischen Wirtschaftsunion und Japan zurück. Die europäische Idee und das chinesische Modell, die vor dem Hintergrund der amerikanischen Idee wiedergeboren wurden, haben die Schwellenländer (die "kleinen Drachen" Südasiens) mit ihren eigenen Modellen aufgegriffen.

Um die Rolle Europas in der Weltpolitik zu stärken, ist der Erfolg des Integrationsprozesses in der Region, das Wachstum gemeinsamer wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Möglichkeiten von zentraler Bedeutung. Während in den 1970er Jahren in westlichen Kreisen die These vom Zusammenbruch Europas populär war, erwirtschaftete die Europäische Gemeinschaft mit 344,6 Millionen Einwohnern 1990 mit 5,53 Billionen Dollar mehr als die Vereinigten Staaten (5,47 Billionen Dollar). In den 1980er Jahren begannen alle überzeugend von der Wiedergeburt Europas als geopolitische und geistige Macht zu sprechen und legten damit den Grundstein für den Übergang von einer Beziehung zwischen "großem" und "kleinem Bruder" zu einer Beziehung zwischen gleichberechtigten

Partnern.

Die Politik der "Europäisierung" der europäischen Staaten und der Erlangung der Selbstverwaltung begann in den frühen 80er Jahren, als sich die europäischen Länder gegen die harte Haltung der Amerikaner in den Beziehungen zur UdSSR wehrten. Mit dem Ende des Kalten Krieges wird sich dieser Trend noch verstärken. Die Europäer erklärten offen, dass sie sich aus den Händen Washingtons befreien wollten. Sie erklärten sich bereit, ihre Rolle auf der internationalen Bühne und in der NATO zu erweitern, insbesondere bei der Lösung von Konflikten und der Übernahme von mehr Lasten. In diesem Zusammenhang wird der Westeuropäischen Union (WEU) - der militärisch-politischen Union der westeuropäischen Staaten - eine wachsende Rolle zugewiesen. Es ist geplant, in der Westeuropäischen Union ein autonomes System der Regierungsführung zu schaffen. Entsprechend dieser Entwicklung wird die NATO möglicherweise nicht die einzige, sondern Europa eine der beiden Säulen der Sicherheit werden.

Der Zusammenbruch der UdSSR und die Veränderung der politischen Landkarte des europäischen Kontinents machten die Europäische Union zum Anziehungspunkt für die weniger sozialistischen Länder. Die Länder Mittel- und Osteuropas verschmolzen buchstäblich mit Europa. Die Begriffe "Osteuropa" und "Mitteleuropa" gewannen ihre frühere politische, geografische und geopolitische Bedeutung zurück. Für die Völker, die den Zusammenbruch des totalitären Systems überlebt haben, ist das "geeinte Europa" zu einer "Bergstadt" geworden.

Neben dem Zentrum Europas hat auch der asiatisch-pazifische Raum einen großen Einfluss auf das Schicksal der modernen Welt. Ende des 19. Jahrhunderts formulierte der damalige US-Außenminister J. Hay die These, dass "das Mittelmeer ein Übergangsozean, der Atlantik ein echter Ozean und der Pazifik ein Ozean der Zukunft" sei.

Das sich entwickelnde Asien (genauer gesagt, der Osten) umfasst Russland im Fernen Osten und erstreckt sich in Form eines großen Dreiecks von Korea im Nordosten bis Australien im Süden und Pakistan im Osten. Etwa die Hälfte der Bevölkerung des Universums und viele Länder leben innerhalb dieses Dreiecks - Japan, China, Neuseeland, Taiwan, Südkorea,

Hongkong, Singapur und andere. Es umfasst die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften des zwanzigsten Jahrhunderts. Im Jahr 1960 betrug das Bruttosozialprodukt der Länder außerhalb der Vereinigten Staaten 7,8 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, aber bis 1982 hatte es sich verdoppelt. 16,4%. Im Jahr 2000 betrug dieser Anteil 20 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und entsprach damit dem Beitrag der USA oder Europas. Damit ist die asiatisch-pazifische Region zu einem der größten Zentren der Weltwirtschaftskraft geworden.

In der asiatisch-pazifischen Region schreitet der Integrationsprozess rasch voran. ARES - Regierungskonferenz über die wirtschaftliche Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum (Forum für Asien und Nordamerika, gegründet 1989). ReSS - Pacific Economic Cooperation Council RVES - Pacific Economic Council, ATES Asia-Pacific Economic Council und andere angesehene Organisationen wurden gegründet. Der 1967 gegründete Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), eine subregionale politische und wirtschaftliche Organisation, ist eine der ersten, der Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand, die Philippinen und Brunei angehören. Das Hauptziel dieser Organisation war es, Frieden in Südostasien zu schaffen und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern. Er spielte eine wichtige Rolle bei der sozioökonomischen Entwicklung der Staaten und erhöhte ihren politischen Einfluss in der Region.

Das politische Klima in der Region verbessert sich. Vor allem die Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und China, China und Indien sowie China und Vietnam hat die Aktivitäten zwischen den koreanischen Staaten verstärkt. Zwischen den ASEAN-Ländern und Vietnam gibt es einen Trend zur Annäherung. Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der Sowjetunion waren ein Faktor für den Einfluss Japans und Chinas in der asiatisch-pazifischen Region und trugen gleichzeitig zur Entwicklung einer Reihe neuer Industrieländer bei. Nach dem Ende des Kalten Krieges war Japan zu einem wirtschaftlich mächtigen Land geworden, das mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich konkurrieren konnte, verglichen mit jedem anderen europäischen Land. Sein Auslandskapital wird auf eine Billion Dollar geschätzt und war damit

höher als das der USA.

Nach dem Vorbild Japans betraten die Schwellenländer die Weltbühne, um auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen und eine Reihe bemerkenswerter Siege zu erringen. Die wirtschaftlichen Veränderungen in China zahlten sich aus und das Land wurde zu einem Staat, der seine wirtschaftliche und politische Macht ausbaute. China ist zu einem zentralen Staat geworden, der reich an natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen sowie an technischer und militärisch-strategischer Macht ist und die Völker und Staaten Ost- und Südasiens für sich gewinnen kann. In dieser Eigenschaft spielt China eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Form und Struktur der gesamten asiatisch-pazifischen Region.

Der so genannte "Greater China"-Prozess, zu dem China, Hongkong, Macao, Taiwan und Singapur gehören, entwickelt sich rasch. Ihr gemeinsames Exportpotenzial übersteigt das von Japan. Nach Angaben der Weltbank könnte das Bruttoinlandsprodukt Chinas, einschließlich Hongkong und Taiwan, im Jahr 2002 9,8 Billionen Dollar erreichen. Gegen 9,7 Billionen Dollar pro Kilometer.

Auch im militärischen Bereich hat China ähnliche Fortschritte gemacht. In naher Zukunft könnte China zu einer mächtigen Wirtschafts- und Militärmacht und damit zu einem Atomstaat mit unerschöpflichen Humanressourcen werden. Dies deutet darauf hin, dass China der einzige große Pol mit internationalem Einfluss bleiben wird. Die Chinesen sagen, sie wollen, dass das 21. Jahrhundert "das Jahrhundert der chinesischen Zivilisation" wird.

All diese Daten deuten darauf hin, dass neue Zentren in der Nähe der wirtschaftlichen und politischen Zentren Europas und Nordamerikas entstanden sind. In den frühen 1980er Jahren wurde das bipolare Weltmodell durch ein fünfeckiges Modell ersetzt, das die UdSSR, die USA, Westeuropa, Japan und China umfasste. Dies spiegelte sich in den Forderungen Japans und Deutschlands nach einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsbündnis wider. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass China und Indien ihren Status als demographische Giganten beibehalten haben, was ihre Rolle bei der Lösung von Weltproblemen nur stärken kann. Im Rahmen der strategischen Ressourcen behalten der Nahe Osten und

Südafrika ihre Position.

Gleichzeitig ist es unmöglich, Russland auszuschließen, da es sich um eine große Region handelt, die nie zur Verantwortung gezogen wurde und sich weiterhin im Epizentrum des globalen Wandels befindet. Angesichts der Schwierigkeiten Russlands ist dies nicht das Ende.

Die bestehenden großen Rohstoffgebiete und die Pläne, diese zu erwerben, ebnen Zentralasien den Weg zu einer geopolitisch wichtigen Region. Es kann ein unabhängiges Zentrum mit geökonomischer und geopolitischer Macht werden, das mit diesen und anderen Zentren kooperieren und konkurrieren kann.

So wurde die Entstehung einer multipolaren Weltordnung eingegrenzt, aber die Entstehung oder Aufrechterhaltung eines bestimmten Staates, der diesen Staat als mächtigen Staat führen könnte, wurde nicht zugelassen. Die Welt wird immer gleichartiger und gleichzeitig vielfältiger: Einige Möglichkeiten nehmen zu, andere nehmen ab, und die Möglichkeit, einheitliche kollektive und nationale Wahlen abzuhalten, nimmt zu.

Viele der oben genannten Staaten können - jeder für sich oder in Zusammenarbeit mit anderen Zentren - die Diktatur dieses oder jenes mächtigen Staates im Verhältnis zu anderen Teilnehmern der Weltpolitik blockieren oder akzeptieren. Der Einfluss und das Prestige kleiner Staaten mit bedeutender wissenschaftlicher, technischer und finanzieller Macht nehmen zu. Die Vervielfachung der Staaten und Regionen hat dazu geführt, dass die einfache Rolle des traditionellen Konzerts im geopolitischen Spiel der Großmächte nicht mehr wahrgenommen wird.

Sie lernen eigenständig, ihre persönliche Politik zu betreiben und zu meistern. Die Aufteilung der Welt in eine eigene Welt oder "Dritte Welt" hat ihren Sinn verloren. Die Zahl der neuen Industrieländer wächst von Jahr zu Jahr, und die alten Industrieländer werden Vollmitglieder in den Clubs.

Einige südliche Staaten können mit ihren militanten Anführern, die neue Waffentypen fordern, diktatorisch sein. Der Erwerb von Atomwaffen durch eine Reihe von Ländern der Dritten Welt wird offensichtlich. Er hat das Bild der Gesellschaft verändert: In einer bipolaren Weltordnung kann die Grenze zwischen zwei Blöcken oder Polen nicht klar und deutlich überschritten werden. Dieser Widerspruch war klar und einfach: das ist der

Feind, das sind wir, das ist die Grenze zwischen zwei Welten, und deshalb wusste jede Seite, wo und wie sie angreifen konnte. Jetzt hat sich alles geändert. In den Nachkriegsjahrzehnten hat sich die Stärke der Stabilität des internationalen Systems verändert, Klarheit ist an die Stelle von Unsicherheit getreten, Dominanz und Einfluss haben sich verändert und sind herrenlos geblieben.

Der Übergang basierte auf einer Entweder-Oder-Entscheidung zwischen zwei Optionen, wobei viele Länder in dem Maße, wie sich ihre Auswahlmöglichkeiten vergrößerten, mehr Wahlmöglichkeiten hatten. Jeder von ihnen kann eine außenpolitische Entscheidung treffen, ohne diesen oder jenen Block zu konsultieren, wobei er von klaren nationalstaatlichen Interessen ausgeht. Das Neue an der Situation ist, dass die Außenpolitik der Mitgliedsländer zusammengenommen rasch eine multisektorale Position auf globaler Ebene einnimmt. In diesem Fall kann sich eine Koalition aus verschiedenen Ländern beteiligen. Die ostasiatischen Länder sind zum Beispiel ein gutes Paar für selbstverwaltete Inhalte. USA-Japan, USA und China, USA, Russland, Japan, China, Russland-Japan, Russland und China.

Die aktuelle Situation ist so, dass die säkulare Politik der aktiven Mitglieder der säkularen Fähigkeit, Entwicklungen in neuen Ländern, regionalen Gruppen, internationalen Organisationen und transnationalen Unternehmen in der Hand zu beeinflussen. All dies ist eine Zunahme der Durchlässigkeit der Grenzen, zusammen mit der notwendigen für Ordnung und Frieden miteinander gegen Staaten der Bewegung, Blöcke, Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts zwischen den Regionen. Die beiden Blöcke an der Spitze der unipolaren Weltordnung hängen nicht horizontal, sondern vertikal voneinander ab, die Länder hängen voneinander ab. Regionale Zusammenschlüsse, nicht einzelne Einheiten.

Es ist schwierig, über die Möglichkeit der Verortung geopolitischer Kräfte im Rahmen der Bestimmung der Situation für eine lange Zeit in einer solchen internationalen Arena zu sprechen. Es ist auch zu erwarten, dass die Interaktion von Staaten, Regionen, politischen, wirtschaftlichen oder anderen Regierungsblöcken ein Jahr des ständigen Wandels sein wird.

Infolgedessen wird das chaotische und unkontrollierte gegenseitige Verhalten aus dem bipolaren Verhalten wiedergeboren, und die Anwendung von Gewalt bleibt ein konstantes Merkmal im System der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern.

Eine Welt frei von Kriegen und blutigen Konflikten ist das höchste Ziel menschlichen Denkens. Die historische Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die Menschen dies nicht als höchste Glückseligkeit betrachteten. Einige wollten andere Staaten und Völker beherrschen, andere wollten militärischen Ruhm, und wieder andere zogen es vor, auf den Beinen zu sterben, anstatt auf den Knien zu leben. Diese Ideen sind auch heute noch lebendig, trotz der enormen Verluste im Zweiten Weltkrieg des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Beziehungen zwischen den Staaten der modernen Welt sind nicht als Krieg gegen alle vorstellbar. Es ist unvorstellbar, dass die Androhung von Gewalt oder die Anwendung von Gewalt über Staaten und Völker hereinbricht. Aber wir müssen zugeben, dass es Kriege und Konflikte gibt. Die heutige säkulare Gesellschaft weist den Charakter, die Elemente, die Struktur und die Funktionen auf, die ihre Systeme ausmachen. Infolgedessen beeinflusst jeder Staat die Angelegenheiten der gesamten Weltgemeinschaft.

Infolge der neuen Veränderungen in der Wirtschaft und der damit verbundenen Verschiebungen in der Sichtweise auf den gesamten Komplex der geopolitischen Fragen ist dies mit der Gewährleistung der nationalen Sicherheit verbunden. In der Vergangenheit kämpften die Staaten auf der Weltbühne mit Armeen und Ideologien um die Vorherrschaft, aber jetzt sind sie zum Ergebnis des Wechselkurses und des Marktes übergegangen. Mit anderen Worten: Während im "alten Krieg" die militärische Realität die globale Strategie und die Vorstellung von der Wirtschaft bestimmte, bestimmt jetzt die wirtschaftliche Realität die Welt. Der Zweck dieses Wandels besteht darin, von einem "Spiel der Macht" zu einem "Spiel des Guten" überzugehen, das darauf abzielt, die Wirtschaft von Staaten zu entwickeln, die ihr Territorium erweitern wollen.

Die 70er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts waren eine Zeit des weiteren Ausbaus und der Vertiefung der wirtschaftlichen, ökologischen,

politischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen allen Regionen und Ländern der Welt. Dies wiederum führte zu der Erkenntnis, dass die bestehenden Probleme nicht von einem einzelnen Nationalstaat gelöst werden können. Ihre Lösung erfordert internationale Zusammenarbeit und die Bündelung der Kräfte aller Staaten.

Ursachen und Folgen des radioaktiven Zerfalls des Sozialismus.

Heute sind alle Völker und Länder im Land der lebenden Ereignisse, ist eng mit dem Prozess der Entwicklung Bedingungen verbunden. Die Spannungen in der einen oder anderen Region der Welt, die natürlich Auswirkungen auf die benachbarten Regionen haben. Rede des ersten Präsidenten des Landes, Islam Karimov, vor der UN-Vollversammlung im September 2000 und andere. "Er ist eine Art enge Sicherheitskruste, Seil, Europa, Amerika oder eine andere Region, nach 'anderen Ländern', als ob versuchen, abseits der Probleme der heutigen Welt zu stehen, gibt es eine ziemliche Entfernung von der Realität, ist man eng verbunden und untrennbar" Wie als Folge dieser Veränderungen geschehen, ist es wichtig für sie, ihre Meinung zu äußern. Am Ende des größten historischen Ereignisses des 20. Jahrhunderts, dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems, konzentrieren sich die Historiker natürlich auf die sozialistischen Veränderungen in Mittel- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion, um die Ursachen und Folgen des Reformprozesses und die entsprechenden Schlussfolgerungen zu untersuchen, wobei die vergleichende Analyse sehr wichtig ist.

Das Jahr 1989 ist, wie 1848, ein symbolisches Jahr in der Geschichte geblieben. Mittel- und Südosteuropa haben sich vor unseren Augen verändert, autoritäre Regime sind infolge von Massenaktionen der Bevölkerung zusammengebrochen, das Monopol der kommunistischen Parteien ist zu Ende gegangen. Manchmal geschehen tragische und unvorhersehbare Dinge.

Es sollte auch angemerkt werden, dass diese Wende für die meisten ehemaligen Sowjetbürger unerwartet und fast schockierend war. Dies lässt sich dadurch erklären, dass es sich bei den tatsächlichen internen Prozessen, die in den letzten Jahren in den Ländern Mittel- und Südosteuropas und der UdSSR, mit Ausnahme Ungarns und Polens, stattgefunden haben, um

komplexe Probleme der Interaktion und Kooperation zwischen den Ländern handelt. Die sowjetischen Medien wurden nicht genau beobachtet oder in den Medien behandelt. Fasziniert von den tragischen Überlieferungen der Vergangenheit zeichneten sie oft ein viel plastischeres Bild der realen Verhältnisse in diesen Ländern und brachten die offiziellen Ansichten der kürzlich entmachteten Kreise zum Ausdruck. Gleichzeitig eskalierten dort die sozialen Spannungen, die Ende 1989 in einem Sturm gipfelten, der totalitäre und autoritäre Regime beendete.

Der Prozess der bedeutenden Veränderungen in Mittel- und Südosteuropa sowie in der UdSSR veränderte das Klima auf dem Kontinent radikal. Der Kalte Krieg endete, es entstand ein Geist des Vertrauens zwischen West und Ost, der den Prozess der Einigung der deutschen Staaten beschleunigte und den Weg für die Bildung unabhängiger Staaten ebnete.

Zunächst einmal sollte beachtet werden, dass der Prozess der Veränderung in den ehemaligen sozialistischen Ländern war das Ergebnis einer Krise in der Gesellschaft, als Folge der vielen Jahre der heimlichen Proteste der Völker. Also, am Ende der 40er Jahre des Jahrhunderts, die "sozialistischen" Revolutionen gewann die XX in Bezug auf die Form und sozialistischen Ländern, öffentliche antiavtoritar und antitotalitar aus diesem System taqidirini. Als rumänische außer to'kishlarsiz das Blut der sozialistischen Länder.

Das bedeutet, dass der Prozess des Wandels in den sozialistischen Staaten nicht plötzlich stattfand, sondern dass der Beginn des Wandels den vorangegangenen Jahrzehnten zuzuschreiben ist. Es ist erwähnenswert, dass es mehrere Debatten und Expertengespräche gab. Es wurden die aktuellen und drohenden Krisenprozesse in den sozialistischen Ländern diskutiert und Wege aus ihnen gesucht. Die Meinung der Wissenschaftler wurde jedoch von der Führung des Verwaltungsapparates nicht berücksichtigt. In der Folge führte der gewaltsame Verlauf der Ereignisse Ende 1989 zum Sturz des bestehenden sozialistischen Systems in der DDR, Rumänien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn. Diese Ereignisse waren das Ergebnis der Zuspitzung der politischen und sozioökonomischen Krise in diesen Ländern. Es sei darauf hingewiesen,

dass der Hauptgrund für diese Vorgänge die Übertragung des sowjetischen Modells des sozialistischen Aufbaus auf diese Länder war, vor allem in den Nachkriegsjahren, 1947-1948. Das Leben selbst hat gezeigt, dass die exakte Übertragung der stalinistischen Kommando- und Verwaltungsmethode der Gesellschaft auf das Leben der sozialistischen Staaten Mittel- und Südosteuropas, ungeachtet der lokalen und nationalen Besonderheiten, falsch ist. Damals gab es keinen anderen Weg als das sowjetische Modell des Aufbaus des Sozialismus, das als der einzig richtige Weg akzeptiert wurde. Bei der Übernahme dieses sowjetischen Weges wurden jedoch Jahrtausende alte nationale Traditionen, Bräuche und Werte, lokale Bedingungen und nationale Besonderheiten, religiöse Überzeugungen und Grenzen der Völker nicht berücksichtigt.

Versuche, das bestehende sowjetische Modell auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems unter Berücksichtigung der nationalen und lokalen Besonderheiten in den Ländern der Übergangszeit zum Sozialismus in Europa zu ändern, wurden sofort vereitelt. Jeder Versuch, das sowjetische Modell aufzugeben oder politische und wirtschaftliche Reformen einzuführen, führt sofort zu Unstimmigkeiten zwischen den Staaten. So kam es zum Beispiel 1948 zu einem Konflikt mit Jugoslawien. Damals billigten fast alle Parteien den Weg der KPdSU (b), die Aktivitäten der jugoslawischen Kommunistischen Partei, die sich zunächst dem bürgerlichen Nationalismus, dann dem Faschismus und schließlich direkt dem Verrat der nationalen Interessen des jugoslawischen Volkes zuwandte. Angeklagt als Täter.

Diese Anschuldigungen fanden ihren Niederschlag in der Entscheidung des Präsidiums des Kominform vom Juni 1948, insbesondere in dem Dokument "Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" und in dem Dokument vom November 1949 "Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen".

Das Aufzwingen eines fremden Modells auf die Gemeinschaft der Nationen und Länder ohne Berücksichtigung der historischen und nationalen Besonderheiten, Werte und Traditionen der Vergangenheit, die EU und die Länder der Welt glauben, dass die jahrhundertealten Bindungen

mit der Politik der Trennung von Jugoslawien von Protesten gegen andere Länder in den frühen Jahren des Aufbaus des Sozialismus begonnen wurden. Nicht zufrieden mit der Reform des sowjetischen Modells, oder es für die Bemühungen ablehnen, sind wir in Berlin im Jahr 1953, Polen und Ungarn im Jahr 1956, Tschechoslowakei im Jahr 1968, das Ereignis in 1980-1981 in Polen erklärt. Leider kann eine Vielzahl von Methoden auf solche Aktionen zurückgeführt werden, darunter: die Anwendung von Gewalt durch die "militärische Führung des Landes" mit Hilfe der UdSSR und "der Weg des Revisionismus durch einen sehr harten Kampf gegen die Repression."

Die Politik, die Unterordnung unter das Zentrum nicht zu schwächen, die Einheit des sozialistischen Blocks im Kampf gegen den Imperialismus aufrechtzuerhalten, und der Kampf für die Einheit der ideologischen Einheitsfront wurde über die historischen und nationalen Interessen der Völker und Staaten gestellt. Ein Beispiel dafür ist der Warschauer Pakt, in dem sich fünf Mitglieder der Verteidigungsorganisation (UdSSR, Ostdeutschland, Ungarn, Polen, Bulgarien) zu einem kollektiven "internationalen" Akt zusammenschlossen, um eine Krise des bestehenden Systems zu verhindern, die im Frühjahr 1968 begann. Es war ein Versuch, das sozialistische Weltsystem zu retten und durch den Einsatz von Gewalt auch das System selbst zu retten.

Die Schockkräfte und die Führer der kommunistischen Bewegung kannten die Gründe für diese Situation. Aus diesem Grund begannen unter den aktiven Mitgliedern der kommunistischen Parteien der westeuropäischen Länder Debatten, und es entstand die Richtung des "Eurokommunismus", der angesichts der Besonderheiten Europas wirtschaftsfreundlich war. Nach dem Internationalen Rat der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahr 1969 wurden solche Fälle zwar deutlich, doch vermieden sie es oft, das Problem gemeinsam zu diskutieren und Wege aus der Krise zu finden. Fragen des Kampfes "für die kommunistische Einheit", "für Frieden und Abrüstung" wurden auf Sitzungen und Treffen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien diskutiert. Die Ideologen der "sozialistischen

Zusammenarbeit" konzentrierten ihre Bemühungen auf die Entwicklung von "allgemeinen Gesetzen" des kommunistischen Aufbaus. Insbesondere im Jahr 1957 verabschiedete der Rat eine Reihe von Dokumenten zu diesem Thema. Versuche, einen neuen Blick auf die Realität zu werfen und am Aufbau des Sozialismus zu arbeiten, wurden abgelehnt, statt die Ursachen der drohenden "Krankheit" zu erforschen, wurde sie vertuscht. So wurden die explosiven Prozesse in der sozialistischen Gesellschaft aufgeschoben. Eine solche Politik begann sich als inakzeptabel zu erweisen, vor allem Ende der 60er - Anfang der 70er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Insbesondere begann die ganze Welt zu befürchten, dass der Versuch, das Gleichgewicht zwischen dem NATO-Block und der Militärorganisation des Warschauer Paktes durch ein Wettrüsten auf hohem Niveau aufrechtzuerhalten, eine sehr gefährliche Politik war. Dies wiederum veranlasste Länder, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten, sich von ihm abzuwenden. Es stimmt, dass diese Umstände die sozialistischen Länder dazu zwangen, einige positive Veränderungen in ihrer Außenpolitik vorzunehmen.

Die Versuche, die deutsche Frage Anfang der 1970er Jahre friedlich zu lösen, die Unterzeichnung eines Staatsvertrags zwischen der UdSSR und der BRD am 12. August 1970, die Einberufung des Europarats in Helsinki 1975 und die Entspannung der internationalen Lage in der europäischen Region, dem europäischen Kontinent und anderen schienen die Spannungen zwischen den Ländern der sozialistischen "Gemeinschaft" und den kapitalistischen Ländern etwas zu mildern. Die alte Methode der Steuerung des Wirtschaftslebens der sozialistischen Länder der "Gemeinschaft" und der Kampf gegen die Fliehkräfte wurden jedoch beibehalten, was wiederum zur Entwicklung der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder der "Gemeinschaft" beitrug und den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht gerecht wurde. Nehmen wir zum Beispiel die DDR: Nachdem das sowjetische Modell der Wirtschaftsführung auf sie übertragen worden war, wurde die Wirtschaft der DDR, die der Wirtschaft der SCF ebenbürtig war, in den Jahren des sozialistischen Aufbaus völlig abgehängt. Bis 1989 war die Produktivität in der DDR um 40 Prozent niedriger als in der SCF.

Die Kluft zwischen dem Sozialismus in Worten und dem Kommunismus und Sozialismus in Taten hat sich vergrößert. Es ist festzustellen, dass sowohl in der UdSSR als auch in einem der Länder des sozialistischen Commonwealth, einer starken Nation, die seit vielen Jahren für das Wohlergehen der Massen gesorgt hat und sorgen kann, die entwickelten kapitalistischen Länder der Volkswirtschaft nahe stehen. Das System der Landwirtschaft wurde nicht geschaffen. Die Krisensituation in der sozialistischen Wirtschaft verschlechterte sich von Jahr zu Jahr, die Indikatoren für Produktion und Volkseinkommen gingen zurück. Die Inflation stieg und die Auslandsverschuldung der Länder nahm zu.

Obwohl die etablierte sozialistische Gesellschaft als die höchste Form der Demokratie bezeichnet wurde, war die deklarative Demokratie auf dem Papier weit von einer echten demokratischen Gesellschaft entfernt. Selbst die einfachsten Elemente des Problems der Menschenrechte wurden ignoriert. Im Commonwealth wie in der UdSSR und in den sozialistischen Ländern Europas wurden Versuche, die Unzulänglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft und die Fehler der kommunistischen Politik zu kritisieren und die Mängel aufzudecken, als sozialismusfeindlich betrachtet und mit entsprechenden Sanktionen belegt.

Das Recht einer sozialistischen Gesellschaft, als eine Gesellschaft frei von Fehlern und Unzulänglichkeiten zu gelten, eine Politik zu verfolgen, die die Ansichten der breiten Volksmassen nicht berücksichtigt, sie praktisch von der Leitung der Gesellschaft ausschließt und sie zu passiven Vollstreckern von Aufgaben und Befehlen macht, zu denken, zu innovieren und Härten zu erfinden usw., verstärkte die Proteste gegen die Führer der kommunistischen Parteien, die als Verwaltungskommando fungierten.

Es gab noch weitere wichtige Faktoren, die die innere Situation der UdSSR und der sozialistischen Staaten in Mittel- und Südosteuropa verschlechterten und die Voraussetzungen für politische und ideologische Instabilität in Ermangelung von Demokratie schufen. Autoritäre Regime waren mit dem Aufbau einer Gesellschaft auf demokratischer Grundlage unvereinbar. Die Interessen des Volkes, seine Bestrebungen, gingen den herrschenden Kreisen nichts an.

Meinungsvielfalt galt als rebellisch und wurde verfolgt. Schließlich war der Repressionsapparat stets bereit, jedes andere Denken zu unterdrücken. Die so genannten "Dissidenten", oft berühmte Schriftsteller gleichen Namens, wie der post-reformistische Präsident der Tschechoslowakei V. Havel, sowie Kulturschaffende und Wissenschaftler wurden inhaftiert und vor Gericht gestellt oder aus dem Land ausgewiesen. Meinungsumfragen haben gezeigt, dass die Versuche der DDR-Bevölkerung, in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 massenhaft das Land in Richtung SCF zu verlassen, in erster Linie durch den Mangel an politischen Freiheiten und nicht durch wirtschaftliche Gründe verursacht wurden. Rechtsverstöße, Bestechung und Diebstahl von Schätzen sind in den Ländern der Region weit verbreitet. Als E. Honecker und andere Führer der GBSP der Öffentlichkeit im DDR-Fernsehen die unglaubliche Ausstattung der Häuser, in denen sie lebten, vorführten, erweckte dies den Eindruck, als sei eine Bombe eingeschlagen. Oder ein anderes Beispiel, der Bau von mehr als 40 Dörfern, Landhäusern und Jagdschlössern außerhalb der Stadt durch T. Schiwkow auf Kosten des Staates, die Schaffung von speziellen Reservaten für die Jagd, oder N. Ceausescu Bad ist aus Gold, Ceausescu. Kurz gesagt, die Tatsache, dass das Bad aus Silber war, war eine Krankheit, die alle Führer der sozialistischen Länder betraf und dem öffentlichen Interesse zuwiderlief. Dies waren die Faktoren, die den "wahren Sozialismus" untergruben und zu seiner Krise beitrugen.

In einer Zeit, in der alle ehemaligen sozialistischen Staaten in Europa von der Macht verdrängt wurden und die Kommunistische Partei ihre Vorherrschaft verlor, stellt sich die Frage, ob die Genies, Ideologen und Theoretiker dieser Parteien katastrophale Fehler in den Aktivitäten der Partei und der Regierung sahen. . ? Natürlich kann man nicht sagen, dass wir sie nicht gesehen und nicht gespürt haben, sie schienen etwas im Leben anzuwenden. Sie nutzten auch die weltweiten Erfahrungen bei der Verwaltung der Volkswirtschaft, verabschiedeten neue Parteiprogramme und langfristige Pläne, in denen der Sozialismus als eine Gesellschaft beschrieben wurde, die große Erfolge erzielt. Es gab viele Streitigkeiten und Diskussionen darüber, wie man den bestehenden Sozialismus als Sozialismus bezeichnen sollte. Es wurde darüber gestritten, ob er als

entwickelter Sozialismus, als sich entwickelnder Sozialismus, als Sozialismus im Übergang oder als Sozialismus, der insgesamt und entscheidend gewonnen hat, bezeichnet werden sollte. Sie argumentierten, dass die Vorteile des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution verknüpft werden müssten. All dies blieb jedoch im Rahmen des kosmetischen Labors und wurde in der Praxis nicht angewandt.

Es stellt sich die Frage, ob es möglich war, die Kommunistische Partei zu reformieren, die ihre Vorherrschaft in den sozialistischen Ländern Europas verlor, aufgelöst wurde und deren Führer strafrechtlich verfolgt wurden. Es sei darauf hingewiesen, dass es schwerwiegende Folgen haben kann, wenn man nicht alles rechtzeitig oder zu spät tut. Der Wiederaufbau, der 1985 in der UdSSR begann, wurde beispielsweise von der Führung der KPdSU eingeleitet. Da der Wiederaufbau jedoch zu spät begann, blieben weder die Person, die diesen Wiederaufbau initiierte, noch ihre Partei an der Macht.

Nehmen wir die Tschechoslowakei, so hätten die Reformen in diesem Land im Frühjahr 1968 beginnen müssen, da die Aktivitäten der KPCh von einem bedeutenden Teil der Gesellschaft unterstützt wurden. Wäre dies geschehen, hätte die KPCh ihr Ansehen in der Bevölkerung bewahren können. Mit der Auswechslung der Parteiführer wurde der Weg dieser Reform blockiert und das öffentliche Ansehen der KPCh beschädigt.

Die Idee des Aufbaus eines Staates des "demokratischen Sozialismus", die während des "Prager Frühlings" vorgebracht und jahrelang von den Ideologen der "Stagnation" als Symbol des Sozialreformismus kritisiert wurde, wird nun auf eine völlig andere Weise wahrgenommen. Das Leben selbst hat gezeigt, dass die Lebensdauer eines solchen Systems kurz ist, wenn das neue soziale System sein Image bei den arbeitenden Massen nicht ändert.

Unserer Meinung nach, die von der UdSSR und ihren Verbündeten am 4. Dezember 1989 verurteilt wurde, sollte der Warschauer Pakt nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 die inhaltliche Stabilität des Kommandoverwaltungssystems in den sozialistischen Ländern Europas herstellen. Dies, gerechtfertigt durch die "höheren Ziele" des Sozialismus,

hatte den gegenteiligen Effekt - einen schweren und vernichtenden Schlag für sein Prestige, als ob der "Prager Herbst" zwanzig Jahre später den "Prager Frühling" ablösen würde. Einer seiner Führer, A. Dubcek, tauchte wieder auf der politischen Bühne auf und wurde Vorsitzender der Nationalversammlung.

Nach Ansicht einiger ehemaliger DDR-Führer war es möglich, eine normale Situation im Lande aufrechtzuerhalten, indem man 1983/1984 den Prozess der Umgestaltung der Republik einleitete. Der Grund dafür ist, dass die Führer der sozialistischen Staaten Osteuropas die aktuelle Situation nicht richtig eingeschätzt haben, dass sie nicht erkannt haben, dass eine Periode historischer Prozesse begonnen hat und dass das alte Regierungssystem nicht durch eine Politik der Gewalt aufrechterhalten werden kann. Die Geschichte hat ihre Arbeit getan, das Schicksal einiger Führer war tragisch, einige landeten im Gefängnis und wurden verfolgt. Im Ergebnis wurden vierzig Jahre lang Versuche, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, zunichte gemacht. Es ist bezeichnend, dass es trotz aller verabschiedeten Erklärungen und Verfassungen, Dokumente und Programme keine vollständig humane Gesellschaft in den sozialistischen Staaten Europas gab. Obwohl Ende der 1960er Jahre in diesen Ländern von der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus die Rede war, kamen die Bemühungen um den Aufbau des Sozialismus in den folgenden Jahren nur mühsam voran, und in der Praxis herrschte Stagnation.

Es wird oft gesagt, dass das, was in den europäischen Ländern geschieht, eine direkte Folge der Restauration der UdSSR ist. Diejenigen, die sagen, dass die Zügel abgenommen wurden und dies geschah, irren sich. Natürlich hatte die Wiederherstellung der UdSSR, die Ablehnung der Breschnew-Doktrin einen positiven Einfluss auf die revolutionären Prozesse in der europäischen Region. Sie haben sie sogar beschleunigt. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die von uns aufgezeigten Lehren zutiefst interner Natur sind und eng mit der Krise des Gesellschaftssystems stalinistischer und neostalinistischer Prägung zusammenhängen.

Wir haben bereits erwähnt, dass das kommandobürokratische Modell des Sozialismus in den sozialistischen Ländern Europas immer wieder mit den sozialen Interessen kollidierte.

Die Niederschlagung des Ungarischen Zwischenfalls von 1956 wird heute von den Ungarn als "nationale Tragödie" betrachtet, die weitreichende Reformen erschwerte.

Wir können den in der UdSSR begonnenen Wiederaufbau als die Beseitigung eines Hindernisses bewerten, das die Umsetzung der demokratischen Neuordnung behindert hat.

Die Spaltung ist also überwunden, warum hat der Veränderungsprozess in den sozialistischen Ländern Europas nicht schon 1985 begonnen? Das lässt sich wie folgt erklären: Die Schwierigkeiten der ersten Jahre der Perestroika in der UdSSR sowie die bitteren Lehren aus den historischen Prozessen von 1956, 1968, 1980-1981 haben die sozialistischen Staaten Europas bis zu einem gewissen Grad beunruhigt. Sie warteten mit Sorge und Furcht darauf, dass uns weitere Katastrophen erwarteten, wenn wir den Prozess des Wandels einleiteten. Auch die langwierige Krise des historischen Prozesses in Polen, die 1981 begann, und die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981, als alle Mittel eingesetzt wurden, um die alte Macht zu erhalten, beunruhigten die sozialistischen Nachbarstaaten in gewisser Weise.

Im November 1986, der Leiter der Moskauer Tagung der Führer der sozialistischen Länder der Sowjetunion ist nicht mehr die sozialistischen Länder in Europa und der UdSSR weigerte sich, sein eigenes Urteil zu halten, sie weiterhin in die inneren Angelegenheiten einmischen. Selbst dann, wenn sie schummeln, liest er sie nicht abwartend. Schließlich, am 15. Februar 1989, den Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Land, und die Armee könnte ein Fehler, von der Regierung der sowjetischen Truppen in Ungarn im Jahr 1968 anerkannt, in der Tschechoslowakei im Jahr 1956, die Einführung dieser Zustand der Arbeitskräfte zu stören, dass die Bewertung und bat um Vergebung dieser Länder, um das Ende der Angst vor den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

Danach war der Prozess der Veränderung intensiv. Die Tatsache, dass die UdSSR eine Position der Nichteinmischung einnimmt, macht eine der gegnerischen Kräfte traurig, und die andere - zu kämpfen. Infolgedessen brachen gewalttätige Massenproteste in der Tschechoslowakei, Bulgarien, der DDR, Polen, Ungarn und Rumänien den

Damm des bürokratischen Regierungssystems. Die Situation in Rumänien wurde noch tragischer, der Kampf in Jugoslawien eskalierte so sehr, dass ein verheerender Bürgerkrieg viele Jahre andauerte.

Der Prozess des Wandels in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas führte sowohl östliche als auch westliche Historiker und Staatsmänner zu der Schlussfolgerung, dass "das historische Schicksal des Sozialismus und des Kommunismus in einer Katastrophe endete". So sagte zum Beispiel einer der ehemaligen US-Staatsmänner, Z. Brzezinski, in seinem Buch "The Great Revolution, the Birth and Death of Communism in the 20th Century": "Der Kommunismus befindet sich heute in einer allgemeinen Krise, sowohl in ideologischer als auch in qualitativer Hinsicht." Professor Z. Brzezinski schenkte der UdSSR besondere Aufmerksamkeit: "In den 1920er Jahren erwarteten die Länder der Welt, dass die Erfahrung des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR keine Ergebnisse bringen würde. Diese Annahme, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, beruhte auf dem Glauben, dass die Zukunft vom Kommunismus abhängen würde. In den letzten Jahren hat sich die UdSSR jedoch zu einem Staat entwickelt, der weder für die Menschen noch für den Staat attraktiv ist, und die Wirtschaft stagniert, was zeigt, dass es keine Zukunft für eine kommunistische Gesellschaft gibt.

Der Wandel, der sich in den sozialistischen Staaten Osteuropas vollzog, hat der Geschichte gezeigt, wie sinnlos es ist, über Gewalt zu urteilen, und welche schwerwiegenden Folgen eine Politik der Gewalt und der Hegemonie hat. Infolge solcher Aktionen wurden viele Parteien und politische Kräfte besiegt und verließen das Feld der Geschichte.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Inhalt der Gesellschaft und die guten oder schlechten Seiten der Parteien nicht durch ihre Bezeichnung bestimmt werden, sondern durch den Umfang und den Populismus der geleisteten Arbeit. Unter diesem Gesichtspunkt ist es falsch, die Tatsache zu verurteilen, dass die Gesellschaft die führenden politischen Kräfte des Sozialismus als Partei bezeichnet. Schade ist nur, dass nur die führenden Kommunisten schuld sind, die gezeigt haben, dass sie den Interessen des Volkes dienen und sich mit dessen Schmerz und Leid herumschlagen. Sowohl die Kommunistische Partei als auch die

sozialistische Gesellschaft standen in den Augen des Volkes schlecht da, weil die Bürokraten alle ihre Handlungen im Namen des Sozialismus und der Kommunistischen Partei durchführten.

Ende 1989 zeigten die Umfrageergebnisse, dass eine einfache Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes an der Macht war: " NIST comm democrats, we don't care". "Das Wichtigste ist, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen gut leben und arbeiten können. Leider werden wir seit vielen Jahren von Idioten regiert."

Nach dem Wandel in den ehemaligen sozialistischen Staaten Europas traten viele Parteien auf die politische Bühne. Obwohl sie an demokratischen Parlamentswahlen teilnahmen, war es schwierig zu sagen, welche dieser Parteien sich so lange halten würde. Nach den Parlamentswahlen kam ein Mitte-Rechts-Block an die Macht, und in einigen Ländern spielten nicht die Klassenparteien eine entscheidende Rolle, sondern Volksbewegungen wie die Solidarnosc im neu gegründeten Polen. Insbesondere die Öffentliche Bewegung gegen Gewalt in der Slowakei, die Union der Demokratischen Kräfte in Bulgarien und so weiter.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass der 1989 eingeleitete Veränderungsprozess den Beginn einer "Revolution" auf dem europäischen Kontinent in der Form markiert. Die Verteidigungsorganisation des Warschauer Paktes stellte ihre Tätigkeit ein. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe hörte auf zu existieren, und die DDR fusionierte mit dem SCF und bildete einen einzigen deutschen Staat. Die Tschechoslowakei wurde in die Tschechische Republik und die Slowakei aufgeteilt, Jugoslawien in mehrere unabhängige Staaten. Die Streitkräfte der UdSSR wurden aus den Ländern Mittel- und Südosteuropas abgezogen. Auch die letzten russischen Truppen wurden Ende 1994 aus dem deutschen Staatsgebiet abgezogen.

Auch die Feiertage, die in den Nachkriegsjahren in den ehemaligen sozialistischen Ländern Mittel- und Südosteuropas begangen wurden, haben sich geändert. In Bulgarien zum Beispiel am 3. März (1878, Unterzeichnung des Friedensvertrags von San Stefano) statt am 9. September (1944, Bildung der Front); in Rumänien am 1. Dezember statt am 23. August (1944, Sturz der Antonescu-Diktatur) (1918, Anschluss

Siebenbürgens an Rumänien); in der Tschechoslowakei am 28. Oktober (1918, Unabhängigkeitserklärung der Tschechoslowakei) statt am 9. Mai (1945, Befreiung der Tschechoslowakei); in Polen der 11. Juli (1918, Erklärung der Unabhängigkeit Polens) statt des 22. Juli (1944, Ausrufung des Komitees zur Befreiung der polnischen Nation); in Ungarn wurde statt des 4. April (1945, Befreiung vom Faschismus) der 23. Oktober (1956, Beginn des Budapester Aufstands) als Nationalfeiertag begangen.

Diese Länder haben die Geschichte der Jahre des Zweiten Weltkriegs und der folgenden Jahre neu geschrieben.

Testfragen:

1. Was wissen Sie über das Konzept der "amerikanischen Ära"?
2. Was ist der Hauptzweck des Vertrags von Maastricht?
3. Kalter Krieg: Beginn, Ursachen und Folgen?
4. Wer sagte das? "Der Kommunismus befindet sich heute in einer allgemeinen Krise, sowohl in ideologischer als auch in qualitativer Hinsicht"?
5. Was sind die Ursachen und Folgen des Krieges zwischen den USA und Vietnam?
6. Was sind die Ursachen und Folgen des Krieges zwischen dem Irak und den USA?
7. Informationen über den "Afghanischen Krieg" und seine Folgen geben?
8. Was sind die Gründe für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Zusammenbruch der UdSSR?

BIBLIOGRAPHIE :

Wichtigste Veröffentlichungen:

1. Bogaturov A. D., Averkov V. V. Geschichte der internationalen Beziehungen. 1945-2008 - M., 2008.
2. Dubinin Yu. A., Martsov B. Yu., Yurieva T. V. Geschichte der internationalen Beziehungen (1975-1991). - M.: Rosspec , 2006.
3. Geschichte der internationalen Beziehungen. Die wichtigsten Etappen von der Antike bis in unsere Tage / Under, ed. GRAM. V. Kamenskoy, O. A. Kolobova, E. GRAMM. Solovyov. - M. : Logos, 2007.
4. Geschichte der internationalen Beziehungen und der Diplomatie / A. Herausgegeben von Holliev. - T., 2009.

Weitere Veröffentlichungen:

5. Alekseev V. M. Thirty Years' War. - Leningrad, 1961.
6. Amirov V. B., Mikseev V. V., Potapov M. A. Russia - China and USA - China: relations of a new type. - M., 2010.
7. E. P. Bayanov und N. E. Bayanova, Multipolare Welt. - M., 2010.
8. Basowskaja N. Ya. Der Hundertjährige Krieg. 1337-1453. - M" 1985.
9. Beletsky V. N. Auf dem Verhandlungstisch: Diskussion der deutschen Nachkriegsangelegenheiten internationale Treffen und Treffen. - M., 1979.
10. Berezchkov V. M. Pages of diplomatic history. 4. Auflage. - M., 1987.
11. Bismarck O. Gedanken und Erinnerungen . T. 1-2. - M., 1940-1941
12. Bokshanin A. GRAMM. Geschichte der internationalen Beziehungen und der Diplomatie in der antiken Welt. - M., 1948.
13. Budakova V.P. Goten in der Zeit der großen Wiedervereinigung der Völker. - M., 1990.

14. Gurney O. R. Hatt. - M., 1987.
15. Gofurov B.G. Tsibukidis D.I. Alexander der Große und der Osten. - M., 1980.
16. Grigorij Turezkij. Geschichte der Franken. - M., 1987.
17. Grotsiy G. Über das Recht auf Krieg und Frieden. - M., 1956.
18. Debidur A. Diplomatische Geschichte von Europm . Von Bensky bis zum Berliner Kongress. (1814-1878).-M" 1946.
19. Dragomirov M. Österreichisch-Preußischer Krieg. 1866 - M. : Veche, 2011.
20. Jilin P. A. Der Tod der napoleonischen Armee in Russland. - M., 1974.
21. Yogov P.V. Diplomacy of Germany and Austria-Hungary in the First Balkan War. 1912-1913-M., 1969.
22. Zaborov M. A. Crusaders in the East. - M., 1980.
23. Zagorsky A.V. Helsinki: Die Verhandlung (mit dem Rahmen, dem Pfosten des Prozesses - die Urbanisierung auf der Sicherheitszusammenarbeit in Europa 1972-1991 - M., 2005.
24. Zemskov IN Diplomatische Geschichte der zweiten Front in Europa. - M., 1982.
25. Ivonin-Yu. E. Zu den Anfängen der europäischen Diplomatie der Neuzeit. - Minsk, 1984.
26. IlyuksinaR. M. League of Nations. 1919-1934 - M., 1982.
27. Geschichte des Zweiten Weltkriegs 1939-1945 v 12tomax. - M., 1973-1982.
28. Geschichte der Diplomatie. T. I; II. - M" 1959-1963
29. Geschichte der Neuen Zeit in Europa und Amerika. 1945-2000 / Under, ed. U. F. Yazkova . - M" 2002.
30. Geschichte des Ersten Weltkriegs. 1914-1918 In 4 Bänden // Pod. ed. Ya. Ya. Rostunova . - M., 1975.
31. Korablev I. Sh. Hannibal. Ed. I. - M., 1981.
32. Cottrell L. In the time of the pharaohs. - M., 1982.
33. Kurbatov G. L. History of Byzantium. - M., 1984.
34. Lebedeva M. M. Weltpolitik - M" 2003.
35. Lloyd George D. The Truth About Peace contractax / Per.

aus dem Englischen. - M., 1957.

45. Medvedev I. P. Essays on Byzantine diplomats. - Leningrad, 1988.

46. Zwischenstaatliche Beziehungen und Diplomatie im Alten Orient. - M., 1987.

47. Internationale Beziehungen im Nahen und Mittleren Osten nach dem Zweiten Weltkrieg. 4050 Jahre alt. S. eine Statue. - M., 1974.

48. Die Welt zu Beginn der 80er Jahre: Fakten und Zahlen zu aktuellen Themen. - Prag, 1982.

49. Weltpolitik nach 1945. Buch 2. - M., 2000.

50. Moltke G.K. Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges 1870-1871. - M., 1937.

51. Protopopov A. S., Kozmenko V. M., Elmanova N. S. History of interethnic relations and Russian foreign policy in 1648-2000. - M., 2003.

52. Rotshtein F. A. Internationale Beziehungen am Ende des XIX Jahrhunderts. - M., 1960.

53. Sipols V. Ya. Diplomatischer Kampf am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. - M., 1971.

54. Skazkin SD Geschichte der internationalen Beziehungen und Diplomaten im Durchschnitt. - M., 1948.

55. Moderne internationale Beziehungen. - M., 2000.

56. Sozaev E., Maksov S. Der Kampf um die Vorherrschaft im Detail. Augsburger Liga. - St. Petersburg, 2008.

57. Sokolov O.B. Austerlia . Napoleon, Russland und Europa, 1799-1805 Band 2. - M., 2006.

58. Starodubov V.P. Superderzhavi des XX Jahrhunderts. Strategische Konfrontation. - M., 2001.

59. Tarle E. V. Essays über die Geschichte der Kolonialpolitik der westeuropäischen Staaten (Ende des XV. - Anfang des XIX. Jahrhunderts).

60. Utchenko S. L. Altes Land. Ereignisse, Menschen, Ideen. - M., 1969.

61. Xagger N. Syndikat. Geschichte der Weltregierung. - M.,

2009.

62. Dygankov P. A. Theorie der internationalen Beziehungen. - M., 2003.

63. Eisenhower D. Kreuzzug in Europa. Military Memorial: per. sangl. - M., 1980.

64. Erio E. Aus der Vergangenheit. Zwischen zwei Kriegen 1914-1936 / Per. s fr. - M., 1958.

65. Yazkov Yu. F. Die Geschichte von Europa und Amerika in der neuen Ära 1918-1945. - M., 2000.

66. Yazkova A. A. Kleine Entente in der europäischen Politik. 1918-1925 - M., 1974

FOR AUTHOR USE ONLY

Inhaltsübersicht

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ALTEN OSTEN PLAN:.....	6
Testfragen:.....	17
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ANTIKEN GRIECHENLAND PLAN:	18
Testfragen:.....	24
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM ANTIKEN ROM PLAN:.....	25
Testfragen:.....	32
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM MITTELALTERLICHEN EUROPA PLAN:	34
Testfragen:.....	41
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM MITTELALTERLICHEN EUROPA PLAN:	42
Testfragen:.....	47
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE DER ÖSTLICHEN LÄNDER IM MITTELALTER PLAN:.....	48
Testfragen:.....	59
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM XVII-XVIII JAHRHUNDERT PLAN:	60
Testfragen:.....	81
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM FRÜHEN XIX - XX JAHRHUNDERT PLAN:	82
Testfragen:.....	114
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IM 19. UND FRÜHEN 20. JAHRHUNDERT PLANEN:	115
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGS. PLAN ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES:	128
Testfragen:.....	160
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IN DEN 20-30 JAHREN DES XX JAHRHUNDERTS PLAN:	161
Testfragen:.....	177
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE IN DEN JAHREN DES ZWEITEN WELTKRIEGS. ENDE DES KRIEGES. PLAN:.....	178
Testfragen:.....	209
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIPLOMATIE AM	

ENDE DES XX JAHRHUNDERTS - ANFANG DES XXI JAHRHUNDERTS PLAN:	210
Testfragen:	249
BIBLIOGRAPHIE	250

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

**More
Books!**



yes
I want morebooks!

Buy your books fast and straightforward online - at one of world's fastest growing online book stores! Environmentally sound due to Print-on-Demand technologies.

Buy your books online at
www.morebooks.shop

Kaufen Sie Ihre Bücher schnell und unkompliziert online – auf einer der am schnellsten wachsenden Buchhandelsplattformen weltweit! Dank Print-On-Demand umwelt- und ressourcenschonend produziert.

Bücher schneller online kaufen
www.morebooks.shop



info@omniscryptum.com
www.omniscryptum.com

OMNIScriptum



FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY